

Lernbrief

Schadenersatz

***Weiter-
führende
Themen***

Herausgeber:
AOK-Bundesverband, Rosenthaler Str. 31, 10178 Berlin

Bearbeitung: Gerd Klein, AOK-Bundesverband

Redaktion: Referat Berufliche Bildung

Ansprechpartnerin: Sylvia Wiedemann, Tel.: 030 34646-2345

Druck und Vertrieb durch
Bonndruck GmbH, Frankfurter Straße 51, 57074 Siegen.

Vervielfältigung der Materialien oder einzelner Beiträge daraus
(auf fotomechanischem oder sonstigem Wege) ist nur mit vorheriger
Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Gliederung

1 Einleitung	5
2 Lernziele	7
3 Forderungsübergang	7
4 Mögliche Informationsquellen	9
5 Haftungsprinzipien	15
5.1 Verschuldenshaftung	16
5.1.1 Vorsatz und Fahrlässigkeit	17
5.1.2 Verantwortlichkeit	19
5.2 Gefährdungshaftung	25
5.3 Beweislast	27
5.4 Adäquater Kausalzusammenhang	29
5.5 Übungen zum Lernabschnitt 5	32
6 Haftungstatbestände	33
6.1 Tatbestandsmerkmale für die Haftung bei unerlaubter Handlung	33
6.1.1 Verletzung bestimmter Rechtsgüter	34
6.1.2 Handlungsformen	34
6.1.3 Verschulden und Widerrechtlichkeit	35
6.1.4 Schadeneintritt	36
6.2 Einzelne Haftungsbestände nach § 823 Abs.1 BGB	37
6.2.1 Tätliche Auseinandersetzungen, Überfälle	37
6.2.2 Sportunfälle	38
6.2.3 Ärztliche Behandlungsfehler	41
6.2.4 Verletzung der Verkehrssicherungspflichten	46
6.2.4.1 Wegeunterhaltung	48
6.2.4.2 Reinigungs- und Streupflicht	51
6.2.4.3 Kaufhäuser, Gaststätten, Hotels usw.	55
6.2.4.4 Senioren- und Pflegeheime	56
6.2.4.5 Sportstätten und Spielplätze	56
6.2.4.6 Unterhaltungszentren	58
6.2.4.7 Gesteigerte Sorgfaltspflichten gegenüber Kindern	59

6.3 Haftung aus Vertragsverletzung	60
6.3.1 Haftung für den Erfüllungsgehilfen	62
6.3.2 Haftung für den Verrichtungsgehilfen	63
6.3.3 Unfälle in Senioren- und Pflegeheimen	65
6.4 Haftung des Aufsichtspflichtigen	69
6.4.1 Haftung kraft Gesetzes und kraft Vertrags	70
6.4.2 Umfang der Aufsichtspflicht	70
6.4.3 Gesetzliche Schuldvermutung und Entlastungsmöglichkeit	72
6.5 Haftung der Tierhalter und Tieraufseher	73
6.5.1 Tierschaden als Voraussetzung	74
6.5.2 Haftung des Tierhalters für Haustiere und sonstige Tiere	75
6.6 Überblick über weitere im BGB geregelte Haftungstatbestände	77
6.7 Haftung nach dem Straßenverkehrsgesetz	78
6.7.1 Haftung des Kraftfahrzeughalters	78
6.7.2 Haftung bei Schwarzfahrten	82
6.7.3 Haftung des Kraftfahrzeugführers	84
6.7.4 Haftung des Kraftfahrzeughalters/-führers bei automatisierten Fahrzeugen	84
6.8 Haftung nach anderen Gesetzen	85
6.8.1 Haftung nach dem Haftpflichtgesetz	85
6.8.2 Haftung nach dem Luftverkehrsgesetz	88
6.8.3 Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz	91
6.8.4 Haftung nach dem Arzneimittelgesetz	94
6.8.5 Haftung nach dem Umwelthaftungsgesetz	94
6.8.6 Haftung nach sonstigen Gesetzen	95
6.9 Übungen zum Lernabschnitt 6	95
7 Teilungsabkommen	97
7.1 Teilungsquoten	97
7.2 Verzicht auf die Prüfung der Haftungsfrage	98
7.3 Kausalzusammenhang	99
7.4 Unfälle in Senioren- und Pflegeheimen	101
7.5 Weitere Beispiele	103

7.6 KFZ-Unfälle zwischen Familienangehörigen (Personen in häuslicher Gemeinschaft)	105
7.7 Abkommenslimit	105
8 Umfang der Haftung des Schadenersatzpflichtigen	106
8.1 Schadengruppen	107
8.1.1 Heilungskosten und vermehrte Bedürfnisse	107
8.1.2 Erwerbsschaden	108
8.1.3 Beerdigungskosten	108
8.1.4 Schmerzensgeldansprüche	109
8.2 Minderung des Schadenersatzes	110
8.2.1 Vertraglicher Haftungsausschluss	110
8.2.2 Vorteilsausgleich	111
8.2.3 Mitwirkendes Verschulden	113
8.3 Umfang der Haftung bei mehreren Schädigern	114
9 Übergang von Schadenersatzansprüchen auf die AOK	115
9.1 Zeitpunkt des Übergangs	115
9.2 Rechtswirkungen des Übergangs	116
9.3 Umfang des Übergangs	117
9.3.1 Sachliche und zeitliche Kongruenz der Ansprüche	118
9.3.2 Beschränkungen des Übergangs bei Mitverschulden oder mitwirkender Verantwortlichkeit	119
9.4 Höhe des Ersatzanspruchs	120
9.4.1 Nichtstationäre ärztliche Behandlung sowie Arznei- und Verbandmittel	120
9.4.2 Abrechnung der Kosten vollstationärer Behandlung	121
9.4.3 Abrechnung von Geldleistungen	122
9.4.4 Entgangene Krankenversicherungsbeiträge	122
9.5 Forderungsübergang bei Schädigung zwischen Familienangehörigen (Personen in häuslicher Gemeinschaft)	123
10 Durchsetzung von Ansprüchen nach § 116 SGB X	127
10.1 Abwicklung bei unstreitiger Haftung	127
10.1.1 Zahlung oder Schuldanerkenntnis	128

10.1.2 Absicherung des Ersatzanspruchs durch rechtswirksame Übertragung/Abtretung nach dem SGB	131
10.1.3 Absicherung des Ersatzanspruchs für Spätschäden	131
10.1.4 Einleitung des gerichtlichen Mahnverfahrens	132
10.2 Abwicklung bei streitiger Haftung	134
11 Abfindungsvergleich und Kapitalisierung	136
12 Kassenwechsel	138
13 Zusammentreffen eines Schadenersatzanspruchs nach § 116 SGB X mit Erstattungsansprüchen gegen andere Sozialleistungsträger	139
14 Verjährung der Ersatzansprüche	141
15 Zusammenfassende Selbstkontrolle	144
16 Lösungen zu den Übungen im Text	145
17 Lösungen zur zusammenfassenden Selbstkontrolle	149

1 Einleitung

Erfurter Abendzeitung vom 15. 06.

Schwerer Unfall auf der B 7

Gestern Abend kam es gegen 19.45 Uhr auf der B 7 zu einem schweren Verkehrsunfall. Der aus Erfurt kommende 23-jährige Fahrer übersah das Rotlicht einer Ampel und prallte in Höhe der Kreuzungsmitte mit dem aus Richtung Urbich kommenden Pkw zusammen. Der 35-jährige Fahrer wurde dabei schwer verletzt in das St.-Michael-Krankenhaus eingewiesen.

Stellen Sie sich vor, der 35-jährige Pkw-Fahrer wäre bei der AOK versichert. Welche Problematik wäre dann mit diesem Verkehrsunfall verbunden?

Zunächst einmal wird die AOK als Leistungsträger von ihrem Kunden wegen der Übernahme der Krankenhauskosten in Anspruch genommen. Unabhängig hiervon hat der haftpflichtversicherte Autofahrer dem AOK-Versicherten gegenüber zugefügten Schaden, also neben dem Sachschaden auch die Kosten der Krankenhausbehandlung, zu ersetzen. Es widerspräche aber dem gesunden Rechtsempfinden, wenn der geschädigte Versicherte neben seinen Krankenkassenleistungen auch noch vollen Schadenersatz vom Schädiger erhielte und damit seine Krankenhauskosten gleich zweimal ersetzt bekäme. Ebenso wenig könnte die AOK es akzeptieren, dass der Schädiger vom Schadenersatz freigestellt sein soll, weil der Geschädigte Leistungen der AOK erhält. Deshalb ist für solche Fälle eine Abgrenzung zwischen der Leistungspflicht der AOK einerseits und der Schadenersatzverpflichtung des Schädigers andererseits erforderlich.

Für alle, die bei der „AOK – Die Gesundheitskasse“ beschäftigt sind, ist es daher wichtig zu wissen, von wem und in welchem Umfang der einer versicherten Person zugefügte Schaden zu ersetzen ist. Darüber hinaus ist es wichtig zu wissen, dass die AOK z.B. Leistungen zunächst erbringen, letztlich aber vom Schädiger auch zurückfordern kann. Sie müssen sich also einerseits im öffentlichen Leistungsrecht auskennen, damit Sie dem Versicherten die notwendigen Leistungen bereitstellen können. Andererseits verlangt die Realisierung von Schadenersatzansprüchen von Ihnen ein fundiertes Sachwissen, um die Informationen über die Ursache und den Hergang eines Schadensfalls auf gesetzliche Haftpflichttatbestände zu übertragen. Das theoretische Wissen über die Haftpflichttatbestände lässt sich aber nicht ohne Weiteres in die Praxis umsetzen. Dies weiß jeder, der es bereits versucht und am Anfang praktischer Erfahrungen stand.

Wir können in diesem Lernbrief allerdings nicht die gesamte Thematik des Schadenersatzrechts behandeln, möchten aber – unter Praxisgesichtspunkten – die wesentlichen Sachverhalte, mit denen Sie es immer wieder in der AOK zu tun haben, beleuchten. Wir wollen Ihnen Hilfen für die Praxis geben. Die Inhalte können jedoch nicht den bei der täglichen Arbeit erworbenen Erfahrungsschatz des Einzelnen ersetzen.

Der AOK-Bundesverband bietet den AOKs derzeit rund 80 elektronische Lernprogramme an, u.a. auch das E-Learning-Tool Schadenersatz. Dieses Selbstlernmedium bringt Ihnen die Themen „Haftungstatbestände“ und „Übergang von Schadensersatzansprüchen auf die AOK“ näher. Außerdem erhalten Sie erste Einblicke in die Arbeitspraxis. Probieren Sie es doch einmal aus. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg!

Hinweise

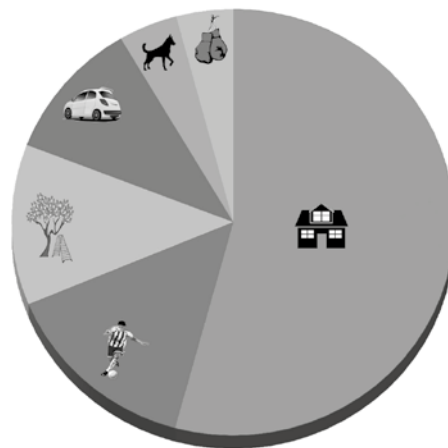
Die im Zusammenhang mit dem Schadenersatz heranzuziehenden gesetzlichen Vorschriften sind teilweise sehr formal. Dies führt dazu, dass die im Gesetz enthaltenen Begriffe nicht immer verständlich sind. Die Verwendung anderer Begriffe würde aber ggf. zu rechtlich anders beurteilbaren Aussagen führen. Haben Sie daher Verständnis, wenn an der einen oder anderen Stelle dieses Lernbriefs die Begriffe und Darstellungsformen etwas abstrakter und formaler erscheinen als in den übrigen Lernbriefen.







Zudem haben wir für die Berechnung von Beiträgen einen für alle AOKs gültigen Zusatzbeitragssatz in Höhe von 2,5 % unterstellt.

Sofern nicht erforderlich, haben wir außerdem auf die Angabe einer konkreten AOK und auf Jahreszahlen verzichtet. Gehen Sie in diesen Fällen von Ihrer AOK bzw. von den Werten des aktuellen Kalenderjahres aus.

Haben Sie Tipps, Anregungen oder Verbesserungsvorschläge zu den Inhalten des Lernbriefs? Dann zögern Sie nicht, uns anzusprechen.

Häufigkeit von Unfällen



-  Häusliche Unfälle
-  Sportunfälle
-  Unfälle auf Grundstücken/ in Gebäuden
-  Verkehrsunfälle
-  Tierunfälle
-  Schlägereien

2 Lernziele

Nach Durcharbeiten dieses Lernbriefs sollen Sie in der Lage sein:

- Feststellungen zu treffen, die zur Prüfung der Voraussetzungen für einen Ersatzanspruch erforderlich sind
- zu erläutern, welche Anzeichen auf die Möglichkeit eines Ersatzanspruchs hindeuten können
- im Falle eines möglich erscheinenden Ersatzanspruchs die näheren Umstände zu ermitteln, die zu einer Krankheit geführt haben
- den Schadenersatzanspruch der Versicherten als Grundlage für den Ersatzanspruch der Kranken- bzw. Pflegekasse zu erläutern
- darzulegen, dass sich die Verpflichtung zum Schadenersatz aus einer unerlaubten Handlung oder aufgrund gesetzlich vermuteter Gefährdung ergeben kann
- den Übergang des Schadenersatzanspruchs der Versicherten auf die Kranken- bzw. Pflegekasse zu beschreiben und
- aufzuzeigen, wie die Kranken- bzw. Pflegekasse ihre Aufwendungen geltend machen kann

3 Forderungsübergang

Wie Sie in der Einleitung bereits erfahren haben, gibt es Fälle, in denen eine bei der AOK versicherte Person einen Körperschaden durch einen Dritten erleidet. Um in solchen Fällen letztlich nicht die Versichertengemeinschaft mit den hieraus resultierenden Kosten zu belasten, ist eine Abgrenzung zwischen der Leistungspflicht der AOK und der Schadenersatzverpflichtung des Schädigers erforderlich.

Der Gesetzgeber hat die mit der Krankenversicherung zusammenhängenden Ansprüche im SGB V geregelt. Die Abgrenzung zwischen der Leistungspflicht der AOK und der Schadenersatzpflicht eines Dritten ist aber nicht nur für die Krankenversicherung, sondern auch für andere Träger der Sozialversicherung sowie für die Träger der Sozialhilfe und die Bundesagentur für Arbeit von Bedeutung. Deshalb war es notwendig, hierfür eine Regelung zu schaffen, die für alle Sozialleistungsträger gültig ist, und diese in einem entsprechenden Gesetz anzusiedeln.

Das Zehnte Buch des SGB bot sich dafür an, da sich dieses Sozialgesetzbuch mit Rechtsvorschriften des Sozialrechts befasst, die für alle Sozialleistungsbereiche Gültigkeit besitzen. Im SGB X wurde daher ein Kapitel geschaffen, das mit „Zusammenarbeit der Leistungsträger und ihre Beziehungen zu Dritten“ überschrieben ist und einen speziellen Abschnitt enthält, der die „Erstattungs- und Ersatzansprüche der Leistungsträger gegen Dritte“ regelt.

§ 29 Abs. 1 SGB IV, § 3 SGB XII, § 6 SGB II, § 116 Abs. 10 SGB X, § 120 Abs. 1 SGB XIV

§ 115 ff. SGB X

Damit ist sichergestellt worden, dass in derartigen Fällen die notwendigen Kosten von der AOK übernommen werden und dennoch der Schädiger von seiner Schadenersatzpflicht nicht zulasten der Solidargemeinschaft der AOK-Versicherten freigestellt wird. Der Grundsatz, dass derjenige, der einem anderen einen Schaden zufügt, diesen zu ersetzen hat, gilt auch dann, wenn eine Versichertengemeinschaft wie die AOK davon betroffen ist.

§ 116 Abs. 1
SGB X

Das Gesetz schreibt zu diesem Zweck vor, dass der privatrechtliche Schadenersatzanspruch der AOK-Kundschaft gegen den Schädiger auf die AOK übergeht. Daraus folgt, dass die AOK selbst die für ihre Versicherten übernommenen Krankenhauskosten vom Schädiger oder seiner Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung zurückfordern wird.

§ 116 Abs. 1 SGB X – Ansprüche gegen Schaden- ersatzpflichtige

Ein auf anderen gesetzlichen Vorschriften beruhender Anspruch auf Ersatz eines Schadens geht auf den Versicherungsträger oder Träger der Eingliederungshilfe oder der Sozialhilfe über, soweit dieser aufgrund des Schadensereignisses Sozialleistungen zu erbringen hat, die der Behebung eines Schadens der gleichen Art dienen und sich auf denselben Zeitraum wie der vom Schädiger zu leistende Schadenersatz beziehen. Dazu gehören auch

1. die Beiträge, die von Sozialleistungen zu zahlen sind, und
2. die Beiträge zur Krankenversicherung, die für die Dauer des Anspruchs auf Krankengeld unbeschadet des § 224 Abs. 1 SGB V zu zahlen wären.

Zerlegt man den Gesetzestext in Tatbestand und Rechtsfolge, ergeben sich zunächst **zwei Tatbestandsvoraussetzungen:**

- Wegen eines Schadensfalls bestehen Schadenersatzansprüche nach anderen gesetzlichen Vorschriften als dem Sozialgesetzbuch gegen einen Ersatzpflichtigen.
- Der Träger der Versicherung hat wegen desselben Schadenereignisses Sozialleistungen zu erbringen.

Sind diese beiden Tatbestandsvoraussetzungen erfüllt, dann tritt als Drittes **die Rechtsfolge** ein:

- Der Schadenersatzanspruch geht auf den Versicherungsträger über, soweit die erbrachten Sozialleistungen der Behebung eines Schadens der gleichen Art dienen und sich auf denselben Zeitraum wie der vom Schädiger zu leistende Schadenersatz beziehen (Grundsatz der sachlichen und zeitlichen Kongruenz).

Der Übergang der privatrechtlichen Schadenersatzansprüche der AOK-Versicherten auf die AOK vollzieht sich ohne den Willen der Beteiligten. Der „Forderungsübergang“ tritt also kraft Gesetz ein.

Mit dieser Regelung wird der Schädiger weder begünstigt noch benachteiligt. Die Tatsache, dass ein Schadenersatzanspruch gegeben ist, beeinflusst den Anspruch der Versicherten aus der Sozialversicherung nicht. Umgekehrt wird die Haftungsverpflichtung des Schädigers nicht davon berührt, dass an den Verletzten Leistungen aus der Sozialversicherung zu erbringen sind. Das ist im Prinzip eine einfache und vernünftige Lösung.

4 Mögliche Informationsquellen

Merke

Der AOK entsteht kein eigener Schadenersatzanspruch; vielmehr gehen die privatrechtlichen Schadenersatzansprüche der geschädigten AOK-Versicherten auf die AOK über.

Erbringt die AOK in den genannten Fällen Leistungen, vollzieht sich der Übergang der privatrechtlichen Schadenersatzansprüche der AOK-Versicherten auf die AOK ohne den Willen der Beteiligten. Der „Forderungsübergang“ tritt also kraft Gesetzes ein, ohne dass die AOK oder die ersatzberechtigte versicherte Person davon Kenntnis hat. Es ist auch nicht erforderlich, dass die AOK bereits Sozialleistungen tatsächlich erbracht hat. Schließlich wird es oft vorkommen, dass die AOK Sozialleistungen erbringt, ohne von dem Forderungsübergang überhaupt etwas zu wissen.

Beispiel

Frank Meier hatte einen Verkehrsunfall. Unfallverursacher war Oskar Klein. Wegen der Unfallfolgen ist Frank Meier arbeitsunfähig. Die AOK zahlt in diesem Zusammenhang u.a. für die Zeit vom 15. 06. bis 21. 07. Krankengeld in Höhe von 2.000 € an Frank Meier.

Folge

In Höhe des Krankengeldes geht die Schadenersatzforderung des Frank Meier gegenüber Oskar Klein auf die AOK über. Hierfür ist es unerheblich, ob die AOK davon Kenntnis hat, dass Oskar Klein den Unfall verursacht hat. Ebenfalls unerheblich ist, ob Oskar Klein oder Frank Meier diesem Forderungsübergang zustimmen. Von der Schadenersatzforderung des Frank Meier gegenüber Oskar Klein gehen also 2.000 € auf die AOK über.

Wie aber kann die AOK die ihr mit dem Forderungsübergang eingeräumten Rechte überhaupt wahrnehmen?

Sie muss dem Schädiger mitteilen, dass und weshalb sie ihn wegen Leistungen, die sie für den geschädigten AOK-Kunden erbracht hat, in Anspruch nehmen will. Das kann sie natürlich nur, wenn sie von dem Schadensfall und dem möglicherweise ersatzpflichtigen Schädiger Kenntnis hat.

Wie erfährt die AOK von einem Schadensfall?

Kenntnis von einem Schadensfall hat im Allgemeinen zunächst nur die Kundschaft und ggf. die behandelnden Ärzte. Die versicherte Person wird von sich aus die AOK hierüber nicht informieren, weil ihr meist nicht bekannt ist, dass auch die AOK Schadenersatzansprüche geltend machen kann. Die behandelnden Ärzte wissen unter Umständen nicht, dass den Verletzungen der versicherten Person ein Unfall zugrunde liegt.

Nun sind Sie gefordert.

Sie überprüfen die Leistungsunterlagen hinsichtlich der Diagnosen, die auf einen möglichen Schadenersatzanspruch schließen lassen. Dann fragen Sie bei dem Kunden bzw. der Kundin nach, wie es zu dem Schadensfall gekommen ist. Dies geschieht im Allgemeinen durch die Übersendung eines Unfallfragebogens. Ein Muster dieses Fragebogens haben wir für Sie auf den Seiten 12 und 13 abgedruckt. Darüber hinaus wird von Ihnen fundiertes Sachverständnis erwartet, denn Sie müssen die Tatbestände erkennen, die eine Haftung begründen können, damit sich die aus dem Forderungsübergang ergebenden Ansprüche realisieren lassen.

Beispiel

Am 03.05. wurde Hans Winter bei einer Schlägerei verletzt. Der behandelnde Chirurg vermerkt auf der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung die Diagnose „Nasenbeinbruch“.

Folge

Nach Eingang der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung in oscar® wird automatisch ein Unfallfragebogen ausgedruckt, der mit Hans Winter telefonisch besprochen oder ihm zugeschickt wird.

In vielen AOKs laufen diese Prozesse bereits voll automatisch über Belegleser. Dieser erfasst die Daten und versendet bei entsprechender Diagnose (ICD-Schlüssel) den Unfallfragebogen an die Versicherten.

Nicht selten beruht die Schädigung auf eigenem Fehlverhalten der Versicherten. So ist es durchaus möglich, dass im obigen Beispiel Hans Winter die Schlägerei durch sein Verhalten ausgelöst hat. Er vermutet dann möglicherweise, dass die AOK die Leistungen nicht erbringt, wenn er sein Fehlverhalten eingesteht. Damit die Beantwortung des Unfallfragebogens in solchen Fällen nicht unnötig hinausgezögert wird, sollte die versicherte Person deshalb darauf hingewiesen werden,

dass

- auch bei eigenem Verschulden die vollständigen Angaben notwendig sind

und

- die Leistungspflicht der AOK dadurch grds. nicht beeinträchtigt wird.

Die AOK benötigt die Angaben schon deshalb, weil trotz eigenen Verschuldens der Versicherten noch andere (z.B. Kraftfahrer, Tierhalter) an dem Unfall bzw. Schadensfall beteiligt gewesen sein können. In diesen Fällen ist zu prüfen, ob nicht trotz eigenen Verschuldens oder zumindest Mitverschuldens der Versicherten ein anderer am Unfall Beteiligter zum Schadenersatz verpflichtet ist. Zu prüfen ist ferner, ob nicht bereits aufgrund von Teilungsabkommen (vgl. Punkt 7 dieses Lernbriefs) die zuständige Haftpflichtversicherung einen Teil des Schadens ersetzen muss.

§ 60 ff. SGB I

Verweigert die versicherte Person die erbetenen Angaben, versuchen Sie, sie durch eine gezielte Aufklärung und Beratung von der Notwendigkeit der Mitteilung zu überzeugen. Hilfreich ist der Hinweis auf die im SGB geregelten Mitwirkungspflichten der Versicherten nur dann, wenn eine Überzeugung der Versicherten auf anderem Weg nicht gelingt. Die AOK ist schließlich ein kundenorientiertes Dienstleistungsunternehmen. Dies sollte unsere Kundschaft auch in der Korrespondenz spüren.

Versicherte, die zum Unfallhergang keine oder falsche Angaben machen, sodass die AOK ihre Leistungen vom Schädiger nicht zurückfordern kann, müssen der AOK die erhaltenen Leistungen erstatten.

Auch hierauf sollten Sie Ihren Kunden bzw. Ihre Kundin nur dann hinweisen, wenn es verhaltensbedingt erforderlich ist.

BSG-Urteil v.
10. 11. 1977 –
AZ: 3 RK 44/75

Unfallfragebogen

Name: Herr Max Mustermann
 Geb.: XX.XX.XXXX, Versichertennummer: A123456789
 PLZ Ort, Straße Hausnummer
 FB-Nr.: 18000000003654789
 Leistungsart vom XX.XX.XXXX

Bitte nutzen Sie die Ankreuzfelder und streichen Sie nichts – das Dokument wird maschinell verarbeitet. Vielen Dank!

Wann hat sich der Vorfall ereignet?

Tag: Uhrzeit: ☐ Die aktuelle Behandlung ist Folge eines früheren Unfalls

Wo hat sich der Vorfall ereignet (Ort, Straße oder genaue Bezeichnung)?

Welche Verletzungen haben Sie sich dabei zugezogen?

Ist die Behandlung abgeschlossen? ja ☐ nein ☐

Bitte beschreiben Sie den Vorfall mit **eigenen Worten**. Gehen Sie bitte besonders genau auf die **Ursache** der Verletzung ein – wenn nötig, auf einem separaten Blatt. **Auch wenn es sich nicht um einen Unfall gehandelt hat**, denn hier sind z. B. Ansprüche gegenüber anderen Leistungsträgern möglich.

Wer hat den Unfall verursacht und gab es weitere Beteiligte?

☐ Ich selbst habe den Unfall verursacht (bitte beantworten Sie trotzdem auch die restlichen Fragen)

☐ Ein Anderer hat den Unfall verursacht: ☐ Ein Anderer war am Unfall beteiligt:

Name, Vorname:

Anschrift:

Haftpflichtversicherung:

☐ Der Vorfall wurde von der Polizei aufgenommen ☐ nein

Dienststelle und Aktenzeichen:

☐ Es wurde ein Rechtsanwalt eingeschaltet ☐ nein

Name und Anschrift:

☐ **Verkehrsunfall**, beim Unfall war ich:
☐ Fußgänger ☐ Radfahrer
☐ Kraftfahrzeugführer ☐ Bei-/Mitfahrer
☐ Sonstiges:

Kfz-Kennzeichen:

Fahrzeugführer:

Fahrzeughalter:

Haftpflichtversicherung:

Der Unfallgegner war:
☐ Fußgänger ☐ Radfahrer
☐ Kraftfahrzeugführer
☐ Sonstiges:

Kfz-Kennzeichen:

Fahrzeugführer:

Fahrzeughalter:

Haftpflichtversicherung:

☐ **Unfall auf dem Gehweg/der Straße**, der Gehweg/die Straße war
☐ schadhaft ☐ glatt ☐ nicht ausreichend beleuchtet ☐ ohne Mängel

☐ **Häuslicher Unfall**
☐ selbst verursacht ☐ nicht selbst verursacht ☐ defektes Haushaltsgerät

☐ **Unfall im Senioren-/Pflegeheim**

FB-Nr.: 1800000003456789; KV-Nr.: A123456789; Name, Vorname

☐ **Unfall bei der Arbeit**

- ☐ Unfall bei der Hilfe/Unterstützung zwischen Nachbarn, Freunden oder Verwandten
☐ Unfall auf einem landwirtschaftlichen Grundstück (z. B. Obstwiese, Weinberg, Forst)
☐ Unfall bei ehrenamtlicher Tätigkeit/Hilfeleistung für eine andere Person in Notlage
☐ Unfall bei der Pflege eines Angehörigen oder sonstigen Person mit Pflegegrad
☐ Unfall in der (Hoch-) Schule, im Kindergarten, bei der Agentur für Arbeit, im Krankenhaus/Kurklinik, bei der Tagesmutter, in einer Einrichtung für behinderte Menschen
☐ Unfall auf dem Hinweg zu oder dem Rückweg von einem dieser Punkte
(Angaben zum Unfall und die Beschreibung des Unfallhergangs/-orts sind auf der Vorderseite oder einem separaten Blatt möglich)

☐ **Sportverletzung**

- ☐ Freizeitsport ☐ Schulsport ☐ Betriebssport ☐ Profi-/Berufssport
☐ Vereinssport (Hobby) ☐ Vereinssport (Vertragsamateur/bezahlter Spieler/Trainer) ☐ defektes Sportgerät

☐ **Unfall auf einem Grundstück oder in einem Gebäude**

- ☐ Eigenes Haus, eigene Wohnung oder eigenes Grundstück
☐ Haus, Wohnung oder Grundstück eines Anderen
(z. B. öffentliches Gebäude, Gaststätte, Grundstück eines Bekannten, Spielplatz)
☐ Der Unfall wurde durch einen Gebäudeschaden verursacht
☐ Es lagen keine Mängel am Gebäude/Grundstück vor

☐ **Unfall auf einer Treppe, die Treppe war**

- ☐ schadhaft ☐ rutschig/nass/glatt ☐ nicht ausreichend beleuchtet
☐ ohne Geländer, aber mit mehr als vier Stufen ☐ ohne Mängel

☐ **Verletzung durch Tiere**

- ☐ Eigenes Tier ☐ Fremdes Tier ☐ Insektenstich ☐ Tierhalter unbekannt
(Angaben zum Tierhalter oder zum Unfallhergang/-ort sind auf der Vorderseite oder einem separaten Blatt möglich.)

☐ **Verletzung durch Gewalttat oder Schlägerei, der Schädiger ist**

- ☐ unbekannt ☐ bekannt _____
(bitte Namen und Anschrift des Schädigers angeben)

Datenschutzerklärung:

Ich versichere, dass ich die Fragen wahrheitsgemäß beantwortet habe.

Die Daten werden zur Erfüllung unserer Aufgaben nach § 284 Abs. 1 Satz 1 Nr. 11 SGB V und § 94 Abs. 1 Nr. 3 SGB XI erhoben und verarbeitet. Dies dient der Durchführung von Erstattungs- und Ersatzansprüchen (§§ 102 ff. SGB X). Also der Forderung Ihrer entstandenen Leistungskosten der Krankenversicherung bei Drittschädigern oder bei anderen Leistungsträgern, die eigentlich leistungspflichtig gewesen wären. Ihr Mitwirken ist erforderlich (§ 60 SGB I). Fehlende Mitwirkung kann zu Nachteilen führen. Empfänger Ihrer Daten können im Rahmen gesetzlicher Pflichten und Mitteilungsbefugnisse Dritte - zum Beispiel Haftpflichtversicherungen, Unfallversicherungsträger oder der Medizinische Dienst - sowie von uns beauftragte Dienstleister sein. Allgemeine Informationen zur Datenverarbeitung und zu Ihren Rechten finden Sie unter aok-bw.de/datenschutzrechte oder stellen wir Ihnen auf Wunsch zur Verfügung. Bei Fragen wenden Sie sich an unsere Datenschutzbeauftragte unter datenschutz@bw.aok.de.

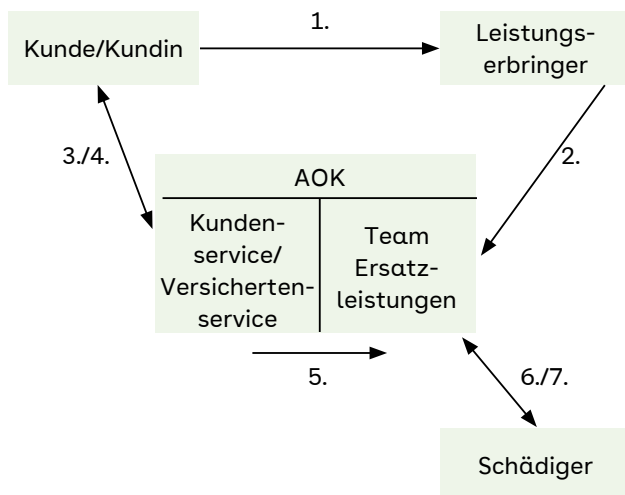
Datum

Unterschrift
(gegebenenfalls des Betreuers/Bevollmächtigten)

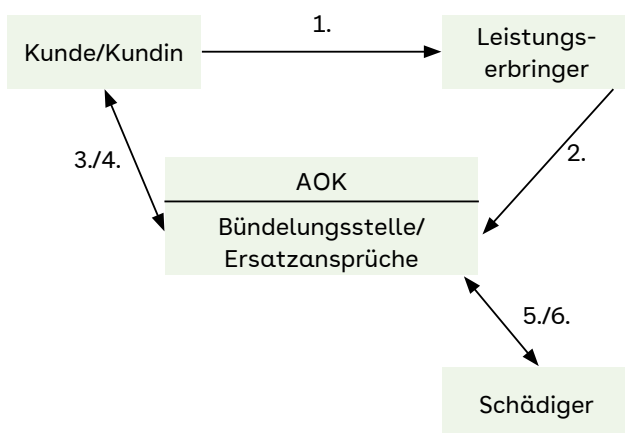
Tel.-Nr. und/oder E-Mail
(freiwillige Angabe)

Welche Berührungspunkte gibt es zwischen den Beteiligten? Es gibt verschiedene Organisationsformen bei den einzelnen AOKs. Sehen Sie sich die beiden folgenden Schaubilder, die die beiden häufigsten Organisationsformen verdeutlichen, an. Überlegen Sie, ob und in welchem Sie Ihre AOK wiedererkennen.

I.



II.



zu I.

1. Die verletzte versicherte Person wird im Krankenhaus behandelt.
2. Das Krankenhaus rechnet die erbrachten Leistungen mit der AOK ab.
3. Es wird ein Unfallfragebogen versendet (maschinell über oscar® oder manuell durch den Kundenservice/Versichertenservice).
4. Die versicherte Person sendet den ausgefüllten Fragebogen zurück. Der Kundenservice/Versichertenservice prüft, ob der Fragebogen vollständig und eindeutig ist.
5. Der Fragebogen wird an das Team Ersatzleistungen weitergegeben, das daraufhin prüft, ob ein Schadenersatzanspruch gegeben ist.
6. Das Team Ersatzleistungen meldet den Ersatzanspruch beim Schädiger oder dessen Haftpflichtversicherung an.
7. Der Schädiger oder dessen Haftpflichtversicherung begleicht die Forderung.

zu II.

1. Die verletzte versicherte Person wird im Krankenhaus behandelt.
2. Das Krankenhaus rechnet die erbrachten Leistungen mit der AOK ab.
3. Die Bündlungsstelle/Ersatzansprüche erfährt anhand der Diagnose, dass die Möglichkeit eines Ersatzanspruchs besteht und versendet den Unfallfragebogen.

5 Haftungsprinzipien

4. Die versicherte Person sendet den ausgefüllten Fragebogen zurück.
5. Die Bündelungsstelle/Ersatzansprüche prüft, ob ein Ersatzanspruch gegeben ist und meldet diesen beim Schädiger oder dessen Haftpflichtversicherung an.
6. Der Schädiger oder dessen Haftpflichtversicherung begleicht die Forderung.

In der Praxis wird bei der Bearbeitung von Schadenersatzfällen zwischen Fällen, die nach Sach- und Rechtslage und Fällen, die nach Teilungsabkommen abgerechnet werden, unterschieden. Wir befassen uns zunächst mit der Bearbeitung der Fälle nach Sach- und Rechtslage. Hierbei spielt die Frage der Haftung eine bedeutende Rolle. Sie haben bereits erfahren, dass die privatrechtlichen Schadenersatzansprüche der AOK-Versicherten nach dem SGB X auf die AOK übergehen. Die Haftungsgrundlagen sind in zahlreichen Gesetzen geregelt. Dabei gelten entweder

- das Prinzip der Verschuldenshaftung oder
- das Prinzip der Gefährdungshaftung oder
- beide Haftungsprinzipien gemeinsam.

Beispiel

Am 10. 09. wurde Mark Vilas bei einer Schlägerei verletzt.

Folge

Mark Vilas zeigte den Schädiger Dirk Bolger wegen Körperverletzung an. Das Strafverfahren gegen Dirk Bolger wurde mangels Beweisen eingestellt.

Schadenersatzpflichtige bringen häufig den Einwand, es sei keine Strafanzeige erhoben oder das eingeleitete Strafverfahren sei aufgrund fehlender Beweise eingestellt worden oder sogar, es sei ein Freispruch wegen erwiesener Unschuld ergangen. Diese Einwände sind für die Beurteilung einer Schadenersatzpflicht aufgrund der Verschuldens- oder Gefährdungshaftung rechtlich unerheblich. Die Gefährdungshaftung tritt auch ohne Verschulden ein. Hinsichtlich der Verschuldenshaftung kann die Schuldfrage im Zivilverfahren anders beurteilt werden als im Strafverfahren. Allerdings dürfte eine Verurteilung im Strafverfahren ein Indiz für Vorliegen des Verschuldens sein, das zu einer zivilrechtlichen Haftung aufgrund der Verschuldenshaftung – ggf. auch neben der Gefährdungshaftung – führt.

Bezugnehmend auf das vorhergehende Beispiel, sind die zivilrechtlichen Schadenersatzansprüche durch das eingestellte Strafverfahren nicht von vornherein ausgeschlossen. Mark Vilas kann versuchen, auf dem zivilrechtlichen Weg Schadenersatzansprüche geltend zu machen.

Merke

Die zivilrechtliche Schadenersatzpflicht aufgrund der Verschuldens- oder Gefährdungshaftung setzt eine strafrechtliche Verfolgung oder Verurteilung nicht voraus.

5.1 Verschuldenshaftung

Lernbeispiel 1

Der 20-jährige Jens Wagner fährt mit seinem Fahrrad auf dem Bürgersteig. Dabei fährt er einen bei der AOK versicherten Rentner an. Für die dadurch erlittenen Verletzungen erbringt die AOK Leistungen.

Stellen Sie fest, ob Jens Wagner das Verschulden zu vertreten hat.

Sie haben bereits erfahren, dass Schadenersatzansprüche stets auf der Verschuldens- oder der Gefährdungshaftung beruhen. Allerdings werden Sie hierzu in keinem Gesetz eine Vorschrift finden, nach der ein Radfahrer auch ohne vorliegendes Verschulden für einen Schaden einzustehen hat. Fahrräder sind nämlich keine so gefährlichen Gegenstände, dass der Gesetzgeber hierfür die Gefährdungshaftung vorgesehen hätte.

Es besteht folglich allenfalls eine Haftung aufgrund vorliegenden Verschuldens. Wann aber handelt jemand schuldhaft? Im Gesetz heißt es dazu:

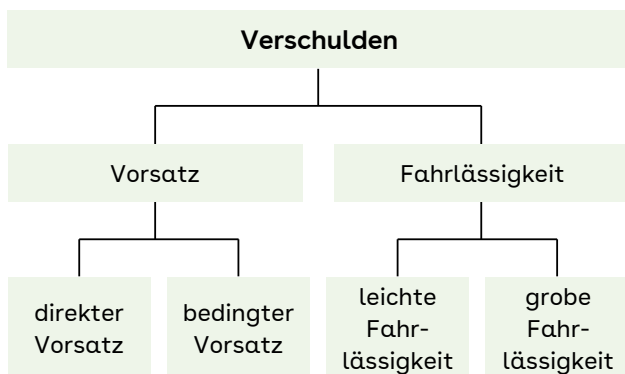
§ 276 BGB – Verantwortlichkeit des Schuldners

(1) Der Schuldner hat Vorsatz und Fahrlässigkeit zu vertreten, wenn eine strengere oder mildere Haftung weder bestimmt noch aus dem sonstigen Inhalt des Schuldverhältnisses, insbesondere aus der Übernahme einer Garantie oder eines Beschaffungsrisikos zu entnehmen ist. Die Vorschriften der §§ 827 und 828 finden entsprechende Anwendung.

- (2) Fahrlässig handelt, wer die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer Acht lässt.
- (3) Die Haftung wegen Vorsatzes kann dem Schuldner nicht im Voraus erlassen werden.

Folge

Frieda Waller beabsichtigte den Körperschaden ihres Mannes. Bei der von ihr begangenen Tat liegt „direkter Vorsatz“ vor.



Will der Schädiger den Schaden, z.B. einen Körperschaden, des anderen nicht bewusst, nimmt ihn jedoch billigend in Kauf, liegt ein „bedingter Vorsatz“ vor. Erforderlich ist dabei, dass der Schädiger sich die Körperverletzung als möglich vorgestellt und den nicht gewollten Schaden bewusst in Kauf genommen hat.

5.1.1 Vorsatz und Fahrlässigkeit

Im BGB finden Sie keine Erläuterung zum „Vorsatz“. Dieser Begriff wurde vielmehr durch Rechtsprechung konkretisiert. „Vorsatz“ setzt voraus, dass der Schädiger einen bestimmten Erfolg, z.B. einen anderen zu verletzen, von vornherein erreichen wollte und in diesem Bewusstsein handelte. Man spricht von einem „direkten Vorsatz“.

Beispiel

Frieda Waller wurde von ihrem Mann betrogen. Als ihr Mann am Abend des 05. 06. die Wohnung betritt, steht Frieda Waller hinter der Eingangstür und schlägt ihren Mann mit der Bratpfanne auf den Kopf. Ihr Mann wird ohnmächtig und erleidet eine Gehirnerschütterung. Frieda Waller ist mit ihrem Racheakt zufrieden.

Abwandlung des Beispiels

Frieda Waller schlägt auf ihren Mann ein, um ihm einen „Denkzettel“ zu verpassen. Dabei fällt dieser unglücklich und schlägt sich an der Treppenstufe den Kopf auf.

Folge

Frieda Waller hat zwar die Körperverletzung ihres Mannes nicht gewollt, sie aber für den Fall, dass diese wider Erwarten doch eintritt, billigend in Kauf genommen. Es liegt „bedingter Vorsatz“ vor.

Bei der „Fahrlässigkeit“ wird gefordert, dass der Schädiger erkannt hat oder zumindest hätte erkennen können, dass seine Handlung oder Unterlassung geeignet war, einen Schaden herbeizuführen. Entscheidend ist hierbei, ob der Eintritt des Schadenereignisses vorhersehbar war.

Wenn beispielsweise ein Autofahrer mit zu hoher Geschwindigkeit durch eine geschlossene Ortschaft fährt, so muss er damit rechnen, dass er in einer plötzlichen und gefährlichen Situation nicht mehr rechtzeitig genug reagieren kann und dadurch einen Schaden verursacht. Dieser Schaden ist von ihm sicherlich nicht bewusst und gewollt in Kauf genommen worden; nur dann hätte er vorsätzliches Handeln zu vertreten. Es ist aber so, dass ein sorgfältiger Autofahrer weiß oder zumindest wissen muss, dass ein solches verkehrswidriges Verhalten durchaus zu einem Schaden führen kann. Wenn er seine Geschwindigkeit nicht den örtlichen Gegebenheiten bzw. den Vorschriften der Straßenverkehrsordnung anpasst, beachtet er nicht die im Verkehr erforderliche Sorgfalt. Er handelt folglich fahrlässig.

Beispiel

Axel Schumacher fährt einen großen und schnellen Wagen. Darin verliert er gelegentlich das Gefühl für die tatsächliche Geschwindigkeit. So fährt er in einer verkehrsberuhigten Straße mit 60 km/h ein spielendes Kind an.

Folge

Axel Schumacher hat fahrlässig und damit schuldhaft den Verkehrsunfall verursacht.

Wie aber kann im Einzelfall die Frage der Fahrlässigkeit objektiv beurteilt werden? Gibt es überhaupt einen für alle denkbaren Fälle gleichen Maßstab für die Beurteilung? Die Rechtsprechung hat diese Frage stets verneint und stellt auf diejenige Sorgfalt ab, welche von einem besonnenen Durchschnittsmenschen in der konkreten Situation erwartet wird.

Dabei gibt es aber nicht nur einen besonnenen Durchschnittsmenschen, sondern es wird abgestellt auf die jeweilige Personengruppe, der der Schädiger angehört. Es werden also die Verschiedenheit ganzer Gruppen von Menschen, so z.B. Jugendliche, Erwachsene, Rentner, aber auch bestimmte Personengruppen (z.B. Berufskraftfahrer) oder bei Sportunfällen die unterschiedlichen Sportarten (z.B. Unfälle beim Fußballspiel, bei der Leichtathletik, beim Skifahren) berücksichtigt.

Die erforderliche Sorgfalt kann also unterschiedlich sein, je nachdem, um welchen Personenkreis und um welche Situation es sich jeweils handelt. In der Praxis wird man sich in diesem Zusammenhang daher stets fragen müssen, ob die im Verkehr erforderliche Sorgfalt irgendwelche Maßnahmen (z.B. eine langsamere Fahrweise oder die Beachtung der Vorfahrt eines anderen oder die Absicherung einer Gefahrenstelle) zur Verhütung des Schadens erfordert hat. Wir werden darauf in Pkt. 6.2.4 dieses Lernbriefs noch einmal näher eingehen, wenn es um Verstöße gegen sogenannte Verkehrssicherungspflichten geht.

Zum Lernbeispiel 1 von Seite 16

Der 20-jährige Jens Wagner hat durch seine Fahrt mit dem Fahrrad auf dem Bürgersteig die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer Acht gelassen und damit fahrlässig gehandelt. Er ist somit an den Unfallfolgen des verletzten Rentners schuld und damit hierfür schadenersatzpflichtig.

Die Fahrlässigkeit lässt sich noch in leichte und grobe Fahrlässigkeit einteilen. Entscheidend hierfür sind jeweils die Umstände des Einzelfalls. Grobe Fahrlässigkeit setzt einen objektiv schweren und subjektiv nicht entschuldbaren Verstoß gegen die Anforderungen der erforderlichen Sorgfalt voraus. Sie muss in ungewöhnlich hohem Maße verletzt worden und es muss das unbeachtet geblieben sein, was im gegebenen Fall jedem hätte einleuchten müssen.

Nehmen wir einmal an, ein Arzt wird zu einem Patienten gerufen, der wegen des Verdachts auf Herzinfarkt sofortiger ärztlicher Behandlung bedarf. Wenn er auf dem Weg zu diesem Patienten in großer Eile die Verkehrsvorschriften verletzt, dann mag dies objektiv ein schwerer Verstoß gegen die Vorschriften der Straßenverkehrsordnung sein; der Arzt hat aber subjektiv entschuldbare Gründe für sein Verhalten, sodass er voraussichtlich nur leichte Fahrlässigkeit zu vertreten hat. Die Unterscheidung zwischen grober und leichter Fahrlässigkeit ist – von Ausnahmen abgesehen – für die Krankenkassenpraxis aber nicht wichtig, da die Schadenersatzpflicht in der Regel ohne Rücksicht auf die Art des Verschuldens entsteht.

Anzumerken bleibt noch, dass eine Haftung für Verschulden sowohl durch eine Handlung als auch durch ein Unterlassen begründet werden kann. Die Ersatzpflicht für ein Unterlassen kann aber nur dann eintreten, wenn jemand zur Handlung verpflichtet war (z.B. Streuen bei Schnee- und Eisglätte, Führung der Aufsicht über minderjährige Kinder), diese aber rechtswidrig und schuldhaft unterlassen hat.

5.1.2 Verantwortlichkeit

Unabhängig von der Frage des Verschuldens ist die Verantwortlichkeit bzw. Deliktsfähigkeit, also die Schuldfähigkeit des Schädigers zu prüfen. Die Verantwortlichkeit ist in den §§ 827, 828 BGB geregelt.

In der Praxis werden Sie es oft mit Fällen zu tun haben, in denen kleine Kinder durch unvorsichtiges Verhalten einen Schaden verursachen.

§§ 827, 828
BGB

Lernbeispiel 2

Am 15. 04. läuft der sechsjährige Matthias Wolters plötzlich einem auf die Fahrbahn rollenden Ball nach. Der mit mäßiger Geschwindigkeit herannahende Autofahrer Werner Hoffmann kann im letzten Augenblick noch ausweichen, fährt aber sein Kraftfahrzeug gegen einen Betonpfeiler und wird dabei verletzt.

Finden Sie heraus, ob Matthias Wolters Werner Hoffmann zum Schadenersatz verpflichtet ist.

Strafrechtlich müssen Kinder sich erst dann verantworten, wenn sie bei Begehung der Tat bereits 14 Jahre alt sind. Die Frage nach einer zivilrechtlichen Haftung darf aber nicht mit der strafrechtlichen Seite verwechselt werden. Im Strafgesetzbuch (StGB) hat der Gesetzgeber die Strafmündigkeit, im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) die zivilrechtliche Verantwortlichkeit besonders geregelt. Mit der Verantwortlichkeit ist die Schuldfähigkeit des Schädigers, die auch als Deliktsfähigkeit bezeichnet wird, gemeint. Es gibt bestimmte Personen, die überhaupt nicht schuldhaft handeln können und deshalb für einen eingetretenen Schaden auch nicht verantwortlich sind.

§ 19 StGB

§ 828 Abs. 1
BGB

Das BGB geht zunächst von der Schuldunfähigkeit der Kinder aus, die das siebte Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Dabei kommt es nicht darauf an, ob das Kind bereits die Gefährlichkeit seines Verhaltens erkennen konnte und möglicherweise insoweit einsichtsfähig war. Es wird vielmehr unterstellt, dass ein Kind, welches das siebte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, den schädigenden Erfolg seines Handelns noch nicht voraussehen kann.

Zum Lernbeispiel 2 von Seite 19

In unserem Lernbeispiel ist Matthias Wolters erst sechs Jahre alt; er hat also das siebte Lebensjahr noch nicht vollendet. Matthias Wolters gehört daher zu jenen Kindern, die nach gesetzlicher Vorschrift schuldunfähig (bzw. deliktsunfähig) und somit für einen von ihnen verursachten Schaden nicht verantwortlich sind. Matthias Wolters ist deshalb dem verletzten Werner Hoffmann nicht zum Schadenersatz verpflichtet.

Eine ganz andere Frage ist in diesem Zusammenhang die nach der Schadenersatzpflicht der aufsichtspflichtigen Eltern (vgl. Punkt 6.4 dieses Lernbriefs).

Abwandlung des Lernbeispiels 2

Gehen Sie davon aus, dass Matthias Wolters bereits neun Jahre alt ist.

Ist Matthias Wolters Werner Hoffmann zum Schadenersatz verpflichtet?

Der Gesetzgeber hat die haftungsrechtliche Situation von Kindern im motorisierten Verkehr im Jahre 2002 erheblich verbessert. Er hat berücksichtigt, dass nach den Erkenntnissen der Entwicklungspsychologie Kinder aufgrund ihrer physischen und psychischen Fähigkeiten regelmäßig frühestens ab Vollendung des zehnten Lebensjahres imstande sind, die besonderen Gefahren des motorisierten Straßenverkehrs zu erkennen und sich den erkannten Gefahren entsprechend zu verhalten. Mit der Anhebung der Altersgrenze hat der Gesetzgeber altersbedingte Defizite eines Kindes, wie z.B. Entfernungen und Geschwindigkeiten nicht richtig einschätzen zu können, berücksichtigt. Kinder, die zwar das siebte, aber nicht das zehnte Lebensjahr vollendet haben, sind also grundsätzlich von einer Haftung für Schäden bei einem Unfall mit einem Kraftfahrzeug, einer Schienen- oder Schwebebahn freigestellt.

Zum Lernbeispiel 2

In unserem veränderten Lernbeispiel ist Matthias Wolters neun Jahre alt. Damit gehört er nicht mehr zu den Kindern, die generell deliktsunfähig sind. Der von Matthias Wolters verursachte Schaden rührt aber aus einem Unfall her, der sich mit einem Kraftfahrzeug ereignet hat. Er ist deshalb deliktsunfähig, also für den von ihm verursachten Schaden nicht verantwortlich.

§ 828 Abs. 2
Satz 1 BGB

Die Rechtsprechung hat sich inzwischen mehrfach mit der Frage befasst, ob die Haftungsprivilegierung nach § 828 Abs. 2 Satz 1 BGB auch dann gilt, wenn ein Kind mit seinem Fahrrad auf ein ordnungsgemäß parkendes Auto fährt und dabei ein Schaden am Pkw entsteht oder/und das Kind selbst verletzt wird. Nach dem Wortlaut der Vorschrift kommt auch in solchen Fällen eine Anwendung dieser Norm in Betracht. Fraglich ist aber, ob nicht eine Anwendung des § 828 Abs. 2 Satz 1 BGB nach Sinn und Zweck der Vorschrift verneint werden muss, wenn der Schaden ohne Mitwirkung der typischerweise von einem Kraftfahrzeug ausgehenden Gefahren entstanden ist.

Lernbeispiel 3

Am 15. 04. fährt der neunjährige Markus Sendler mit seinem Fahrrad gegen den ordnungsgemäß geparkten Pkw von Hermann Dunker. Dabei entsteht ein Schaden am Pkw und Markus wird dabei verletzt.

Ist Markus Sendler dem Pkw-Besitzer Hermann Dunker zum Schadenersatz verpflichtet?

Überlegen Sie, ob die gestellte Frage für die AOK überhaupt bedeutsam sein kann.

Mit dem Sachschaden am Pkw hat die AOK nichts zu tun, denn sie gewährt keine dieser Schadengruppe sachlich kongruenten Leistungen. Wir kommen aber später noch zu Fragen des Mitverschuldens (vgl. Punkt 8.2.3 des Lernbriefs). Dabei ist dann zu entscheiden, ob der neunjährige Markus Sendler schuldunfähig ist, denn wenn dem so wäre, kann ihm auch kein Mitverschulden angelastet werden.

Wie Sie schon erfahren haben, ist die Haftungsprivilegierung für Kinder, die das siebte, aber nicht das zehnte Lebensjahr vollendet haben, damit begründet worden, dass diese nicht in der Lage sind, die besonderen Gefahren des motorisierten Straßenverkehrs zu erkennen und sich entsprechend zu verhalten. Solche spezifischen Gefahren liegen aber nicht vor, wenn ein Kind mit seinem Fahrrad auf ein parkendes Fahrzeug auffährt. Die Haftungsfreistellung setzt also einen Unfall im sogenannten bewegten Verkehr voraus. Dennoch kann sich auch bei besonders gelagerten Sachverhalten im ruhenden Verkehr eine spezifische Gefahr des motorisierten Verkehrs verwirklichen. Denken Sie an den Fall, dass ein Kind mit seinem Fahrrad gegen einen mit geöffneten Türen am Fahrbahnrand stehenden Pkw fährt.

Ob sich im Einzelfall die typische Überforderungssituation des Kindes bei einem Unfall realisiert oder nicht, muss aber nicht das Kind, sondern der Geschädigte beweisen, der sich auf diesen Umstand beruft.

Zum Lernbeispiel 3

Der Unfall ereignete sich im ruhenden Verkehr. Eine Freistellung von der Haftung ist somit nicht gerechtfertigt. Markus Sendler hat Hermann Dunker somit den Schaden am Pkw zu ersetzen.

BGH-Urteile v. 21. 12. 2004, VersR 2005 S. 378 u. v. 30. 06. 2009, VersR 2009 S. 1136

Abwandlung des Lernbeispiels 3

Gehen Sie davon aus, dass Markus Sendler als Neunjähriger von einer Autobahnbrücke Steine auf fahrende Autos geworfen hat. Dabei ist der Kraftfahrzeugführer Hermann Dunker verletzt worden.

Klären Sie, ob Markus Sendler gegenüber Hermann Dunker zum Schadenersatz verpflichtet ist.

§ 828 Abs. 2
Satz 2 BGB

Der Ausschluss der Deliktsfähigkeit für Kinder, die zwar das siebte, nicht aber das zehnte Lebensjahr vollendet haben, bezieht sich nicht auf vorsätzliches Tun. Solche Fälle haben nichts mit der vorher beschriebenen Überforderungssituation zu tun, denen sich Kinder im Straßenverkehr oft ausgesetzt sehen. Für das vorsätzliche Verhalten eines Kindes sind nicht altersbedingte Defizite bei der Einschätzung von Entfernungen und Geschwindigkeiten bei der Teilnahme am Straßenverkehr relevant, sondern ein bewusst und gewollt verkehrsfremdes und offensichtlich zu Schäden führendes Verhalten, das auch von einem Neunjährigen als solches erkannt werden kann.

Zum Lernbeispiel 3

Markus Sendler hat bereits das siebte, aber nicht das zehnte Lebensjahr vollendet. Den Schaden hat er aber vorsätzlich herbeigeführt. Für diesen Fall endet die Deliktsunfähigkeit mit der Vollendung des siebten Lebensjahres. Markus Sendler ist deshalb für den angerichteten Schaden am Pkw verantwortlich. Wie Sie den nachfolgenden Ausführungen entnehmen können, würde die Verantwortlichkeit allenfalls bei nachgewiesener fehlender Einsichtsfähigkeit entfallen.

Bei Kindern und Jugendlichen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und die nicht bereits aufgrund von Sachverhalten, wie wir sie zuvor beschrieben haben, deliktsunfähig sind, entfällt die Verantwortlichkeit nur dann, wenn sie im Zeitpunkt der schädigenden Handlung die zur Erkenntnis der Verantwortlichkeit erforderliche Einsicht nicht besessen haben. Die erforderliche Einsichtsfähigkeit wird allerdings zunächst vermutet.

§ 828 Abs. 3
BGB

Beispiel

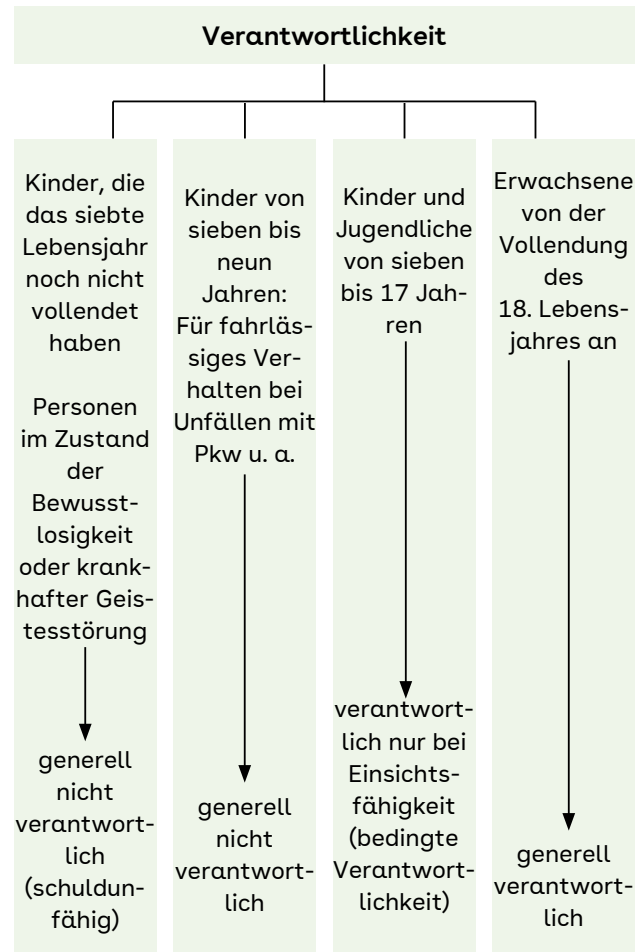
Der elfjährige Michael Roters benutzt am Nachmittag mit seinem Fahrrad den Gehweg. Durch seine Unaufmerksamkeit und Ungeschicklichkeit wird die 80-jährige Rentnerin Maria Rüster von Michael Roters angefahren und verletzt.

Folge

Michael Roters hat bereits das siebte Lebensjahr vollendet; er ist also nicht mehr generell schuldunfähig. Bei ihm wird vielmehr die geforderte Einsichtsfähigkeit vermutet. Fehlende Einsichtsfähigkeit wäre hier die Ausnahme. Solch eine Ausnahme hat der zu beweisen, der sich darauf beruft. Michael Roters oder seine für ihn handelnden Eltern müssten in diesem Fall nachweisen, dass Michael Roters die erforderliche Einsichtsfähigkeit im Zeitpunkt des Unfalls noch nicht besaß. Dieser Nachweis wird aber nicht einfach sein, wahrscheinlich auch nicht gelingen. Sollte Michael Roters weder in der Schule noch von seinen Eltern gelernt haben, wie er sich als Radfahrer im Straßenverkehr zu verhalten hat, dann könnte bei ihm möglicherweise die zur Erkenntnis einer Verantwortlichkeit erforderliche Einsicht noch fehlen. Etwaige Zweifel hierüber würden allerdings zulasten von Michael Roters gehen; gegebenenfalls wäre die fehlende Einsichtsfähigkeit nicht bewiesen worden.

§ 2 Abs. 5
StVO

Bei einem Blick in die Straßenverkehrsordnung wird Ihnen sicherlich auffallen, dass ein elfjähriges Kind den Bürgersteig mit seinem Fahrrad nicht mehr benutzen darf.



Merke

Kinder sind bis zur Vollendung ihres siebten Lebensjahres immer schuldunfähig, also nicht verantwortlich. Bis zur Vollendung ihres zehnten Lebensjahres sind sie zumindest für Schäden, die sie einem anderen bei Unfällen im motorisierten Straßen- oder Bahnverkehr nicht vorsätzlich zugefügt haben, nicht verantwortlich (gilt nicht im ruhenden Verkehr). Im Übrigen sind Kinder und Jugendliche, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, für ihr Handeln nur dann nicht verantwortlich, wenn sie beweisen können, dass sie die erforderliche Einsichtsfähigkeit noch nicht besessen haben.

Was unter der „erforderlichen Einsicht“ zu verstehen ist, hat der Gesetzgeber nicht geregelt, sondern die Begriffsbestimmung der Rechtsprechung überlassen. Diese geht davon aus, dass Kinder bzw. Jugendliche im Alter von sieben bis unter 18 Jahren nur dann einsichtsfähig sind, wenn sie ihre Handlung als ein Unrecht gegenüber dem geschädigten Mitmenschen erkennen. Das allein reicht aber zur Einsichtsfähigkeit noch nicht aus; sie müssen darüber hinaus wissen, dass sie in irgendeiner Weise für die Folgen ihrer Handlung selbst, z.B. in Form einer Bestrafung durch die Eltern, einstehen müssen. Nur wenn beide Voraussetzungen erfüllt sind, kann von einer vorhandenen Einsichtsfähigkeit ausgegangen werden.

Bei normaler Entwicklung des Kindes bzw. des Jugendlichen wird die erforderliche Einsicht dann angenommen werden können, wenn sie bei Kindern bzw. Jugendlichen gleicher Altersstufe allgemein vorausgesetzt werden kann.

Beweispflichtig für die fehlende Einsichtsfähigkeit ist das Kind bzw. der Jugendliche selbst. Die entsprechenden Argumente werden jedoch in der Regel von den Eltern vorzutragen sein.

Neben Kindern und Jugendlichen gibt es auch noch andere Personen, deren Schuldfähigkeit in bestimmten Situationen ausgeschlossen ist.

Beispiel

Der 68-jährige Friedrich Kötter fährt mit seinem Fahrrad in die Innenstadt von Rostock. Ihm wird plötzlich sehr übel. Noch bevor er mit seinem Fahrrad anhalten kann, verliert Friedrich Kötter das Bewusstsein und fällt mit seinem Fahrrad auf die Straße. Der Kraftfahrzeugführer Wolfgang Meiners kann Friedrich Kötter zwar ausweichen, stößt dabei aber mit einem entgegenkommenden Fahrzeug zusammen und wird verletzt.

Folge

Friedrich Kötter befand sich zum Zeitpunkt des Unfalls im Zustand der Bewusstlosigkeit. Er ist daher für den von ihm in diesem Zustand verursachten Schaden nicht verantwortlich. Friedrich Kötter ist somit nicht schadenersatzpflichtig gegenüber Wolfgang Meiners.

§ 827 BGB

Die Folgen dieses Sachverhalts hat der Gesetzgeber im § 827 BGB ausdrücklich geregelt: Wer im Zustand der Bewusstlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistestätigkeit einem anderen einen Schaden zufügt, ist wie z.B. ein fünfjähriges Kind schuldunfähig, also nicht verantwortlich. Unter Bewusstlosigkeit im Sinne dieser Vorschrift fallen insbesondere eine Ohnmacht oder ein Zustand unter Hypnose. Unter den Begriff krankhafte Störung der Geistestätigkeit fällt nicht nur eine Geisteskrankheit im psychiatrischen Sinn, sondern auch eine andere hochgradige Abartigkeit des seelischen Geschehens, z.B. eine abnorme Erlebnissituation. Nicht verantwortlich sind auch Personen, deren freie Willensbestimmung vorübergehend durch Alkohol oder Rauschgift eingeschränkt ist, wenn sie in diesem Zustand einem anderen einen Schaden zugefügt haben. Allerdings wäre es dem Verletzten gegenüber ungerecht und auch nicht verständlich, wenn sich ein Betrunkener unter Hinweis auf seinen Zustand von seiner Schadenersatzpflicht entlasten könnte. Eine solche Entlastung von der Verantwortlichkeit ist deshalb nur in den seltenen Fällen zulässig, in denen die betreffende Person ohne eigenes Verschulden in den Zustand der Trunkenheit geraten ist. In der Regel wird davon auszugehen sein, dass in dem Zeitpunkt, indem sich der Schädiger z.B. durch Alkohol in einen vorübergehenden Zustand der Bewusstlosigkeit versetzt hat, die Verantwortungsfähigkeit vorgelegen hat und deshalb die Verantwortlichkeit auch nicht ausgeschlossen ist.

Derjenige, der sich auf eine krankhafte Störung der Geistestätigkeit beruft, hat hierfür den Beweis zu führen. Den Schädiger trifft ebenfalls die Beweislast bei strittiger Bewusstlosigkeit.

Wer sich vorsätzlich in den Zustand der Willensunfreiheit versetzt, z.B. durch Alkoholrausch, haftet, als wenn ihm Fahrlässigkeit zur Last fiele.

5.2 Gefährdungshaftung

Schadenersatzrechtliche Regelungen, die einen Anspruchsübergang auf die AOK bewirken, beruhen nicht immer nur auf dem Prinzip der Verschuldenshaftung, sondern in bestimmten Fällen auch auf dem der Gefährdungshaftung. In diesen Fällen ist der Grund für die entsprechende Haftung nicht ein Verschulden, sondern die von einer Sache ausgehende Gefahr für Leben und Gesundheit anderer.

§ 7 Abs. 1 StVG – Haftung des Halters, Schwarzfahrt

Wird bei dem Betrieb eines Kraftfahrzeugs ein Mensch getötet, der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt oder eine Sache beschädigt, so ist der Halter verpflichtet, dem Verletzten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.

Beispiel

Am 17. 05. erleidet der 50-jährige Kaufmann Werner Meier am Steuer seines Pkws einen Herzinfarkt, wird bewusstlos und gerät dadurch mit seinem Wagen auf den Bürgersteig. Hier wird die fünfjährige Melanie Kösters von dem Pkw angefahren und verletzt.

Folge

Werner Meier hat sich keineswegs verkehrswidrig und somit auch nicht schuldhaft verhalten, wohl aber die Gefährdungshaftung zu vertreten. Werner Meier hat für den Körperschaden von Melanie Kösters zu haften, weil von seinem Auto eine Gefahr ausgegangen ist, durch die ein Körperschaden entstand.

In Punkt 5.1.2 dieses Lernbriefs haben wir zum Thema „Verantwortlichkeit“ einen ähnlichen Fall geschildert. Hier wurde der Schaden durch einen älteren Radfahrer verursacht, der wegen fehlender Verantwortlichkeit (Bewusstseinsverlust) nicht zum Schadenersatz aufgrund der Verschuldenshaftung verpflichtet war. Nicht anders ist es bei Werner Meier, der ebenfalls nicht verantwortlich ist und somit aufgrund der Verschuldenshaftung keinen Schadenersatz zu leisten hat. Dennoch ist die Situation hier eine andere: Werner Meier hat nämlich nicht sein Fahrrad, sondern sein Kraftfahrzeug benutzt. Anders als bei Fahrrädern gibt es für Kraftfahrzeuge eine Regelung, nach der auch ohne Verschulden eine Schadenersatzpflicht eintritt, und zwar aufgrund der Gefährdungshaftung, für die Schuldfähigkeit bzw. Verantwortlichkeit nicht erforderlich ist.

Worin mag der Grund für eine solche Gefährdungshaftung liegen? Sie beruht auf dem Gedanken, dass die von Kraftfahrzeugen im Straßenverkehr ausgehenden Gefahren immer größer werden, diese aber im Interesse des technischen Fortschritts und des modernen Massenverkehrs von dem Einzelnen hingenommen werden müssen. Die Gefährdungshaftung ist also der Preis dafür, dass diese ständigen Gefahren in Kauf zu nehmen sind.

In der Praxis werden Sie natürlich Fälle wie in dem Beispiel auf der vorhergehenden Seite nur selten antreffen, sondern Schadensfälle, in denen der Schädiger sowohl die Verschuldens- als auch die Gefährdungshaftung zu vertreten hat.

Beispiel

Rudi Walder verursacht mit seinem Pkw einen Verkehrsunfall, weil er ein Vorfahrtzeichen missachtet hat.

Folge

Rudi Walder haftet für die Folgen des Verkehrsunfalls

1. aufgrund der Gefährdungshaftung, weil er mit seinem Auto eine Gefahr geschaffen hat, durch die ein Schaden eingetreten ist (hätte er kein Auto, wäre kein Schaden dadurch entstanden),
- und
2. aufgrund der Verschuldenshaftung, weil er an der Entstehung des durch den Verkehrsunfall entstandenen Schadens wegen Missachtung der Vorfahrt schuld ist.

Es gibt noch weitere Beispiele, für die der Gesetzgeber eine Haftung ohne Verschulden, also die Gefährdungshaftung, eingeführt hat, so z.B.

- die Haftung des Tierhalters und
- die Haftung des Betriebsunternehmers für Schienenfahrzeuge.

§ 833 BGB, § 1 HaftPflG

In diesen Fällen ist die Gefährdungshaftung deshalb gerechtfertigt, weil von Tieren wie auch von Schienenfahrzeugen (z.B. Straßenbahnen) erhöhte Gefahren ausgehen. Wenn Sie in den oben aufgeführten Gesetzen nachsehen, welche typischen Tatbestände eine Gefährdungshaftung begründen, werden Sie Folgendes feststellen: Durch die von einem Tier oder einer Sache ausgehende Gefahr wird zunächst eine Gefährdungshaftung begründet. Die Verpflichtung zum Ersatz des daraus entstandenen Schadens wird anschließend aber wieder ausgeschlossen, wenn bestimmte im Gesetz näher bezeichnete Ausschlussstatbestände erfüllt sind. Insoweit ist die Gefährdungshaftung mit Elementen der Verschuldenshaftung vermischt. Wir werden auf die Einzelheiten hierzu später noch eingehen.

Merke

Die Gefährdungshaftung ist immer nur dann zu vertreten, wenn in einem Gesetz beim Vorliegen eines bestimmten Tatbestands die Haftung angeordnet ist, ohne dass ein Verschulden vorliegen muss (z.B. Unfall beim Betrieb eines Kraftfahrzeugs).

5.3 Beweislast

Beispiel

Am 19. 05. wird der bei der AOK versicherte 70-jährige Rentner Alfons Nowak wegen eines Oberschenkelhalsbruchs zur stationären Behandlung in die Städtische Klinik eingewiesen. Über den Unfallfragebogen erfährt die AOK, dass der siebenjährige Martin Cordes mit seinem Fahrrad Alfons Nowak auf dem Bürgersteig angefahren hatte. Die AOK schreibt daraufhin die Eltern von Martin an und klärt sie über eine mögliche Schadenersatzpflicht auf. Das Ehepaar Cordes erscheint nach Erhalt des Schreibens bei der AOK und erklärt, dass es eine Schadenersatzverpflichtung nicht anerkennen könnte, weil

1. es von dem Schadensfall bisher nichts erfahren hätte und
2. es sich nicht vorstellen könnte, dass Martin Cordes Alfons Nowak tatsächlich angefahren haben soll.

Folge

Die AOK wird es im vorliegenden Fall schwer haben, ihre Ansprüche bei dem siebenjährigen Martin Cordes oder dessen Eltern durchzusetzen. Wenn Alfons Nowak und damit die AOK keine Zeugen benennen kann, die das angebliche Geschehen bestätigen können, dann wird es der AOK wohl kaum gelingen, den Nachweis zu erbringen, dass der Schaden tatsächlich von dem siebenjährigen Martin Cordes verursacht wurde. Da Kinder bis zum vollendeten achten Lebensjahr mit Fahrrädern ohnehin die Gehwege benutzen müssen, würde darüber hinaus auch der Beweis des Verschuldens vermutlich nicht gelingen.

Grundsätzlich hat der Geschädigte alle Tatsachen zu beweisen, die zur Begründung seines Anspruchs gegeben sein müssen. Beim Forderungsübergang auf die AOK trifft diese die Beweislast. Neben dem Nachweis, wer tatsächlich den Schaden verursacht hat, gehört dazu auch der Beweis der sogenannten haftungsbegründenden Kausalität, also des ursächlichen Zusammenhangs zwischen dem rechtswidrigen schädigenden Verhalten (Tun oder Unterlassen) und der Rechtsgutverletzung (z.B. dem Körperschaden).

Bei typischen Geschehensabläufen gibt es hinsichtlich des Kausalzusammenhangs ggf. den Anscheinsbeweis (prima-facie-Beweis).

Der Geschädigte hat darüber hinaus das ggf. geforderte Verschulden zu beweisen. Im Rahmen der Verschuldenshaftung gibt es aber auch Fälle, in denen er diesen Beweis nicht führen muss, da das Verschulden gesetzlich bereits vermutet wird. Hier ist es vielmehr Sache des Schädigers, die gesetzliche Schuldvermutung durch den Gegenbeweis zu entkräften; der Schädiger muss in diesen Fällen also seine Schuldlosigkeit beweisen. Man spricht in diesem Zusammenhang von der gesetzlichen Schuldvermutung mit umgekehrter Beweislast.

Dies gilt z.B. auch für die Haftung der Eltern, wenn minderjährige Kinder nachweislich einem anderen einen Schaden zugefügt haben.

In der Praxis kommt es gelegentlich vor, dass mehrere bei einer Schadenzufügung beteiligt sind, sich jedoch nicht feststellen lässt, wer von mehreren Beteiligten den Schaden durch seine Handlung verursacht hat. Da grundsätzlich der Geschädigte beweisen muss, wer der Verursacher des Schadens ist, wird er hinsichtlich der Beweislage in Schwierigkeiten kommen können.

Beispiel

Markus und Johannes Wilde sind Zwillinge im Alter von elf Jahren. Sie haben ihren Spielkameraden Jörg Riernemann mit Steinen beworfen und dabei verletzt. Deliktsfähigkeit bzw. Verantwortlichkeit liegt vor, denn sie erkennen ihre Handlung als Unrecht und befürchten eine Bestrafung durch ihre Eltern. Allerdings behauptet Markus, der Stein, durch den Jörg verletzt wurde, sei von Johannes geworfen worden. Johannes erklärt dagegen, sein Bruder Markus habe diesen Stein geworfen.

Folge

Markus und Johannes Wilde haben beide mit Steinen geworfen. Beide sind auch deliktsfähig. Die Zwillinge behaupten allerdings, dass Jörg durch den Stein des jeweils anderen verletzt worden sei. Deshalb lässt sich nicht mehr ermitteln, wer den Schaden tatsächlich verursacht hat. Dies führt dazu, dass sowohl Markus als auch Johannes Wilde ihrem Spielkameraden Jörg zum Schadenersatz verpflichtet sind.

Unbestritten ist, dass der Schaden mit Sicherheit entweder durch Markus oder seinen Bruder Johannes verursacht wurde; beide haben schließlich ihren Spielkameraden mit Steinen beworfen. Kann es denn sein, dass der Geschädigte nur deshalb ersatzlos bleiben muss, weil er die Verursachung durch den jeweils in Anspruch Genommenen nicht sicher nachweisen kann?

Der Gesetzgeber lässt für derartige Fälle eine Beweiserleichterung zu.

§ 830 Abs. 1
Satz 2 BGB

Sind mehrere für den durch eine unerlaubte Handlung entstandenen Schaden verantwortlich, lässt sich aber nicht ermitteln, wer von diesen Beteiligten den Schaden verursacht hat, dann soll jeder der Beteiligten für den Schaden verantwortlich sein (gesamtschuldnerische Haftung).

Die AOK erhält von ihren Versicherten oft nur unzulängliche Informationen über den Unfall oder Tathergang. Die Angaben sind manchmal lückenhaft; es ist auch nicht ausgeschlossen, dass die AOK-Versicherten den Unfallhergang zu einseitig und subjektiv darstellen. Deshalb ist eine gründliche Sachaufklärung unerlässlich, um bei streitiger Haftung die Haftungsfrage einigermaßen zuverlässig beurteilen zu können. Dabei sollten sich Art und Umfang der zur Aufklärung des Sachverhalts notwendigen Ermittlungen nach dem Streitwert richten, dem Betrag also, um den es geht. Bei nur geringfügigen Kosten wird man keine aufwändigen Ermittlungen in die Wege leiten.

Wenn bei Verkehrsunfällen der Unfall von der Polizei aufgenommen wurde, ist von der für die Unfallstelle zuständigen Polizeibehörde zu erfahren, unter welchem Aktenzeichen und bei welcher Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren anhängig ist.

Die Staatsanwaltschaft übersendet der AOK auf Anforderung die Ermittlungsakten im Wege der Amtshilfe oder teilt mit, bei welchem Gericht oder bei welcher Bußgeldbehörde sich die Akten befinden, sodass die Unterlagen unmittelbar von dort angefordert werden können. Im Fall einer Privatklage kann das Aktenzeichen entweder von der geschädigten Person oder von der Geschäftsstelle des zuständigen Gerichts erfahren werden.

Merke

Der zur Sachaufklärung erforderliche Aufwand ist unter Berücksichtigung von Kosten und Nutzen zu bemessen.

5.4 Adäquater Kausalzusammenhang

Hat jemand aufgrund gesetzlicher Regelungen oder Vorschriften für die Folgen eigenen oder fremden Verhaltens oder für die Folgen der Schaffung oder Unterhaltung von Gefahrenquellen einzustehen, ist weitere Voraussetzung für die Haftung ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem konkreten Verhalten des Schädigers und der Rechtsverletzung (haftungsgründende Kausalität) sowie zwischen der Rechtsgutverletzung und der Schadenfolge (sogenannte haftungsausfüllende Kausalität). Ursächlich im naturwissenschaftlichen Sinne ist jedes Ereignis, das nicht hinweggedacht werden kann, ohne dass der Schaden entfielen. Für das Zivilrecht ist von der Rechtsprechung die Lehre von der adäquaten Verursachung entwickelt worden. Im Wesentlichen besagt diese, dass nur solche Schadenereignisse rechtlich erheblich sind, bei denen der eingetretene Erfolg nicht außerhalb der Wahrscheinlichkeit steht.

Problematisch kann es werden, wenn mehrere Ereignisse bei der Entstehung oder der Ausweitung eines Schadens mitgewirkt haben. Gleiches gilt für die Fälle, in denen sich aus dem unmittelbar verursachten Schaden weitere Schadenfolgen ergeben.

Lernbeispiel 4

Die 86-jährige Maria Sonntag wird auf dem Fußgängerüberweg von dem Pkw des 18-jährigen Andreas Harbring angefahren und schwer verletzt. Andreas Harbring ist Maria Sonntag deshalb zum Schadenersatz verpflichtet. Maria Sonntag muss wegen eines Oberschenkelhalsbruchs stationär behandelt werden. Durch das ständige Liegen kommt es später zu einer sogenannten Bettlungenentzündung, an der Maria Sonntag stirbt.

Überlegen Sie, ob Andreas Harbring auch für die Folgen aufgrund der Bettlungenentzündung schadenersatzpflichtig ist.

Wäre dies der Fall, müsste der zum Schadenersatz verpflichtete Andreas Harbring auch die Beerdigungskosten tragen. Die Beantwortung dieser Frage hängt davon ab, ob die weitere Schadenfolge nach der Lehre von der adäquaten Verursachung noch dem Schadenereignis, also dem Unfall, zugerechnet werden kann.

Adäquat bedeutet angemessen, es muss also zwischen dem Schadenereignis und der weiteren Schadenfolge ein noch als angemessen zu bezeichnender ursächlicher Zusammenhang bestehen. Das ist der Fall, wenn das Hinzutreten der weiteren Schadenfolge als wahrscheinlich oder möglich zu erwarten ist. Nur dann liegt

ein adäquater, also angemessener Zusammenhang zwischen der ersten Ursache, dem Schadenereignis, und dem hinzugetretenen weiteren Schaden vor.

Zum Lernbeispiel 4

Zwischen dem Oberschenkelhalsbruch als unmittelbare Unfallfolge und der Bettlungenentzündung mit Todesfolge liegt ein adäquater Kausalzusammenhang vor.

Andreas Harbring ist verpflichtet, neben den Kosten der Krankenhausbehandlung auch die Beerdigungskosten zu ersetzen.

Nur wenn das Hinzutreten von weiteren Schadenfolgen nach allgemeiner Lebenserfahrung außerhalb aller Wahrscheinlichkeit liegt, müssen diese als zufällige und dem Schadenereignis nicht mehr anzurechnende Folgen angesehen werden.

Abwandlung des Lernbeispiels 4

Maria Sonntag ist nach dem schweren Verkehrsunfall in das Krankenhaus eingewiesen worden. Dort stürzt wenige Tage später im Krankenzimmer von Maria Sonntag die Decke ein. An diesen Folgen stirbt sie.

Diese weitere Schadenfolge ist eine nur zufällige. Mit ihr konnte nicht gerechnet werden; sie liegt außerhalb aller Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeit. Deshalb hätte Andreas Harbring in diesem Fall die Kosten der Beerdigung nicht zu ersetzen.

BGH-Urteil v.
11. 07. 1972
– AZ: VI ZR
79/71, VI ZR
80/71

Die Rechtsprechung zu diesem Komplex ist sehr umfangreich. So kann nach den geschilderten Grundsätzen jemand, der einen Verkehrsunfall verschuldet hat, auch für die Verletzungen haften, die ein Unfallbeteiligter dadurch erleidet, dass ein Dritter in die Unfallstelle hineinfährt.

Die Adäquanztherorie ist aber nicht immer und nicht ausschließlich ein wirksames Kriterium, um das Ausmaß der Haftung zuverlässig bestimmen zu können. Zu prüfen ist vielmehr, ob die Tatfolgen, für die Ersatz begehrt wird, in den Schutzbereich des Gesetzes fallen (sogenannter Zurechnungszusammenhang). Der Geschädigte kann also nur Ersatz solcher Schäden verlangen, die in den Bereich der Gefahren fallen, um derentwillen die Norm geschaffen wurde.

Lernbeispiel 5

Der 74-jährige Bruno Winter hatte als Fahrer seines Pkws einen Verkehrsunfall. Das von ihm gesteuerte Fahrzeug stieß mit dem von Jürgen Montag gelenkten Pkw zusammen, weil dieser die Vorfahrt von Bruno Winter missachtet hatte. Die Schadenersatzpflicht von Jürgen Montag ist unstreitig. Der Unfall führte bei Bruno Winter zunächst nur zu einer allgemeinen Aufregung. Jürgen Montag beschuldigte aber gemeinsam mit seinen drei Mitinsassen Bruno Winter, er sei zu schnell gefahren und außerdem alkoholisiert. Durch diese Falschaussagen und durch die Maßnahmen der den Unfall aufnehmenden Polizeibeamten (Alkoholtest) wurde die Aufregung von Bruno Winter derart gesteigert, dass dadurch eine Gehirnblutung mit Schlaganfall ausgelöst wurde.

Steht diese Schädigung in einem haftungsrechtlichen Zusammenhang mit dem Unfallereignis?

Die Vorschrift des § 8 StVO (Vorfahrt) will zwar auch und gerade die körperliche Integrität anderer Personen schützen; ihr Schutzzweck erstreckt sich aber allein auf die Verhütung von Unfallrisiken und die mit dieser Bedrohung für Leben und Gesundheit in einem inneren Zusammenhang stehenden Gesundheitsschäden. Hierzu können zwar durchaus auch erst im Anschluss an den Verkehrsunfall etwa bei der Bergung oder bei der Unfallaufnahme erlittene Verletzungen gehören, in denen sich die Gefahren des Straßenverkehrs verwirklichen. Dies gilt aber nicht für psychische Belastungen aus den Auseinandersetzungen zur Klärung des Unfallgeschehens und der Schuldfrage.

Abgesehen von dem fehlenden Zurechnungszusammenhang liegt auch kein Verschulden vor. Der Versuch von den an einem Unfall beteiligten Verkehrsteilnehmern, das Verschulden an einem Unfall der anderen Seite zuzuschieben, überschreitet, sofern nicht weitere Umstände hinzutreten, noch nicht das Maß dessen, was jeder Verkehrsteilnehmer nach einem Unfall ohne Anspruch auf Schadenersatz hinzunehmen hat.

§ 8 StVO,
BGH-Urteil v.
06. 06. 1989,
VersR 1989
S. 923

Zum Lernbeispiel 5 von Seite 31

Die allgemein mit dem Verkehrsunfall verbundene Aufregung von Bruno Winter stellt noch keine Gesundheitsverletzung dar. Dass diese Aufregung durch das nachfolgende Verhalten von Jürgen Montag und seinen Begleitern vor und bei der Unfallaufnahme durch die Polizei derart gesteigert wurde und dadurch bei Bruno Winter eine Gehirnblutung mit Schlaganfall ausgelöst wurde, wird vom Schutzzweck des § 8 StVO nicht mehr erfasst. Der Schutz vor Nachteilen aus Fehlern oder Manipulationen bei der Klärung des Unfallgeschehens wird nicht von der der Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs dienenden Verhaltensnorm des § 8 StVO mitumfasst. Der Schlaganfall von Bruno Winter ist haftungsrechtlich allenfalls einem Verhalten von Jürgen Montag und seiner Begleiter nach dem Unfall zuzurechnen. Ein solches Verhalten hat Bruno Winter aber ohne Anspruch auf Schadenersatz hinzunehmen.

BGH-Urteile v. 09. 04. 1991, VersR 1991 S. 704 u. v. 16. 03. 1993, VersR 1993 S. 589

Ein adäquater Kausalzusammenhang ist nicht nur bei unmittelbaren Schäden zu bejahen; er kann auch bei einer durch den Unfall eines Angehörigen seelisch erlittenen Gesundheitsschädigung gegeben sein.

Aber auch solchen Ansprüchen sind Grenzen gesetzt. So hat die Rechtsprechung eine Haftung bei unangemessenen psychischen Reaktionen abgelehnt, wenn diese in einem groben Missverhältnis zu dem Anlass bestehen. Außerdem wird die Haftung für Renten- und Begehrensneurosen verneint, in denen der Geschädigte den Unfall in dem neurotischen Streben nach Versorgung und Sicherheit lediglich zum Anlass nimmt, den Schwierigkeiten und Belastungen des Erwerbslebens auszuweichen.

5.5 Übungen zum Lernabschnitt 5

Übung 1

Hinweis

Fassen Sie Lösung und Begründung ohne Angabe von Rechtsvorschriften zusammen.

Aufgabe

Erklären Sie die Begriffe „Verschuldenshaftung“ und „Gefährdungshaftung“.

Übung 2

Sachverhalt

Der sechsjährige Andreas wird von seinem gleichaltrigen Spielkameraden Markus geärgert. Nachdem sich Markus von ihm abgewendet hat, nimmt Andreas einen Stein und wirft damit nach Markus. Dieser wird dadurch leicht verletzt und muss ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen.

6 Haftungstatbestände

Hinweis

Fassen Sie Lösung und Begründung ohne Angabe von Rechtsvorschriften zusammen.

Aufgabe

Ist Andreas seinem Spielkameraden Markus zum Schadenersatz verpflichtet?

Übung 3

Abwandlung des Sachverhalts von Übung 2

Gehen Sie davon aus, dass Andreas bereits elf Jahre alt ist.

Hinweis

Fassen Sie Lösung und Begründung ohne Angabe von Rechtsvorschriften zusammen.

Aufgabe

Wie sind die Schadenersatzpflicht des Andreas und die Beweislage zu beurteilen?

Bei der Abwicklung von Schadenersatzansprüchen nach der Sach- und Rechtslage spielen die Haftungstatbestände eine große Rolle. Oft beruht ein Schadenersatzanspruch auf mehreren Rechtsgrundlagen. Zweckmäßigerweise sollten Sie zur Begründung eines Schadenersatzanspruchs immer die Rechtsgrundlage heranziehen, die Ihnen von der Beweisführung am geeignetsten erscheint.

Die Tatbestände der Gefährdungshaftung bzw. die Tatbestände mit gesetzlicher Schuldvermutung vereinfachen Ihnen die Beweisführung. Wenn Sie den ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Schadensfall und dem eingetretenen Schaden bewiesen haben, ist es Sache des Schädigers, die im Gesetz vorgesehenen Entlastungsmöglichkeiten zu beweisen.

Bei der Verschuldenshaftung ist die Beweisführung schwieriger, da Sie in diesem Fall die Schuld des Schädigers beweisen müssen.

6.1 Tatbestandsmerkmale für die Haftung bei unerlaubter Handlung

In der Praxis haben Sie es als Kundenberater/-in in fast allen Schadensfällen mit § 823 Abs. 1 BGB zu tun. Bei Körperverletzungen ist diese Vorschrift die bedeutendste, um Schadenersatzansprüche begründen zu können.

§ 823 Abs. 1
BGB

Beispiele

- Eine Radfahlerin fährt auf dem Fußgängerüberweg einen Fußgänger an.
- Bei einer Schlägerei wird ein Unbeteiligter verletzt.
- Bei einem Fußballspiel in der Kreisliga wurde einer der Spieler durch ein absichtliches Foul eines gegnerischen Spielers verletzt.

In keinem der genannten Beispiele ist ein Kraftfahrzeug beteiligt, sodass Sie also nicht von einer Gefährdungshaftung ausgehen können; auch ein vermutetes Verschulden im Rahmen der Verschuldenshaftung kommt nicht in Betracht. Es sind vielmehr typische Beispiele, in denen die AOK die Voraussetzungen für das Vorliegen eines Schadenersatzanspruchs beweisen muss.

§ 823 Abs. 1 BGB – Schadenersatzpflicht

Wer vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, den Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum oder ein sonstiges Recht eines anderen widerrechtlich verletzt, ist dem anderen zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet.

Diese Vorschrift regelt also einen Fall der Verschuldenshaftung. Eine Verpflichtung zum Ersatz eines Schadens ergibt sich dabei, wenn dieser eingetreten ist, weil

- bestimmte Rechtsgüter
- als Folge einer Handlung oder eines Unterlassens
- schuldhaft und
- widerrechtlich

verletzt wurden. Gefordert wird darüber hinaus ein adäquater Kausalzusammenhang zwischen dem schädigenden Ereignis und dem eingetretenen Schaden (vgl. Punkt 5.4 dieses Lernbriefs).

6.1.1 Verletzung bestimmter Rechtsgüter

Eine Schadenersatzpflicht entsteht, wenn schuldhaft bestimmte Rechtsgüter, und zwar das Leben, der Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum oder ein sonstiges Recht eines anderen widerrechtlich verletzt werden. Nicht alle diese Rechtsgüter sind für die AOK von Bedeutung. Es sind nur diejenigen, bei deren Verletzung die AOK Leistungen zu erbringen hat.

Werden die Freiheit, das Eigentum oder sonstige Rechte (z.B. Namensrechte) verletzt, dann wird dadurch keine Leistungspflicht der AOK ausgelöst. Anders sieht es dagegen aus, wenn Körper oder Gesundheit eines AOK-Kunden bzw. einer AOK-Kundin verletzt werden. Die Verletzung eines dieser Rechtsgüter löst neben dem privatrechtlichen Schadenersatzanspruch auch eine entsprechende Leistungspflicht der AOK nach dem SGB aus. Nur die Verletzung eines dieser Rechtsgüter kann also zu einem Anspruchsübergang führen.

6.1.2 Handlungsformen

Neben den in Pkt. 6.1 dieses Lernbriefs aufgeführten Beispielen werden Sie in der Praxis auch mit anderen Fällen zu tun haben.

Beispiele

- Ein Fußgänger kommt bei Glatteis vor einem Haus zu Schaden, weil dort nicht gestreut worden ist.
- In einer Gaststätte stolpert ein Gast über eine Stufe, die er nicht rechtzeitig sehen konnte.
- In einem Mietshaus kommt ein Besucher zu Fall, weil die Treppen zu stark gebohrt waren.

Wodurch unterscheiden sich diese Fälle von den in Pkt. 6.1 dieses Lernbriefs aufgeführten Beispielen?

In den dort aufgeführten Beispielen wurden die Körperverletzungen jeweils durch „Handeln“ des Schädigers verursacht. Dagegen ist der Schaden in den vorgenannten Beispielen auf ein Unterlassen zurückzuführen.

Von einer Handlung spricht man dann, wenn jemand in ein fremdes Rechtsgut durch ein Tun eingreift. Ein Unterlassen liegt dagegen vor, wenn jemand ein Handeln unterlässt und dadurch ein vorhandenes Risiko nicht abwendet.

Wird der Körper einer Person durch das Handeln eines Dritten verletzt, so ist damit eindeutig das Tatbestandsmerkmal der Verletzungshandlung erfüllt. Im Fall einer Unterlassung sieht dies anders aus. Es gibt nämlich keine allgemeine Pflicht zum Tätigwerden, um andere vor Schäden zu bewahren. Das Unterlassen steht deshalb einer Verletzungshandlung nur dann gleich, wenn eine Pflicht zum Tätigwerden, also eine bestimmte Verpflichtung zur Abwendung einer Rechtsgutverletzung, bestanden hat. Eine solche Verpflichtung zum Tätigwerden kann sich z.B. aus Gesetzen oder aus Verkehrssicherungspflichten (vgl. Punkt

6.2.4 dieses Lernbriefs) ergeben. Fehlt dagegen eine Pflicht zum Handeln, so kann ein Schadenersatzanspruch nicht entstehen.

Merke

Eine Schadenersatzpflicht kann eintreten, wenn jemand einen anderen durch schuldhaftes Handeln schädigt, aber auch dann, wenn der Schaden entstanden ist, weil jemand schuldhaft das unterlassen hat, wozu er verpflichtet war.

6.1.3 Verschulden und Widerrechtlichkeit

Die Verletzung geschützter Rechtsgüter als Folge eines Handelns oder Unterlassens begründet nur dann einen Schadenersatzanspruch, wenn der Schädiger den Schaden schuldhaft und zugleich widerrechtlich verursacht hat. Wann ein Verschulden vorliegt, haben wir bereits in Punkt 5.1 dieses Lernbriefs erläutert.

§ 823 Abs. 1
BGB

Dass ein Schaden widerrechtlich entstand, ist anzunehmen, wenn das Recht oder Rechtsgut eines anderen verletzt wurde, ohne dass hierfür ein Rechtfertigungsgrund vorlag. Wer also z.B. den Körper eines anderen verletzt, handelt widerrechtlich, es sei denn, er hatte hierfür einen Rechtfertigungsgrund.

Beispiel

Am 21. 04. wird der 20-jährige Markus Kaldewei infolge überhöhter Geschwindigkeit mit seinem Motorrad aus einer Kurve getragen und prallt gegen eine Grundstücksmauer. Seine Verletzungen sind so schwer, dass er sofort in das nächstgelegene Krankenhaus gefahren wird. Um sein Leben zu retten, muss ihm das linke Bein amputiert werden. Da Markus Kaldewei bei seiner Einlieferung bei vollem Bewusstsein war, hatten die Ärzte mit ihm die Einzelheiten besprochen. Markus Kaldewei gab daraufhin seine Einwilligung zur Operation.

Die operierenden Ärzte haben mit der Amputation des Beines den Körper von Markus Kaldewei geschädigt. Es liegt also eine „Körperverletzung“ vor. Sie haben bewusst und gewollt das Bein amputiert, also vorsätzlich und somit – rein formal betrachtet – auch „schuldhaft“ gehandelt.

Frage

Haben sie aber auch widerrechtlich gehandelt?

Lösung

Die Ärzte haben im geschilderten Fall einen Rechtfertigungsgrund für ihr Handeln. Die von Markus Kaldewei vor der Operation abgegebene Einwilligung beseitigte die Widerrechtlichkeit der Körperverletzung. Ein Schadenersatzanspruch gegen die behandelnden Ärzte besteht daher nicht.

Weitere Tatbestände, die eine Widerrechtlichkeit ausschließen, sind die von der Rechtsordnung anerkannten Rechtfertigungsgründe wie

- Notwehr,
- Notstand und
- erlaubte Selbsthilfe, aber auch
- gesetzlich erlaubte Eingriffe, wie z.B. das Vorgehen von Polizeibeamten, die einem Rechtsbrecher mit zulässiger Gewaltanwendung entgegen-treten.

Die Widerrechtlichkeit wird aber nicht schon dadurch ausgeschlossen, dass sich jemand auf einen der genannten Rechtfertigungsgründe beruft. Es ist vielmehr so, dass derjenige, der behauptet, sein Verhalten sei nicht widerrechtlich gewesen, dies auch beweisen muss. Er hat also Tatsachen, die sein Verhalten rechtfertigen, darzulegen und zu beweisen.

§§ 227 – 231, 904 BGB

Merke

Verschulden allein reicht für eine Schadenersatzpflicht nicht aus. Erforderlich ist auch, dass der Schaden widerrechtlich zugefügt wurde. Das ist bei Körperverletzungen regelmäßig der Fall, es sei denn, der Schädiger kann Rechtfertigungsgründe (z.B. Einwilligung, Notwehr) darlegen und beweisen.

6.1.4 Schadeneintritt

Ohne eingetretenen Schaden kann eine Schadenersatzpflicht nicht entstehen. Als Schaden in diesem Sinne ist noch nicht die Körperverletzung an sich zu verstehen. Ein Schaden entsteht vielmehr nur dann, wenn mit der Behandlung oder Beseitigung des Schadens Aufwendungen verbunden sind.

Ersatz der Behandlungskosten kann die verletzte Person also nur dann verlangen, wenn sie die Behandlung auch tatsächlich durchführen lässt. Eine Abrechnung auf der Basis von fiktiv entstehenden Behandlungskosten ist somit nicht zulässig.

6.2 Einzelne Haftungsbe- stände nach § 823 Abs.1 BGB

6.2.1 Tätliche Auseinandersetzungen, Überfälle

Ergibt sich aus dem Unfallfragebogen, dass die Verletzung der versicherten Person auf eine Tötlichkeit oder einen Überfall zurückzuführen ist, werden die notwendigen Behandlungskosten in jedem Fall von ihrer Krankenkasse getragen, selbst wenn die versicherte Person ein Mitverschulden trifft. Die Aufklärung des Schadenhergangs ist in diesen Fällen häufig schwierig und dadurch verwaltungsaufwendig, da die Beteiligten eigenes Verschulden selten bzw. ungern eingestehen, keine Zeugen vorhanden sind oder diese parteiisch und subjektiv reagieren.

§ 81 Abs. 1
VVG

Erschwerend hinzukommt, dass eine etwa bestehende Haftpflichtversicherung den Schaden nicht zu ersetzen hat, wenn in Fällen einer tätlichen Auseinandersetzung im Allgemeinen von vorsätzlicher Schadenaufügung durch den Schädiger auszugehen ist.

Gerichtliche Auseinandersetzungen vor dem Amts- oder Landgericht gestalten sich häufig genauso schwierig wie das zuvor durchgeführte Verwaltungsverfahren der AOK und werden daher immer seltener eingegangen (hohes Prozessrisiko).

Kann der Schadenhergang hingegen schnell von der AOK aufgeklärt werden und der Schädiger ist nicht vermögenslos, so können auch durch diese Fälle Einnahmen erzielt werden.

Ist die versicherte Person Opfer einer vorsätzlichen Gewalttat geworden, erhält sie ggf. Leistungen für die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen einer Schädigung wie es das Vierzehnte Buch Sozialgesetzbuch (SGB XIV) vorsieht. Dies hat seinen Grund darin, dass der Staat mit seinem Monopol zur Verbrechensbekämpfung im Einzelfall nicht vermochte, die Bürgerin bzw. den Bürger vor einem gewaltsamen Angriff zu schützen.

Die Leistungen der Opferentschädigung werden nur auf Antrag gewährt. Betroffenen Kunden sollte deshalb empfohlen werden, einen entsprechenden Antrag auf Entschädigung nach dem SGB XIV bei der zuständigen Verwaltungsbehörde zu stellen.

Die Anerkennung von Ansprüchen nach dem SGB XIV schließt die krankenversicherungsrechtlichen Leistungsansprüche nach dem SGB V nicht aus.

Allerdings werden der AOK die erbrachten Leistungen von der Verwaltungsbehörde pauschal erstattet (Jahrespauschale). Für Leistungen, die pauschal erstattet werden, wird die AOK den Schädiger jedoch nicht mehr in Anspruch nehmen können.

Damit die Verwaltungsbehörde ihre Forderungen beim Schädiger geltend machen kann, übersendet die AOK der Verwaltungsbehörde zu diesem Zweck den Unfallfragebogen in Kopie.

§ 5 SGB I,
§ 1 SGB XIV
i.V.m. § 13
ff. SGB XIV

§ 60 Abs. 2
SGB XIV

§ 120 Abs. 4
SGB XIV

6.2.2 Sportunfälle

Im Alltag der Menschen spielt der Sport als Freizeitausgleich und Ausdruck einer gesunden Lebensweise eine immer größere Rolle. Je mehr Menschen sich sportlich betätigen, umso mehr hat auch die AOK mit Sportunfällen und ihren Folgen zu tun. Sowohl bei Kampf- und Mannschaftssportarten als auch bei nebeneinander ausgeübten Individualsportarten wirken Gegner, Mannschaftskameraden und sonstige Teilnehmende an Verletzungen schuldhaft mit, sodass sich für die Geschädigten bzw. den Regressbearbeitern der AOK die Frage stellt, inwieweit diese in Anspruch genommen werden können.

Auch bei Körperverletzungen, die im Zusammenhang mit sportlicher Betätigung durch Dritte verursacht werden, wird die Widerrechtlichkeit der Verletzungshandlung vermutet. Bei Wettkampfspielen kommt eine rechtfertigende Einwilligung grundsätzlich nicht in Betracht; vielmehr hoffen die Beteiligten, das Spiel unbeschadet zu überstehen.

BGH-Urteil v. 29. 01. 2008, VersR 2008 S. 540
BGH-Urteil v. 27. 10. 2009 – AZ: VI ZR 296 108

Der BGH hat dazu allerdings entschieden, dass bei sportlichen Wettkämpfen mit nicht unerheblichem Gefahrenpotenzial (z.B. gefährliche Autorennen), bei denen typischerweise auch bei Einhaltung der Wettbewerbsregeln oder bei nur geringfügiger Regelverletzung die Gefahr gegenseitiger Schadenzufügung besteht, die Inanspruchnahme des schädigenden Wettbewerbers für solche Schäden eines Mitbewerbers ausgeschlossen ist, die er ohne gewichtige, also nicht grob fahrlässige Regelverletzung verursacht.

Wenn aber aufgrund besonderen Gefahrenpotenzials der Veranstaltung für die Teilnehmenden Versicherungsschutz für zu erwartende bzw. eintretende Schäden besteht, soll dies nicht gelten. Nach der Rechtsprechung besteht jedenfalls dann, wenn die bestehenden Risiken durch eine Haftpflichtversicherung gedeckt sind, kein Grund für die Annahme, die Teilnehmenden wollten gegenseitig auf etwaige Schadenersatzansprüche verzichten. Ebenso wenig ist es als treuwidrig anzusehen, dass der Geschädigte in diesem Fall den durch die Versicherung gedeckten Schaden geltend macht.

Es ist davon auszugehen, dass alle Teilnehmenden eines sportlichen Wettkampfs die Verletzungen in Kauf nehmen, die auch bei regelgerechter Spielweise nach den anerkannten Regeln der jeweiligen Sportart nicht zu vermeiden sind. Im Rahmen des sportlichen Wettkampfs stecken die dem Schutz der Spieler dienenden Sportregeln – z.B. die Spielregeln des Deutschen Fußballbunds – den Rahmen ab, innerhalb dessen die Teilnehmenden sich frei bewegen dürfen.

BGH-Urteil v. 10. 02. 1976 – AZ: VI ZR 32/74

Beispiel

Am 15. 06. zog sich Ingo Meyer in der 63. Spielminute eines Fußballspiels durch den gegnerischen Spieler Martin Mübbels eine schwere Knieverletzung zu. Im Verlauf eines Angriffsspielzugs erhielt Ingo Meyer den Ball zugespielt. Auch Martin Mübbels war am Ball und es kam zu einem spannenden Zweikampf. Der Ball wurde ins Seitenaus gespielt. Unmittelbar danach trat Martin Mübbels mit seinem linken Fuß gegen das rechte Bein von Ingo Meyer, der verletzt zu Boden fiel.

Das Spiel wurde nach Unterbrechung mit einem Freistoß zugunsten der Mannschaft von Ingo Meyer fortgesetzt. Martin Mübbels wurde vom Schiedsrichter nicht verwarnet.

Folge

Dafür, dass Martin Mübbels den durch Spielregeln gezogenen Rahmen des körperlichen Einsatzes bei dem Kampf um den Ball überschritten hat, spricht, dass die Mannschaft von Ingo Meyer einen Freistoß zugesprochen erhielt. Bei dem Regelverstoß handelte es sich aber um einen Regelverstoß in einem solchen Grenzbereich zwischen dem gebotenen intensiven Kampf um den Ball und unerlaubter Härte. Es ist davon auszugehen, dass beide Spieler die gleiche Chance hatten, den Ball zu erreichen. Somit konnte von Martin Mübbels in der konkreten Wettkampfsituation nicht verlangt werden, von seinem Bemühen um den Ball Abstand zu nehmen. Zu dem Regelverstoß und der Verletzung von Ingo Meyer kam es in einer bei dieser Sportart typischen und vom spielerischen Engagement beider Spieler geprägten Situation. Martin Mübbels ist deshalb seinem Gegenspieler Ingo Meyer nicht zum Schadenersatz verpflichtet.

Ein Verstoß gegen die anerkannten Sportregeln stellt grundsätzlich eine zum Schadenersatz verpflichtende Handlung dar. Dies gilt aber nicht für jede geringfügige objektive Verletzung einer solchen Sportregel. Gerade bei Wettkampfspielen (z.B. Fußball) kommt es nicht selten infolge des körperlichen Einsatzes der Spieler, der Schnelligkeit des Spiels sowie aus Spieleifer, Unüberlegtheit oder Übermüdung zu geringfügigen Regelverstößen und daraus resultie-

renden unvermeidbaren, zum Teil auch schwerwiegenden Verletzungen. Diese Regelwidrigkeiten beruhen auf der menschlichen Unzulänglichkeit und sind dem jeweiligen Wettkampf typischerweise eigen. Eine Schadenersatzpflicht wird erst begründet, wenn der Grenzbereich zwischen kampfbetonter Härte und unzulässiger Unfairness überschritten wird.

Im nicht gegeneinander, sondern nebeneinander ausgeübten Individualsport, wie z.B. Schwimmen, Badminton, Schlittschuhlaufen, Golf oder Tennis findet die für den Mannschaftswettkampfsport entwickelte Haftungsprivilegierung bei Verletzungen infolge leichter Regelverstöße grundsätzlich keine Anwendung. Diese Sportarten zielen darauf ab, sich selbst sportlich zu betätigen und möglichst jeden Kontakt mit anderen Personen zu vermeiden. Hier müssen sich alle Sportteilnehmende so verhalten, dass kein anderer geschädigt, gefährdet oder mehr, als nach den Umständen unvermeidbar, behindert oder belästigt wird. Dabei richtet sich der Umfang des Sorgfaltsmaßstabs nach der jeweiligen Sportart.

Wenn auch viele der Individualsportarten nicht unbedingt auf Körperkontakt angelegt sind, kommt es doch bei manchen immer wieder zu körperlichen Berührungen und Verletzungen anderer Teilnehmenden. Bei nur leichten Regelwidrigkeiten geht die Rechtsprechung davon aus, dass wie beim organisierten Wettkampf eine Schadenersatzpflicht nicht eintritt. In der Praxis wird es nicht immer einfach sein, hier eine klare Grenze zu ziehen. Im Zweifel sollte auf die Inanspruchnahme des schädigenden Sportlers nicht verzichtet werden, zumal der Schaden in der Regel von einer privaten Haftpflichtversicherung übernommen

men wird, die bei nachgewiesenem Regelverstoß über ein eventuell vereinbartes Teilungsabkommen in Anspruch genommen werden kann, ohne dass die Schuldfrage eindeutig geklärt werden muss. Auf die Abrechnung eines Schadenersatzanspruchs nach Teilungsabkommen werden wir unter Punkt 7 noch ausführlich eingehen.

Wie können Sie aber zu einer objektiven Beurteilung kommen, ob eine Sportverletzung im Einzelfall einen Schadenersatzanspruch begründen kann?

Grundsätzlich hat der Geschädigte auch im Rahmen eines Sportunfalls nach der Beweislastgrundregel

- den Regelverstoß als Verletzungshandlung,
- seinen Schaden,
- den Kausalzusammenhang zwischen beidem und
- das Verschulden des Schädigers

zu beweisen.

Da nicht jede objektive Verletzung einer Spielregel schuldhaft geschehen ist, geht die Unaufklärbarkeit bezüglich des Verschuldens zulasten der AOK. Dem Geschädigten stehen grundsätzlich alle Beweismöglichkeiten offen, z.B. Dokumentationen in Form von Fotos oder Filmaufzeichnungen sowie Zeugenaussagen. Der Aussage eines Schiedsrichters kommt ein hoher Beweiswert zu. Im Hinblick auf die Schwierigkeit zuverlässiger Beobachtung der schnell wechselnden Vorgänge ist diese Aussage aber im Schadenersatzprozess oft nicht gewichtig genug, um das Gericht von der Richtigkeit des behaupteten Geschehensablaufs zu überzeugen. Der Schiedsrichter trifft nämlich die Tatsachenentscheidung nicht unter

dem Gesichtspunkt eines eventuellen zivilrechtlichen Schadenersatzanspruchs, sondern im Hinblick auf das Spielgeschehen. Deshalb ist es für die Sachbearbeitung wichtig, möglichst viele Zeugenaussagen auszuwerten, um das Risiko einer eventuellen gerichtlichen Auseinandersetzung möglichst zutreffend einzuschätzen.

Ist eine AOK-Kundin oder ein AOK-Kunde im Rahmen betriebssportlicher Betätigung von einer Arbeitskollegin oder einem Arbeitskollegen verletzt worden, dann ist zu beachten, dass sich die Verletzung jedenfalls dann als ein Versicherungsfall (Arbeitsunfall) der Unfallversicherung darstellt, wenn der Betriebssport dem Ausgleich für die körperliche, geistige und seelische Belastung der Beschäftigten durch die Betriebstätigkeit dient. Weitere Voraussetzung für das Vorliegen eines Arbeitsunfalls ist, dass der Betriebssport mit gewisser Regelmäßigkeit und angemessener Dauer stattfindet, der Teilnehmerkreis sich im Wesentlichen aus der Belegschaft bildet und die Übungen im Rahmen einer unternehmensbezogenen Organisation durchgeführt werden. In diesen Fällen ist grundsätzlich der Unfallversicherungsträger leistungspflichtig. Der bzw. die schädigende Betriebsangehörige ist von der Haftung gegenüber seiner verletzten Arbeitskollegin bzw. seinem verletzten Arbeitskollegen nach § 105 SGB VII befreit.

Das LG Köln befasste sich mit einer möglichen Nierenschädigung nach erstmaligem EMS-Training (Muskelstimulation durch elektrische Impulse) in einem Fitnessstudio. Nach Auffassung des Gerichts, unter Berücksichtigung der Gutachten, besteht bei einem typischen Verlauf der CK-Erhöhung nach erstmaligem EMS-Training, unauffälligen Nierenparametern und keinem

BSG-Urteil v. 19. 03. 1991 – AZ: 2 RU 23/90 § 11 Abs. 5 SGB V, § 105 SGB VII

LG Köln-Urteil v. 11. 07. 2018, AZ: 18 O 73/16

Hinweis für einen Risikofaktor kein Anhalt für die Gefahr eines akuten Nierenversagens oder einer Nierenschädigung. Nachvollziehbar sei lediglich, dass sich die Klägerin über einige wenige Tage unwohl fühlte und unter Kopfschmerzen litt. Diese seien durch einen heftigen Muskelkater wegen der ungewohnten Belastung verursacht. Ein Schadenersatzanspruch gegenüber dem Betreiber des Fitnessstudios bestehe somit nicht.

Merke

Grundsätzlich nehmen alle Teilnehmende eines sportlichen Wettkampfs Verletzungen in Kauf, die bei regelgerechter Spielweise nicht zu vermeiden sind. Die Beweislast hat die geschädigte Person. Zunächst sollte generell geprüft werden, ob mit der Haftpflichtversicherung des Gegners ein Teilungsabkommen besteht.

6.2.3 Ärztliche Behandlungsfehler

In den AOKs nimmt die Zahl der Kunden, die einen Behandlungsfehler vermuten, zu. Den meisten Betroffenen geht es hierbei um die Klärung, ob die bei ihnen durchgeführten Behandlungen lege artis, d.h., dem geltenden Standard und gesicherten medizinischen Erkenntnissen entsprechend erfolgt sind. Die Bewertung der Behandlungsabläufe ist den Betroffenen allein oft nicht möglich, sodass sich viele von ihnen mit der Bitte um Unterstützung an ihre AOK wenden.

§ 66 SGB V

Die Krankenkassen sollen die Versicherten bei der Verfolgung von Schadenersatzansprüchen, die bei der Inanspruchnahme von Versicherungsleistungen aus Behandlungsfehlern

entstanden sind, unterstützen. Diese Sollvorschrift führt zu einem gebundenen Ermessen, von dem die Krankenkasse nur beim Vorliegen besonderer Gründe abweichen kann.

In der AOK gibt es bereits seit vielen Jahren speziell geschulte Teams, die in Fällen vermuteter Behandlungs- und Pflegefehler die Betroffenen fachkompetent von einem Team aus Sozialversicherungsfachangestellten, Medizinern und Juristen berät und unterstützt.

So ist für die Prüfung der Behandlungsabläufe die Einsichtnahme in die Behandlungsunterlagen unerlässlich. Der Patient bzw. die Patientin selbst hat ein Einsichtsrecht in die vollständige, ihn betreffende Patientenakte.

§ 630g
BGB

Der Patient oder die Patientin kann auch elektronische Abschriften von der Patientenakte verlangen (§ 630g Abs. 2 Satz 1 BGB). Die für die Anfertigung der Kopien entstehenden Kosten sind den Behandelnden jedoch zu erstatten (§ 630g Abs. 2 Satz 2 BGB).

Dem Patienten bzw. der Patientin steht neben der spezialgesetzlichen Regelung des § 630g BGB auch nach Art. 15 Abs. 3 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ein Anspruch auf eine unentgeltliche Auskunft über seine in der Klinik gespeicherten personenbezogenen Daten durch Übermittlung der vollständigen Behandlungsdokumentation im pdf-Format zu.

OLG Köln,
Urteil v.
10. 08. 2023-
I-15 U 149/22

Die Auswertung der Behandlungsunterlagen, insbesondere auch der Aufnahmen bildgebender Untersuchungsverfahren (Röntgenbilder, MRT- oder CT-Aufnahmen) ist den meisten Kunden jedoch ohne medizinisch-juristische Unterstützung nicht möglich.

<p>Hessisches LSG 1. Senat, Urteil v. 04. 05. 2015, L1 KR 381/13</p>	<p>Den Service, den die AOK ihren Kunden im Rahmen des § 66 SGB V bieten, ist sehr breit gefächert. So unterstützt die AOK bei der Beschaffung der Behandlungsunterlagen und bei deren medizinischer Bewertung, indem sie – für die Versicherten kostenfrei – eine gutachterliche Bewertung beim Medizinischen Dienst (MD) einholen. Sofern sich im Ergebnis der gutachterlichen Bewertung der Verdacht auf einen Behandlungs- und/oder Pflegefehler bestätigt, unterstützen die AOKs auch – sofern von den Versicherten gewünscht – bei der Durchsetzung der berechtigten Schadenersatzansprüche, die materieller oder immaterieller (Schmerzensgeld) Art sein können. Hierbei ist zu beachten, dass § 66 SGB V keine Befugnis enthält, einen „Rechtsschutz der Krankenkassen“ aufzubauen. Es gelten die Grenzen des Rechtsberatungsgesetzes mit der Folge, dass sich die Versicherten mit einem Wunsch nach Wahrnehmung ihrer rechtlichen Interessen an einen entsprechend geeigneten Rechtsanwalt wenden müssen.</p>	<p>Behandlungsfehlern und Pflegefehlern“ erarbeitet, der im Hinblick auf die aktuellen Gesetzesänderungen und unter Berücksichtigung der neueren Rechtsprechung zu Behandlungs- und Pflegefehlern derzeit überarbeitet wird.</p>
<p>LSG Baden-Württemberg 5. Senat, Urteil v. 08. 08. 2018, L 5 KR 1591/18, nachgehend Beschluss des BSG v. 24. 10. 2018, B 1 KR 67/18 B</p>	<p>Der Anspruch auf Unterstützungsleistungen durch die Krankenkassen bei der Verfolgung von Schadenersatzansprüchen nach § 66 SGB V steht nach dem Wortlaut der Norm nur den Versicherten zu. Mit dem Tod der versicherten Person erlöschen alle Ansprüche aus Dienst- und Sachleistungen (§ 59 SGB I). Der Anspruch auf die Unterstützungsleistungen geht auch nicht nach § 56 oder § 58 SGB I auf eine andere Person über.</p> <p>Der Medizinische Dienst (§ 275 ff. SGB V) hat gemeinsam mit Vertretern von Krankenkassen einen „Leitfaden für die Zusammenarbeit zwischen Krankenkassen/Pflegekassen und MD bei drittverursachten Gesundheitsschäden, insbesondere bei</p>	<p>Der Leitfaden soll einerseits dazu dienen, die Mitarbeitenden der Krankenkassen bezüglich des Aufgreifens von Regressfällen zu sensibilisieren und ihnen bei der Unterstützung der Versicherten themenbezogene Handlungshilfen zu geben. Andererseits soll aber auch den über den MD mit der Prüfung und Bewertung der Fälle vermuteter Behandlungsfehler beauftragten Ärzten/Pflegekräften z.B. durch die Formulierung spezieller Fragestellungen im Rahmen des Begutachtungsauftrags die schadensrechtliche Relevanz bestimmter Aspekte aus der Behandlung näher gebracht und verständlich gemacht werden.</p> <p>Über den MD werden sowohl medizinischwissenschaftliche Gutachten, aber auch gutachterliche Stellungnahmen erstellt. Darüber hinaus unterstützt der MD die AOK vor Ort durch Fallbesprechungen.</p> <p>Im Zusammenhang mit der Unterstützung der Kunden bei vermuteten Behandlungsfehlern prüft die AOK auch eigene Schadenersatzansprüche. Dazu sind sie gesetzlich verpflichtet. Hierbei geht es um solche Ansprüche, die gemäß § 116 SGB X kraft Gesetzes auf die AOK übergegangen sind (Kosten für ärztliche Behandlungen, Arzneimittel, Hilfsmittel etc.).</p> <p>Voraussetzung für einen Schadenersatzanspruch, der sich aus einem Behandlungsfehler ergibt, ist, dass ärztliche Maßnahmen durchgeführt wurden, die nach dem Stand der medi-</p>

zinischen Wissenschaft und Erfahrung die berufsfachlich gebotene Sorgfalt nicht erfüllen und ggf. sogar gegen elementare Behandlungsregeln verstoßen und bei denen aufgrund der Standardverstöße eine gesundheitliche Beeinträchtigung beim Patienten bzw. bei der Patientin eingetreten ist. Zwischen der Sorgfaltspflichtverletzung und dem eingetretenen Schaden muss ein Kausalzusammenhang bestehen.

Für den behandelnden Arzt bzw. für die behandelnde Ärztin ergeben sich aus den Behandlungsvertrag mit der Patientin bzw. dem Patienten eine Reihe von Pflichten, die verletzt werden können.

Verstöße gegen geltende Standards und gesicherte medizinische Erkenntnisse sind z.B. im Rahmen der Befunderhebung und Befundsicherung, bei der Diagnosestellung, in der Therapieauswahl oder Nachsorge möglich.

Die nachstehenden Beispiele verdeutlichen die Bandbreite möglicher Fehler im Rahmen ärztlicher Behandlungen:

- vergessener Fremdkörper nach einem operativen Eingriff
- unterlassene postoperative Überwachung (Monitoring) der Patienten bei bestehender Ateminsuffizienz
- Durchführung eines medizinisch nicht indizierten Eingriffs
- nicht ordnungsgemäße Lagerung von Patienten während der Operation
- Diagnosefehler durch nicht nachvollziehbare Fehlinterpretation erhobener Befunde
- Übertragung einer Operation an einen nicht ausreichend qualifizierten Assistenzarzt
- Seitenverwechslungen

Zu beachten ist, dass der behandelnde Arzt im Krankheitsfalle dem Patienten primär eine Behandlung entsprechend dem geltenden Facharztstandard schuldet, nicht jedoch den Heilerfolg. Daraus ergibt sich, dass beim Ausbleiben des erhofften Heilerfolgs nicht automatisch von einem Behandlungsfehler auszugehen ist.

Bei der Beurteilung möglicher Sorgfaltspflichtverletzungen wird auf den besonnenen, gewissenhaften Arzt mit den jeweils erforderlichen Fachkenntnissen abgestellt.

Im Rahmen der Befunderhebung hat der BGH bereits 1996 grundlegend entschieden, dass der Arzt bzw. die Ärztin verpflichtet ist, medizinisch zweifelsfrei gebotene Befunde zu erheben, zu sichern und zu dokumentieren (BGH NJW 1996, 1589).

Hat es der Arzt oder die Ärztin schuldhaft unterlassen, die entsprechenden Befunde zu erheben, so kommt es zu einer Beweislastumkehr zulasten des Arztes bzw. der Ärztin, wenn dadurch die Aufklärung eines immerhin wahrscheinlichen Ursachenzusammenhangs zwischen Fehler und Schaden erschwert oder vereitelt wird. Die Behandlungsseite kann sich nicht darauf berufen, dass man nun nicht mehr feststellen kann, wie der Befund bei Erhebung ausgesehen haben würde.

Die Dokumentation in den Krankenunterlagen muss wahr, vollständig und widerspruchsfrei sein. Aus der Tatsache einer fehlenden, mangelhaften oder unvollständigen Dokumentation einer aus medizinischen Gründen aufzeichnungspflichtigen Maßnahme kann zurückgeschlossen werden, dass diese Maßnahme unterblieben bzw. vom Arzt oder von der Ärztin nicht getroffen worden ist (BGH VersR 1999, S. 190).

Aus medizinischer Sicht sind zu dokumentieren:

- die wichtigsten diagnostischen und therapeutischen Maßnahmen
- die wesentlichen Verlaufsdaten
- ärztliche Diagnosen sowie ärztliche Anordnungen
- Informations- und Aufklärungsgespräche mit den Patienten
- Weigerungen der Patienten, eine Untersuchung vorzunehmen oder Hinweis auf die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer Untersuchung
- Operationsverlauf

Nicht dokumentationspflichtig sind Routinemaßnahmen.

Auch die Aufklärung spielt in vielen Medizinschadensfällen eine große Rolle. Die ärztliche Pflicht ist es, sorgfältig und frühzeitig über die Diagnose, die Therapie, den Eingriff, das Risiko und über alternative Behandlungsmethoden aufzuklären. Eine Aufklärung über Behandlungsalternativen besteht dann, wenn konkret eine echte Alternative mit gleichwertigen Chancen, aber andersartigen Risiken besteht.

Der Patient bzw. die Patientin kann Schadenersatz geltend machen, wenn die Behandlung zwar fehlerfrei, jedoch über die Behandlung nicht ausreichend und sorgfältig aufgeklärt wurde.

Lernbeispiel 6

Dr. Manfred Berger, in freier Praxis niedergelassener Facharzt für Frauenheilkunde und Geburtshilfe, ist am Augustus-Krankenhaus belegärztlich tätig. Am 20. 11. gegen 22.30 Uhr wurde Monika Martin auf der Entbindungsabteilung dieses Krankenhauses stationär aufgenommen, nachdem es bei ihr ohne Wehen zu einem Blasensprung

gekommen war. Am anderen Morgen gegen 06.00 Uhr gab es Komplikationen. Die Hebammen betteten Monika Martin deshalb auf eine Liege und fuhren mit ihr sofort zum gynäkologischen Operationssaal. Von unterwegs wurde Dr. Manfred Berger telefonisch informiert; er begab sich sofort von zu Hause auf den Weg zum Krankenhaus. Ferner wurde die Pforte angerufen, die das eingeteilte Operationsteam – Assistenzpersonal und Anästhesiearzt – zur Durchführung einer Kaiserschnittentbindung alarmierte.

Monika Martin konnte jedoch nicht in den Operationssaal gebracht werden, da die Tür verschlossen war und die Hebammen keinen Schlüssel hatten; ein Aufbewahrungsort war ihnen nicht bekannt. Auch der inzwischen eingetroffene Dr. Manfred Berger und die anderen Beteiligten hatten keinen Schlüssel für den Operationssaal; ein Aufbewahrungsort war auch ihnen nicht bekannt. Dr. Manfred Berger begann deshalb schon vor dem Operationssaal mit den notwendigen Vorbereitungen. Das Kind von Monika Martin wurde aber erst um 06.30 Uhr durch Kaiserschnitt entbunden. Wegen ausbleibender Spontanatmung und fehlender Reflexe musste es beatmet werden. Die Ärzte diagnostizierten eine schwere Gehirnschädigung. Monika Martin führte diese auf das fehlerhafte Geburtsmanagement und auf organisatorische Fehler des Augustus-Krankenhauses zurück, weil bis zur Öffnung des Operationssaals mindestens zehn Minuten vergangen waren.

Überlegen Sie, ob der Träger des Augustus-Krankenhauses dem Neugeborenen zum Schadenersatz verpflichtet ist.

Insbesondere im Krankenhaus gewinnen Organisationspflichten immer mehr an Bedeutung, da hier viele Teilbereiche ineinander greifen. Grundsätzlich ist die für die jeweilige Struktur verantwortliche Instanz (z.B. Krankenhausträger) verpflichtet, durch geeignete organisatorische Maßnahmen Gefahren für die Patienten so weit wie möglich zu minimieren. Dabei muss der gesamte Ablauf der Betriebsvorgänge und die Tätigkeit des Personals so eingerichtet und überwacht werden, dass Dritte nicht geschädigt werden. Andernfalls hat eine Umsteuerung zu erfolgen.

Die Organisation umfasst zum einen die Ausstattung der medizinischen Versorgung (ausreichendes Personal, erforderliche fachliche Qualifikation), zum anderen aber auch den Aspekt der Arbeitsteilung (vertikal und horizontal). Die vertikale Arbeitsteilung betrifft die Arbeitsteilung und Arbeitszuweisung. Die horizontale Arbeitsteilung ist aus der modernen Medizin nicht mehr wegzudenken. Spezialisierungen und technische Geräte haben dazu geführt, dass neben der führenden Behandlung durch den Arzt bzw. die Ärztin eine Vielzahl von „zusarbeitenden medizinischen Kräften“ tätig wird. Grundsätzlich gilt der Vertrauensgrundsatz, d.h. der hinzugezogene Arzt darf beispielsweise auf die vom überweisenden Arzt erhobenen Befunde verlassen. Ausnahmen gelten dann, wenn sich für den Arzt bzw. für die Ärztin Anhaltspunkte für Zweifel oder Fehler ergeben.

Ein sogenanntes Übernahmeverschulden liegt vor, wenn ein Arzt bzw. eine Ärztin und/oder eine Klinik bei der Übernahme einer Behandlung erkennen mussten, dass die Grenzen des jeweiligen Fachbereichs, der persönlichen Fähigkeiten, der technisch-apparativen Ausstattung oder der Organisationsstruktur überschritten werden.

Die Rechtsfolgen des Übernahmeverschuldens sind in § 630h Abs. 4 BGB geregelt. Danach gilt für den Fall, dass ein Patient oder eine Patientin bei der Behandlung durch eine nicht hinreichend befähigte Person einen Gesundheitsschaden erleidet, die Vermutung, dass diese mangelnde Befähigung für die Verletzung ursächlich war.

Das Übernahmeverschulden spielt aber auch im ärztlich nachgeordneten Bereich eine große Rolle, z.B. bei Behandlungen durch Hebammen, Krankenschwestern, Physiotherapeuten usw. mit – oder aber auch nicht selten ohne ärztliche Verordnung.

Fortsetzung des Lernbeispiels 6

Weder der Belegarzt Dr. Manfred Berger noch die anderen Beteiligten waren zuverlässig darüber informiert worden, wo der Schlüssel für den Operationsraum zu finden war. Damit war die vom Krankenhaus geschuldete bestmögliche Versorgung der in einer Notlage befindlichen Patientin nicht gewährleistet. Die entscheidende Frage ist allerdings, ob die dadurch verspätet eingeleitete Entbindung Ursache für die Hirnschädigung des Kindes war. Das geschädigte Kind bzw. seine Eltern werden kaum beweisen können, dass sich die Schädigung hätte vermeiden lassen, wenn zehn Minuten früher entbunden worden wäre. Da der organisatorische Mangel aber sehr schwerwiegend ist und einem groben Behandlungsfehler gleichsteht, rechtfertigt dies eine Beweislastumkehr. Deshalb obliegt dem Krankenhausträger der Nachweis dafür, dass die Schädigung des Kindes bei einer um zehn Minuten früheren Entbindung auch eingetreten wäre. Gelingt dieser

Nachweis nicht, so ist der Krankenhausträger dem Neugeborenen wegen des Organisationsverschuldens zum Schadenersatz verpflichtet.

Merke

Äußert die bei der AOK versicherte Person den Verdacht auf einen Behandlungs- und/ oder Pflegefehler, soll die AOK sie gemäß § 66 SGB V bei der Verfolgung von Schadenersatzansprüchen unterstützen. Gemeinsam mit dem MD erfolgt eine medizinische Prüfung und Bewertung der Behandlungsabläufe. Zur Geltendmachung und Durchsetzung von Schadenersatzansprüchen wird die betroffene Person durch die speziellen Teams in der AOK fachkompetent und umfassend beraten und unterstützt.

6.2.4 Verletzung der Verkehrssicherungspflichten

Aus dem allgemeinen Haftpflichttatbestand des § 823 Abs. 1 BGB kann eine unübersehbare Fülle von Einzelansprüchen hergeleitet werden. Ein im Gesetz nicht ausdrücklich genanntes Anwendungsgebiet ist die Verletzung der so genannten Verkehrssicherungspflichten, die unter anderem auch im Zusammenhang mit der Produkthaftung von Bedeutung sind. In diesen Fällen steht das Unterlassen einer Verletzungshandlung gleich, weil die Pflicht bestand, das Leben, den Körper oder die Gesundheit eines anderen nicht zu schädigen.

Eine Schadenersatzpflicht kann nicht nur eintreten, wenn jemand einen anderen durch schuldhaftes Handeln schädigt, sondern auch dann, wenn der Schaden entstanden ist, weil jemand schuldhaft das unterlassen hat, wozu er verpflichtet war.

Wenn auch dem Gesetzeswortlaut hierüber nichts zu entnehmen ist, hat doch die Rechtsprechung den Grundsatz aufgestellt, dass jeder, der einen „allgemeinen Verkehr“ eröffnet oder in seinem Bereich duldet, also Gefahrenlagen schafft, die erforderlichen Sicherungsvorkehrungen zu treffen hat, damit mögliche Schäden von Personen (und Sachen) abgewendet werden. Unterlässt der Verpflichtete dies schuldhaft, hat er den Schaden zu ersetzen, den ein anderer dadurch in seinen nach § 823 Abs. 1 BGB geschützten Rechtsgütern erleidet. Die Verkehrssicherungspflicht ist insbesondere bei öffentlichen Straßen, an Baustellen, in Schwimmbädern, Sportstätten, Schulen, auf Spielplätzen und Grundstücken sowie in Geschäftslokalen und dergleichen von Bedeutung.

Beispiele

- Öffentliche Straßen und Wege müssen sich grundsätzlich im verkehrssicheren Zustand befinden.
- Bei Schnee- und Eisglätte muss der Verkehrssicherungspflichtige in eingeschränktem Rahmen mit abstumpfenden Mitteln streuen.
- Bei Eigenheimen und Mehrfamilienhäusern müssen vorhandene Gefahrenquellen beseitigt werden, damit die Benutzer oder Besucher nicht zu Schaden kommen können.
- Dem Betreiber eines Selbstbedienungsgroßmarkts, eines Kaufhauses oder eines Ladengeschäfts obliegen besondere Verkehrssicherungspflichten, damit die Kunden gefahrlos einkaufen können.

- Für einen Gastwirt bestimmt sich das Maß der Sorgfalt nach den typischerweise in einem Gaststättenbetrieb vorkommenden Situationen. Er ist z.B. verpflichtet, von seinen Gästen Gefahren, die ihnen beim Besuch der Gaststätte durch den Zustand der Zugänge und Räumlichkeiten drohen, abzuwenden.
- Ein Ladenbesitzer darf keine Streichhölzer an Kinder verkaufen, wenn ihm weder das Kind noch der Verwendungszweck der Streichhölzer bekannt ist und auch keinerlei Hinweise dafür vorliegen, dass das Kind im Auftrag der Eltern handelt.
- Der Veranstalter eines Popkonzerts haftet auch für den Hörschaden einer jugendlichen Konzertbesucherin infolge übermäßiger Lautstärke der Musik.

Die Reihe dieser Beispiele ließe sich beliebig fortführen. Man könnte sie auch um solche aus dem Straßenverkehrsrecht erweitern. Im Straßenverkehr ist die Gefährdung der Mitmenschen aber so groß, dass der Gesetzgeber die Verpflichtungen des Einzelnen in einem besonderen Gesetz, der Straßenverkehrsordnung, und in sonstigen Verkehrsregeln festgelegt hat. Nicht selten passiert es, dass z.B. der Halter oder Führer eines Kraftfahrzeugs seinen Pkw ungesichert abstellt und dadurch eine „Schwarzfahrt“ ermöglicht, in deren Verlauf ein anderer einen Schaden erleidet. In diesem Fall bestehen Schadenersatzansprüche nach dem BGB wegen der Verletzung von Verkehrssicherungspflichten und nach dem Straßenverkehrsgesetz nebeneinander (vgl. auch Punkt 6.7 dieses Lernbriefs).

Den Regelungen im Straßenverkehrsrecht liegt der Gedanke zugrunde, dass insbesondere mit der Benutzung von Kraftfahrzeugen erhebliche Gefahren verbunden sind. Dagegen beruht der von der Rechtsprechung entwickelte Begriff der Verkehrssicherungspflichten auf dem Gedanken, dass der Einzelne durch seine berufliche und wirtschaftliche oder private Tätigkeit häufig besondere über das normale Maß hinausgehende Gefahrenlagen schafft. Die Rechtsprechung hat den Begriff der Verkehrssicherungspflichten sehr weit gefasst. Außerdem sind die in diesem Zusammenhang tatsächlich möglichen Verkehrssicherungspflichten fast unübersehbar. Der Gesetzgeber hat daher bisher davon abgesehen, diese Pflichten in Einzelvorschriften festzulegen. Als Anhaltspunkte können jedoch die Unfallverhütungsvorschriften der Unfallversicherungsträger oder z.B. auch baurechtliche Vorschriften dienen. Diese sollen dem einzelnen Unternehmer oder Bauherrn die Prüfung der Frage erleichtern, welche Verkehrssicherungspflichten er zu erfüllen und welche Sicherungsvorkehrungen er im Einzelfall zu treffen hat.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der Umfang der Pflichten, die ein Verkehrssicherungspflichtiger zu erfüllen hat, durch die jeweilige Sachlage bestimmt wird, ohne dass dies konkret festgelegt werden kann. Im Allgemeinen kann beim Vorhandensein bestimmter Gefahrenquellen keine vollständige Gefährlosigkeit erreicht und auch nicht verlangt werden. Der Verkehrssicherungspflichtige muss aber alle zumutbaren Vorkehrungen treffen, um Unfälle zu vermeiden. Zumutbar sind solche Sicherungsmaßnahmen, die ein verständiger, umsichtiger und vernünftiger Mensch für ausreichend halten darf, um andere

Personen vor Schäden zu bewahren. Unterlässt es der Verkehrssicherungspflichtige, zumutbare Sicherungsvorkehrungen zu treffen, hat er den Schaden zu ersetzen, den ein anderer dadurch an Leben, Körper oder Gesundheit erleidet.

Beispiel

Am Abend des 20. 11. besuchte Regina Richter ihre Schwester, die in der Nachbarschaft im zweiten Obergeschoss eines Mehrfamilienhauses wohnt. Das Haus gehört dem im Erdgeschoss wohnenden Friseurmeister Walter Blei. Als Regina Richter beim Betreten des Hausflurs die automatische Beleuchtung schalten wollte, funktionierte diese nicht. Sie versuchte daraufhin, in der Dunkelheit die Treppe zu erreichen, um vorsichtig nach oben zu gehen. Dabei stolperte sie so unglücklich über die erste Treppenstufe, dass sie sich das Bein brach und in ein Krankenhaus eingewiesen werden musste. Von ihrer Schwester erfuhr Regina Richter, dass die Treppenbeleuchtung schon seit zwei Wochen defekt war.

Frage

Ist Walter Blei der verletzten Regina Richter zum Schadenersatz verpflichtet?

Lösung

Regina Richter kam in dem Mehrfamilienhaus des Walter Blei zu Schaden, weil sie in der Dunkelheit über eine Treppenstufe fiel. Der Eigentümer Walter Blei hatte nicht dafür gesorgt, dass die schon längere Zeit defekte Treppenhausbeleuchtung funktionierte. Er hat somit seine Verkehrssicherungspflichten fahrlässig verletzt. Regina Richter ist dadurch ohne Rechtfertigungsgrund geschädigt worden. Walter Blei ist ihr deshalb zum Schadenersatz verpflichtet.

Für den Eigentümer und Vermieter eines Mehrfamilienhauses umfasst die Verkehrssicherungspflicht unter anderem, die von seinem Grundstück oder einem darauf befindlichen Gebäude ausgehenden Gefahren abzuwenden. Diese Verpflichtung bezieht sich sowohl auf die Bewohner als auch auf Besucher des Mehrfamiliengebäudes. Dazu gehört unter anderem, bei Dunkelheit für eine ausreichende Beleuchtung zu sorgen.

Merke

Wer Gefahrenlagen schafft, hat durch die nötigen Sicherheitsvorkehrungen dafür zu sorgen, dass Dritte keinen Schaden erleiden.

6.2.4.1 Wegeunterhaltung

Die Verkehrssicherungspflicht öffentlicher Straßen und Wege richtet sich auch dann, wenn eine öffentliche Körperschaft die Verantwortung trägt, grundsätzlich nach den allgemeinen zivilrechtlichen Deliktsvorschriften. Allerdings sind die Verkehrssicherungs-

Art. 34 GG,
§ 839 Abs. 1
BGB

	<p>pflichten in den meisten Bundesländern durch landesrechtliche Normen dem öffentlichen Recht unterstellt worden. Deshalb beurteilt sich eine Verletzung von Straßenverkehrssicherungspflichten für öffentliche Straßen in der Regel nach Amtshaftungsgrundsätzen. Danach tritt an die Stelle der Haftung des Bediensteten die Haftung des Dienstherrn.</p>	<p>Eine vollständige Übertragung der Verkehrssicherungspflicht für den Baustellenbereich auf den Bauunternehmer ist nicht möglich. Der Hoheitsträger hat weiterhin eigene Aufsichts- und Überwachungspflichten.</p>	<p>OLG Schleswig 7. Zivilsenat, Urteil v. 26. 11. 2020 – AZ: 7 U 61/20</p>
§ 839 Abs. 1 Satz 2 BGB	<p>Die im Gesetz vorgesehene Verweisklausel auf andere Ersatzleistungen ist nach der Rechtsprechung nicht anzuwenden, wenn Amtsträger durch die Verletzung öffentlich-rechtlicher Straßenverkehrssicherungspflichten schuldhaft einen Schaden verursachen. Auch in diesen Fällen hat die AOK also gute Chancen, Ersatz vom Dienstherrn des schädigenden Mitarbeiters (z.B. einer Stadtverwaltung) zu erlangen. Deshalb sollte in derartigen Fällen der Vorgang generell an den Ersatzleistungsbereich weitergeleitet werden, weil gerade die Beurteilung der Amtshaftung außerordentlich schwierig ist.</p> <p>Verkehrssicherungspflichtig ist für öffentliche Straßen und Wege grundsätzlich der Hoheitsträger, der die von der Beschaffenheit der öffentlichen Straße ausgehenden Gefahren beherrschen kann. Dem Hoheitsträger obliegt nach Schaffung einer Gefahrenlage die Abwehr der Schädigung Dritter. In Baustellenbereichen trifft darüber hinaus auch den Bauunternehmer eine Verkehrssicherungspflicht. Die Verkehrssicherungspflicht trifft ihn so lange, wie er Bauarbeiten ausführt und damit tatsächlich in der Lage ist, die zur Behebung der Gefahren erforderlichen Maßnahmen zu treffen.</p>	<p>Zu den öffentlichen Straßen gehören insbesondere der Straßenkörper (Fahrbahn, Unterbau, Brücken, Tunnel, Böschungen usw.) einschließlich der Randstreifen und der Gehwege sowie das Zubehör (z.B. amtliche Verkehrszeichen) und auch der Luftraum über dem Straßenkörper.</p> <p>Inhalt der Verkehrssicherungspflicht ist es, öffentliche Flächen entsprechend der Art ihrer Benutzung möglichst gefahrlos zu gestalten und zu erhalten. Im Rahmen des objektiv Zumutbaren ist in geeigneter Weise alles zu tun, um den Gefahren zu begegnen, die aus einem nicht ordnungsgemäßen Zustand der Verkehrs- und Randflächen den Benutzern für Leben, Gesundheit und Eigentum drohen. Der Verkehrssicherungspflichtige hat vor dem baulichen Zustand einer Straße nicht nur zu warnen; er muss die Verkehrsteilnehmer vielmehr vor den von der Straße ausgehenden und bei ihrer zweckgerichteten Benutzung drohenden Gefahren schützen. Er hat dafür Sorge zu tragen, dass sich die Straße in einem dem regelmäßigen Verkehrsbedürfnis genügenden Zustand befindet, der eine möglichst gefahrlose Benutzung zulässt. Bis zur Durchführung entsprechender Maßnahmen ist auf eine etwaige Gefahrenquelle hinzuweisen. Die Tatbestände, die bei Verstoß gegen die Verkehrssicherungspflichten zu Ersatzansprüchen führen können, sind vielfältig. Dazu gehören z.B.:</p>	

- stark verschmutzte Fahrbahnen
- gefährliche Schlaglöcher
- Nichtaufstellen von Warnschildern
- unsachgerechte Unterhaltung von Verkehrszeichen
- Verstoß gegen die Beleuchtungspflicht
- Verstoß gegen die Streupflicht

Eine vollkommene Verkehrssicherheit, die jeden Unfall ausschließt, lässt sich allerdings in der Praxis nie erreichen. Deshalb ist es für Sie nicht einfach, im Einzelfall festzustellen, ob Sicherungspflichten verletzt wurden oder aber die Grenze dessen, was jeder Verkehrsteilnehmer noch hinzunehmen hat, eingehalten wurde. Grundsätzlich verlangt die Rechtsprechung, dass der Benutzer die Straßen und Wege so hinnehmen muss, wie sie sich ihm erkennen dar bieten; er muss sich den gegebenen Verhältnissen mit der notwendigen Sorgfalt anpassen. Der Verkehrssicherungspflichtige muss aber die Gefahren ausräumen, vor denen auch ein sorgfältiger Verkehrsteilnehmer sich nicht selbst schützen kann, weil die Gefahrenlage entweder völlig überraschend eintritt oder nicht ohne Weiteres erkennbar ist.

Um Ihnen die Auswirkungen dieser Rechtsprechung vor Augen zu führen, verweisen wir beispielhaft auf Gehwegplatten, von denen sich einige gelockert haben. Wenn diese beim Betreten zur Seite kippen und eine Person verletzt wird, dann bleibt festzustellen, dass dieser Mangel optisch nicht erkennbar war. Deshalb ist vom Verkehrssicherungspflichtigen zu verlangen, dass Bürgersteige regelmäßig auf derartige Gefahren hin überprüft werden. Allerdings dürfen die Anforderungen an diese Kontrolle nicht überspannt werden. Die Straßenbegeher der Städte und Gemeinden müssen nicht sämtliche Platten auf einem

Bürgersteig einzeln durch Begehen auf eine Lockerung untersuchen. Wenn aber bei der Sichtkontrolle ausgebrochene oder lose Platten bemerkt werden, dann müssen auch die Platten im Umfeld genauer überprüft werden.

Für die Beurteilung eines Schadenersatzanspruchs sollten Sie aber auch wissen, dass Fußgänger bei der Benutzung einer Straße mit geringfügigen Unebenheiten rechnen müssen. Niveauunterschiede bis zu zwei Zentimeter, in nicht so wichtigen Straßen auch größere, sind noch keine Anzeichen für eine Verletzung der Verkehrssicherungspflicht. In Bereichen, in denen Fußgänger erfahrungsgemäß ihr Augenmerk weniger auf den vor ihnen liegenden Bereich konzentrieren (z.B. in Fußgängerpassagen), stellt aber eine Absenkung im Straßenbelag von etwas mehr als zwei Zentimeter eine Gefahrenlage dar, auf die sich Fußgänger nicht einzurichten brauchen.

Ob ein mangelhafter Zustand der Straße bereits einen Grad erreicht hat, der eine Ausbesserungsarbeit notwendig macht, ist also immer auf den Einzelfall bezogen zu prüfen. Dabei sollte berücksichtigt werden,

- dass der Umfang der Verkehrssicherheit bei städtischen Verhältnissen anders sein kann als bei ländlichen,
- dass sich auch der Verkehrsteilnehmer den Gefahren der Straße anpassen hat,
- für welche Art von Fahrzeugen die Straße bestimmt ist,
- ob für den geschädigten Verkehrsteilnehmer möglicherweise ein Überraschungsmoment gegeben war (vorhandener Mangel war absolut nicht erkennbar),
- ob sich aus einer Häufung von Unfällen eine besondere Gefährlichkeit der Straße ergeben hat.

Urteil d. OLG
Köln v.
08. 04. 2020,
AZ: JU 298/19

BGH-Urteile v. 23. 04. 2020 – AZ: III ZR 250/17 und III ZR 251/17

Ein Überraschungsmoment ist beispielsweise gegeben, wenn ein Radfahrer einen quer über einen Feldweg gespannten, ungekennzeichneten Stacheldraht nicht bemerkt, deshalb stürzt und sich hierbei verletzt. Ein solches Hindernis, das über einen für Radfahrer zugelassenen Weg gespannt wurde, ist angesichts seiner schweren Erkennbarkeit und der daraus, sowie aus seiner Beschaffenheit folgenden Gefährlichkeit, völlig ungewöhnlich und objektiv geradezu als tückisch anzusehen, sodass ein Fahrradfahrer hiermit nicht rechnen muss. Damit liegt eine schuldhafte Verletzung der Verkehrssicherungspflicht durch den Amtsträger (hier: Gemeinde) vor. Ein Mitverschulden des Radfahrers ist somit nicht gegeben.

6.2.4.2 Reinigungs- und Streupflicht

Die Streupflicht ist ein Teil der Verkehrssicherungspflicht. Die Pflicht eines Trägers der öffentlichen Gewalt zur Verkehrssicherung für Straßen, Wege und Plätze, die dem öffentlichen Verkehr gewidmet sind, umfasst also auch die Streupflicht. Streupflicht bedeutet nicht, dass die Wege bei eintretender Winterglätte derart zu bestreuen sind, dass ein Verkehrsteilnehmer oder ein Fahrzeug überhaupt nicht ausgleiten kann. Vielmehr müssen die Wege nur so bestreut werden, dass sie unter Anwendung der erforderlichen Sorgfalt ohne Gefahr benutzt werden können.

Unfälle durch Schnee und Eisglätte sind in der Winterzeit häufig Ursache für die Leistungspflicht der AOK. Wer aber ist zur Streuung von Straßen und Gehwegen verpflichtet?

Lernbeispiel 7

Am frühen Morgen des 02. 02., kurz nach 05.00 Uhr, kommt Michael Scheidel auf dem Weg zur Arbeit durch Eisglätte zu Fall und verletzt sich dabei. Michael Scheidel wohnt in München. Der Unfall ereignete sich auf dem Gehweg vor dem Eigenheim des Rentners Peter Hallmann.

Hat Peter Hallmann es schuldhaft unterlassen, den vor seinem Grundstück befindlichen Gehweg zu streuen?

Auf den ersten Blick könnte der Schaden durch ein schuldhaftes Unterlassen eingetreten sein. Aber, erinnern Sie sich noch: Wann führt ein Unterlassen nur – wie eine Verletzungshandlung – zu einem Schadenersatzanspruch? Richtig: Voraussetzung ist, dass seine Pflicht zum Tätigwerden, also eine bestimmte Verpflichtung zur Abwendung einer Rechtsgutverletzung, bestanden hat.

Bei der Streupflicht ist es grundsätzlich so, dass die Städte bzw. Gemeinden, hier also die Stadt München, verpflichtet sind, die Straßen bei Schnee- und Eisglätte nach besten Kräften zu räumen und zu streuen. Das Gesetz lässt jedoch eine Übertragung dieser Verpflichtung auf andere zu. Die Städte und Gemeinden können daher die Eigentümer von Grundstücken verpflichten, die an ihr Grundstück angrenzenden Gehwege während der üblichen Verkehrszeiten in sicherem Zustand zu erhalten. In solchen Verordnungen sind Beginn und Ende der üblichen Verkehrszeit, innerhalb der die Streupflicht zu beachten

ist, zu bestimmen. Von dieser Möglichkeit haben die Städte in der Regel, so auch die Stadt München, Gebrauch gemacht.

Zum Lernbeispiel 7 von Seite 51

Peter Hallmann war somit grundsätzlich verpflichtet, auf dem vor seinem Grundstück gelegenen Gehweg zu streuen.

Michael Scheidel kam aber bereits morgens kurz nach 05.00 Uhr auf dem besagten Gehweg durch Eisglätte zu Schaden. Ist es zumutbar, dass der Grundstückseigentümer, Peter Hallmann, schon zu diesem Zeitpunkt den Bürgersteig bestreut? Wäre die Frage zu bejahen, dann hätte Peter Hallmann tätig werden müssen. Er hätte dann schuldhaft etwas unterlassen und müsste Michael Scheidel Schadenersatz leisten.

Für die streupflichtigen Straßenanlieger sind aber die Regelungen in der Satzung der Stadt München verbindlich. Diese sieht u.a. eine Anfangszeit und das Ende der Streupflicht vor und nimmt dem Streupflichtigen die Prüfung und Entscheidung der Frage ab, von wann bis wann das Streuen erforderlich ist. Für die Verkehrsteilnehmer ergibt sich aus der Gemeindegesetzgebung, dass sie außerhalb der Streuzeiten nicht mit einer Bestreuung rechnen können und sich deshalb besonders vorsichtig verhalten müssen. Da die meisten Gemeindegesetzgebungen – so auch die Satzung der Stadt München – den Beginn der Streupflicht auf die Zeit zwischen 07.00 und 08.00 Uhr morgens festgesetzt haben, besteht kurz nach 05.00 Uhr noch keine Verpflichtung zum Streuen des Gehwegs vor den Grundstücken.

Zum Lernbeispiel 7 von Seite 51

Peter Hallmann war um 05.00 Uhr morgens (noch) nicht verpflichtet, die durch Eisglätte bestehende Gefahrenlage zu beseitigen. Er hat damit nichts schuldhaft unterlassen. Damit fehlt es an einer entscheidenden Voraussetzung für den Schadenersatzanspruch.

Peter Hallmann hat Michael Scheidel wegen seiner Verletzung keinen Schadenersatz zu leisten.

Hat die Stadt bzw. die Gemeinde die allgemeine Räum- und Streupflicht nicht dem Haus- und Grundstückseigentümer (als Anlieger) übertragen, so ist er auch nicht verpflichtet, die über seine Grundstücksgrenze hinausgehenden Teile des öffentlichen Gehwegs zu räumen und zu streuen. Bei öffentlichen Veranstaltungen ist die Verpflichtung zur Durchführung der winterlichen Verkehrssicherung nicht auf die normalen Verkehrszeiten beschränkt. Unter Umständen kann auch in den späten Nachtstunden noch eine Streupflicht bestehen.

Wer streupflichtig ist, weil er einen Verkehr eröffnet hat, oder wem die Streupflicht durch Ortssatzung auferlegt ist, muss diese Pflicht nicht persönlich erfüllen; er kann sie auch auf einen anderen übertragen. So ist es beispielsweise üblich, dass ein Vermieter die Streupflicht auf einen Hausmeister oder Mieter übertragen hat. In diesem Fall trifft den Übernehmenden die Schadenersatzpflicht nach § 823 Abs. 1 BGB. Der an sich streupflichtige Wohnungseigentümer bleibt aber überwachungspflichtig, d.h., er muss prüfen und überwachen, ob der Hausmeister oder Mieter seinen Verpflichtungen nachkommt.

BGH-Urteil v.
21. 02. 2018
– AZ: VIII ZR
255/16:

OLG Karlsruhe,
Urteil v.
07. 12. 2020 –
AZ: 9 U 34/19

Bisher war nur von der Streupflicht bei Schnee- und Eisglätte die Rede. Die auf die Straßenanlieger übertragene Verpflichtung schließt aber neben der Winterwartung auch die Verpflichtung ein, die Wege und Straßen von Verunreinigungen freizuhalten, die ihrer Art nach die Gefahr begründen, dass ihre Benutzer zu Schaden kommen.

Inhalt und Umfang insbesondere der winterlichen Räum- und Streupflicht auf den öffentlichen Straßen richtet sich unter dem Gesichtspunkt der Verkehrssicherung nach den Umständen des Einzelfalls. Die Räum- und Streupflicht steht dabei unter dem Vorbehalt des Zumutbaren. Grundsätzlich muss sich nämlich der Straßenverkehr im Winter den gegebenen Straßenverhältnissen anpassen. Der Sicherungspflichtige hat aber durch Schneeräumen und Bestreuen mit abstumpfenden Mitteln die Gefahren, die trotz Anwendung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt bestehen, im Rahmen des Zumutbaren zu beseitigen.

So besteht die Räum- und Streupflicht innerhalb geschlossener Ortschaften im Allgemeinen nur an verkehrswichtigen und gefährlichen Stellen (z.B. gefährliche Straßeneinmündungen, Gefällstrecken). Außerhalb geschlossener Ortschaften verlangt die Rechtsprechung eine Streupflicht nur an besonders gefährlichen Stellen. In der Praxis wird es nicht immer einfach sein, die Frage der Verkehrssicherungspflicht eindeutig zu beantworten. Dies setzt stets die Kenntnis der näheren Umstände des Einzelfalls voraus.

Auch für die zeitliche Abgrenzung der Streupflicht sind die Umstände des Einzelfalls maßgebend. Für die Straßenanlieger, denen die Streupflicht insbesondere der Gehwege übertra-

gen wurde, sind die Regelungen in der Satzung der Gemeinde verbindlich. Diese Regelungen nehmen also dem Streupflichtigen die Prüfung und Entscheidung der Frage ab, von wann bis wann das Streuen erforderlich ist.

Im Übrigen richtet sich der zeitliche Umfang der Streupflicht nach der „Verkehrsanschauung“. Morgens müssen die Streuarbeiten so rechtzeitig einsetzen, dass der vor dem allgemeinen Tagesverkehr liegende Hauptverkehrsverkehr geschützt wird. Das ist an Werktagen die Zeit zwischen 07.00 Uhr und 08.00 Uhr. An Sonntagen wird die Streupflicht im Allgemeinen erst gegen 09.00 Uhr einsetzen. Am Abend endet die Streupflicht etwa um 20.00 Uhr. In Bereichen mit besonderem Publikumsverkehr in den Abendstunden (z.B. Bahnhöfe, Gaststätten, Kinos, Theater) wird sich die Streupflicht auch noch auf späte Abendstunden erstrecken.

Die Tatsache, dass ein Verkehrsteilnehmer gestürzt ist und sich dabei verletzt hat, begründet für sich allein noch nicht einen Beweis des ersten Anscheins für eine Verletzung der Streupflicht durch den Streupflichtigen. Der Geschädigte und die AOK haben vielmehr zu beweisen, dass die Streupflicht auch tatsächlich verletzt wurde. Dieser Beweis wird dann nicht einfach zu führen sein, wenn verlässliche Feststellungen über die Ursache des Sturzes fehlen.

Unterlässt es der Verkehrssicherungspflichtige, zumutbare Sicherungsvorkehrungen zu treffen, so hat er den Schaden zu ersetzen, den ein anderer dadurch an Körper oder seiner Gesundheit erleidet. Die Gründe, weshalb ein Sicherungspflichtiger seiner Streupflicht nicht nachgekommen ist, sind für die Frage der Schadenersatz-

pflicht ohne Bedeutung. Entscheidend ist, dass Schnee- oder Eisglätte vorhanden ist und eine Gefahrenquelle darstellt. In diesem Fall muss unverzüglich nach Ende des Schneefalls mit dem Streuen begonnen werden. Der in der Nacht gefallene Schnee bzw. Eisglätte, die sich in der Nacht gebildet hat, muss innerhalb der durch die Ortssatzung festgelegten Zeiten beseitigt werden.

Beispiel

Am Vormittag des 20. 11., kurz nach 10.00 Uhr, führt Renate Roloff ihren Hund aus. Sie kommt durch Eisglätte zu Fall und verletzt sich dabei. Der Unfall ereignete sich auf dem Gehweg vor dem Eigenheim des Rentners Manfred Tönnig.

Folge

Renate Roloff ist vormittags um 10.00 Uhr durch Eisglätte zu Fall gekommen. Zu diesem Zeitpunkt musste unzweifelhaft die durch Eisglätte bestehende Gefahrenlage bereits beseitigt sein. Dies hatte Manfred Tönnig offensichtlich unterlassen. Deshalb ist er Renate Roloff zum Schadenersatz verpflichtet.

Im Übrigen sollten Sie noch wissen, dass ein „vorbeugendes“ Streuen nicht erforderlich ist und deshalb bei plötzlich auftretendem Glatteis nicht ohne Weiteres eine Haftung gegeben sein wird. Dem Streupflichtigen muss vielmehr ein angemessener Zeitraum zugestanden werden, um die erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Glätte zu treffen. Während anhaltendem dauerhaften Schneefalls oder fortwährendem Eisregen besteht im Allgemeinen keine Streupflicht. Solche extremen Witterungsverhältnissen kann, solange der Eisregen anhält, mit zumutbaren Streumaßnahmen nicht wirksam begegnet werden.

Merke

Eine Schadenersatzverpflichtung aufgrund des Verstoßes gegen Verkehrssicherungspflichten kann nur entstehen, wenn jemand verpflichtet ist, die erforderlichen Sicherungsvorkehrungen zu treffen, diese aber unterlässt und dadurch ein Schaden entsteht.

Abschließend sollten Sie noch beachten, dass es in den Fällen einer Verletzung der Reinigungs- bzw. Streupflicht durchaus möglich ist, dass auch der AOK-Kundin bzw. den AOK-Kunden ein Mitverschulden trifft. Die Rechtsprechung verlangt, dass sich alle Verkehrsteilnehmenden auf winterliche Verhältnisse (z.B. durch entsprechendes Schuhwerk) einstellen müssen. Man kann nicht davon ausgehen, dass auf Fahrbahnen und Gehwegen die Verkehrssicherheit wie in der nicht winterlichen Jahreszeit hergestellt werden kann. Verweist der Ersatzpflichtige auf ein Mitverschulden der versicherten Person, so bietet es sich ggf. an, mit dem Streupflichtigen,

BGH-Urteil v. 30. 04. 1974, III ZR 166/72, Urteile OLG Celle v. 27. 02. 2004, 9 U 220/03 und LG München II v. 28. 12. 2018, 13 O 4859/16

§ 254 BGB

LG Lüneburg, Urteil v. 21. 02. 2024-60157/22

soweit er eine Haftung ablehnt, einen Vergleich unter Berücksichtigung des vom AOK-Versicherten zu vertretenden Mitverschuldens herbeizuführen.

6.2.4.3 Kaufhäuser, Gaststätten, Hotels usw.

Der von der Rechtsprechung entwickelte Begriff der Verkehrssicherungspflichten beruht auf der Überlegung, dass eine einzelne Person durch ihre berufliche oder private Tätigkeit häufig über das normale Maß hinausgehende Gefahrenlagen schafft. Dadurch setzt sie ihre Mitmenschen einer besonderen Gefährdung aus, die nur auf ihrer persönlichen Tätigkeit beruht. Sie können sich vorstellen, dass es deshalb eine unübersehbare Anzahl tatsächlich anzunehmender Verkehrssicherungspflichten gibt, die auch der versierteste AOK-Mitarbeiter nicht alle einschätzen kann.

An dieser Stelle wollen wir deshalb nur beispielhaft auf die Verpflichtung der Betreiber von Selbstbedienungsgroßmärkten, Kaufhäusern, Gaststätten oder Hotels verweisen, die mit vielerlei Gefahrenlagen die unterschiedlichsten Sicherungspflichten zu beachten haben. Zu denken ist dabei vor allem an einen verkehrswidrigen Zustand des Fußbodens. Die Kunden in Selbstbedienungsläden werden ihr Augenmerk auf die in den Regalen befindlichen Waren richten und nicht auf den Fußboden achten; deshalb dürfen sie auch durch dessen Beschaffenheit nicht gefährdet werden.

Aber auch hier gilt der Grundsatz, dass sich eine absolute Sicherheit dauerhaft nicht erreichen lässt. Den-

ken Sie nur an den Bereich einer Obst- und Gemüsetheke. Hier verlangt die Rechtsprechung keine ununterbrochene Kontrolle des Fußbodens auf durch Nachlässigkeit von Personal oder Kunden geschaffene Gefahrenlagen. Eine Kontrolle und Reinigung solch anfälliger Bereiche in angemessenen kurzen zeitlichen Abständen reicht aus.

Erhöhte Sicherungspflichten treffen auch die Gaststätten betreibende Person. Das Maß ihrer Sorgfalt richtet sich nach den typischerweise in einem Gaststättenbetrieb vorkommenden Situationen. Sie ist verpflichtet, von ihren Gästen Gefahren, die ihnen beim Besuch der Gaststätte durch den Zustand der Zugänge und Räumlichkeiten drohen, abzuwenden.

Zu den Verkehrssicherungspflichten eines Gastwirts bzw. einer Gastwirtin gehört auch, für die Sicherheit des Außenbereichs einschließlich der Zu- und Abgänge, insbesondere der zum Lokal führenden Treppen, zu sorgen. Auch ein Treppenabgang im Toilettenbereich ist regelmäßig hinsichtlich einer bestehenden Rutschgefahr zu überprüfen. Dies gilt insbesondere zu Zeiten erhöhten Publikumsverkehrs. Bei Tanzveranstaltungen muss dafür Sorge getragen werden, dass tanzende Gäste nicht durch übermäßige Glätte des Tanzbodens zu Schaden kommen.

Allerdings ist der Gastwirt bzw. die Gastwirtin nicht verpflichtet, einen gänzlich gefahrenfreien Zustand der im Außenbereich einer Gaststätte liegenden Terrasse herzustellen. Gäste müssen ihren Gang den erkennbaren Bedingungen der Örtlichkeiten anpassen.

OLG
Frankfurt/Main
v. 18. 07. 2023,
AZ: 11 U 33/23

Der Gastwirt muss sich in seinen Sicherungsvorkehrungen auch darauf einstellen, dass Gäste als Folge des Genusses von Alkohol unaufmerksam sind oder sich unverständlich verhalten und in ihrer Gehsicherheit beeinträchtigt sein können. Sogar die Neugierde seiner Gäste muss er in Betracht ziehen und z.B. dafür sorgen, dass eine von den Gasträumen her zugängliche Tür, hinter der sich eine Kellertreppe befindet, verschlossen bleibt. Andernfalls ist den von dem Treppenabgang ausgehenden Gefahren in anderer Weise (z.B. durch Hinweisschilder oder entsprechende Beleuchtung) vorzubeugen.

LG Coburg,
Urteil vom
19. 11. 2024,
AZ: 52 O
439/23

Dies gilt z.B. auch für Saunabetreiber. Sie haften nicht für Verbrennungen an den Füßen, die ein Saunagast durch längeres Stehen in der Sauna erlitten hat. Längeres Stehen in der Sauna ist kein typisches Nutzerverhalten und Fußmatten dienen nicht dem Hitzeschutz, sondern sollen vermeiden, dass die Gäste ausrutschen.

BGH-Urteil v.
14. 02. 2020,
AZ: X ZR
110/18:

Erhöhte Verkehrssicherungspflichten treffen auch die Betreiber von Hotels. So haftet z. B. ein Hotelier selbst dann, wenn er ein Warnschild vor Rutschgefahr auf regenasser Rollstuhlrampe vor dem Hoteleingang angebracht hatte, die Rampe aber den maßgeblichen örtlichen Bauvorschriften nicht entspricht.

6.2.4.4 Senioren- und Pflegeheime

§§ 823, 832
BGB,
positive
Vertrags-
verletzung,
§ 280 Abs. 1,
§ 278 BGB

Wenn ein Kunde bzw. eine Kundin in einem Seniorenheim oder einer Pflegeeinrichtung untergebracht ist und in einer solchen Einrichtung verunglückt, sollte in jedem Fall der Ersatzleistungsbereich eingeschaltet werden, weil hier die Verletzung von Verkehrssicherungs-, Aufsichts- oder Betreuungspflichten zu begründeten

Schadenersatzansprüchen führen können. Diese beruhen auf der Verletzung der Aufsichtspflicht nach § 823 bzw. § 832 BGB (Verschuldenshaftung mit der umgekehrten Beweislast) oder auf positiver Vertragsverletzung (§ 280 Abs. 1 BGB) in Verbindung mit § 278 BGB. Weitere Einzelheiten hierzu finden Sie unter den Punkten 6.3.3 und 7.4 dieses Lernbriefs.

Merke

Bei Unfällen in Senioren- und Pflegeheimen besteht die Möglichkeit, dass entweder aufgrund eines bestehenden Teilungsabkommens oder nach Sach- und Rechtslage, vornehmlich aufgrund positiver Vertragsverletzung, ein Schadenersatzanspruch begründet ist.

6.2.4.5 Sportstätten und Spielplätze

Wer eine öffentliche Freizeiteinrichtung der Allgemeinheit zur Verfügung stellt, hat die Benutzer vor Gefahren zu schützen, die über das übliche Risiko bei der Anlagenbenutzung hinausgehen, von den Benutzern nicht vorhersehbar und nicht ohne Weiteres erkennbar sind. Der Betreiber eines Freizeitparks, der Spiel- und Unterhaltungsgeräte den Parkbesuchern zur Nutzung überlässt, hat beispielsweise darauf zu achten, dass nur konstruktiv sichere Geräte eingesetzt und dass sie nur für den vom Hersteller vorgesehenen Anwendungszweck genutzt werden. Natürlich kann bei einem Spielgerät, dessen Reiz für die nutzende Person darin liegt, ihre eigene Geschicklichkeit auszuprobieren, keine absolute Sicherheit für die persönliche Integrität gewährleistet werden. Das gilt insbesondere dann, wenn ein Benutzer trotz vorhandenen

Wissens um die Gefahren in Selbstüberschätzung des eigenen Leistungsvermögens einen Schaden erleidet. Die Erwartungshaltung der Benutzer geht nämlich lediglich dahin, dass keine unvermeidbaren und nicht vorhersehbaren Verletzungsfolgen eintreten, wenn die Geräte unter Beachtung des zugelassenen Lebensalters benutzt werden. Entspricht ein solches Spielgerät seiner Konstruktion nach dem geforderten Sicherheitsstandard, so ist grundsätzlich von der konstruktiven Fehlerfreiheit sowie von der Einhaltung der Verkehrssicherungspflicht des Parkbetreibers auszugehen. Das bei der Benutzung gestürzte Unfallopfer muss dann, wenn es einen Konstruktionsmangel behauptet, diesen näher substantiieren.

Überlegen Sie einmal, welche Sicherungspflichten beispielsweise von dem Betreiber eines Schwimmbads zu beachten sind.

BGH-Urteil v. 21. 03. 2000, VersR 2000 S. 984

Generell kann dazu gesagt werden, dass der Betreiber eines Schwimmbads die Badegäste vor Gefahren zu schützen hat, denen diese beim Besuch der Einrichtung des Bads ausgesetzt sein können. Die rechtlich gebotene Verkehrssicherheit umfasst diejenigen Maßnahmen, die ein umsichtiger und verständiger, in vernünftigen Grenzen vorsichtiger Mensch für notwendig und ausreichend hält, um andere vor Schäden zu bewahren. Die Anlagen eines Schwimmbads müssen dementsprechend so beschaffen sein, dass ihre Benutzer vor vermeidbaren Gefahren geschützt sind. So wird von dem Betreiber eines Schwimmbads verlangt, dass er seinen Aufsichtspersonen einen geeigneten Standort zuweist, von dem aus diese das gesamte Schwimmbad überblicken und Sicht in die Schwimmbecken haben können. Falls erforderlich, muss er die Auf-

sichtsperson anweisen, den Standort öfter zu wechseln, um das Geschehen aus verschiedenen Blickwinkeln verfolgen und notfalls frühzeitig eingreifen zu können.

Wenn ein Kind längere Zeit im Wasser des Nichtschwimmerbeckens untergetaucht gewesen ist und dadurch geschädigt wurde, weil die zur Aufsicht bestellte Badeaufsicht von dem ihr zugewiesenen Standort das Becken nicht einsehen konnte, so hat der Betreiber seine Verkehrssicherungspflicht verletzt.

Die Badeaufsicht ist jedoch nicht verpflichtet, ständig jeden anwesenden Schwimmer im Blick zu haben und auf Besonderheiten jedes Einzelnen zu achten. Dies würde die Badeaufsicht völlig überfordern und einen Badebetrieb unmöglich machen, wobei das BGH diese Aussagen dahingehend relativierte, dass die Badeaufsicht gleichwohl verpflichtet ist, den Badebetrieb und damit das Geschehen im Wasser zu beobachten und mit regelmäßigen Kontrollblicken daraufhin zu überwachen, ob Gefahrensituationen für die Badegäste auftreten.

Für die in einem öffentlichen Schwimmbad vorhandenen Sport- und Spielgeräte ergeben sich besondere Verkehrssicherungspflichten. Diese Geräte müssen so beschaffen sein, dass ihre Benutzer vor Gefahren geschützt sind, die über das übliche Risiko hinausgehen, nicht vorhersehbar und für sie nicht ohne Weiteres erkennbar sind. Zwar können Vorkehrungen gegen jede denkbare, nur entfernt liegende Möglichkeit einer Gefährdung nicht verlangt werden, jedoch darf die sachgemäße Benutzung von Schwimmbadanlagen nicht mit erheblichen Gefahren verbunden sein.

BGH-Urteil v. 23. 11. 2017, AZ: III ZR 60/16

BGH-Urteil v. 09. 09. 2008, VersR 2008 S. 1551

BGH-Urteil v.
01. 03. 1988,
VersR 1988
S. 632

Bei Spielplätzen hat der Betreiber darauf zu achten, dass

- ein Spielplatz möglichst gefahrlos zu gestalten ist,
- das einzuhaltende Ausmaß der Sicherheit sich an dem Alter der jüngsten Kinder auszurichten hat, die für die Benutzung infrage kommen,
- die Anforderungen an die Sicherheit der Spielgeräte grundsätzlich besonders streng sind,
- Eltern grundsätzlich uneingeschränkt darauf vertrauen dürfen, dass sich die Kinder gefahrlos der Spielgeräte bedienen können,
- aber auch Spielplätze und darauf befindliche Geräte nicht frei von allen Risiken sein müssen, es dabei aber nur um überschaubare und kalkulierbare Risiken gehen kann, die für das Kind ihren erzieherischen Wert haben.

6.2.4.6 Unterhaltungszentren

In der heutigen Zeit sehen wir uns mit einer wahren Flut an Freizeit- und Unterhaltungsmöglichkeiten konfrontiert. Unter anderem gibt es in vielen Städten mit publikumswirksamen Einrichtungen versehene Unterhaltungszentren, die insbesondere von jungen Menschen aufgesucht werden, die sich dort vergnügen wollen.

Wer ein solches Unterhaltungszentrum betreibt, den trifft die Pflicht, Besucher bzw. Zuschauer möglichst vor Schäden zu bewahren. Auch hier gilt allerdings der Grundsatz, dass eine Verkehrssicherung, die jeden Unfall ausschließt, nicht erreichbar ist. Deshalb muss der Veranstalter nicht für alle denkbaren und entfernten Möglichkeiten eines Schadeneintritts Vorsorge treffen. Entscheidend kommt es darauf an, diejenigen Vorkehrungen zu treffen, die nach den Sicherheits-

erwartungen der jeweiligen Besucher geeignet sind, Gefahren von ihnen abzuwenden.

So ist der Veranstalter eines Rockkonzerts beispielsweise verpflichtet, geeignete Maßnahmen zu treffen, um sog. „Stage-diving“ zu unterbinden. Deshalb ist es erforderlich, den Bühnenbereich durch Absperrgitter oder Barrieren, die in einem gewissen Abstand von der Bühne aufgestellt sind, zu sichern. Unterbleiben derartige Sicherungsmaßnahmen, so ist der Veranstalter zum Schadenersatz verpflichtet, wenn Besucher durch solche Vorgänge verletzt werden.

Oder die Betreiber einer Diskothek müssen dafür sorgen, dass die Tanzfläche möglichst frei von Gefahren für die Gäste ist. Das heißt, sie müssen veranlassen, dass die Tanzfläche regelmäßig durch einen Mitarbeiter bzw. eine Mitarbeiterin abgegangen und auf Getränkepfützen sowie Scherben kontrolliert wird. Kommen die Betreiber dem nicht nach, haften sie für Unfälle, die dort geschehen. Beispielsweise wenn eine Disko-Besucherin in einer Getränkepfütze ausrutscht, stürzt und sich dabei Knochenbrüche am Fußgelenk und am Schienbein zuzieht.

Besondere Sorgfaltspflichten treffen auch den Veranstalter von Musikkonzerten hinsichtlich der Gefahren, die Konzertbesuchern durch Gehörschäden infolge übermäßiger Lautstärke der dargebotenen Musik drohen. So hat der Konzertveranstalter selbstständig zu prüfen, ob und welche Sicherungsmaßnahmen zur Vermeidung von Schädigungen der Zuhörer notwendig sind. Er hat die erforderlichen Maßnahmen eigenverantwortlich zu treffen, auch wenn gesetzliche und andere Anordnungen, Unfallverhütungsvorschriften oder technische Re-

Urteil des
OLG Hamm v.
29. 10. 2001,
VersR 2003
S. 335

OLG Karlsruhe
7. Zivilsenat,
Urteil v.
16. 03. 2022 –
AZ: 7 U 125/21

BGH-Urteil v.
13. 03. 2001,
VersR 2001
S. 1040

geln wie DIN-Normen seine Sorgfaltspflichten durch Bestimmungen über Sicherungsmaßnahmen konkretisieren.

Beispiel

Louisa Renner besuchte ein Heavy-Metal-Konzert. Während der Veranstaltung war die Bühne, auf der die Band spielte, durch – in einem Abstand von weniger als 2 m vorgesetzte – Sicherungsbarrieren vom Publikum getrennt. An der linken und rechten Bühnenseite waren jeweils große Lautsprecherboxen postiert. In der Nähe einer dieser Boxen, aber innerhalb der vom Veranstalter gesetzten Barrieren, hielt sich Louisa Renner während des Konzerts auf.

Nach dem Ende der Veranstaltung verspürte Louisa Renner einen Druck auf den Ohren. Sie suchte deshalb zwei Tage später einen Hals-Nasen-Ohrenarzt auf, der u.a. eine „hochgradige, lärmtraumatische Innenohrschädigung mit Tinnitus beidseits“ diagnostizierte. Louisa Renner musste deshalb langfristig, auch stationär, behandelt werden.

Folge

Konzertbesucher werden sich im Normalfall darauf verlassen dürfen, dass ein Konzert keine Gefahren für sie mit sich bringt, solange sie sich innerhalb der von dem Veranstalter gesetzten Sicherungsbarrieren aufhalten. Louisa Renner hielt sich zwar in der Nähe einer der Lautsprecherboxen auf, aber innerhalb der Barrieren.

Während des Konzertbesuchs wurde sie nachweislich einer deutlich gesundheitsgefährdenden und damit unzulässigen Lärmbelästigung durch die über Lautsprecher wiedergegebene Musik ausgesetzt. Die Lärmbelästigung wurde von dem Veranstalter des Konzerts nicht in hinnehmbaren Grenzen gehalten, sodass es im zeitlichen Zusammenhang mit dem Konzertbesuch zu der Gehörschädigung kam, wie sie angesichts der vorhandenen Lärmbelästigung auch nahe lag.

Der Geschehensablauf spricht somit eindeutig für eine schadenursächlich der über Lautsprecher verbreiteten Konzertmusik. Mithin haftet der Veranstalter für den Schaden, den Louisa Renner durch die Gehörschädigung erlitten hat.

6.2.4.7 Gesteigerte Sorgfaltspflichten gegenüber Kindern

Werden Kinder geschädigt, muss berücksichtigt werden, dass ihnen gegenüber das Maß an Sicherheit erhöht ist, da sie zu eigenverantwortlicher Gefahrensteuerung im Allgemeinen nicht in der Lage sind. Die Verkehrssicherungspflicht besteht Kindern gegenüber selbst dann, wenn sie sich unbefugt in einen Gefahrenbereich begeben haben. Die Erfahrung zeigt, dass sie die Bedeutung von Zutrittsverboten vielfach nicht hinreichend erfassen können oder sich einfach darüber hinwegsetzen. Deshalb müssen, allerdings auch hier im Rahmen der Zumutbarkeit, wirksame und auf Dauer angelegte Schutzmaßnahmen getroffen werden, um Kinder vor den Folgen ihrer Unerfahrenheit und Unbesonnenheit zu schützen.

Grundsätzlich dürfen sich Verkehrssicherungspflichtige darauf verlassen, dass die aufsichtspflichtigen Personen, in der Regel die Eltern, ein Mindestmaß an sorgfältiger Beaufsichtigung wahrnehmen, so dass sich die Sicherungserwartungen insoweit reduzieren. Weiß der Verkehrssicherungspflichtige aber, dass Kinder sein Grundstück befugt oder unbefugt zum Spielen benutzen und dadurch konkret gefährdet werden, darf er nicht auf die ordnungsgemäße Beaufsichtigung durch Eltern vertrauen.

Sicherlich haben auch Sie von Fällen gehört, in denen Kleinkinder in den Gartenteich eines Nachbarn gefallen sind und dabei schwerwiegende Dauerschäden erlitten haben. Auch in solchen Fällen hat die Sorgfaltspflicht der Eltern Vorrang gegenüber einer Verkehrssicherungspflicht des Nachbarn. Der Nachbar verletzt aber dann schuldhaft seine Verkehrssicherungspflicht, wenn ihm bekannt ist oder bekannt sein muss, dass Kleinkinder sich auf seinem Grundstück zu schaffen machen und es zum Spielen benutzen. In diesem Fall muss er sein Grundstück oder den Gartenteich durch einen Zaun oder in anderer geeigneter Weise sichern.

Wenn sicherungspflichtige Warnschilder aufgestellt werden, muss beachtet werden, dass zumindest Kleinkinder noch nicht lesen können. Daher sind einprägsame Warnschilder (z.B. piktographische Darstellungen) erforderlich. In solchen Fällen sollten Sie sich möglichst umgehend nach Bekanntwerden des Schadensfalls davon überzeugen, dass der Verkehrssicherungspflichtige insoweit richtig gehandelt hat.

Haben sich Kinder durch die Verwendung von Streichhölzern verletzt, dann ist zu prüfen, wo sich die Kinder diese Streichhölzer beschafft haben. Stellt sich heraus, dass sich ein Verkäufer bei der Abgabe von Streichhölzern an Kinder gleichgültig verhalten hat, kann dies den Tatbestand des vorwerfbaren Verschuldens erfüllen. Keinesfalls dürfen Kindern Streichhölzer zur unkontrollierten Verwendung überlassen werden. Dies gilt auch für die Abgabe von Feuerwerkskörpern; für einen dadurch verursachten Schaden haftet ggf. der Verkäufer.

Merke

Wird ein bei der AOK versichertes Kind geschädigt, gelten für die Verkehrssicherungspflichten wegen des erhöhten Maßes an Sicherheit andere Grundsätze.

6.3 Haftung aus Vertragsverletzung

Die im Rahmen der Verschuldenshaftung bisher angesprochenen „gesetzlichen Haftungstatbestände“ fallen unter den Begriff der unerlaubten Handlungen. Die Haftung daraus bezeichnet man als Deliktshaftung. Daneben gibt es die Vertragshaftung, die – soweit sie im Rahmen des Anspruchsübergangs nach § 116 SGB X von Bedeutung ist – stets zugleich den Tatbestand einer unerlaubten Handlung erfüllen muss.

Rechtslehre und Rechtsprechung haben für alle Vertragstypen entwickelt, dass neben der im Vertrag geregelten Hauptverpflichtung unter den Vertragspartnern eine besondere Nebenverpflichtung dahingehend besteht, Verletzungen von Leben, Körper

und Gesundheit sowie Eingriffe in das Eigentum des anderen Vertragspartners zu vermeiden.

§ 116 Abs. 1 SGB X Wird diese Nebenpflicht des Vertrags schuldhaft verletzt, spricht man von einer „positiven Vertragsverletzung“ oder auch „positiven Forderungsverletzung“. Sie führt ggf. zu einem Anspruchsübergang nach § 116 SGB X.

§ 241, § 280 Abs. 1, § 311 BGB Der Gesetzgeber hat für vertragliche Schadenersatzansprüche eine gesetzliche Grundlage geschaffen. Werden Pflichten aus einem Schuldverhältnis (§ 241 BGB) verletzt, so ergibt sich die Schadenersatzverpflichtung aus § 280 Abs. 1 BGB. Für die AOK sind insbesondere die sich aus § 241 Abs. 2 BGB ergebenden Schutzpflichten bedeutsam. Werden also bei Ausübung des Vertrags Rechtsgüter wie das Leben, der Körper oder die Gesundheit verletzt, so führt dies zu einem übergangsfähigen Schadenersatzanspruch nach § 280 Abs. 1 BGB. Nur dann, wenn der Schuldner die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat, ist ein Schadenersatzanspruch nicht gegeben (vgl. § 280 Abs. 1 Satz 2 BGB). Steht allerdings fest, dass der Schuldner objektiv gegen die ihn treffenden Pflichten verstoßen hat und dadurch der behauptete Schaden entstanden ist, oder ist die Ursache für den eingetretenen Schaden im Herrschafts- oder Verantwortungsbereich des Schuldners zu suchen, dann ist er dafür beweispflichtig, dass er diese Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat.

Ist durch Verletzung der vertraglichen Nebenpflicht ein Schaden an Leben, Körper oder Gesundheit entstanden, erfüllt diese Vertragsverletzung gleichzeitig den Tatbestand einer unerlaubten Handlung. Damit ist dann sowohl Vertragshaftung als auch Deliktshaftung gegeben. Wie geschildert,

ist aber die Beweislage hinsichtlich der Ansprüche aus positiver Vertragsverletzung für die AOK günstiger.

Lernbeispiel 8

Die sechsjährige Sonja Steinmann ging mit ihrem Vater, Max Steinmann, zum Einkauf in die Metzgerei des Wilhelm Engel. Es ist bekannt, dass es dort für Kinder immer ein Stück Wurst auf die Hand gibt. In der Metzgerei des Wilhelm Engel ist es in der Vergangenheit wegen der Herausgabe von Wurst an Kinder gelegentlich schon zu Unfällen gekommen. Deshalb hat Wilhelm Engel seine Verkäuferinnen angewiesen, die in seinem Auftrag an Kinder verschenkte Wurst, vorher von der Pelle zu befreien. Die Ausführung dieser Anweisung hat Wilhelm Engel regelmäßig überprüft.

Max Steinmann wurde in der Metzgerei von der Verkäuferin Britta Bauer bedient. Sonja erhielt von Britta Bauer ein größeres Stück Fleischwurst. Britta Bauer, die sonst in allen Angelegenheiten zuverlässig ist, hatte aber bei der Herausgabe der Wurst an Sonja Steinmann vergessen, die Wursthaut vorher zu entfernen.

Sonja Steinmann löste noch im Laden die Wurst aus der Haut und warf diese mit geringen Wurstresten achtlos auf den Boden. Kurze Zeit später betrat die Kundin Regina Reiter die Metzgerei, rutschte auf den von Sonja Steinmann geworfenen Wurstresten aus und verletzte sich.

§ 823 Abs. 1 BGB Bei der Beurteilung der Frage nach der Schadenersatzpflicht des Wilhelm Engel müssen Sie zwischen der Deliktshaftung und der Vertragshaftung unterscheiden. Bevor Sie die Vertragshaftung untersuchen, prüfen Sie, ob der Metzgermeister Engel wegen Verletzung von Verkehrssicherungspflichten zum Schadenersatz verpflichtet ist. Was musste er veranlassen, um seine Sicherungspflichten zu erfüllen? Schließlich ist er selbst nicht tätig geworden, hat also die Wurst nicht persönlich an das Kind ausgehändigt. Wilhelm Engel hat aber klare Anweisungen erteilt und diese auch regelmäßig überprüft. Deshalb ist er seinen Sicherungspflichten nachgekommen und somit nicht wegen des Verstoßes gegen Verkehrssicherungspflichten nach § 823 Abs. 1 BGB schadenersatzpflichtig.

Anders ist die Situation im Verhältnis zur Verkäuferin Britta Bauer, die arbeitsvertraglich bestimmte Pflichten übernommen hat. Da sie diese Pflichten in der konkreten Situation verletzt hat, ist sie der verletzten Regina Reiter nach § 823 Abs. 1 BGB zum Schadenersatz verpflichtet.

Wenn Sie nunmehr prüfen, ob die Voraussetzungen für eine Haftung aus positiver Vertragsverletzung gegeben sind, werden Sie sich zunächst fragen müssen, ob es mit dem Betreten der Metzgerei bereits zu einem Vertrag gekommen ist. Da Regina Reiter noch keine Bestellung aufgegeben hatte, wäre diese Frage zu verneinen.

§ 241 Abs. 2, § 311 Abs. 2, § 280 Abs. 1 BGB Die Nebenverpflichtung, auf Leben, Körper und Gesundheit des Vertragspartners gebührend Rücksicht zu nehmen, besteht aber nicht erst mit dem endgültigen Abschluss des Vertrags, sondern auch schon vor Vertragsabschluss, wenn ein geschäftlicher Kontakt in Betracht kommt (Besucher

eines Kaufhauses rutscht auf einer Bananenschale aus.). Man spricht hier von der vorvertraglichen Haftung, der Haftung aus „culpa in contrahendo“. Auch diese hat der Gesetzgeber gesetzlich geregelt, und zwar in § 311 Abs. 2 BGB. Ein Schuldverhältnis mit Pflichten nach § 241 Abs. 2 BGB entsteht hiernach nicht nur durch die Aufnahme von Vertragsverhandlungen, sondern auch durch die Anbahnung eines Vertrags oder durch ähnliche geschäftliche Kontakte. Dieses Schuldverhältnis begründet indes noch keine primären Leistungspflichten, also keine Hauptpflichten; es bestehen lediglich Pflichten zur Rücksicht und Fürsorge. Wird gegen diese Pflichten schuldhaft verstoßen, dann ergeben sich die Schadenersatzansprüche ebenfalls aus § 280 Abs. 1 BGB.

Zum Lernbeispiel 8 von Seite 61

Beim Betreten der Metzgerei ist Regina Reiter auf Wurststelen ausgerutscht und hat sich dabei verletzt. Es besteht also ein Schadenersatzanspruch aus „culpa in contrahendo“ (§ 241 Abs. 2, § 311 Abs. 2 Nr. 2, § 280 Abs. 1 BGB), sofern die Nebenpflicht schuldhaft verletzt wurde. Da Wilhelm Engel kein Verschulden trifft, kann er auch nicht in Anspruch genommen werden.

Muss er aber möglicherweise für das Verschulden seiner Verkäuferin Britta Bauer einstehen?

6.3.1 Haftung für den Erfüllungsgehilfen

Hat der Vertragspartner den Vertrag nicht selbst erfüllt, sondern sich eines Erfüllungsgehilfen bedient, trifft den Erfüllungsgehilfen lediglich die Haftung aus unerlaubter Handlung.

§ 823 BGB

§ 278 BGB

In diesem Fall aber ist der Vertragspartner, obwohl er nicht unmittelbar Schädiger ist, gleichwohl zum Schadenersatz verpflichtet. Die Vertragshaftung hat zur Folge, dass der Vertragspartner für das Verschulden der Personen, deren er sich zur Erfüllung einer Verbindlichkeit im Rahmen des Vertrags bedient (Erfüllungsgehilfe), wie für eigenes Verschulden einzustehen hat, ohne sich entlasten zu können. Voraussetzung für die Haftung des Vertragspartners nach § 278 BGB ist also immer das Bestehen einer Vertragsbeziehung zwischen ihm und dem Verletzten und ein schuldhaftes Handeln oder Unterlassen des Erfüllungsgehilfen. Die Haftung beruht dann auf der Anspruchsgrundlage „positive Vertragsverletzung“ (§ 280 Abs. 1 BGB) bzw. „culpa in contrahendo“ (§ 241 Abs. 2, § 311 Abs. 2 Nr. 2, § 280 Abs. 1 BGB) i.V.m. § 278 BGB.

Zum Lernbeispiel 8 von Seite 61

Wilhelm Engel hat sich zur Erfüllung des Kaufvertrags seiner Verkäuferin Britta Bauer bedient. Diese hat schuldhaft die ihr obliegenden Pflichten verletzt. Dieses Verschulden muss Wilhelm Engel als Vertragspartner wie eigenes Verschulden vertreten. Er ist folglich Regina Reiter und der ggf. leistungspflichtigen AOK zum Schadenersatz aus „culpa in contrahendo“ (§ 241 Abs. 2, § 311 Abs. 2 Nr. 2, § 280 Abs. 1 BGB) i.V.m. § 278 BGB verpflichtet.

Der Vorteil der Anspruchsgrundlage „positive Vertragsverletzung“ bzw. „culpa in contrahendo“ besteht darin, dass der Vertragspartner das Verschulden seiner Erfüllungsgehilfen wie eigenes Verschulden gegen sich gelten lassen muss, ohne sich entlasten zu können.

In den Schutz der vertraglichen oder vorvertraglichen Haftung sind auch dritte Personen einbezogen, wenn die vertragliche Sorgfalts- und Schutzpflicht nach Treu und Glauben und dem Vertragszweck nicht nur dem Vertragspartner, sondern auch bestimmten Personen gegenüber zu beachten ist.

Die Rechtsprechung geht hierbei von dem Grundgedanken des § 328 BGB (Vertrag zugunsten Dritter) aus und verpflichtet den Vertragsschuldner, bei Erfüllung der Hauptpflichten eines Vertrags auch Gesundheit und Eigentum solcher Personen nicht zu gefährden, die mit seinem Vertragspartner in enger Beziehung stehen. Dazu gehören insbesondere nahe Angehörige wie z.B. Ehegatte und Kinder. Diese sind also ebenfalls durch die Schutzpflichten des § 241 Abs. 2 BGB geschützt.

§ 241 Abs. 2,
§ 328 BGB
BGH-Urteil v.
17. 11. 2016
– AZ: III ZR
139/14

Solche Ansprüche können sich ergeben, wenn die von der Schutzwirkung erfassten Personen z.B. bei der Reparatur eines Gasofens in der Wohnung verletzt werden oder in einem Kaufhaus, das sie mit einem Familienangehörigen betreten haben, um diesen beim Kauf zu beraten, zu Schaden kommen.

6.3.2 Haftung für den Verrichtungsgehilfen

Im Gegensatz zu § 278 BGB betrifft § 831 BGB die Haftung des „Geschäftsherrn“ für den Verrichtungsgehilfen außerhalb eines Vertragsverhältnisses. „Verrichtungsgehilfe“ ist jede Person, die von einem Geschäftsherrn für eine Verrichtung beauftragt wurde und an dessen Weisungen gebunden ist. Die Haftung tritt grundsätzlich unabhängig davon ein, ob den Verrichtungsgehilfen für die widerrechtliche Handlung ein Verschulden trifft.

§ 831 BGB

§§ 831, 823 BGB

Im Rahmen der Haftung nach § 831 BGB hat der Geschäftsherr aber die Möglichkeit, sich zu entlasten, indem er einwendet, er habe bei der Auswahl und Kontrolle seines Gehilfen die im Verkehr gebotene Sorgfalt angewendet. Hierfür ist der Geschäftsherr allerdings beweispflichtig. Die eventuelle Entlastungsmöglichkeit des Geschäftsherrn entbindet aber den Verrichtungsgehilfen nicht von einer eigenen Haftung nach den Vorschriften über unerlaubte Handlungen (z.B. § 823 BGB).

Zum Lernbeispiel 8 von Seite 61

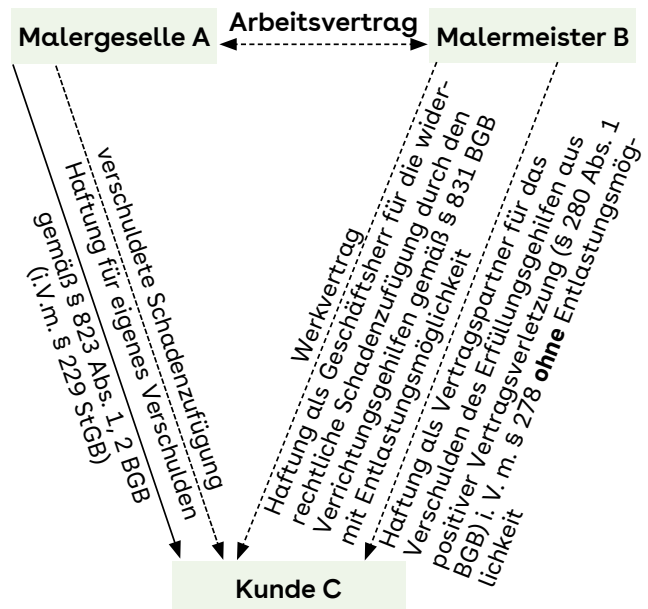
Dem Sachverhalt können Sie entnehmen, dass Wilhelm Engel für die Tätigkeit seiner Verkäuferinnen klare Anweisungen erteilt und diese auch regelmäßig überprüft hat. Britta Bauer ist eine sonst stets zuverlässige Verkäuferin. Wilhelm Engel hatte also keinen Anlass, sie nicht mit der Herausgabe von Wurst an Kinder zu beauftragen. Von seiner Schadenersatzpflicht nach § 831 BGB kann Wilhelm Engel sich deshalb entlasten. Die Schadenersatzpflicht aus „culpa in contrahendo“ (§ 241 Abs. 2, § 311 Abs. 2 Nr. 2, § 280 Abs. 1 BGB) i.V.m. § 278 BGB bleibt bestehen.

Wenn eine schuldhafte Schadenzufügung zugleich die Verletzung einer vertraglichen Verpflichtung des Vertragspartners gegenüber dem Geschädigten darstellt, führt derselbe Tatbestand sowohl zu Ansprüchen aus unerlaubter Handlung als auch aus positiver Vertragsverletzung.

Neben der persönlichen Haftung des Erfüllungs- bzw. Verrichtungsgehilfen aus § 823 BGB ist der Geschäftsherr bzw. Vertragspartner aufgrund der positiven Vertragsverletzung (§ 280 Abs. 1 BGB) i.V.m. § 278 BGB (ohne Entlastungsmöglichkeit) und zugleich nach § 831 BGB (mit Entlastungsmöglichkeit) zum Schadenersatz verpflichtet.

§§ 823, 280, 278, 831 BGB

Das nachfolgende Schaubild soll dies verdeutlichen. Ihm liegt zugrunde, dass der Malergeselle A im Auftrag seines Arbeitgebers, des Malermeisters B, Malerarbeiten an dem Gebäude des Kunden C ausführt; im Verlauf der Arbeiten wird der Kunde von dem Malergesellen (Erfüllungs- und zugleich Verrichtungsgehilfe) schuldhaft verletzt.



Würde bei der Durchführung der Malerarbeiten ein zufällig vorbeigehender unbeteiligter Dritter verletzt werden, wäre der Malergeselle im Verhältnis zu diesem Verletzten nur als Verrichtungsgehilfe anzusehen, weil zwischen dem Malermeister und dem Verletzten keine Vertragsbeziehungen bestehen.

In diesem Fall wäre eine Haftung aus positiver Vertragsverletzung (§ 280 Abs. 1 BGB) i.V.m. § 278 BGB nicht gegeben.

6.3.3 Unfälle in Senioren- und Pflegeheimen

Wie die Praxis zeigt, kommt es in Senioren- und Pflegeheimen nicht selten zu Unfällen, die unterschiedlichste Ursachen haben können. So können Unfälle u.a. beruhen auf:

- schadhaften Treppen
- defekten Türschwellen
- mit Mängeln behafteten Rollstühlen
- fehlender oder mangelhafter Beleuchtung
- oder auf einem Sturz
 - während einer Transportmaßnahme oder beim Umbetten
 - aus dem Bett oder von einem Stuhl
 - unter Alkohol- oder Medikamenteneinfluss
 - aufgrund körperlicher Behinderung
 - eines zeitlich und örtlich desorientierten Heimbewohners
 - aus innerer Ursache

Wir haben bereits unter Pkt. 6.2.4.4 dieses Lernbriefs darauf hingewiesen, dass bei Unfällen in Senioren- und Pflegeheimen Schadenersatzansprüche begründet sein können, die auf verschiedenen Rechtsvorschriften beruhen. Ob ein Schadenersatzanspruch tatsächlich begründet ist, hängt von den Umständen des Einzelfalls und letztlich von der Beurteilung durch das zuständige Gericht ab. Zu Heimunfällen gibt es bereits eine Vielzahl

von Urteilen, auch solche, die der klagenden Krankenkasse einen Schadenersatzanspruch zugestehen. Die Rechtsprechung, insbesondere die der Oberlandesgerichte, ist allerdings nicht einheitlich.

Festzustellen ist, dass in der Praxis am ehesten ein Schadenersatzanspruch aufgrund positiver Vertragsverletzung verwirklicht werden kann. So obliegt dem Heimträger nach dem Heimvertrag die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, dass Heimbewohner nicht zu Schaden kommen. Gerade in Senioren- und Pflegeheimen erfordern die bestehenden Krankheitsbilder der vielfach gebrechlichen Bewohner eine Hilfestellung bei der Fortbewegung und bei vielen anderen Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens. Vor diesem Hintergrund ist ein Heimträger gegenüber den Heimbewohnern zur sachgerechten Beaufsichtigung und Betreuung verpflichtet. Er hat insbesondere durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass jede vermeidbare Gefährdung der Heimbewohner ausgeschlossen ist. Dazu gehört neben der Verpflichtung, in ausreichendem Maße Pflegepersonal bereitzustellen, auch die Pflicht, jeglicher Gefährdung der Bewohner konstruktiv zu begegnen.

Auch der BGH hat sich mit der Frage befasst, unter welchen Voraussetzungen hiernach Schadenersatzansprüche der Krankenkassen gegen Heimträger möglich sind. Nach der BGH-Rechtsprechung ergeben sich für den Heimträger aus den Heimverträgen Obhutspflichten zum Schutz der körperlichen Unversehrtheit der ihm anvertrauten Heimbewohner. Zugleich besteht eine inhaltsgleiche allgemeine Verkehrssicherungspflicht zum Schutz der Bewohner vor Schädigungen, die diesen wegen Krankheit oder einer sonstigen körperlichen oder geistigen

§ 280 Abs. 1
BGB

BGH-Urteil v.
28. 04. 2005,
VersR 2005
S. 984
Urteil d. OLG
Dresden v.
24. 10. 2017
– AZ: 4 U
1173/17

Einschränkung durch sie selbst oder durch die Einrichtung und bauliche Gestaltung des Pflegeheims drohen. Nach Auffassung des BGH sind die bestehenden Pflichten allerdings begrenzt auf die in Pflegeheimen üblichen Maßnahmen, die mit einem vernünftigen finanziellen und personellen Aufwand realisierbar sind. Maßstab müssen das Erforderliche und das für die Heimbewohner und das Pflegepersonal Zumutbare sein. Dabei ist insbesondere zu beachten, dass beim Wohnen in einem Heim die Würde sowie die Interessen und Bedürfnisse der Bewohner vor Beeinträchtigungen zu schützen sind. Darüber hinaus sind die Selbstständigkeit, Selbstbestimmung und die Selbstverantwortung der Bewohner zu wahren und zu fördern.

BGH-Urteil v. 14. 01. 2021, III ZR 168/19

In Fortführung seiner o.g. Rechtsprechung hat der BGH entschieden, dass der Heimträger im Rahmen seiner Obhuts- und Verkehrssicherungspflichten auf die körperliche und geistige Verfassung seiner ihm anvertrauten Heimbewohner regelmäßig zu achten hat. Bei erkannter oder erkennbarer Selbstschädigungsgefahr eines an Demenz erkrankten Heimbewohners, bei dem unkontrollierte und unkalkulierbare Handlungen jederzeit möglich erscheinen, hat er besondere (vorbeugende) Sicherungsmaßnahmen zu ergreifen. Ohne konkrete Anhaltspunkte für eine Selbstgefährdung besteht hingegen keine Pflicht.

In der Praxis wird es für Sie nicht einfach sein, anhand dieser abstrakten Kriterien zu entscheiden, ob im konkreten Fall ein Schadenersatzanspruch berechtigt ist. Welchen konkreten Inhalt nämlich die Verpflichtung hat, einerseits die Menschenwürde und das Freiheitsrecht eines alten und kranken Menschen zu schützen und andererseits sein Leben und seine körperliche

Unversehrtheit zu schützen, lässt sich nach Auffassung des BGH nur aufgrund einer sorgfältigen Abwägung sämtlicher Umstände des jeweiligen Einzelfalls entscheiden. Es ist also in jedem Einzelfall unter Berücksichtigung des körperlichen und geistigen Zustands sowie der Würde des einzelnen Heimbewohners abzuwägen, welche seiner Sicherheit dienende Maßnahme als verhältnismäßig angesehen werden kann.

Grundsätzlich obliegt der AOK die Darlegungs- und Beweislast für die eine Schadenersatzverpflichtung auslösende Aufsichts- oder Betreuungspflichtverletzung durch den Heimträger. Im Rahmen der Prüfung einer positiven Vertragsverletzung des Heimvertrags obliegt aber dem Heimträger die Darlegungs- und Beweislast dafür, dass ihn an einer Schlechterfüllung des Heimvertrags kein Verschulden trifft. Nach der höchstgerichtlichen Rechtsprechung greift diese Beweislastregel zwar erst ein, wenn feststeht, dass der Schuldner objektiv gegen seine Vertragspflichten verstoßen hat und dadurch der behauptete Schaden entstanden ist.

Ist aber der Heimbewohner im Herrschafts- und Organisationsbereich des Heimträgers zu Schaden gekommen – und dies zieht sich wie ein roter Faden durch die vorliegende Rechtsprechung –, dann kann die Beweislastumkehr auch den Nachweis eines objektiven Pflichtenverstosses des Heimträgers umfassen, weil die den Heimträger treffenden Vertragspflichten (auch) dahin gehen, den Heimbewohner gerade vor einem solchen Schaden zu bewahren. In diesem Fall hat die AOK lediglich darzulegen, dass der Versicherte im Gefahrenbereich des Heimträgers zu Schaden gekommen ist.

§ 280 Abs. 1 Satz 2 BGB

- § 823 Abs. 1 BGB Schadenersatzansprüche nach § 823 Abs. 1 BGB setzen, wie Sie bereits erfahren haben, den Nachweis durch den Geschädigten bzw. die AOK voraus, dass der Schaden schuldhaft vom Personal des Seniorenzentrums verursacht wurde. Je nach Darstellung des Sachverhalts durch den Geschädigten ist nicht auszuschließen, dass ein solcher Beweis gelingt; dabei kann im Einzelfall auch ein Anscheinsbeweis hilfreich sein. Wird der Schadenersatzanspruch aber auf positive Vertragsverletzung gestützt, so kehrt sich die Beweislast um, weil nach § 280 Abs. 1 Satz 2 BGB i.V.m. der Rechtsprechung der Vertragspartner zu beweisen hat, dass er die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Bewegungs- und Transportmaßnahmen durch Pflegepersonal so durchzuführen sind, dass ein Sturz einer pflegebedürftigen Person ausgeschlossen ist.

Beispiel

Johann Welters ist schwerstpflegebedürftig und seit zwei Jahren im Seniorenzentrum St. Bonifatius untergebracht. Auf dem Weg zur Toilette wird er von einer Pflegeperson begleitet. Johann Welters kommt dabei plötzlich zu Fall und erleidet einen Oberschenkelhalsbruch. Die zuständige AOK übernimmt die Kosten des Krankenhausaufenthalts.

Folge

Die Ursache für den Sturz des Johann Welters liegt im voll beherrschbaren Gefahrenbereich des Heimträgers, denn unzweifelhaft und nachweislich befand er sich im Zeitpunkt des Unfalls in Begleitung einer Pflegeperson. Die AOK muss also nur darlegen, dass Johann Welters im Pflegeheim zu Schaden kam. Der Heimträger hat dann nachzuweisen, dass die von ihm beauftragte Pflegeperson nicht schuldhaft gehandelt hat. Da sich der Unfall aber bei einer Bewegungs- oder Transportmaßnahme, also während der Begleitung durch eine Pflegeperson ereignete, dürfte es dem Träger des Seniorenzentrums St. Bonifatius kaum gelingen, aufzuzeigen und nachzuweisen, dass der Vorfall nicht auf einem Fehlverhalten der Pflegeperson beruht. Ein Schadenersatzanspruch der AOK ist also begründet.

Die Beweislastumkehr im Rahmen der positiven Vertragsverletzung gilt immer dann, wenn es um Risiken aus dem Pflegeheimbetrieb geht. Dies kann die Organisation und Koordination des Pflegegeschehens oder den Zustand der dazu benötigten Geräte und Materialien, aber auch die Auswahl und Qualifikation des Pflegepersonals betreffen. In der Praxis ist oft unklar, wie sich die pflegebedürftige Person z.B. einen Oberschenkelhalsbruch zugezogen hat. Gegebenenfalls müsste die AOK beweisen, dass die Schädigung im voll beherrschbaren Gefahrenbereich des Pflegeheims eingetreten ist. Allein der Umstand, dass die pflegebedürftige Person in den Räumlichkeiten des Pflegeheims zu Schaden gekommen ist, besagt aber noch nicht, dass sich dieser Vorgang

auch im beherrschbaren Gefahrenbereich abgespielt hat. Möglich ist schließlich, dass es sich bei einem Oberschenkelhalsbruch um einen Ermüdungsbruch handelt.

Aber selbst dann, wenn die pflegebedürftige Person aus ihrem Bett gefallen ist, bleibt zu prüfen, ob sich der Sturz im beherrschbaren Gefahrenbereich ereignete. Den verantwortbaren Gefahrenbereich des Pflegeheims bestimmen nämlich nicht die räumlichen Eigentumsverhältnisse, sondern die konkreten Leistungspflichten des Pflegeheims im Einzelfall. Schuldet das Pflegeheim eine Rund-um-Betreuung und nicht nur Hilfeleistung bei bestimmten Tätigkeiten, so unterstellt die Rechtsprechung in der Regel, dass die Schädigung entweder anlässlich einer konkreten Hilfsmaßnahme eingetreten oder aber eine geschuldete Hilfeleistung versäumt worden ist. Die AOK ist in diesen Fällen gefordert und wird versuchen müssen, sich die für eine zutreffende Beurteilung notwendigen Informationen bei der pflegebedürftigen Person selbst oder bei ihren Angehörigen zu beschaffen.

Der Anteil der Bewohner eines Pflegeheims, die dem Pflegegrad 5 zugeordnet sind, betrug in den letzten Jahren rund 20 %. Liegt aber bei Pflegeheimbewohnern eine schwerste Beeinträchtigung der Selbständigkeit mit besonderen Anforderungen an die pflegerische Versorgung vor (Pflegegrad 5), dann ist ihnen bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität täglich rund um die Uhr, also auch nachts, Hilfe zu leisten. Hier verlangt die Rechtsprechung, dass das Pflegeheim in besonderem Maße Schutzvorkehrungen trifft, um einer umfassend erforderlichen Hilfeleistung gerecht zu werden. In diesen Fällen ist z.B. eine Begleitung beim Toilettengang

selbstverständlich; dem Pflegepersonal muss ständig ein sofortiger Zugriff auf die Patienten möglich sein. Eine schwerstpflegebedürftige Person darf auch im Aufenthaltsraum nicht gänzlich ohne Betreuung und Aufsicht sich selbst überlassen bleiben.

Schuldet das Pflegeheim nur Hilfeleistung bei bestimmten Tätigkeiten, um die Heimbewohner unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Behinderung zur Eigenständigkeit anzuleiten, kann nicht generell von einer Sorgfaltspflichtverletzung des Pflegeheims ausgegangen werden.

Letztlich ist aber der Rechtsprechung zu entnehmen, dass die Anforderungen an die Sorgfaltspflichten bei der Betreuung älterer Menschen nicht so weit überspannt werden dürfen, dass eine finanzierbare menschenwürdige Betreuung unmöglich gemacht wird. Welche Maßnahmen zum Schutze des einzelnen Heimbewohners zu treffen sind, bestimmt sich nach dem individuellen Grad der Behinderung oder Gebrechlichkeit der pflegebedürftigen Person einerseits und dem zumutbaren personellen Aufwand des Pflegeheims andererseits. Darüber hinaus ist bei Festlegung der erforderlichen Obhutmaßnahmen auch abzuwägen, welche Eingriffe unter Berücksichtigung der Würde und des Persönlichkeitsrechts des alten Menschen als verhältnismäßig zu beurteilen sind. Ein möglichst hohes Maß an Sicherheit – völlige Sicherheit ist ohnehin nicht zu erzielen – darf nicht durch übermäßige Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht eines Betroffenen garantiert werden.

Wegen möglicher Schadenersatzansprüche, die sich aus der Anwendung bestehender Teilungsabkommen ergeben, wird in Pkt. 7.4 dieses Lernbriefs verwiesen.

Thüringer
OLG
1. Zivilsenat
Urteil v.
27. 08. 2015 -
1 U 558/14

OLG
Karlsruhe
7. Senat,
Urteil v.
18. 09. 2019
– AZ: 7U
21/18

6.4 Haftung des Aufsichtspflichtigen

§ 828 BGB

Erinnern Sie sich noch an unsere Aussagen in Pkt. 5.1.2 dieses Lernbriefs? Für Kinder, die noch nicht das siebte Lebensjahr vollendet haben, hat der Gesetzgeber die Haftung völlig ausgeschlossen. Kinder, die zwar das siebte, aber nicht das zehnte Lebensjahr vollendet haben, sind ebenfalls absolut schuldunfähig, sofern sie einen Schaden (nicht vorsätzlich) im Zusammenhang mit einem Kraftfahrzeug oder einer Schienen- oder Schwebebahn verursacht haben. Im Übrigen besteht für Kinder bzw. Jugendliche zwischen sieben und 18 Jahren eine beschränkte Verantwortlichkeit.

Für den Geschädigten mag ein solches Ergebnis nicht immer verständlich sein. Für ihn ist es aber naheliegend, dass zumindest dann, wenn Minderjährige nicht verantwortlich sind, die Eltern für den von minderjährigen Kindern verursachten Schaden einzustehen haben.

Ob dies tatsächlich so ist, wollen wir in den nächsten Abschnitten prüfen. Das Ergebnis können wir schon an dieser Stelle vorwegnehmen: Im Interesse des Geschädigten hat der Gesetzgeber eine Haftung der Aufsichtspflichtigen für Minderjährige und andere aufsichtsbedürftige Personen eingeführt. Sie gilt ohne Rücksicht darauf, ob diese Personen selbst verantwortlich sind oder nicht.

Allerdings müssen die Aufsichtspflichtigen nicht in jedem Fall haften. Wenn sie ihre Sorgfaltspflichten nicht verletzt haben und dies beweisen können, dann entfällt ihre Haftung. Das mag für den Geschädigten oft unbefriedigend sein. Die Haftung für aufsichtsbedürftige Kinder ist aber keine Gefährdungshaftung, sondern eine Verschuldenshaftung, wenngleich mit gesetzlicher Schuldvermutung und umgekehrter Beweislast (vgl. Punkt 6.4.3 dieses Lernbriefs).

Das Gesetz sieht eine Haftung der Aufsichtspflichtigen zunächst nur für das Verhalten von minderjährigen Kindern vor. Das sind Kinder und Jugendliche, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Darüber hinaus besteht aber eine Haftung auch für das Verhalten von solchen Personen, die wegen ihres geistigen oder körperlichen Zustands der Beaufsichtigung bedürfen. Dies können z.B. Epileptiker, Blinde oder Geistesgestörte sein, die das 18. Lebensjahr bereits vollendet haben. Ob aber in diesen Fällen eine Aufsichtspflicht tatsächlich besteht, hängt von den Eigenschaften und dem Zustand der ggf. zu beaufsichtigenden Person ab.

Welches Verhalten der aufsichtsbedürftigen Personen führt ggf. zu einer Schadenersatzpflicht der Aufsichtspflichtigen? Das Gesetz verlangt nicht etwa ein schuldhaftes Verhalten. Dann wäre die Vorschrift in vielen Fällen gegenstandslos, weil u.a. Kinder bis zur Vollendung des siebten Lebensjahres sich nicht schuldhaft verhalten können. Damit die Eltern für den durch ihr Kind verursachten Schaden eintreten müssen, reicht es aus, wenn ihr Kind einem anderen „widerrechtlich“ einen Schaden zugefügt hat.

6.4.1 Haftung kraft Gesetzes und kraft Vertrags

§ 828,
§ 832 Abs. 1
Satz 1,
§ 1626 Abs. 1,
§ 1631 Abs. 1,
§ 832 Abs. 2
BGB

Wer kraft Gesetzes zur Aufsicht über Minderjährige und andere aufsichtsbedürftige Personen verpflichtet ist, der hat nach dem Willen des Gesetzes den Schaden zu ersetzen, den diese Personen einem anderen widerrechtlich zugefügt haben. Kraft Gesetzes aufsichtspflichtig sind in der Regel die Eltern. Darüber hinaus gibt es noch weitere Personenkreise (z.B. der Vormund oder der Pfleger). Auf diese möchten wir hier jedoch nicht näher eingehen. Die Aufsichtspflicht kann aber auch vertraglich übernommen werden mit der Folge, dass der Übernehmende nunmehr vom geschädigten Dritten zur Verantwortung herangezogen werden kann.

Beispiel

Der zehnjährige Christoph Dohle befindet sich für mehrere Monate in der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie in Hamburg. Diese hat sich vertraglich verpflichtet, während des stationären Krankenhausaufenthalts Christoph und die anderen Kinder zu beaufsichtigen.

Folge

Wenn Christoph Dohle während des stationären Krankenhausaufenthalts z.B. einem anderen Kind einen Schaden zufügt, dann ist die Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie in Hamburg für den Schaden verantwortlich.

Eine vertragliche Übernahme der Aufsichtsführung ist auch bei Unterbringung in einem Erziehungsheim, einem Kinderheim oder Internat und immer dann anzunehmen, wenn die Betreuung von anderen Personen als den Eltern berufsmäßig übernommen wird. Gleiches gilt dann, wenn Pflegeeltern ein Kind in ihre Obhut genommen haben. Da für Stiefmütter und Stiefväter keine gesetzliche Aufsichtspflicht besteht, geht die Rechtsprechung auch in diesen Fällen von einer stillschweigenden vertraglichen Absprache aus. Zur vertraglichen Übernahme bedarf es keines schriftlichen Vertrags. Es genügt, wenn tatsächlich, also durch sogenanntes konkludentes (schlüssiges) Handeln, die Betreuung des Kindes für einen längeren Zeitraum übernommen wird. Abzugrenzen von dieser vertraglichen Übernahme ist die reine Gefälligkeitsleistung (z.B. die kurzfristige Obhut über fremde Kinder, die mit dem eigenen in der Wohnung spielen). Hier haftet der Aufsichtsführende grds. nach § 823 BGB, ohne gesetzliche Schuldvermutung.

6.4.2 Umfang der Aufsichtspflicht

Eine Haftung des Aufsichtspflichtigen kommt nicht generell in Betracht, sondern nur, wenn dieser im konkreten Fall in Bezug auf die zur widerrechtlichen Schadenzufügung führenden Umstände der Aufsichtspflicht nicht genügt hat. Dabei richtet sich der Umfang der Aufsichtspflicht nach den Umständen des einzelnen Falls. Der Umfang der Aufsichtspflicht kann also nicht generell festgelegt werden. Es lassen sich auch keine starren Regeln aufstellen. Das Maß der gebotenen Aufsicht bestimmt sich vielmehr nach dem Alter, den Charaktereigenschaften, der geistigen Entwicklung und dem Bildungsgrad des Aufsichtsbedürftigen. Entscheidend ist schließlich

auch, was verständige Eltern oder andere Aufsichtspflichtige zur Beaufsichtigung des Kindes unternehmen müssen, um Schädigungen Dritter durch das Kind zu verhindern. Dabei sind die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Belastung der Eltern mit Familien- und Berufspflichten zu berücksichtigen.

Die Eltern entscheiden weitgehend selbst, von welcher Art und Weise ihres Vorgehens sie sich den besten pädagogischen Erfolg versprechen. Beachten müssen sie allerdings, dass z.B. bei schwererziehbaren Kindern erhöhte Anforderungen an die Aufsichtspflicht gestellt werden. Soweit es sich um normal entwickelte Kinder handelt, hat die Rechtsprechung beispielsweise entschieden, dass Eltern ihre Kinder auch im Freien ohne Aufsicht spielen lassen können. Ein dabei von den Kindern verursachter Schaden führt somit nicht zu einer Schadenersatzverpflichtung der Eltern wegen fehlender Aufsicht.

BGH-Urteil v. 24. 03. 2009, VersR 2009 S. 788

Zu der Frage, in welchen Abständen normal entwickelte Kinder im Alter von fast sechs Jahren kontrolliert werden müssen, hat der BGH entschieden, dass Kinder dieses Alters eine gewisse Zeit ohne unmittelbare Einwirkungsmöglichkeit und Aufsicht gelassen werden können. Zu ihrer Entwicklung gehöre die Möglichkeit zum Aufenthalt und Spielen im Freien, ohne dass sie auf „Schritt und Tritt“ zu beaufsichtigen sind. Deshalb gestehe die Rechtsprechung Kindern ab einem Alter von vier Jahren einen Freiraum zu, wobei allerdings eine regelmäßige Kontrolle in kurzen Zeitabständen für erforderlich gehalten wird. Kinder in diesem Alter dürfen also ohne ständige Überwachung im Freien, etwa auf einem Spielplatz oder Sportgelände oder in einer verkehrsarmen Straße auf dem Bürgersteig, spielen und müs-

sen dabei nur gelegentlich beobachtet werden. Vom BGH wird dabei ein Kontrollabstand von 15 bis 30 Minuten als zulässig angesehen.

Dreijährige Kinder müssen in einer geschlossenen Wohnung nicht mehr unter ständiger Beobachtung stehen. Auch der Gang zur Toilette bedarf mangels erhöhter Gefahrenlage keiner unmittelbaren Aufsicht mehr. Es ist ausreichend, wenn sich der Aufsichtspflichtige in Hörweite aufhält.

Bei normal entwickelten Kindern im Alter von 7½ Jahren, die in der Regel den Schulweg allein zurücklegen, ist nach der BGH-Rechtsprechung das Spielen im Freien auch ohne Aufsicht gestattet, wenn die Eltern sich über das Tun und Treiben in großen Zügen einen Überblick verschaffen. Dies gilt natürlich nur, wenn mit dem Spiel der Kinder nicht besondere Gefahren für das Kind oder für andere verbunden sind. Dann nämlich besteht konkreter Anlass zu besonderer Aufsicht.

Die Aufsichtspflicht der Eltern wird aber nicht nur durch die Eigenschaften des aufsichtsbedürftigen Kindes, sondern auch durch die Schädeneigenschaft des Unfallbereichs und der danach gegebenen und zu erwartenden konkreten Gefahrensituation bestimmt. So gehört z.B. zu den in einer verkehrsberuhigten Zone („Spielstraße“) umfassend erlaubten Kinderspielen auch das Herumfahren mit Kinderfahrrädern. Innerhalb solcher Zonen ist eine wesentlich geringere elterliche Überwachung als in anderen Verkehrsräumen geboten.

Beschluss OLG Düsseldorf v. 26. 04. 2018, I-4 U 15/18, VersR 2018 S. 1191-1192

BGH-Urteil v. 24. 03. 2009, VersR 2009 S. 790

6.4.3 Gesetzliche Schuldvermutung und Entlastungsmöglichkeit

Beispiel

Der sechsjährige Alexander Fröhlich ärgerte sich am Nachmittag beim Spielen über seinen gleichaltrigen Freund Sebastian Rickert. Alexander Fröhlich schlägt daraufhin mit einem Stock auf seinen Freund ein und verletzt ihn.

Frage

Sind die aufsichtspflichtigen Eltern von Alexander Fröhlich dem verletzten Sebastian Rickert zum Schadenersatz verpflichtet?

Lösung

Die AOK möchte die Eltern des sechsjährigen Alexander Fröhlich auf Schadenersatz in Anspruch nehmen, weil sie für den verletzten Sebastian Rickert Leistungen erbracht hat. Die Eltern bringen vor, dass sie ihrem Sohn immer wieder erklärt haben, andere Kinder nicht zu schlagen. Ihr Sohn habe sich insoweit auch nie auffällig verhalten. Die Eltern erklären, dass sie deshalb nicht schadenersatzpflichtig seien.

Sind die Aussagen der Eltern glaubhaft, wird voraussichtlich auch im Fall einer gerichtlichen Auseinandersetzung das Gericht entscheiden, dass die Eltern ihrer Aufsichtspflicht genügt haben und deshalb nicht schadenersatzpflichtig sind. Möglicherweise erklären aber zum Schadensfall befragte Nachbarn, dass Alexander schon häufiger andere Kinder geschlagen hat. In diesem Fall bestehen erhebliche Zweifel an den Aussagen der Eltern. Die AOK kann den Eltern dann anbieten, dass sie zur Vermeidung einer gerichtlichen Klärung z.B. nur die Hälfte ihrer Aufwendungen zurückerfordern wird.

Nach der doch mehr abstrakten Darstellung in Pkt. 6.4.2 dieses Lernbriefs zum Umfang der Aufsichtspflicht wird es gar nicht einfach sein, diese Frage zu beantworten. Dennoch haben Sie es als AOK-Kundenberater/-in relativ leicht. Nachweislich hat hier Alexander seinen Freund Sebastian widerrechtlich verletzt. Dies hat zur Folge, dass die Eltern zunächst ohne Weiteres haften. Es ist Aufgabe der Eltern, den Nachweis zu erbringen, dass sie ihrer Aufsichtspflicht genügt haben oder dass der Schaden auch bei einer entsprechenden Aufsichtsführung entstanden wäre.

An den Entlastungsbeweis der Eltern oder anderer Aufsichtspflichtiger sind zwar strenge, aber keine überspannten Anforderungen zu stellen. Die Eltern müssen zunächst darlegen und ggf. – z.B. durch Aussagen von Freunden und Nachbarn – beweisen, dass sie ihrer allgemeinen Sorgfaltspflicht nachgekommen sind. Dazu gehört, dass sie sich generell um ihre Kinder gekümmert haben und auch wissen, womit sich diese in ihrer Freizeit be-

§ 832 Abs. 1
Satz 2 BGB

beschäftigen. Dies erfordert, dass die Eltern gelegentlich ihre Kinder beim Spielen beobachten und kontrollieren und auch darauf achten, mit welchen Gegenständen, z.B. gefährliches Spielzeug, sich die Kinder beschäftigen.

Schließlich müssen die Eltern auch in Bezug auf den konkreten Schadensfall darlegen und beweisen, dass sie zur Vermeidung des Schadens alles getan haben, was ihnen vernünftigerweise zugemutet werden kann. Ist ein Schaden durch den Gebrauch von Zündhölzern entstanden, müssen die Eltern nachweisen, dass sie nicht nur ihre allgemeine Aufsichtspflicht erfüllt, sondern darüber hinaus ihr Kind über die Gefahren des Feuers aufgeklärt haben. Nur wenn sie dazu in der Lage sind, können sie sich von der Haftung entlasten.

In der Praxis werden Sie es nicht immer einfach haben zu beurteilen, ob die Darlegung und die Beweisführung der Eltern zu ihrer Entlastung ausreichen. Wenn die AOK das Risiko einer gerichtlichen Auseinandersetzung vermeiden will, bieten sich hier Möglichkeiten für einen Vergleich an.

Eine Befragung Dritter ist für die betroffenen Eltern und Familienangehörigen oft ein Misstrauensbeweis. Sie sollten daher sehr sensibel vorgehen. Nur wenn Sie ernsthafte Zweifel an den Aussagen der Eltern oder des Kindes haben und die Schadenssumme einen entsprechenden Betrag umfasst, ist die Befragung Dritter angebracht.

Merke

Aufsichtspflichtige Eltern sind für den von einem minderjährigen Kind widerrechtlich angerichteten Schaden verantwortlich. Die Haftung entfällt, wenn sie nachweisen können, dass sie ihrer Aufsichtspflicht genügt haben oder der Schaden auch bei vernünftiger Aufsichtsführung entstanden wäre.

6.5 Haftung der Tierhalter und Tieraufseher

Wer Tiere hält, hat für Schäden einzustehen, die diese verursachen. Grund dafür ist die soziale Verantwortung des Tierhalters gegenüber der Allgemeinheit, da diese das Halten von Tieren zu dulden hat. Deswegen hat der Gesetzgeber die Tierhalterhaftung im Grundsatz als Gefährdungshaftung eingeführt. Diese Haftung setzt kein Verschulden voraus und trifft somit gegebenenfalls auch Deliktsunfähige. Lediglich bei Haustieren, die dem Beruf (z.B. Wachhund), dem Unterhalt oder der Erwerbstätigkeit (z.B. Kutschpferd) des Tierhalters dienen, hat der Gesetzgeber die Gefährdungshaftung als zu hart empfunden. Hier wird ein Verschulden des Tierhalters vom Gesetz vermutet. Die Haftung entfällt nur dann, wenn der Tierhalter den Beweis führen kann, dass ihn kein Verschulden trifft.

§ 833 BGB

§ 834 BGB Für den Tieraufseher (vgl. Punkt 6.5.3 dieses Lernbriefs) sieht das Gesetz generell nur eine Haftung bei Verschulden vor. Aber auch hier wird das Verschulden zunächst vermutet. Es ist dann Sache des Tieraufsehers, zu beweisen, dass er die erforderliche Sorgfalt bei der Führung des Tieres beachtet und somit nicht schuldhaft gehandelt hat.

6.5.1 Tierschaden als Voraussetzung

§ 833 Satz 1 BGB Sowohl die Haftung des Tierhalters als auch die des Tieraufsehers setzt voraus, dass der Schaden „durch das Tier“ verursacht worden ist. Das bedeutet, der eingetretene Schaden muss in ursächlichem Zusammenhang stehen mit dem der tierischen Natur entsprechenden selbsttätigen willkürlichen Verhalten des Tieres. Dabei spielt es grds. keine Rolle, durch welche äußeren Anreize die entsprechende Reaktion des Tieres hervorgerufen wurde. An einem solchen typischen selbsttätigen Verhalten des Tieres fehlt es jedoch, wenn sich das Tier absolut passiv verhält, es sei denn, das Tier stellt ein Verkehrshindernis dar, sodass sich dadurch die spezifische Tiergefahr verwirklicht. Auch gelenktes Verhalten des Tiers ist nicht willkürlich, wie z.B. ein Hund, der auf einen Menschen gehetzt wird.

1. Beispiel

Ein Blitzschlag mit nachfolgendem Donner führt dazu, dass ein Pferd scheut und den Reiter abwirft. Dieser wird dabei verletzt.

Folge

Es handelt sich um willkürliches Verhalten des Tieres, also um einen sogenannten Tierschaden, sodass die Tierhalterhaftung greift.

2. Beispiel

Ein älterer Mensch stolpert beim Spaziergehen über einen auf dem Bürgersteig schlafenden Hund und bricht sich das Bein.

Folge

Es fehlt hier an einem „Tierschaden“ als Voraussetzung für die Tierhalterhaftung, weil sich das Tier absolut passiv verhalten hat. Die Tierhalterhaftung greift folglich nicht ein. Allerdings hat der Tierhalter in diesem Fall gegen seine Verkehrssicherungspflichten verstoßen (§ 823 Abs. 1 BGB). Er hat eine Gefahrenquelle geschaffen, durch die ein anderer geschädigt wurde. Deshalb haftet er, weil er durch schuldhaftes Unterlassen einem anderen widerrechtlich einen Schaden zugefügt hat.

Merke

Die Tierhalterhaftung greift immer nur dann, wenn der Schaden durch ein willkürliches Verhalten des Tiers verursacht worden ist.

6.5.2 Haftung des Tierhalters für Haustiere und sonstige Tiere

Nach herrschender Rechtsauffassung ist Tierhalter derjenige, der in seinem eigenen Interesse durch Gewährung von Obdach und Unterhalt die Sorge für das Tier übernommen hat. Darüber hinaus muss er dieses Tier langfristig in seinem Hausstand oder Wirtschaftsbetrieb verwenden.

Dabei wird aber nicht unbedingt auf die tatsächliche Gewährung von Obdach und Unterhalt abgestellt. Entscheidend ist vielmehr, wer tatsächlich verpflichtet ist, für die Unterbringung und den Unterhalt des Tiers zu sorgen. Deshalb bleibt Tierhalter auch derjenige, der sein Tier kurz- oder langfristig in eine Tierpension gibt. Letztlich kommt es also darauf an, wer

- für die Kosten der Tierhaltung aufkommt,
- den allgemeinen Wert und Nutzen des Tiers für sich in Anspruch nimmt und
- das Risiko seines Verlustes trägt.

§ 833 Satz 1 BGB Die Haftung des Tierhalters bezieht sich grundsätzlich auf alle Tiere, gleichgültig, ob sie gezähmt, wild, gefährlich oder ungefährlich sind. Voraussetzung für die Haftung ist lediglich der bereits erwähnte Tierschaden.

§ 833 Satz 2 BGB Ist der eingetretene Schaden von einem Haustier verursacht worden, das dem Beruf, der Erwerbstätigkeit oder dem Unterhalt des Tierhalters dient, tritt eine Haftung des Tierhalters nur bei Verschulden ein. Das Verschulden des Tierhalters wird allerdings vermutet, gewissermaßen also unterstellt.

Haustiere sind nach der Rechtsprechung zahme Tiere, die vom Menschen zu seinem Nutzen gezogen und gehalten werden.

Solche Haustiere sind z.B. Pferde, Esel, Ponys, Hunde, Katzen, das gesamte Vieh (Nutztiere), Schafe und Geflügel. Die Nutztier-Eigenschaft setzt voraus, dass das Tier überwiegend dem Beruf, der Erwerbstätigkeit oder dem Unterhalt des Tierhalters dient.

Dabei ist es unerheblich, wenn ein Nutztier im Zeitpunkt des Schadenereignisses gerade nicht wirtschaftlichen Zwecken dient.

Zu den Haustieren, die dem Beruf, der Erwerbstätigkeit oder dem Unterhalt des Tierhalters dienen, gehören z.B. Wachhunde zur Bewachung eines Erwerbsgeschäfts oder eines Betriebs. Haustiere in diesem Sinne sind ferner beruflich eingesetzte Wachhunde sowie das Vieh in der Landwirtschaft und Blindenführhunde, sofern die blinde Person im Rahmen ihrer Erwerbstätigkeit auf einen ausgebildeten Blindenführhund angewiesen ist.

Die Haftung für Schäden, die durch solche Nutztiere verursacht werden, entfällt nur dann, wenn der Tierhalter den Entlastungsbeweis führen kann. Dazu muss er nachweisen, dass er bei der Beaufsichtigung des Tieres die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beachtet hat oder dass die Verletzung der Aufsichtspflicht für den eingetretenen Schaden nicht ursächlich gewesen ist. An diesen Entlastungsbeweis sind strenge Anforderungen zu stellen. Welche Vorkehrungen und Maßnahmen ein Tierhalter aber im Einzelfall treffen musste und nachträglich zu seiner Entlastung beweisen muss, hängt von den jeweiligen konkreten Gegebenheiten ab, so u.a. von der Art und Natur sowie den Eigenschaften des Tiers und von seiner Unterbringung und Verwendung.

Urteil des Saarländischen OLG v. 31. 01. 2018 – AZ: 2 U 30/15: Die Haftung für Nutztiere entfällt auch dann nicht, wenn die Tiere von einer gemeinnützigen Organisation zur Erfüllung seiner satzungsmäßigen Aufgaben gehalten werden (z.B. Pferde zur Reittherapie von Behinderten). Nur wenn die Tiere überwiegend oder jedenfalls in einem so erheblichen Umfang wie ein wirtschaftliches Unternehmen zu Erwerbszwecken genutzt werden, greift das Nutztierprivileg. Diese wirtschaftliche Ausrichtung steht dann aber nicht mehr im Einklang mit der satzungsmäßig ideellen Zweckbestimmung des Vereins.

BGH-Urteil v. 31. 05. 2016, VersR 2016 S. 1068 - 1069 Wird ein Hundehalter, der mit seinem angeleiteten Hund spazieren geht, bei einem Gerangel seines Hundes mit einem anderen Hund von diesem gebissen, dann hat sich nach Auffassung des BGH in der Bissverletzung die von beiden Hunden ausgehende Tiergefahr adäquat mitursächlich verwirklicht. Die Rolle des Hundes der geschädigten Person habe sich in diesem Fall nicht nur darauf beschränkt, ein an der Leine geführter Hund zu sein. Dieser geschädigte Hundehalter muss also einen Teil seines Schadens selbst tragen. Ist der andere Hundehalter aber zugleich nach § 823 BGB zum Schadenersatz verpflichtet, weil sich der Hund von einem nicht gesicherten Grundstück entfernen konnte, dann kommt der von dem Hund des Geschädigten ausgehenden Tiergefahr dem Sinngehalt des § 840 Abs. 3 BGB entsprechend keine Bedeutung zu. In diesem Fall ist der andere Hundehalter voll zum Schadenersatz verpflichtet.

Urteil des OLG Oldenburg v. 08. 11. 2017 – AZ: 9 U 48/17: Der Hundehalter ist auch dann voll zum Schadenersatz verpflichtet, wenn eine Person durch seinen Hund gebissen worden war, als diese sich zu ihm hinunter beugte. Hier habe sich eine spezifische Tiergefahr realisiert. Die Person habe auch nicht mit dem Beißreflex rechnen müssen.

Beispiel

Der sechsjährige Tobias Rinsche wird in einem Park von einem Schäferhund gebissen. Der Hund gehört dem als Wachmann beschäftigten Franz Wolters. Er benötigt den Hund für die Ausübung seines Berufs, hatte den Schäferhund aber während eines Spaziergangs frei herumlaufen lassen.

Folge

Der Schäferhund des Franz Wolters ist ein Haustier, das seinem Beruf dient. Franz Wolters hatte seinen Hund jedoch frei herumlaufen lassen. Damit hat er die erforderliche Sorgfalt nicht beachtet. Von seiner Schadenersatzpflicht kann er sich deshalb nicht entlasten.

Hundehalter haften grds. auch, wenn der Hund auf einem kombinierten Geh- und Radweg einen Fahrradunfall verursacht. Allerdings haben Fahrradfahrer auf solchen Wegen keinen Vorrang und müssen rücksichtsvoll fahren. Andernfalls haften sie nach ihrem Sturz mit.

Verletzt sich ein Kind durch ein Haustier seiner Eltern, so haften diese nicht aus der Tierhalterhaftung nach § 833 Satz 1 BGB, sondern nur nach § 1664 Abs. 1 BGB, wenn ihnen Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit nachgewiesen werden kann (beschränkte Sorgfaltspflicht der Eltern).

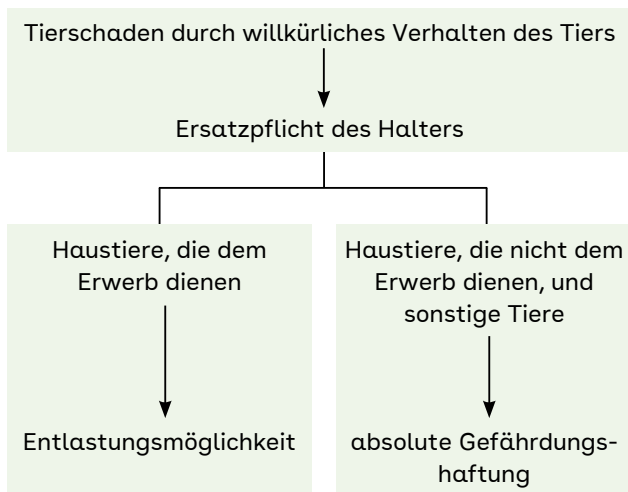
Die Tierhalterhaftung erfasst auch mittelbare Verletzungen durch helfendes Eingreifen (z. B. wenn eine Frau beim Versuch, ihre Katze vom Nachbarshund zu trennen, stürzt und sich hierbei einen Oberschenkelhalsbruch zuzieht).

Urteil d. OLG Hamm v. 14. 02. 2020, AZ: I-9 U 37/18

BGH-Urteil v. 15. 12. 2020 – AZ: VI ZR 224/20

OLG Frankfurt/Main, Urteil v. 18. 01. 2023, AZ: 4 U 249/21

Tierhalterhaftung nach § 833 BGB



Beispiel

Die alleinstehende Rentnerin Sofia Tüllmann ist Halterin ihres Dackels Bissmark. Im Juni will sie für vier Wochen verreisen. Ihre Freundin Margarete Reiners erklärt sich daraufhin bereit, Bissmark für die Dauer der Reise zu versorgen.

Folge

Margarete Reiners ist in diesen vier Wochen als Tieraufseherin anzusehen und würde für einen Schaden, den das Tier ggf. anrichtet, schadenersatzpflichtig sein.

Wird ein Tier – wie im obigen Beispiel – über einen längeren Zeitraum versorgt, geht die Rechtsprechung nicht mehr von einer reinen Gefälligkeit aus. In diesen Fällen liegt vielmehr eine vertragliche Verpflichtung zur Beaufsichtigung des Tieres vor, sodass im Schadensfall – unabhängig von der Haftung des Tierhalters – die Haftung als Tieraufseher eintritt.

Überlässt Sofia Tüllmann ihrer Freundin das Tier nur kurzfristig – z.B. für die Dauer eines Einkaufs –, wird diese damit noch nicht zur Tieraufseherin mit der besonderen Haftung für Tieraufseher. Im Schadensfall würde sich eine eventuelle Haftung nach § 823 Abs. 1 BGB richten: Der Geschädigte müsste also ein Verschulden bei der Beaufsichtigung des Tieres nachweisen.

Die Haftung des Tieraufsehers ist dagegen eine Haftung aus vermutetem Verschulden. Allerdings ist die Haftung nicht so stark ausgeprägt wie die des Tierhalters. Im Gegensatz zur Haftung des Tierhalters wird bei der Haftung des Tieraufsehers nicht zwischen Haus- und Nutztieren sowie sonstigen Tieren unterschieden. Das Gesetz sieht für den Tieraufseher z.B. keine Gefährdungshaftung vor. Er haftet „nur“ aus vermutetem Verschulden, hat aber bei allen Tierarten die Möglichkeit, den Entlastungsbeweis zu führen. Von seiner vermuteten Haftung kann sich der Tieraufseher dann entlasten, wenn er nachweist, dass er bei der Führung der Aufsicht die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beachtet hat. Das Gleiche gilt für die Fälle, in denen der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt entstanden sein würde.

6.6 Überblick über weitere im BGB geregelte Haftungstatbestände

Für eine ganze Reihe weiterer Tatbestände enthält das Gesetz spezielle Haftungsvorschriften, auf die wir im Rahmen dieses Lernbriefs nicht eingehen werden, da sie für die Praxis nur von untergeordneter Bedeutung sind. Wir möchten Sie aber darüber informieren, dass es z.B. Sonderregelungen gibt zur Haftung

- § 830 BGB · von Mittätern, Anstiftern, Gehilfen und Beteiligten,
- §§ 836 – 838 BGB · bei Einsturz von Gebäuden und Werken,
- § 829 BGB · aus Billigkeitsgründen,
- §§ 31, 31a, 89 BGB · der juristischen Personen für Vorstandsmitglieder und verfassungsmäßig berufene Vertreter,
- § 839 BGB · für Amtspflichtverletzungen durch Beamte.

6.7 Haftung nach dem Straßenverkehrsgesetz

- §§ 7, 18 StVG Nach dem Sie die im BGB geregelten Haftungs Vorschriften kennengelernt haben, werden wir uns nun mit den in Sondergesetzen geregelten Haftungstatbeständen befassen. Während die Haftungs Vorschriften des BGB überwiegend auf Verschulden beruhen, enthalten die Sondergesetze durchweg Tatbestände der Gefährdungshaftung. Ein hierfür typisches Beispiel ist die Haftung des Kraftfahrzeughalters. Diese im § 7 StVG geregelte Gefährdungshaftung setzt nicht voraus, dass sich der Halter oder Führer des Kraftfahrzeugs verkehrswidrig verhalten hat. Nach den Vorstellungen des Gesetzgebers ist die Gefährdungshaftung eingeführt worden, weil mit der Inbetriebnahme eines Kraftfahrzeugs eine erhöhte Gefahr für andere Verkehrsteilnehmer geschaffen wird.

Im Gegensatz zum Kraftfahrzeughalter ist die Haftung des Kraftfahrzeugsführers keine Gefährdungshaftung, sondern eine Verschuldenshaftung mit umgekehrter Beweislast. Bei nachgewiesenem Verschulden tritt zusätzlich die Haftung aus § 823 BGB ein.

6.7.1 Haftung des Kraftfahrzeughalters

Der Halter eines Kraftfahrzeugs haftet für den Schaden, wenn beim Betrieb des Kraftfahrzeugs oder eines Anhängers, der dazu bestimmt ist, von einem Kraftfahrzeug mitgeführt zu werden, ein Mensch getötet oder körperlich verletzt oder eine Sache beschädigt wird.

§ 7 Abs. 1,
§ 19 Abs. 1
StVG

Lernbeispiel 9

Der 20-jährige Markus Schweer leiht sich am Nachmittag den Pkw seines Vaters Norbert Schweer, weil er seine Freundin besuchen will. Der Vater von Markus Schweer hat sich mehrfach davon überzeugen können, dass sein Sohn ein sorgfältiger Fahrer ist. Er ist deshalb immer wieder bereit, ihm das Fahrzeug zur Verfügung zu stellen. An diesem Nachmittag kommt es allerdings zu einem Unfall, als seinem Sohn der vierjährige Timo Sonntag vor den Wagen läuft. Timo Sonntag hatte mit anderen Kindern auf dem Bürgersteig gespielt und war plötzlich auf die Fahrbahn gelaufen. Markus Schweer war mit einer Geschwindigkeit von 50 km/h gefahren und konnte den Wagen seines Vaters nicht mehr rechtzeitig zum Stehen bringen. Timo Sonntag wurde von dem Fahrzeug angefahren und leicht verletzt. Mit einem Krankenwagen wurde er in das nächstgelegene Krankenhaus gefahren und dort ärztlich versorgt.

Es ist zu klären, ob der Kraftfahrzeughalter Norbert Schweer dem verletzten Kind zum Schadenersatz verpflichtet ist.

Norbert Schweer, der Vater von Markus Schweer, ist Eigentümer des Kraftfahrzeugs. Aus Verschulden hat er keinen Schadenersatz zu leisten. Sein Sohn wird als sorgfältiger Fahrer beschrieben, sodass kein Anlass bestand, ihm das Fahrzeug nicht zur Verfügung zu stellen. Durch das Norbert Schweer gehörende Kraftfahrzeug ist Timo Sonntag verletzt worden. Wie Sie bereits erfahren haben, erfordert die Haftung für Schäden durch Kraftfahrzeuge nach dem Gesetz aber kein Verschulden. Die Haftung tritt vielmehr dann ein, wenn

- beim Betrieb
- eines Kraftfahrzeugs

ein Mensch getötet oder körperlich verletzt oder eine Sache beschädigt wird. Zu haften hat in diesem Fall der Halter des Kraftfahrzeugs. Weitere Voraussetzungen, wie z.B. Verschulden, werden nicht verlangt.

§ 1 Abs. 2 StVG

Die im Straßenverkehrsgesetz vorgesehene Gefährdungshaftung betrifft grds. alle Kraftfahrzeuge. Das sind neben Personen- und Lastkraftwagen z.B. auch solche Fahrzeuge, für die die Vorschriften über das Zulassungsverfahren nicht gelten, wie z.B. für bestimmte Zug- oder Arbeitsmaschinen oder kleine Krafträder. Der Pkw von Norbert Schweer ist zweifellos ein Kraftfahrzeug.

LG Münster v. 09. 03. 2020 – AZ: 08 O 272/19

Eine Ausnahme bilden die Elektrokleinstfahrzeuge, wie z.B. Elektrotretroller oder E-Scooter. Sie sind Kraftfahrzeuge im Sinne des § 1 Abs. 2 StVG (vgl. Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung – eKFV vom 06. 06. 2019). Aufgrund ihrer bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit von nicht mehr als 20 km/h sind aber sowohl die Halterhaftung nach § 7 StVG, als auch die Ersatzpflicht des Fahrzeugführers

nach § 18 Abs. 1 StVG ausgeschlossen, sofern es keine autonome Fahrfunktion hat und sich nicht im autonomen Betrieb befindet. Hier verbleibt dann nur die Verschuldenshaftung nach § 823 BGB.

Die Gefährdungshaftung des Halters setzt weiter voraus, dass der Schaden beim Betrieb des Kraftfahrzeugs eingetreten ist. Nach der Rechtsprechung befinden sich Fahrzeuge dann in Betrieb, wenn der Wagen

- fährt oder
- gestartet oder
- angeschoben wird, um den Motor in Gang zu setzen.

Wegen der Gefahren, die öffentliche Straßen mit sich bringen, befindet sich ein Kraftfahrzeug aber auch dann „in Betrieb“, wenn der Motor nicht läuft, das Fahrzeug sich aber noch im öffentlichen Verkehrsraum befindet. Der Betrieb endet erst dann, wenn das Kraftfahrzeug auf einem der Allgemeinheit nicht zugänglichen Privatgrundstück abgestellt worden ist.

Nicht „in Betrieb“ befindet sich ein Kraftfahrzeug, das ohne eigene Motorkraft auf dem Förderband durch eine automatische Waschanlage gezogen wird.

Ist der Schaden beim Betrieb eines Kraftfahrzeugs eingetreten, so trifft die Verpflichtung zum Schadenersatz den Halter dieses Kraftfahrzeugs. Das ist derjenige, der das Kraftfahrzeug für eigene Rechnung in Gebrauch hat und die Verfügungsgewalt besitzt, die ein solcher Gebrauch voraussetzt. In der Regel ist dies derjenige, dessen Name im Kraftfahrzeugschein (Zulassungsbescheinigung) eingetragen ist.

Urteil d. OLG Koblenz v. 05. 08. 2019, AZ: 12 U 57/19

Zum Lernbeispiel 9 von Seite 78

Als der vierjährige Timo Sonntag vor den Pkw lief, befand sich das Kraftfahrzeug „in Betrieb“. Markus Schweer hatte den Wagen gefahren; er war also der Kraftfahrzeugführer. Das Fahrzeug gehört aber dem Vater Norbert Schweer. Nur er hatte die Verfügungsberechtigung, die z.B. auch darin zum Ausdruck gekommen ist, dass er seinem Sohn die Fahrt mit dem Kraftfahrzeug gestattet hat. Norbert Schweer ist folglich Kraftfahrzeughalter und deshalb zum Schadenersatz verpflichtet.

Die schweren Unfälle, an denen z.B. Lkw- oder Wohnwagengespanne beteiligt sind, machen deutlich, dass mit der Verwendung von Anhängern häufig eine Erhöhung der von einem Kraftfahrzeug ausgehenden Betriebsgefahr verbunden ist. In der Praxis kommt es vor, dass dem versicherten Geschädigten nur das Kennzeichen des Anhängers bekannt ist, das sich vom Kennzeichen des Zugfahrzeugs jedoch unterscheidet. Eine Verpflichtung, den ersatzpflichtigen Halter des Zugfahrzeugs anzugeben, besteht für den Halter des Anhängers nicht.

§ 19 Abs. 1 StVG

Deshalb hat der Gesetzgeber eine Haftung auch des Halters des Anhängers für Unfälle beim Betrieb des Gespanns eingeführt. Er haftet neben dem Halter des Zugfahrzeugs, wenn sein Anhänger zum Unfallzeitpunkt mit einem Zugfahrzeug verbunden war, das auf ebener Strecke nicht schneller als 20 km/h fahren kann. Auch wenn der Schaden in solchen Fällen nicht oder nicht ausschließlich durch den Anhänger verursacht wird, hält der Gesetzgeber eine Gefährdungshaftung des Anhängerhalters

für sachgerecht, da der Anhänger zusammen mit dem Zugfahrzeug eine Einheit bildet, die eine gegenüber dem Zugfahrzeug erhöhte Betriebsgefahr aufweist. Mit der Haftung des Anhängerhalters soll auch erreicht werden, dass dieser unter dem Druck der eigenen vollen Haftung bereit sein wird, den Halter des Zugfahrzeugs preiszugeben.

Durch das Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und des Pflichtversicherungsgesetzes – Gesetz zum autonomen Fahren vom 12. 07. 2021 (BGBl 2021 Teil 1 Nr. 48 vom 27. 07. 2021) haftet der Halter des Anhängers seit dem 28. 07. 2021 auch dann, wenn der Anhänger zum Unfallzeitpunkt mit einem automatisierten Zugfahrzeug verbunden war, das sich im autonomen Betrieb befand. Die im vorherigen Absatz genannte Höchstgeschwindigkeit von 20 km/h gilt in diesem Fall nicht. Zur Haftung des Kraftfahrzeughalters/-führers bei automatisierten Fahrzeugen vgl. Punkt 6.7.4 dieses Lernbriefs.

Durch das Gesetz zur Haftung bei Unfällen mit Anhängern und Gespannen vom 10. 07. 2020 (BGBl 2020 Teil 1 Nr. 35 vom 16. 07. 2020) wurde die bisherige Regelung, dass bei einem Unfall mit einem Gespann sowohl der Halter des Zugfahrzeugs als auch der Halter des Anhängers den Schaden jeweils zu Hälfte zu tragen haben, geändert. Ab dem 17. 07. 2020 (Tag des Unfalls) haftet der Halter des Zugfahrzeugs grundsätzlich für den gesamten Schaden. Der Halter des Anhängers haftet nur noch anteilig, wenn sein Anhänger gefahrerhöhend wirkte (z.B. wenn der Anhänger keinen TÜV hatte und der Bremsschlauch des Anhängers falsch angebracht war).

§ 19 Abs. 4 Satz 3 StVG

§ 7 Abs. 2
StVG

Grund für die Gefährdungshaftung des Halters eines Kraftfahrzeugs ist die Verwirklichung der Betriebsgefahr. Deshalb hat der Gesetzgeber die Haftung nicht von Sorgfalts- und damit nicht von Verschuldensgesichtspunkten abhängig gemacht. Dennoch ist die Gefährdungshaftung für den Halter eines Kraftfahrzeugs keine absolute; allerdings kann er sich nur beim Vorliegen „höherer Gewalt“ von seiner Haftung befreien. Dazu hat die Rechtsprechung entschieden, dass höhere Gewalt nur anzunehmen ist, wenn das schädigende Ereignis

- von außen her und betriebsfremd auf den Betrieb des Kraftfahrzeugs einwirkt,
- außergewöhnlich und elementar sowie nach menschlicher Einsicht und Erfahrung nicht vorhersehbar und auch nicht wegen seiner Häufigkeit in Kauf zu nehmen ist,
- mit wirtschaftlich erträglichen Mitteln auch durch die äußerste nach der Sachlage vernünftigerweise zu erwartende Sorgfalt nicht verhütet oder unschädlich gemacht werden kann.

Betriebsfremde Ereignisse, die von außen auf den Betrieb einwirken, sind solche, die weder mit dem Kraftfahrzeugbetrieb noch mit seinen Einrichtungen in ursächlichem Zusammenhang stehen.

Dazu gehören nach der Rechtsprechung insbesondere elementare Naturereignisse (Erdbeben, Überschwemmungen, orkanartige Stürme, Berggrutsche usw.). Auch ganz ungewöhnliche Handlungen dritter Personen, wie z.B. Terroranschläge, Steinwürfe auf einen fahrenden Pkw, wirken von außen auf den Kraftfahrzeugbetrieb ein. Die genannten Ereignisse sind auch so außergewöhnlich und elementar, dass der Kraftfahrzeughalter mit ihnen nicht zu rechnen braucht.

In der Praxis werden die geschilderten Möglichkeiten einer Entlastung nur ganz selten vorgebracht werden können. Das hat der Gesetzgeber auch so gewollt.

Gestärkt wird damit insbesondere die Position der Kinder, der Hilfsbedürftigen und der älteren Menschen im Schadensfall. Ihrer besonderen Situation im Straßenverkehr, die bereits in der Straßenverkehrsordnung Eingang gefunden hat, wird damit besser Rechnung getragen.

Im Zusammenhang mit der Haftung des Kraftfahrzeughalters möchten wir Ihre Aufmerksamkeit aber bereits auf die Ausführungen in Punkt 8.2.3 dieses Lernbriefs richten. Bei einem Mitverschulden des Geschädigten entfällt die Haftung in Höhe des Anteils des Mitverschuldens; im Einzelfall kann sich die Haftung sogar auf Null reduzieren. Zu beachten ist aber die Deliktsfähigkeit (vgl. Punkt 5.1.2 dieses Lernbriefs). Bei Unfällen im Straßenverkehr wird sich der Kraftfahrzeughalter gegenüber Kindern bis zum vollendeten zehnten Lebensjahr deshalb nur in Fällen höherer Gewalt von einer Haftung entlasten können; ein Mitverschulden kann diesen Kindern nämlich nicht entgegengehalten werden.

Der Halter eines verbotswidrig geparkten Autos haftet (anteilig) auch dann für die Unfallfolgen, wenn der Fahrer eines anderen Autos bei Dunkelheit mit diesem zusammenstößt. Der Umfang des Schadenersatzanspruchs richtet sich nach dem Maß der beiderseitigen Verursachung und des Verschuldens. Regelmäßig überwiegt zwar der Verursachungsanteil des aktiv fahrenden Verkehrsteilnehmers. Dieser kann bei Tageslicht ein verkehrswidrig parkendes Fahrzeug in der Regel wahrnehmen und bei entsprechender Aufmerksamkeit einen Zusammenstoß leicht verhindern.

§ 3 Abs. 2a
StVO

§ 9 StVG,
§ 254 BGB

§ 828 BGB

Urteil des
OLG Frankfurt/Main v.
15. 03. 2018
– AZ 16 U
212/17:

Der Halter des beschädigten, verbotswidrig abgestellten Autos erhält in diesen Fällen grds. vollen Schadenersatz. Anders stellt sich die Rechtslage jedoch dar, wenn sich der Unfall bei Dunkelheit ereignet, da das verbotswidrig abgestellte Auto nur schlecht zu sehen gewesen ist. Der Halter des abgestellten Autos erhält deswegen nur anteilig Schadenersatz. Im vorliegenden Fall lediglich 75 % des entstandenen Schadens.

Merke

Die Ersatzpflicht des Kraftfahrzeughalters entfällt nur in den seltenen Fällen der höheren Gewalt. Im Übrigen kann sie nur bei einem Mitverschulden des Geschädigten eingeschränkt sein. Ein besonders schwerwiegendes Verschulden des Geschädigten erlaubt eine Reduzierung der Haftung des Kraftfahrzeughalters bis auf Null.

Zum Lernbeispiel 9 von Seite 78

Eine Möglichkeit des Kraftfahrzeughalters Norbert Schweer, sich von seiner Schadenersatzpflicht zu entlasten, besteht nicht. Der Sachverhalt ist eindeutig:

Anhaltspunkte für das Vorliegen einer höheren Gewalt sind nicht erkennbar. Die Schadenersatzpflicht des Fahrzeughalters Norbert Schweer ist folglich nicht ausgeschlossen.

6.7.2 Haftung bei Schwarzfahrten

§ 7 Abs. 3
Satz 1
1. Halbsatz,
Satz 2 StVG

Wird ein Kraftfahrzeug ohne Wissen und Willen des Fahrzeughalters benutzt, handelt es sich um eine

„Schwarzfahrt“. Für solche Fahrten braucht der Halter nicht einzustehen. Nach dem Gesetz ist im Falle der Schwarzfahrt der unbefugte Benutzer, also der Schwarzfahrer, anstelle des Halters schadenersatzpflichtig. Dies gilt nur dann nicht, wenn es sich bei dem Benutzer um den für den Betrieb des Kraftfahrzeugs angestellten Fahrer handelt. In diesem Fall gestattet der Halter dem Fahrer das Fahren mit dem Kraftfahrzeug. Er muss deshalb damit rechnen, dass dieser das Fahrzeug auch für nicht genehmigte Fahrten benutzt. Dieses Risiko trägt der Halter selbst. Er bleibt also in solchen Fällen zum Schadenersatz verpflichtet.

§ 7 Abs. 3
Satz 2 StVG

Beispiel

Bernd Groß ist Cheffahrer von Dr. Heinz Pohl. Dieser ist Halter des von Bernd Groß gesteuerten Wagens. Bernd Groß bringt Dr. Pohl zu einer Sitzung in Dresden. Bis zum Ende der Sitzung hat er auf Dr. Pohl zu warten. Bernd Groß nutzt diese Zeit jedoch, um sich ein wenig in Dresden umzusehen. Als er am „Zwinger“ vorbeifährt, ist er von dessen Pracht so beeindruckt, dass er die auf Rot geschaltete Ampel übersieht und einen Unfall verursacht.

Folge

Bernd Groß befand sich auf einer nicht genehmigten Fahrt. Er ist jedoch für den Betrieb des Kraftfahrzeugs von Dr. Pohl angestellt. Dr. Pohl ist daher als Kraftfahrzeughalter für den durch Bernd Groß verursachten Schaden ersatzpflichtig.

Gleiches gilt, wenn der Halter das Kraftfahrzeug einem anderen überlässt. Auch dann kann er nicht genehmigte Fahrten, also Schwarzfahrten, nicht ausschließen. Für diese Fälle sieht das Gesetz ebenfalls vor, dass die Gefährdungshaftung ausschließlich vom Halter zu vertreten ist.

§ 7 Abs. 3
Satz 1
2. Halbsatz
StVG

Ist die Haftung des Schwarzfahrers anstelle des Halters gegeben, so bleibt der Halter **daneben** zum Schadenersatz verpflichtet, wenn die Benutzung des Fahrzeugs durch sein Verschulden ermöglicht worden ist. Eine schuldhaft Ermöglichung der Schwarzfahrt liegt vor, wenn der Halter sein Kraftfahrzeug nicht genügend gegen unbefugte Benutzung abgesichert hat.

§ 19 Abs. 1
Satz 2 StVG

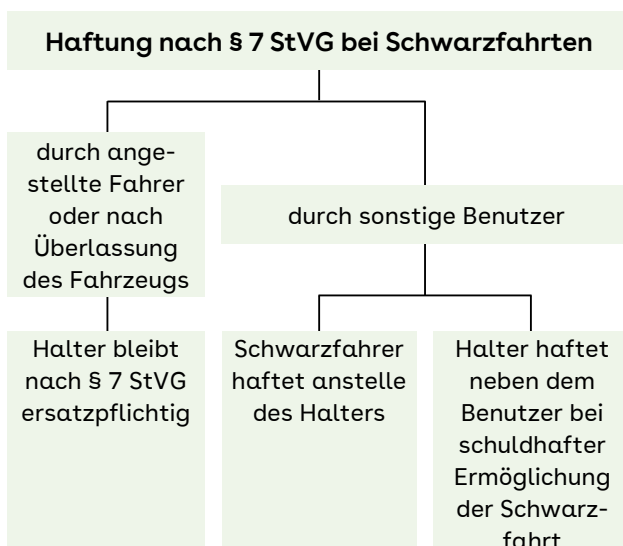
Auch in den Fällen der unbefugten Nutzung eines Anhängers haftet lediglich der Nutzer nach § 7 StVG. Dies gilt allerdings dann nicht, d.h., die Haftung des Halters bleibt neben der des Nutzers erhalten, wenn der Halter die Benutzung des Anhängers durch sein schuldhaftes Verhalten ermöglicht. Ebenso bleibt es auch in den von § 7 Abs. 3 Satz 2 StVG erfassten Fällen bei der ausschließlichen Gefährdungshaftung des Halters des Anhängers.

Nach den strengen Vorschriften des Straßenverkehrsgesetzes hat der Halter dann nicht zu haften, wenn der Unfall durch ein Fahrzeug verursacht wurde, das auf ebener Strecke mit keiner höheren Geschwindigkeit als 20 km/h fahren kann, es sei denn, es handelt sich um ein automatisiertes Kraftfahrzeug, das sich im autonomen Betrieb befand. Die Gefährdungshaftung entfällt auch dann, wenn der Unfall durch den mit einem solchen Fahrzeug verbundenen Anhänger verursacht wurde. Auch der Kraftfahrzeugführer selbst kann, wenn er beim Unfall verletzt wird, gegen den Halter keine Ansprüche aufgrund der Gefährdungshaftung geltend machen.

§ 8 Nr. 1, 2,
§ 19 Abs. 1
Satz 3 StVG

Werden Insassen im Kraftfahrzeug befördert, so tritt auch im Verhältnis zu ihnen die Gefährdungshaftung ein. Dazu sieht das Gesetz aber ausdrücklich vor, dass die Haftung für Personenschäden im Falle einer entgeltlichen, geschäftsmäßigen Personenbeförderung (z.B. Fahrt mit einem Taxi) weder ausgeschlossen noch beschränkt werden darf. Mit Insassen, die nicht entgeltlich, geschäftsmäßig befördert werden, kann dagegen ein Haftungsausschluss vereinbart werden (vgl. Punkt 8.2.1 dieses Lernbriefs).

§ 8a StVG



6.7.3 Haftung des Kraftfahrzeugführers

Fortsetzung des Lernbeispiels 9 von Seite 78

Im Lernbeispiel ist der Unfall durch Markus Schweer verursacht worden. Er war im Augenblick des Unfalls der Kraftfahrzeugführer. Bei einer Geschwindigkeit von 50 km/h hatte er den vierjährigen Timo Sonntag angefahren und verletzt. Dieser hatte mit anderen Kindern auf dem Bürgersteig gespielt und war plötzlich auf die Fahrbahn gelaufen. Wegen dieses Schadensfalls hat der Vater Norbert Schweer als Kraftfahrzeughalter Schadenersatz zu leisten.

Wie aber ist in diesem Fall die Haftung des Kraftfahrzeugführers Markus Schweer geregelt?

§ 18 Abs. 1,
§ 19 Abs. 1
StVG

Das Straßenverkehrsgesetz regelt unabhängig von der Haftung des Fahrzeughalters auch die Haftung des Kraftfahrzeugführers, wenn beim Betrieb des Kraftfahrzeugs jemand verletzt wird. Bei dieser Haftung handelt es sich aber nicht um eine Gefährdungshaftung. Vielmehr liegt hier eine Verschuldenshaftung mit gesetzlicher Schuldvermutung und umgekehrter Beweislast vor. Zugunsten des beim Betrieb eines Kraftfahrzeugs Geschädigten wird also vermutet, dass der Kraftfahrzeugführer die Schädigung durch schuldhaft verkehrswidriges Verhalten herbeigeführt hat. Dieser muss zu seiner Entlastung seine Schuldlosigkeit nachweisen. Ihn trifft die Beweislast hinsichtlich sämtlicher Tatsachen, die als Verschulden in Betracht kommen.

Zum Lernbeispiel 9

Markus Schweer muss also darlegen und beweisen, dass die von ihm gefahrene Geschwindigkeit von 50 km/h auch unter den gegebenen Umständen als nicht zu schnell angesehen werden kann. Dieser Beweis wird ihm jedoch kaum gelingen.

Wer z.B. an kleineren Kindern vorbeifährt, die auf einem Gehweg spielen, ohne die in geschlossenen Ortschaften an sich zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h zu verringern, beachtet nicht die erforderliche Sorgfalt. Zumindest wird er nicht in der Lage sein, den Beweis zu führen, dass kein Verschulden vorliegt. Eher noch wird es dem Geschädigten in solchen Fällen gelingen, seinerseits Verschulden nachzuweisen, sodass auch Ansprüche nach dem BGB begründet sind.

§ 3 Abs. 2a
StVO

Auf den Umfang der Haftung hat dies allerdings keine Auswirkung. Auch ein Schmerzensgeldanspruch besteht unabhängig davon, ob Schadenersatzansprüche auf BGB oder StVG gestützt werden.

§ 253 Abs. 2
BGB,
§ 11 Satz 2
StVG

6.7.4 Haftung des Kraftfahrzeughalters/-führers bei automatisierten Fahrzeugen

Die Bundesregierung hat mit dem 8. Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes vom 16. 06. 2017 die rechtlichen Grundlagen dafür geschaffen, dass der Betrieb von Kraftfahrzeugen mittels hoch- und vollautomatischer Fahrfunktion auf deutschen Straßen im Rahmen der bestimmungsgemäßen Verwendung zulässig ist. Das Gesetz ist am 21. 06. 2017 in Kraft getreten.

BGBI 2017,
Teil 1 Nr. 38
v. 20. 06. 2017,
Seiten
1648 – 1650

Durch die Gesetzesänderung wurde klargestellt, dass auch bei der Fahrzeugsteuerung mittels automatisierter Fahrfunktion der Fahrer des betreffenden Kraftfahrzeugs Fahrzeugführer bleibt (§ 1a Abs. 4 StVG). Nach dem Willen des Gesetzgebers darf die Möglichkeit der Fahrzeugsteuerung mittels automatisierter Fahrfunktionen nicht zulasten anderer Verkehrsteilnehmer, insbesondere von möglichen Unfallopfern gehen. Im Falle, dass der Fahrzeugführer keine Ersatzpflicht für den Unfall trifft, bleibt es bei dem Ersatz des Schadens durch den Fahrzeughalter unter dem Gesichtspunkt der Gefährdungshaftung, die kein Verschulden voraussetzt, gemäß § 7 der Straßenverkehrsordnung (StVO). Damit ist auch in den aufgrund von Systemversagen verursachten Unfällen mit automatisierten Fahrzeugen die Frage der Haftung im Sinne des Unfallopfers geklärt. Im Ergebnis klären die Versicherung des Halters und die Versicherung des Herstellers, wer im Ergebnis die Kosten des Unfalls zu tragen hat.

BGBI 2021
Teil 1 Nr. 48
v. 27. 07. 2021,
Seiten
3108 – 3114

Aufbauend auf dieser Rechtsgrundlage hat die Bundesregierung mit dem Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und des Pflichtversicherungsgesetzes – Gesetz zum autonomen Fahren vom 12. 07. 2021 () den Rechtsrahmen festgelegt, nach dem autonome Fahrzeuge bundesweit seit dem 28. 07. 2021 ohne physisch anwesende Fahrer oder Fahrerinnen in festgelegten Betriebsbereichen des öffentlichen Straßenverkehrs im Regelbetrieb fahren können (§§ 1d und 1e StVG). Die Kostenübernahme für einen Unfall, der von diesen führunglosen Fahrzeugen verursacht wurde, ist auch hier zwischen der Versicherung des Fahrzeughalters (§ 8 Nr. 1 und § 19 Abs. 1 StVG), der Versicherung des Herstellers und der Technischen Aufsicht (als weitere Beteiligte beim Be-

trieb des Fahrzeugs nach § 1f StVG) zu klären.

6.8 Haftung nach anderen Gesetzen

Neben den im BGB geregelten Haftungsvorschriften wollen wir uns nun mit den Haftungstatbeständen aus Sondergesetzen befassen. Während die Haftungsvorschriften des BGB überwiegend auf Verschulden beruhen, haben wir es bei den Sondergesetzen überwiegend mit der Gefährdungshaftung zu tun.

6.8.1 Haftung nach dem Haftpflichtgesetz

Nicht nur das Straßenverkehrsgesetz, sondern auch das Haftpflichtgesetz (HaftPflG) beruht auf dem Prinzip der verschuldensunabhängigen Gefährdungshaftung. Dieses Gesetz gilt vornehmlich für Schienenfahrzeuge, also Eisen- und Straßenbahnen. Aber auch die Haftung für Schäden durch sogenannte Schwebbahnen richtet sich nach diesem Gesetz.

Eine Schienenbahn ist eine Bahn, die dem öffentlichen oder privaten Verkehr dient und deren Transportmittel sich auf oder in Schienen bewegt. Die Antriebskraft der Bahn spielt hierbei keine Rolle. Anerkannte Schienen- oder Schwebbahnen sind z.B.:

- Eisenbahnen
- Straßenbahnen
- Schmalspurbahnen
- Untergrundbahnen
- Feldbahnen zur Abfuhr von Holz, Steinen, Kies und Erde
- Förderbahnen (wenn ihr Betrieb gleichartige Gefahren mit sich bringt wie der Betrieb der dem allgemeinen Verkehr dienenden Bahnen)
- Drahtseilbahnen

- Sessellifte

Nicht als Schienenbahn gilt eine Privatbahn, deren Fahrzeuge so klein und so leicht sind, dass sie bei Entgleisungen durch Menschenkraft wieder auf die Gleise gestellt werden können. Das Gleiche gilt für die auf Volksfesten aufgestellten Berg- und Talbahnen, weil diese nicht dem Verkehr dienen.

§ 1 Abs. 1 HaftPflG

Das Haftpflichtgesetz sieht die Haftung des Betriebsunternehmers vor, wenn beim Betrieb einer Schienen- oder Schwebebahn

- ein Mensch getötet,
- der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt oder
- eine Sache beschädigt wird.

Betriebsunternehmer ist nach der Rechtsprechung derjenige, der die Bahn für eigene Rechnung nutzt und wem die Verfügung über den Bahnbetrieb zusteht. Es kommt darauf an, wer den wirtschaftlichen Nutzen aus dem Bahnbetrieb zieht.

Die Haftung des Bahnunternehmers ist dann gegeben, wenn der Unfall beim Betrieb der Schienen- oder Schwebebahn eingetreten ist.

Betriebsunfälle in diesem Sinne sind in erster Linie Unfälle, die durch eine dem Eisenbahnbetrieb eigentümliche Gefahr verursacht worden sind, also ein innerer Zusammenhang mit den Betriebsgefahren der Bahn besteht.

Beispiele

- Einem zwölfjährigen Schüler gelingt es, während der Fahrt in einer Eisenbahn die Tür zu öffnen. Er stürzt nach draußen und wird schwer verletzt.
- Ein Radfahrer gerät in die Nähe von Straßenbahnschienen. Dabei wird er von einer Straßenbahn angefahren und verletzt.

Die Voraussetzungen für eine Haftung des Betriebsunternehmers sind aber auch dann gegeben, wenn ein unmittelbarer äußerer Zusammenhang zwischen dem Unfall und einem bestimmten Betriebsvorgang oder einer bestimmten Betriebseinrichtung der Bahn, also ein unmittelbarer örtlicher und zeitlicher Zusammenhang besteht.

Beispiele

- Bei einer Schnellbremsung im Zug wird ein Fahrgast durch herabfallendes Gepäck verletzt.
- Beim Einsteigen in eine Eisenbahn kommt ein älterer Mensch durch Gedränge auf dem Bahnsteig zu Fall und wird verletzt.
- Ein 14-Jähriger klettert auf einen Güterwagen und wird, nachdem er in die Nähe der elektrischen Oberleitung geraten war, durch einen elektrischen Stromschlag schwer verletzt.

In allen geschilderten Fällen hat der Betriebsunternehmer die Gefährdungshaftung zu vertreten, ohne dass ihn ein Verschulden trifft.

§ 1 Abs. 2
HaftPflG

Der Bahnunternehmer kann sich nur durch den Nachweis entlasten, dass der Unfall durch höhere Gewalt verursacht worden ist. Der Begriff höhere Gewalt erfordert drei Voraussetzungen. Das schädigende Ereignis muss

- von außen her (betriebsfremd) auf den Bahnbetrieb einwirken,
- so außergewöhnlich sein, dass der Bahnbetreiber unter keinen Umständen damit zu rechnen brauchte,
- auch durch größte Sorgfalt, mit wirtschaftlich vertretbaren Mitteln, nicht abwendbar gewesen sein.

Betriebsfremde Ereignisse, die von außen her auf den Betrieb einwirken, sind solche, die weder mit dem Bahnbetrieb noch mit seinen Einrichtungen in ursächlichem Zusammenhang stehen.

In erster Linie kommen elementare Naturereignisse wie Erdbeben, Blitzschlag, Orkan, Überschwemmung und Bergrutsch in Betracht, aber auch ganz ungewöhnliche Handlungen Dritter, wie z.B. Eisenbahnattentate oder Steinwürfe auf einen fahrenden Zug. Außergewöhnlich sind solche Ereignisse, die der Bahnunternehmer nicht wegen ihrer Häufigkeit mit in Kauf nehmen muss. Das Schadenereignis muss unvorhersehbar und trotz aller nur erdenklichen Sorgfalt nicht vermeidbar und nicht verhütbar gewesen sein. Das Gesetz fordert ein Höchstmaß an Vorsicht und Umsicht, also mehr als die gewöhnliche im Verkehr erforderliche Sorgfalt entsprechend § 276 BGB.

**§ 4 HaftPflG –
Verschulden des Geschädigten**

Hat bei der Entstehung des Schadens ein Verschulden des Geschädigten mitgewirkt, so gilt § 254 BGB; bei Beschädigung einer Sache steht das Verschulden desjenigen, der die tatsächliche Gewalt über die Sache ausübt, dem Verschulden des Geschädigten gleich.

Eigenes Verschulden schließt also die Haftung des Bahnunternehmers nicht aus, sondern kann zu einer anderen Verteilung des Schadens führen. Gegeneinander abzuwägen sind

- der Grad des Verschuldens des Verletzten oder Getöteten und
- der Grad der Betriebsgefahr der Bahn.

Bei normaler Betriebsgefahr und bei einem Verschulden des Verletzten wird der Schaden halbiert. Ist die Betriebsgefahr erhöht oder das Verschulden des Verletzten nur sehr gering, dann wird dem Bahnbetreiber der größte Teil des Schadens auferlegt. Der Schaden kann dem Verletzten auch ganz auferlegt werden, wenn die Betriebsgefahr nur eine gewöhnliche, das Verschulden des Verletzten aber ein so großes war, dass daneben die Betriebsgefahr ganz in den Hintergrund tritt. Ein Schadenersatzanspruch nach dem Haftpflichtgesetz kann also bei grobem Verschulden des Verletzten völlig entfallen.

Der Bahnbetreiber muss nachweisen, dass ein eigenes Verschulden des Verletzten oder Getöteten vorlag, während der Verletzte oder die Hinterbliebenen dafür beweispflichtig sind, dass eine erhöhte Betriebsgefahr gegeben war.

LG München v. 27. 08. 2020, AZ: 31 O 1712/20

Ein Beispiel, bei dem durch eigenes Verschulden des Verletzten weder ein Schadenersatzanspruch nach dem Haftpflichtgesetz noch aus § 823 Abs. 1 BGB wegen etwaiger Verletzung von Verkehrssicherungspflichten gegen den Bahnunternehmer besteht, ist der Sturz eines Fahrgastes aufgrund einer Lücke zwischen Bahnsteigkante und Bahn. Der Fehltritt spricht für die mangelnde Aufmerksamkeit des Fahrgastes und damit für sein Eigenverschulden. Zudem liegt kein Verstoß gegen die Verkehrssicherungspflicht vor. Mit einem Spalt muss grundsätzlich gerechnet werden.

LG Frankfurt/Main Urteil v. 23. 02. 2022 – AZ: 2-01 S 168/17

In einem anderen Beispiel haftet der Bahnbetreiber trotz erheblichem Eigenverschulden der Verletzten anteilig, weil die Betriebsgefahr des Zuges bei dem Unfall wegen der Beschaffenheit des Bahnübergangs maßgeblich erhöht war.

OLG Celle, Urteil v. 31. 01. 2023, AZ: 14 U 133/22

Im Zusammenhang mit der erhöhten Betriebsgefahr des Zuges wegen der Beschaffenheit des Bahnübergangs haftet der Bahnbetreiber sogar vollständig, wenn es wegen des Ausfalls der Bahnübergangssicherungsanlagen zu einem Zusammenstoß eines PKWs mit der Bahn gekommen ist. Mit einem herannahenden Zug muss in einem solchen Fall grundsätzlich nicht gerechnet werden. Eine Mithaftung der verletzten Person kommt nur in Betracht, wenn der herannahende Zug erkennbar war.

6.8.2 Haftung nach dem Luftverkehrsgesetz

Für die Haftung bei Flugzeugunfällen gibt es nationale und internationale Regelungen, die zwischen der Haftung des Luftfahrzeughalters gegenüber Dritten und der Haftung des Luftfrachtführers für die den Fluggästen

entstehenden Schäden unterscheiden. Für internationale Luftbeförderungen gilt das sogenannte Montrealer Übereinkommen (MÜ) vom 28. 05. 1999. Zu diesem Abkommen hat der Bundestag die notwendigen Durchführungsbestimmungen erlassen und die nationale luftverkehrsrechtliche Haftung für Passagierschäden an das internationale und auf europäischer Ebene geltende Recht angepasst.

§ 33 Abs. 1 Satz 1 LuftVG – Schadenersatz

Wird beim Betrieb eines Luftfahrzeugs durch Unfall jemand getötet, sein Körper oder seine Gesundheit verletzt oder eine Sache beschädigt, so ist der Halter des Luftfahrzeugs verpflichtet, den Schaden zu ersetzen.

Auch hier handelt es sich um eine Haftung, die weder ein Verschulden noch eine objektive Rechtswidrigkeit voraussetzt. Die Haftung ist gesetzlich angeordnet und ergibt sich alleine aus dem Betrieb eines Luftfahrzeugs. Somit handelt es sich um ein klassisches Beispiel der Gefährdungshaftung.

Als Luftfahrzeuge im Sinne des LuftVG gelten u.a.:

- Flugzeuge
- Luftschiffe
- Hubschrauber
- Segelflugzeuge
- freie Ballons und Fesselballons
- Flugmodelle
- Raumfahrzeuge
- Raketen und ähnliche Flugkörper

Luftfahrzeughalter ist, wer die tatsächliche Verfügungsgewalt über das Luftfahrzeug besitzt und es für eigene

Rechnung in Gebrauch hat. Die Haltereigenschaft bleibt bei Vermietung erhalten, ebenso bei schuldhaft ermöglichtem Benutzen (Schwarzflug) des Luftfahrzeugs (§ 33 Abs. 2 LuftVG).

Die Gefährdungshaftung nach dem LuftVG tritt ein, wenn jemand beim Betrieb eines Luftfahrzeugs durch einen Unfall eine Rechtsgutverletzung erleidet. Folgende Beispiele wären denkbar:

- Ein Passagier wirft Sachen ab, die einen Schaden anrichten.
- Überschallschäden (Personen- und Sachschäden)
- Auftanken eines Flugzeugs

Das LuftVG sieht für die Haftung des Halters gegenüber den nicht im Luftfahrzeug beförderten Personen keine Entlastungsmöglichkeit vor. Die Haftung tritt also auch in Fällen höherer Gewalt ein. Hat bei der Entstehung des Schadens ein Verschulden des Verletzten mitgewirkt, gilt auch hier § 254 BGB (§ 34 LuftVG).

Die Schädigung von Insassen hingegen gehört nicht zu den Betriebsunfällen. Die absolute Gefährdungshaftung ohne jegliche Entlastungsmöglichkeit gilt somit nicht. Für die Haftung wird vorausgesetzt, dass ein Fluggast an Bord eines Luftfahrzeugs oder beim Ein- oder Aussteigen geschädigt wird.

BGH-Urteil v. 21. 11. 2017 – AZ: X ZR 30/15:

Der Begriff des Einsteigens in ein Luftfahrzeug ist weit auszulegen und umfasst sämtliche Vorgänge, die den Einstieg des Fluggasts in das Flugzeug und damit den Beginn der Luftbeförderung betreffen. Es muss sich nicht um Risiken oder Gefahren handeln, die einzigartig sind und in keinem anderen Lebensbereich, sondern nur bei der Luftbeförderung auftreten können. Vielmehr reicht es aus,

wenn sich ein Risiko verwirklicht, das sich aus der typischen Beschaffenheit oder dem Zustand eines Luftfahrzeugs oder einer beim Ein- oder Ausstieg verwendeten luftfahrttechnischen Einrichtung (hier: Sturz auf der Fluggastbrücke) ergibt.

§ 45 Abs. 1 LuftVG – Haftung für Personenschäden

Wird ein Fluggast durch einen Unfall an Bord eines Luftfahrzeugs oder beim Ein- oder Aussteigen getötet, körperlich verletzt oder sonst gesundheitlich geschädigt, so ist der Luftfrachtführer verpflichtet, den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.

Die Haftung des Luftfrachtführers gegenüber Fluggästen fällt nicht unter die sondergesetzlich geregelte Gefährdungshaftung, sondern unter das Prinzip der Verschuldenshaftung.

Die Regelungen in den § 45 ff. LuftVG gelten nur für die durch andere Systeme nicht erfassten Bereiche. Vorrangig gelten also die internationalen Gesetze oder Abkommen, insbesondere das bereits erwähnte Montrealer Übereinkommen (vgl. dazu Gesetz zur Harmonisierung des Haftungsrechts im Luftverkehr vom 06. 04. 2004, BGBl S. 550, 1027) sowie die EG-Verordnung Nr. 2027/97 (in der Fassung der EG-Verordnung Nr. 889/2002). Die Haftung für Fluggäste ist allerdings in allen Regelungen inhaltsgleich.

Die EG-VO 2027/97 betrifft die Haftung von Luftfahrtunternehmen der Gemeinschaft, die einer EG-Betriebsgenehmigung bedürfen. Für Fluggäste, die während einer Luftbeförderung mit einer in der EU registrierten Luft-

§ 44 LuftVG, EG-VO 2027/97 und 889/2002

verkehrsgesellschaft auf einem innerstaatlichen oder internationalen Flug einen Personenschaden erleiden, besteht eine Gefährdungshaftung bis zu einem Betrag von 128.821 Sonderziehungsrechten (SZR).

§ 49b LuftVG Das SZR ist eine Recheneinheit des Internationalen Währungsfonds. Umgerechnet ergibt sich eine absolute Haftung bis zu einem jeweils schwankenden Betrag von zzt. ca. 153.526,29 € (Stand: 15. KW 2025) und über diese Summe hinaus eine der Höhe nach unbegrenzte Haftung für vermutetes Verschulden. Der an das EG-Recht angepasste § 45 LuftVG ist also nur noch in Ausnahmefällen, z.B. bei Rundflügen, von Bedeutung.

Luftfrachtführer ist derjenige, der ein Luftfrachtunternehmen betreibt und sich in eigenem Namen durch Vertrag verpflichtet, z.B. Personen auf dem Luftwege zu befördern. Als Fluggast gilt, wer gegen Zahlung des Flugpreises in einem zugelassenen Luftfahrzeug durch ein konzessioniertes Luftfahrtunternehmen gewerbsmäßig befördert wird.

Die Haftung ergibt sich aus dem Beförderungsvertrag und erfasst Unfälle, die der Fluggast an Bord oder beim Ein- und Aussteigen in ein Luftfahrzeug erleidet.

§ 3 Abs. 1 EG-VO 2027/97, Art. 17 Abs. 1 u. Art. 21 MÜ, § 45 LuftVG Bezüglich der Schadenssumme, die 128.821 SZR übersteigt, kann sich der Luftfrachtführer entlasten, indem er beweist, dass der Schaden

- nicht durch sein rechtswidriges und schuldhaftes Handeln oder Unterlassen oder dasjenige seiner Leute entstanden ist oder
- der Schaden ausschließlich durch das rechtswidrige und schuldhafte Handeln oder Unterlassen eines Dritten verursacht wurde.

Beispiel

Bei einem Tandem-Fallschirmsprung kommt es wetterbedingt zu einer heftigen Landung, bei der sich die AOK-Versicherte Melanie Bieler erheblich verletzt.

Folge

Der Anbieter haftet als Luftfrachtführer grundsätzlich nach § 45 Abs. 1 LuftVG, da es sich bei dem Vertrag über den Tandem-Fallschirmsprung um einen Luftbeförderungsvertrag handelt und dieser zum Zeitpunkt des Unfalls noch nicht beendet war.

Da er jedoch nachweisen kann, dass der Unfall durch das Wetter und nicht durch ihn oder sein Personal herbeigeführt wurde, ist seine Haftung nach § 45 Abs. 2 Nr. 1 LuftVG auf einen Betrag von 128.821 Rechnungseinheiten begrenzt.

Gelingt dieser Entlastungsbeweis nicht, bleibt es bei der Haftung in unbegrenzter Höhe.

Bei der Teilnahme an nicht gewerbsmäßigen Flügen (fehlender Beförderungsvertrag) können Schadenersatzansprüche nicht nach dem Luftverkehrsgesetz geltend gemacht werden, sondern nur nach den allgemeinen Vorschriften, z.B. § 823 BGB.

Beweispflichtig hinsichtlich des Kausalzusammenhangs bei Unfällen mit Luftfahrzeugen ist immer der Verletzte. Sofern der Schädiger Einwände wie z.B. Mitverschulden erhebt, ist er beweispflichtig.

LG Köln,
Urteil v.
07. 12. 2022,
AZ: 3 O 176/19

6.8.3 Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz

§ 1 ProdHaftG

Nach § 1 ProdHaftG ist der Hersteller verpflichtet, dem Geschädigten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen, wenn durch den Fehler eines Produkts jemand getötet oder an Körper oder Gesundheit verletzt wird. Ein Verschulden des Herstellers wird als Haftungsvoraussetzung nicht verlangt. Die Produkthaftung wird deshalb als verschuldensunabhängige Haftung bezeichnet. In der Begründung zum ProdHaftG wird festgestellt, dass das Haftungssystem mit der Gefährdungshaftung weitgehend identisch ist. Dennoch muss zwischen Gefährdungshaftung und verschuldensunabhängiger Haftung begrifflich unterschieden werden.

Die Gefährdungshaftung macht den Schadenersatzanspruch lediglich davon abhängig, dass der Schaden in einem adäquaten Kausalzusammenhang mit der Sache steht, von der die Gefahr ausgeht. Dass die Sache, von der die Gefahr ausgeht, fehlerhaft gewesen ist, wird nicht als Haftungsvoraussetzung verlangt. Die Produkthaftung lässt sich nicht der Gefährdungshaftung zuordnen, da von dem Produkt an sich keine Gefahr ausgeht. Die Produkthaftung setzt vielmehr einen Produktfehler voraus. Es handelt sich also um eine Haftung für rechtswidriges Handeln. Gemeinsamkeit der Gefährdungshaftung und der verschuldensunabhängigen Haftung ist, dass beide Haftungsbereiche kein Verschulden erfordern.

Da sich die verschuldensunabhängige Haftung begrifflich weder der Gefährdungshaftung noch der Verschuldenshaftung zuordnen lässt, erscheint es zweckmäßig, die verschuldensunabhängige Haftung als besonderen Haftungsbereich neben den beiden anderen zu sehen.

Hersteller im Sinne des ProdHaftG ist, wer das Endprodukt, einen Grundstoff oder ein Teilprodukt hergestellt hat. Wenn das Endprodukt fehlerhaft ist, haftet der Hersteller des Endprodukts auch, wenn die Fehlerursache ein Teilprodukt ist, das ein anderer Hersteller geliefert hat. Beide Hersteller haften dann als Gesamtschuldner.

Als Hersteller gilt auch jeder, der sich z.B. durch Anbringen seines Namens oder seines Warenzeichens als Hersteller ausgibt (Quasi-Hersteller). Quasi-Hersteller werden haftungsrechtlich wie Hersteller behandelt und haften ebenfalls gesamtschuldnerisch. Sie können sich nicht durch die Benennung des tatsächlichen Herstellers aus der Haftung befreien.

Durch diese Regelung soll der Geschädigte von den Mühen befreit werden, den tatsächlichen Hersteller zur Verfolgung seines Schadenersatzanspruchs ermitteln zu müssen.

Ferner gilt als Hersteller, wer ein Produkt zum Zweck des Verkaufs, der Vermietung oder einer anderen Form des Vertriebs mit wirtschaftlichem Zweck aus einem Drittstaat in den Bereich der EU einführt. Maßgeblich ist nicht die Einfuhr in die Bundesrepublik, sondern in den EU-Bereich.

Kann der primär haftende Hersteller eines Produkts nicht festgestellt werden, gilt jeder Lieferant als Hersteller. Es sei denn, der Lieferant benennt dem Geschädigten innerhalb eines Monats den Hersteller oder den Vorlieferanten. Will sich der Lieferant aus der Haftung befreien, muss er die fristgerechte Auskunft auch dem Sozialversicherungsträger aufgrund des Forderungsübergangs nach § 116 SGB X erteilen.

§ 4 Abs. 1
Satz 1
ProdHaftG

§ 4 Abs. 1
Satz 2
ProdHaftG

§ 4 Abs. 2
ProdHaftG

§ 4 Abs. 3
ProdHaftG

Der Lieferant gilt auch dann als Hersteller, wenn sich bei einem importierten Produkt nicht feststellen lässt, wer das Produkt in den EU-Bereich eingeführt hat. Wenn in diesem Fall der Hersteller im Drittstaat bekannt ist, ist das rechtlich unerheblich.

Die Herstellerhaftung des Lieferanten nach dem ProdHaftG bleibt auch dann bestehen, wenn der Hersteller erst nach Fristablauf benannt wird. Selbst dann, wenn der tatsächliche Hersteller inzwischen auf andere Weise bekannt wurde. Hersteller und Lieferant haften in diesem Fall als Gesamtschuldner.

Wenn ein fehlerhaftes Produkt z.B. auf einem Trödelmarkt erworben wurde und der Verkäufer sich nicht mehr ermitteln lässt, versagen die Möglichkeiten des ProdHaftG.

Stellen Sie sich einmal vor, dass ein Kind wegen eines fehlerhaft konstruierten Kinderwagens verletzt wird. Auf dem Kinderwagen ist kein Herstellernachweis angebracht. Die AOK wendet sich an die Eltern und erfährt dort die Anschrift des Lieferanten. Der Lieferant wird aufgefordert, innerhalb eines Monats den Hersteller oder den Vorlieferanten zu benennen. Wird der Vorlieferant fristgerecht benannt, bekommt wiederum dieser eine Aufforderung zur Benennung des Vorlieferanten oder des Herstellers. Dieses Verfahren kann sich wiederholen, bis sich möglicherweise herausstellt, dass der Kinderwagen in Thailand hergestellt und von einem französischen Importeur nach Frankreich eingeführt wurde. In diesem Fall haftet nach dem ProdHaftG allein der französische Importeur.

Ausnahmen von der Ersatzpflicht

Es gibt nach dem ProdHaftG einige Ausnahmen von der Ersatzpflicht des Herstellers. Mit Hersteller sind hier auch Quasi-Hersteller, Importeure oder Lieferanten gemeint. Die Ersatzpflicht des Herstellers ist ausgeschlossen, wenn

- der Hersteller das Produkt nicht in den Verkehr gebracht hat (gestohlenes Produkt),
- davon auszugehen ist, dass das Produkt den Fehler noch nicht hatte, als der Hersteller es in den Verkehr gebracht hat,
- das Produkt weder für den Verkauf noch im Rahmen der beruflichen Tätigkeit hergestellt oder vertrieben wurde (z.B. selbstgemachter Salat für eine Party),
- der Fehler darauf beruht, dass das Produkt in dem Zeitpunkt, in dem der Hersteller es in den Verkehr brachte, zwingenden Rechtsvorschriften entsprochen hat,
- der Fehler nach dem Stand der Wissenschaft und Technik (objektiver, möglicherweise weltweit anerkannter Erkenntnisstand) zu dem Zeitpunkt, in dem der Hersteller es in den Verkehr brachte, nicht erkannt werden konnte.

Produkt im Sinne des ProdHaftG ist jede bewegliche Sache, auch wenn es Teil einer anderen beweglichen oder unbeweglichen Sache ist. Unbewegliche Sachen (Gebäude, Grundstücke) sind keine Produkte, wohl aber die eingebauten oder bei der Einrichtung verwendeten beweglichen Sachen (Dachziegel, Aufzüge, Heizungsanlagen). Die Produkthaftung des Herstellers einer beweglichen Sache bleibt also erhalten, auch wenn sein Produkt Bestandteil einer unbeweglichen Sache wird.

§ 1 Abs. 2, 3
ProdHaftG

§ 2
ProdHaftG

	<p>Bei Lebensmitteln, Trinkwasser, Gas, Elektrizität und Fernwärme von kommunalen Versorgern und anderen Konsumgütern handelt es sich ebenfalls um Produkte im Sinne des ProdHaftG. Gleiches gilt für landwirtschaftliche Erzeugnisse des Bodens, der Tierhaltung, der Fischerei, der Imkerei sowie für Jagderzeugnisse.</p> <p>Fehlerhaft ist ein Produkt im Sinne des ProdHaftG, wenn es nicht die Sicherheit bietet, die unter Berücksichtigung aller Umstände billigerweise erwartet werden kann. Für den Inhalt des Fehlerbegriffs sind ausschließlich Sicherheitsaspekte maßgebend. Fehler im vertragsrechtlichen Sinne (Fehlen zugesicherter Eigenschaften) spielen hier keine Rolle.</p>	<p>Anscheins in Betracht. Beispielsweise dann, wenn ein Schaden mehrere Ursachen haben kann, aber nur für eine Ursache, nämlich den Produktfehler, konkrete Anhaltspunkte vorhanden sind.</p> <p>Beruft sich der Hersteller auf den Ausschluss der Ersatzpflicht, muss er das Vorliegen eines Ausschlusstatbestands darlegen und beweisen.</p> <p>Auch bei der Produkthaftung findet ein Mitverschulden des Geschädigten Beachtung. Ein solches Mitverschulden kann darin bestehen, dass der Verbraucher die Gebrauchsanweisung des Herstellers nicht beachtet hat.</p> <p>Für die Haftung nach dem ProdHaftG gilt eine Verjährungsfrist von drei Jahren.</p> <p>Am 08. 12. 2024 ist die neue EU-Produkthaftungsrichtlinie (EU) 2024/2853 in Kraft getreten, die auch Auswirkungen auf das Produkthaftungsgesetz haben wird. Mit der Richtlinie wird die Produkthaftung, zum Schutz der Verbraucher, an das digitale Zeitalter und an die Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz angepasst. So wird künftig nicht mehr nur der Hersteller des Endproduktes haften, sondern auch die Hersteller von Komponenten, wie Hersteller von Microchips, damit diese künftig auch für Personenschäden haftbar gemacht werden können, wenn die Fehlerhaftigkeit des Endproduktes durch die zugelieferte Komponente verursacht wurde. Die Mitgliedsstaaten haben bis zum 09.12.2026 Zeit, die EU-Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. In Deutschland wird die Umsetzung voraussichtlich durch ein neues Produkthaftungsgesetz erfolgen.</p>	<p>§ 6 ProdHaftG, § 254 BGB</p> <p>§ 12 Abs. 1 ProdHaftG</p>
BGH-Urteil v. 17. 03. 2009, VersR 2009 S. 649	<p>Bei der Beurteilung der Sicherheit kommt es nicht auf die subjektive Erwartung des Einzelnen an. Maßgebend sind die objektiven Sicherheitserwartungen des Personenkreises, an den sich der Hersteller mit seinem Produkt wendet. Abzustellen ist auf den Sicherheitsstandard, den die in dem entsprechenden Bereich herrschende Verkehrsauffassung für erforderlich hält. Der Hersteller von Flaschenge Getränken darf sich z.B. nicht darauf verlassen, dass das Getränk vor dem Genuss in ein Glas geschüttet wird. Er muss dafür sorgen, dass sich kein Fremdkörper in der Flasche befindet und damit möglicherweise verheerenden Folgen vorbeugen.</p>		
§ 1 Abs. 4 ProdHaftG	<p>Sache des Geschädigten ist es, den Fehler, den Schaden und den ursächlichen Zusammenhang zwischen Fehler und Schaden zu beweisen. Für den Nachweis des Kausalzusammenhangs zwischen Produktfehler und Schaden kommt auch der Beweis des ersten</p>		

6.8.4 Haftung nach dem Arzneimittelgesetz

§ 84 AMG

Das ProdHaftG gilt nur für Produkte, die keine Arzneimittel im Sinne des Arzneimittelgesetzes (AMG) sind. Für den Bereich der zum Gebrauch bei Menschen bestimmten Arzneimittel sieht § 84 AMG eine verschuldens-unabhängige Gefährdungshaftung des pharmazeutischen Unternehmers vor, der das Arzneimittel in der Bundesrepublik in den Verkehr gebracht hat. Die Haftung ist gegeben, wenn durch die Anwendung eines Arzneimittels ein Mensch getötet, der Körper oder die Gesundheit eines Menschen nicht unerheblich verletzt wird. Die Ersatzpflicht besteht aber nur, wenn das Arzneimittel bei bestimmungsgemäßem Gebrauch schädliche Wirkungen hat, die über ein nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft vertretbares Maß hinausgehen, oder der Schaden infolge einer nicht den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft entsprechenden Kennzeichnung, Fachinformation oder Gebrauchsinformation eingetreten ist.

Für die AOK-Kundschaft ist es nicht einfach, den Beweis zu führen, dass sie durch ein Arzneimittel geschädigt wurde. Deshalb hat der Gesetzgeber hier eine Umkehr der Beweislast vorgesehen. Der Hersteller muss nachweisen, dass die schädlichen Wirkungen des Arzneimittels ihre Ursache nicht im Bereich von Entwicklung und Herstellung haben. Ist das angewendete Arzneimittel nach den Gegebenheiten des Einzelfalls geeignet, den Schaden zu verursachen, so besteht darüber hinaus auch eine Kausalitätsvermutung. Sie entfällt nur dann, wenn der pharmazeutische Unternehmer darlegt und beweist, dass nach

den Gegebenheiten des Einzelfalls ein anderer Umstand als das Arzneimittel als geeignete Ursache in Betracht kommt.

Da die AOK-Kundschaft im Allgemeinen nicht über die notwendigen Erkenntnisse verfügt, um die Eignung des Medikaments zur Verursachung seines Schadens beurteilen zu können, kann er sich diese Informationen verschaffen.

Hierbei muss er allerdings Tatsachen darlegen und ggf. beweisen, die die Annahme begründen, dass ein Arzneimittel den Schaden verursacht hat. Diese Tatsachen müssen der Ursächlichkeit des Arzneimittels für den Schaden plausibel erscheinen lassen.

Der Auskunftsanspruch nach § 84a AMG besteht auch, wenn Tatsachen vorliegen, die die Annahme begründen, dass der bei einer Covid-Schutzimpfung verwendete Impfstoff die Gesundheitsschäden verursacht hat.

Diesbezügliche Auskunftsansprüche bestehen gegenüber dem pharmazeutischen Unternehmer und gegenüber Behörden, die für die Zulassung und Überwachung von Arzneimitteln zuständig sind.

6.8.5 Haftung nach dem Umweltschadenshaftungsgesetz

Ziel des Gesetzes über die Umweltschadenshaftung ist es, für bestimmte Anlagen die Gefährdungshaftung für Umweltschäden einzuführen. Personen- und Sachschäden sind in die Schadenersatzpflicht mit einbezogen worden. Die Beweisführung wurde durch Auskunftspflichten und Ursachenvermutung erleichtert.

§ 84a AMG

BGH-Urteil v. 12. 05. 2015 – AZ: IV ZR 328/11

OLG Bamberg, Urteil v. 08. 04. 2024, AZ: 4 U 15/23e

§ 1 UmweltHG

Das Umwelthaftungsrecht dient dem Ausgleich von Individualschäden, die einem bestimmten Schädiger zugerechnet werden können.

6.8.6 Haftung nach sonstigen Gesetzen

Neben den vorgenannten Gesetzen kann sich eine Schadenersatzverpflichtung noch aus weiteren Gesetzen oder zwischenstaatlichen Vereinbarungen ergeben. Es handelt sich hierbei u.a. um die Haftung nach dem:

- Atomgesetz
- Gentechnikgesetz
- Wasserhaushaltsgesetz
- NATO-Truppenstatut

Da sie in der Praxis nur von untergeordneter Bedeutung sind, wird im Rahmen dieses Lernbriefs nicht weiter darauf eingegangen.

6.9 Übungen zum Lernabschnitt 6

Übung 4

Sachverhalt

Der fünfjährige Dirk Fischer ging am 20. 10. mit seiner Stiefmutter, der nicht berufstätigen Monika Fischer, zum wöchentlichen Einkauf in die Metzgerei von Rudolf Kremer. Der Vater von Dirk, Thomas Fischer, ist berufstätig und überlässt im Wesentlichen seiner Ehefrau die Versorgung seines Sohns. Die Mutter von Dirk Fischer war kurz nach der Geburt gestorben.

In der Metzgerei erhielt Dirk Fischer ein großes Stück Fleischwurst. Da diese nicht nach seinem Geschmack war, warf Dirk Fischer die Reste achtlos

auf den Boden. Die Kundin Elisabeth Scholle rutschte auf den Wurstresten aus und verletzte sich.

Hinweis

Fassen Sie Lösung und Begründung ohne Angabe von Rechtsvorschriften zusammen.

Aufgabe

Sind Schadenersatzansprüche von Elisabeth Scholle gegen Thomas Fischer und/oder Monika Fischer begründet?

Übung 5

Sachverhalt

Der 30-jährige Martin Seller ist begeisterter Jogger. Als er am Morgen des 09. 05. durch den Stadtpark läuft, wird er plötzlich von einem kleinen Hund in die Wade gebissen. Wegen der Verletzungsfolgen muss Martin Seller ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen. Der Hund gehört dem Rentner Karl Reuter. Er befand sich auf einem Spaziergang und hatte den Hund im Stadtpark laufen lassen.

Hinweis

Begründen Sie Ihre Lösung nach der Drei-Schritt-Methode.

Aufgabe

Beurteilen Sie, ob Karl Reuter dem verletzten Martin Seller aufgrund der Tierhalterhaftung zum Schadenersatz verpflichtet ist. Gehen Sie dabei auch darauf ein, ob Karl Reuter sich ggf. von seiner Schadenersatzpflicht entlasten kann.

Übung 6

Sachverhalt

Martin Cordes ist Halter eines Kraftfahrzeugs, das er am Abend des 11. 10. vorschriftsmäßig vor seinem Grundstück abgestellt hatte. In der Nacht war es dem 18-jährigen Wolfgang Maurer gelungen, den ordnungsgemäß gesicherten Pkw aufzubrechen, den Motor in Gang zu setzen und mit dem Fahrzeug eine Fahrt in die Nachbarstadt zu unternehmen. Auf dieser Fahrt lief plötzlich ein Hund vor das Fahrzeug. Bei dem anschließenden Ausweichmanöver fuhr Wolfgang Maurer den entgegenkommenden Radfahrer Werner Semmel an und landete dann mit dem Pkw in einem Straßengraben. Werner Semmel wurde bei diesem Unfall schwer verletzt.

Hinweis

Begründen Sie Ihre Lösung nach der Drei-Schritt-Methode.

Aufgabe

Sind Schadenersatzansprüche des Werner Semmel nach § 7 StVG gegen Martin Cordes und/oder Wolfgang Maurer begründet?

7 Teilungsabkommen

Ziel jeder Schadenregulierung ist es, sich mit dem Schädiger über seine Schadenersatzpflicht zu einigen, ohne die Gerichte bemühen zu müssen. In vielen Fällen ist der Schädiger haftpflichtversichert, sodass die diesbezüglichen Verhandlungen mit der Haftpflichtversicherung geführt werden. Eine sehr zeit- und damit verwaltungsaufwändige Angelegenheit ist dabei die Klärung der Haftungsfrage. Verzichtet aber beispielsweise die Haftpflichtversicherung generell auf den Nachweis, dass ihr Versicherungsnehmer im Einzelfall für den vollen Schaden zu haften hat, wird sie nicht mehr bereit sein, die volle Schadenssumme zu zahlen. Der Haftpflichtversicherer trägt dann nämlich das Risiko, im Einzelfall auch einmal Kosten zu tragen, für die er bei einer gerichtlichen Auseinandersetzung nicht oder nicht in vollem Umfang leistungspflichtig gewesen wäre. Deshalb ist eine Regelung sinnvoll, nach der im Schadensfall immer nur eine bestimmte Quote des Schadens an die AOK erstattet wird. Die AOK erspart sich langwierige und kostenaufwändige Prozesse. Dies müsste über einen längeren Zeitraum gesehen zu demselben Ergebnis führen wie die Abwicklung der Fälle nach der Sach- und Rechtslage.

Die AOK hat daher mit einer Reihe von Haftpflichtversicherern solche Vereinbarungen getroffen. Es handelt sich dabei um sogenannte Teilungsabkommen, die ihre rechtliche Grundlage im Gesetz haben.

§ 116 Abs. 9 SGB X – Ansprüche gegen Schadenersatzpflichtige

Die Vereinbarung einer Pauschalierung der Ersatzansprüche ist zulässig.

Teilungsabkommen zwischen den privaten Haftpflichtversicherern und der AOK dienen der Verwaltungsvereinfachung und der schnelleren Abwicklung der Schadensfälle. Sie stellen rechtliche Rahmenverträge zur Regelung von Rechtsverhältnissen dar, die erst in Zukunft durch Schadensfälle entstehen. Der Haftpflichtversicherer übernimmt im Schadensfall die Aufwendungen der AOK in Höhe einer bestimmten Quote, und zwar unabhängig davon, wie die Haftung nach Sach- und Rechtslage zu beurteilen wäre.

Im Allgemeinen vereinbart der AOK-Bundesverband mit den einzelnen Haftpflichtversicherern Rahmen-Teilungsabkommen mit möglichst einheitlichem Vertragstext und ermöglicht der einzelnen AOK den Beitritt. Unterschiedliche Vertragstexte betreffen im Wesentlichen nur die pauschale Abgeltung der Kosten für die ärztliche Behandlung und für Arzneien (vgl. § 116 Abs. 8 SGB X). Durch gelegentliche unterschiedliche Inhalte und Formulierungen wird die arbeitserleichternde Praktizierung der Rahmen-Teilungsabkommen nicht wesentlich erschwert. Der Abkommenstext wird immer wieder den Gegebenheiten der Praxis und der Rechtsentwicklung angepasst.

7.1 Teilungsquoten

Wie hoch die Teilungsquote ist, hängt im Allgemeinen davon ab, ob die Haftung auf der Gefährdungshaftung oder auf der Verschuldenshaftung beruht. Für Fälle der Gefährdungshaftung wird die Quote in der Regel höher sein, weil sich die Beweislast für den Geschädigten und damit für die AOK durchweg günstiger darstellt als in

Fällen der Verschuldenshaftung. Aber nicht alle Teilungsabkommen unterscheiden streng nach Quoten für Fälle der Gefährdungshaftung und für Fälle der Verschuldenshaftung. In vielen Teilungsabkommen haben die Vertragspartner folgende Formulierung gewählt und damit im Wesentlichen eine Unterscheidung nach der Kraftfahrt-Haftpflichtversicherung einerseits und der Allgemeinen Haftpflichtversicherung andererseits gewählt:

„Die Haftpflichtversicherung ersetzt der AOK

a) in Fällen der Kraftfahrt-Haftpflichtversicherung sowie in Fällen der Haftung nach den Vorschriften des HPfLG, des LuftVG und des § 833 Satz 1 BGB, § 1 ProdHaftG, § 2 UmweltG, § 32 GenTG, § 84 AMG

55 %,

b) in übrigen Fällen der Allgemeinen Haftpflichtversicherung

45 %

der von ihr zu gewährenden Leistungen im Rahmen (des § 4) dieses Abkommens.“

Diese Formulierung führt dazu, dass auch in Fällen der Verschuldenshaftung die höhere Quote gilt, sofern der Fall mit der Kraftfahrt-Haftpflichtversicherung abzurechnen ist. Vergleichen Sie dazu das zweite Beispiel unter Pkt. 7.5 dieses Lernbriefs.

Beispiel

Die sechsjährige Hanna Hartung wurde vom Hund des Rentners Bernd Stockholt gebissen. Bernd Stockholt hält den Hund, weil er tierlieb ist und der Hund ihn zu längeren Spaziergängen verpflichtet. Er hat eine Hunde-Haftpflichtversicherung abgeschlossen; mit dieser Haftpflichtversicherung unterhält die AOK ein Teilungsabkommen.

Folge

Da das Tier nicht dem Beruf, der Erwerbstätigkeit oder dem Unterhalt des Bernd Stockholt dient, beruht seine Haftung auf § 833 Satz 1 BGB (Gefährdungshaftung). Deshalb hat die Haftpflichtversicherung von Bernd Bockholt der AOK 55 % ihrer Aufwendungen zu ersetzen.

7.2 Verzicht auf die Prüfung der Haftungsfrage

Ein Teilungsabkommen ist nur anwendbar, wenn und soweit der Haftpflichtversicherer seinem Versicherungsnehmer Versicherungsschutz zu gewähren hat. Beruht der Schadensfall auf einer vorsätzlichen Handlung des Versicherungsnehmers, entfällt der Versicherungsschutz; das Teilungsabkommen ist folglich nicht anwendbar. Ist Versicherungsschutz gegeben, besteht der Vorteil eines Teilungsabkommens im Wesentlichen darin, dass die Haftungsfrage nicht zu prüfen ist. Der Verzicht auf die Prüfung der Haftungsfrage gehört zum traditionellen Vertragsinhalt eines Teilungsabkommens. Eine solche Klausel bringt zum Ausdruck, dass bei der abkommensgemäßen Regulie-

rung von der Feststellung abgesehen wird, ob und in welchem Umfang der Haftpflichtversicherte im konkreten Einzelfall schadenersatzpflichtig geworden ist. Damit entfällt im Rahmen des Teilungsabkommens eine Prüfung der Frage, ob die Voraussetzungen für einen Haftpflichtanspruch überhaupt gegeben sind.

Das Gericht stellte klar, dass der in den Teilungsabkommen vorgesehene Verzicht auf die Prüfung der Haftungsfrage sich sowohl auf die haftungsbe gründende, als auch auf die haftungsausfüllende Kausalität (adäquater Kausalzusammenhang, vgl. Punkt 5.4 dieses Lernbriefs) bezieht.

Merke

Hat der private Haftpflichtversicherer des Schädigers ein Teilungsabkommen mit der AOK abgeschlossen, dann ist in der Praxis eine Prüfung der Sach- und Rechtslage nicht mehr erforderlich. Der Haftpflichtversicherer ersetzt der AOK ihre Aufwendungen in Höhe einer bestimmten Haftungsquote.

7.3 Kausalzusammenhang

Voraussetzung für die Anwendung eines Teilungsabkommens ist, dass zwischen dem Schadensfall und dem Gefahrenbereich, für den der Haftpflichtversicherer Deckung zu gewährleisten hat, ein Kausalzusammenhang besteht. In der Kraftfahrt-Haftpflichtversicherung wird die Anwendbarkeit des Teilungsabkommens durch den Kausalzusammenhang zwischen dem Schadensfall und dem Gebrauch oder Betrieb des haftpflichtversicherten Kraftfahrzeugs begründet.

Damit stimmt der Bereich der Fälle, für die das Teilungsabkommen gilt, überein mit dem Bereich der Fälle, für die der Kraftfahrt-Haftpflichtversicherer Deckung zu gewähren hat.

Die Anwendung des Teilungsabkommens ist auch dann nicht ausgeschlossen, wenn der Unfall durch eigenes Verschulden – ausgenommen Vorsatz –, also auch durch grob fahrlässiges Verhalten des Geschädigten verursacht wurde. In diesem Fall entfällt zwar nach der Sach- und Rechtslage wegen des 100%-igen Mitverschuldens eine Schadenersatzpflicht des Kraftfahrzeughalters, sofern er sich absolut verkehrsgerecht verhalten hat. Das Teilungsabkommen ist jedoch anwendbar. Zur Klarstellung ist dies in den meisten Teilungsabkommen auch ausdrücklich festgelegt worden.

Beispiel

Der bei der AOK versicherte Peter Brinkhoff befindet sich am Samstagabend in stark alkoholisiertem Zustand auf dem Nachhauseweg von einer privaten Feier. Auf der Landstraße wird er von einem Pkw angefahren und schwer verletzt. Halterin und Fahrerin des Kraftfahrzeugs ist Tanja Sippel, die Peter Brinkhoff nicht sehen konnte, zumal er dunkle Kleidung trug. Peter Brinkhoff ist plötzlich auf die Fahrbahn getorkelt, sodass Tanja Sippel nicht mehr rechtzeitig reagiert hat. Sie hat sich absolut verkehrsgerecht verhalten, jede gebotene Sorgfalt beachtet und konnte dennoch den Unfall nicht vermeiden. Die AOK, bei der Peter Brinkhoff versichert ist, übernimmt die Kosten der Krankenhausbehandlung und der anschließenden Krankenbehandlung.

Folge

Die Voraussetzungen für eine Schadenersatzpflicht der Tanja Sippel sind auch aufgrund der Gefährdungshaftung nicht gegeben, weil die Abwägung zwischen der Betriebsgefahr des Kraftfahrzeugs einerseits und dem grob fahrlässigen Verhalten des Geschädigten andererseits dazu führt, dass Peter Brinkhoff den Schaden in voller Höhe allein zu tragen hat. Aufgrund des mit der Haftpflichtversicherung von Tanja Sippel vereinbarten Teilungsabkommens ist der AOK aber ohne Prüfung der Haftungsfrage auch in den Fällen eigenen Verschuldens Ersatz zu leisten. Nach dem Teilungsabkommen beträgt die Teilungsquote in Fällen der Kraftfahrt-Haftpflichtversicherung 55 %. Die AOK erhält deshalb 55 % ihrer Aufwendungen von der Haftpflichtversicherung der Tanja Sippel ersetzt.

- Steht der Schadensfall mit einer unbeweglichen Sache oder mit der Herstellung bzw. Lieferung beweglicher Sachen im Zusammenhang, ist das Teilungsabkommen nur anwendbar, wenn die Krankenkasse glaubhaft darlegt, dass ein ordnungswidriger Zustand der unbeweglichen Sache oder ein Mangel/Fehler im Bereich der Herstellung bzw. Lieferung der beweglichen Sache für den Eintritt des Schadensfalls ursächlich ist.

Wenn nach dem unstreitigen Sachverhalt kein objektiver Verstoß gegen Sorgfalts- und Verhaltensvorschriften vorliegt, geht die Rechtsprechung von einem sogenannten Groteskfall aus. Dies sind Fälle, in denen unter dem Gesichtspunkt von Treu und Glauben die Inanspruchnahme des Haftpflichtversicherers aus dem Teilungsabkommen ausscheidet, weil nach dem unstreitigen Sachverhalt eine Schadenersatzpflicht des Haftpflichtversicherten unzweifelhaft und offensichtlich gar nicht infrage kommt.

Auch im Bereich der allgemeinen Haftpflichtversicherung erfordert die Anwendung des Teilungsabkommens, dass ein innerer Zusammenhang zwischen dem Schadenereignis und dem versicherten Wagnis besteht. Hier werden aber in den Teilungsabkommen hinsichtlich der Eintrittspflicht der Haftpflichtversicherer folgende Vorbehalte gemacht:

- Das Teilungsabkommen findet keine Anwendung, wenn nach dem unstreitigen Sachverhalt kein objektiver Verstoß gegen Sorgfalts- und Verhaltensvorschriften vorliegt.

Beispiel

Am frühen Morgen, kurz nach 06.30 Uhr, führt Tom Müller seinen Hund aus. Er kommt durch Eisglätte zu Fall und verletzt sich dabei. Der Unfall ereignete sich auf dem Gehweg vor dem Grundstück von Frank Wendig in Dortmund. Nach der Satzung dieser Stadt beginnt die Streupflicht für die Straßenanlieger um 07.00 Uhr.

Folge

Da zum Unfallzeitpunkt noch keine Streupflicht bestand, steht unzweifelhaft und offensichtlich fest, dass ein objektiver Verstoß gegen Sorgfalts- und Verhaltenspflichten nicht gegeben ist, sodass auch das Teilungsabkommen nicht anwendbar ist.

so kann von einem ordnungswidrigen Zustand ausgegangen werden. Die Frage, ob und von wem der ordnungswidrige Zustand verschuldet wurde, ist dann im Rahmen des Teilungsabkommens nicht zu prüfen. Das Teilungsabkommen ist in derartigen Fällen anzuwenden.

Das Teilungsabkommen ist allerdings nicht anzuwenden, wenn nach dem unstreitigen Sachverhalt kein objektiver Verstoß gegen Sorgfalts- und Verhaltensvorschriften vorliegt. Diese Formulierung in den meisten Teilungsabkommen bewirkt, dass sowohl der Sachverhalt unstreitig sein muss als auch kein objektiver Verstoß vorliegen darf. Zu beweisen hat dies allerdings der Haftpflichtversicherer und nicht die AOK, wie sich aus der Formulierung „...keine Anwendung, wenn...“ ergibt.

Zur Auslegung von Teilungsabkommen hat auch der BGH klargestellt, dass in den Fällen eines im Teilungsabkommen vereinbarten Verzichts auf die Prüfung der Haftungsfrage das Abkommen anwendbar ist, wenn in einem Senioren- und Pflegeheim Bewohner durch einen Sturz zu Schaden kommen. Unerheblich ist dabei, ob ein Schadenersatzanspruch tatsächlich begründet, dem Versicherungsnehmer also eine objektive Pflichtverletzung anzulasten ist. Wenn sich also eine pflegebedürftige Person bei einem Sturz im Pflegeheim verletzt, dann ist der adäquate Kausalzusammenhang zwischen dem Schadensfall und dem versicherten Wagnis gegeben. Dies ist nach Meinung des BGH ein typischer, vom Versicherungsschutz umfasster Vorgang, der zur Anwendung des Teilungsabkommens führt.

BGH-Urteil v. 01. 10. 2008, VersR 2008 S. 1560

7.4 Unfälle in Senioren- und Pflegeheimen

Abgesehen von der im Einzelfall bestehenden Sach- und Rechtslage garantieren die mit einer Reihe von Haftpflichtversicherern abgeschlossenen Teilungsabkommen in bestimmten Fällen eine Teilregulierung. Voraussetzung für die Anwendung des Teilungsabkommens ist aber auch bei Unfällen in Senioren- und Pflegeheimen, dass

- eine unbewegliche Sache Ursache des Schadens ist und diese sich in einem ordnungswidrigen Zustand befand

oder

- ein objektiver Verstoß gegen Sorgfalts- und Verhaltensvorschriften vorliegt.

Wird also ein Heimbewohner oder eine Heimbewohnerin verletzt und sind Ursache hierfür z.B.

- eine morsche Treppenstufe,
- herumliegende Gegenstände,
- übermäßige Bohnerglätte,
- fehlende oder mangelhafte Beleuchtung,

In diesem Zusammenhang erfordern aber gerade die Verstöße gegen Aufsichts- und Betreuungspflichten in der Regel einen aufwändigen Schriftwechsel, um den Haftpflichtversicherer von der Anwendung des Teilungsabkommens zu überzeugen. Zur Vermeidung einer übermäßigen Inanspruchnahme der Teilungsabkommen gibt es im Interesse einer vereinfachten Regulierung unterschiedliche Zusatzvereinbarungen, auf die wir hier nicht im Einzelnen eingehen. Die am häufigsten in den Teilungsabkommen gewählte Vereinbarung zur vereinfachten Regulierung von Schadensfällen in Senioren- und Pflegeheimen hat folgenden Wortlaut:

Die Regulierung von Schadensfällen in Senioren- und Pflegeheimen (unfallartige Ereignisse wie z.B. Sturzschäden) bestimmt sich nach dem Einzelfall für den Geschädigten/die Geschädigte gemäß dem nach den Vorschriften des Pflegeversicherungsgesetzes verbindlich festgestellten Grad der Pflegebedürftigkeit (§ 15 SGB XI). Für die Schadensregulierung im Einzelnen gelten hiernach folgende Grundsätze:

- in Fällen der „schwersten Beeinträchtigung der Selbstständigkeit mit besonderen Anforderungen an die pflegerische Versorgung gem. § 15 Abs. 3 Nr. 5 und § 15 Abs. 4 Satz 1 SGB XI (Pflegegrad 5) und
- in Fällen der „schwersten Beeinträchtigung der Selbstständigkeit“ gem. § 15 Abs. 3 Nr. 4 SGB XI (Pflegegrad 4) und
- in Fällen der „schweren Beeinträchtigung der Selbstständigkeit“ gem. § 15 Abs. 3 Nr. 3 SGB XI (Pflegegrad 3)

ist das Teilungsabkommen anwendbar. Danach erstattet die Haftpflichtversicherung der Krankenkasse 17 % der abrechenbaren Leistungen.

- in Fällen der „erheblichen Beeinträchtigung der Selbstständigkeit gem. § 15 Abs. 3 Nr. 2 SGB XI (Pflegegrad 2) und
- in Fällen der „geringen Beeinträchtigung der Selbstständigkeit“ gem. § 15 Abs. 3 Nr. 1 SGB XI (Pflegegrad 1)

erfolgt eine Regulierung nach Sach- und Rechtslage.

Diese Zusatzvereinbarung garantiert der AOK je nach dem Grad der festgestellten Pflegebedürftigkeit den Ersatz eines Teils ihrer Aufwendungen. Voraussetzung für die Anwendung des Teilungsabkommens ist in diesen Fällen lediglich der Schadensfall im Alten- und Pflegeheim; auf den Verstoß gegen eine Sorgfalts- oder Verhaltensvorschrift kommt es dabei nicht mehr an. Für Fälle der Pflegegrade 1 und 2 entfällt allerdings eine Regulierung nach dem Teilungsabkommen. Hier erfolgt eine Regulierung nach Sach- und Rechtslage.

Beispiel

Die 80-jährige Martha Heinz befindet sich im Pflegeheim St. Viktor. Sie erhält Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz und ist als Pflegebedürftige nach dem Pflegegrad 5 eingestuft. Sie benötigt unter anderem Hilfe beim Toilettengang und wird von einer Pflegerin im Rollstuhl zur Toilette gefahren. Bei dieser Transportmaßnahme rutscht sie aus ungeklärter Ursache aus dem Rollstuhl und stürzt auf den Fußboden. Dabei wird Martha Heinz verletzt; sie wird daraufhin zur stationären Behandlung in das St. Marienhospital eingewiesen.

Die Kosten dieser Behandlung übernimmt die AOK.

Folge

Das Teilungsabkommen ist nur dann nicht anwendbar, wenn nach dem unstreitigen Sachverhalt kein objektiver Verstoß gegen Sorgfalts- und Verhaltensvorschriften vorliegt. Bei einem Sturz aus ungeklärten Gründen während einer Transportmaßnahme ist der Sachverhalt insoweit aber nicht unstrittig. Es ist durchaus möglich, dass ein objektiver Verstoß gegen Sorgfaltspflichten vorliegt. Deshalb ist das Teilungsabkommen anwendbar. Martha Heinz ist als Pflegebedürftige nach dem Pflegegrad 5 eingestuft worden. Deshalb hat die Haftpflichtversicherung der AOK nach dem Teilungsabkommen 17 % der Aufwendungen zu ersetzen.

7.5 Weitere Beispiele

In der Praxis werden Ihnen zahlreiche Fälle begegnen, in denen die Anwendung des Teilungsabkommens unstrittig ist. Die folgenden Beispiele sollen Ihnen bei der Anwendung im Einzelfall helfen:

1. Beispiel

Am späten Abend befand sich Peter Galsch anlässlich einer Geburtstagsfeier mit Freunden in der City-Schänke. Beim Aufsuchen der Toilette wurde er von dem angetrunkenen Günter Potthoff angepöbelt und unvermittelt grundlos niedergeschlagen. Peter Galsch wurde verletzt und musste sich in ärztliche Behandlung begeben. Seine AOK erbrachte die ihm zustehenden Leistungen.

Folge

Günter Potthoff hat den Schaden des Peter Galsch vorsätzlich herbeigeführt. Deshalb entfällt der Versicherungsschutz gegenüber seiner privaten Haftpflichtversicherung. Aus diesem Grunde ist auch eine Anwendung des bestehenden Teilungsabkommens ausgeschlossen. Die AOK kann Günter Potthoff nach Sach- und Rechtslage in Anspruch nehmen und Ersatz in Höhe ihrer Aufwendungen geltend machen.

2. Beispiel

Bei einer Fahrt mit seinem Kraftfahrzeug verlor Anton Decker wegen überhöhter Geschwindigkeit in einer Kurve die Kontrolle über sein Fahrzeug und fuhr in einen Straßengraben. Dabei wurde seine mitfahrende Freundin Gudrun Freitag verletzt. Diese ist bei der AOK versichert und erhielt von dort Leistungen der Krankenbehandlung. Mit der Kraftfahrt-Haftpflichtversicherung des Anton Decker unterhält die AOK ein Teilungsabkommen.

Folge

Anton Decker hat den Unfall infolge überhöhter Geschwindigkeit verursacht; er hat mithin Fahrlässigkeit zu vertreten und ist folglich nach dem BGB schadenersatzpflichtig. Auch eine Schadenersatzpflicht nach den Vorschriften des StVG ist gegeben. Es besteht für Gudrun Freitag Versicherungsschutz aus der Kraftfahrt-Haftpflichtversicherung.

§ 823 BGB

§ 823 BGB,
§§ 7,18
StVG

Schadenersatz ist sowohl aufgrund der Verschuldenshaftung als auch aufgrund der Gefährdungshaftung zu leisten. Dennoch handelt es sich (auch) um einen Fall der Kraftfahrt-Haftpflichtversicherung. Die AOK erhält also 55 % ihrer Aufwendungen ersetzt.

3. Beispiel

Die Rentnerin Marla Klesse befand sich am 06. 12. gegen 11.00 Uhr auf dem Weg zum Einkauf in den nahegelegenen Supermarkt. Wegen bestehender Schnee- und Eisglätte lief sie sehr vorsichtig, kam aber trotzdem vor dem Einfamilienhaus von Manuel Haiser zu Fall und verletzte sich dabei. Der leistungspflichtigen AOK teilte sie im Unfallfragebogen mit, dass ihrer Meinung nach der Bürgersteig vor dem Hause des Manuel Haiser nicht gestreut gewesen sei; dies wurde allerdings von Manuel Haiser bestritten. Manuel Haiser ist privat haftpflichtversichert. Mit dem Haftpflichtversicherer unterhält die AOK ein Teilungsabkommen.

Folge

Manuel Haiser ist als Straßenanlieger verpflichtet, bei Schnee- und Eisglätte mit abstumpfenden Mitteln zu streuen. Zum Zeitpunkt des Unfalls (11.00 Uhr) war diese Streupflicht auch unstreitig gegeben. Ob tatsächlich eine Verletzung der Streupflicht vorliegt, ist unerheblich und nicht zu prüfen, da im Teilungsabkommen auf die Prüfung der Haftungsfrage ausdrücklich verzichtet wird. Die Haftung beruht auf § 823 BGB; es handelt sich um einen Fall der Allgemeinen Haftpflichtversicherung. Die AOK erhält deshalb ihre Aufwendungen mit einer Quote von 45 % ersetzt.

4. Beispiel

Bertha Tiermann besuchte am Abend ihre Schwester, die in der Nachbarschaft im zweiten Obergeschoss eines Mehrfamilienhauses wohnt. Als sie beim Betreten des Hausflurs die automatische Beleuchtung schalten wollte, funktionierte diese nicht. Sie versuchte daraufhin, in der Dunkelheit die Treppe zu erreichen, um vorsichtig nach oben zu gehen. Dabei stolperte sie so unglücklich über die erste Treppenstufe, dass sie sich das Bein brach und in ein Krankenhaus eingewiesen werden musste. Die Kosten dieser Behandlung übernahm die AOK. Nachdem diese ihren Ersatzanspruch angemeldet hatte, teilte der Hausbesitzer der AOK seine Haftpflichtversicherung mit. Die AOK unterhält mit dieser Haftpflichtversicherung ein Teilungsabkommen.

Folge

Bei Schadensfällen im Zusammenhang mit einer unbeweglichen Sache – auch bei Treppenunfällen – ist die abkommensgemäße Regulierung davon abhängig, ob glaubhaft dargelegt werden kann, dass ein ordnungswidriger Zustand der unbeweglichen Sache für den Eintritt des Schadensfalls ursächlich gewesen ist. Wenn in einem Mehrfamilienhaus die automatische Beleuchtung nicht funktioniert, liegt ein solcher Mangel vor. Dies kann durch die Aussage der AOK-Kundin glaubhaft dargelegt werden. Wenn der im Unfallfragebogen beschriebene Unfallhergang schlüssig, plausibel und nachvollziehbar ist, wird auch dies als Glaubhaftmachung ausreichen.

§ 823 BGB

Nach dem geschilderten Sachverhalt sind die Voraussetzungen für eine Anwendung des Teilungsabkommens gegeben. Die Schadenersatzpflicht beruht auf § 823 BGB. Es handelt sich um einen Fall der Allgemeinen Haftpflichtversicherung. Die AOK erhält deshalb 45 % ihrer Aufwendungen ersetzt.

7.6 KFZ-Unfälle zwischen Familienangehörigen (Personen in häuslicher Gemeinschaft)

Seit 01. 01. 2021 gehen bei KFZ-Unfällen zwischen Familienangehörigen (Personen in häuslicher Gemeinschaft) die privatrechtlichen Schadenersatzansprüche bis zur Höhe der zur Verfügung stehenden Versicherungssumme aus der KFZ-Haftpflichtversicherung des Fahrzeughalters auf die AOK über (vgl. Punkt 9.5 dieses Lernbriefs). Da die meisten Teilungsabkommen zwischen den privaten Haftpflichtversicherern und der AOK noch die Aussage enthalten, dass das Teilungsabkommen für den Personenkreis des § 116 Abs. 6 SGB X generell nicht anzuwenden ist, werden diese neuen Schadenersatzansprüche nach Sach- und Rechtslage mit den Haftpflichtversicherungen abgerechnet.

7.7 Abkommenslimit

In den Teilungsabkommen, die die AOK mit den Haftpflichtversicherern abgeschlossen hat, ist vorgesehen, dass das Teilungsabkommen nur bis zu einem bestimmten Höchstbetrag anzuwenden ist. Die Höhe dieses Abkommenslimits ist in den Teilungsabkommen nicht einheitlich festgelegt. Viele Abkommen sehen dazu Beträge zwischen 25.000 € und 50.000 €, gelegentlich auch darüber, vor. Die Begrenzung auf einen bestimmten Höchstbetrag bedeutet, dass die Aufwendungen nur bis zum jeweiligen Höchstbetrag mit der vereinbarten Teilungsquote ersetzt werden. Die über das Limit hinausgehenden Aufwendungen der AOK werden dagegen nach Sach- und Rechtslage abgewickelt.

Beispiel

Die bei der AOK versicherte Rita Redlich ist bei einem Verkehrsunfall schwer verletzt worden. Die gesamten Aufwendungen der AOK betragen 70.000 €. Das mit der zuständigen Kraftfahrt-Haftpflichtversicherung abgeschlossene Teilungsabkommen sieht ein Limit von 50.000 € vor; die Teilungsquote beträgt 55 %. Nach der Sach- und Rechtslage ist davon auszugehen, dass Rita Redlich den Schadensfall mitverschuldet hat; ihr Haftungsanteil beträgt 30 %.

8 Umfang der Haftung des Schadenersatzpflichtigen

Folge

Die Kraftfahrt-Haftpflichtversicherung hat der AOK aufgrund des Teilungsabkommens 55 % des Höchstbetrags von 50.000 €, also 27.500 € zu ersetzen. Von den Aufwendungen, die den vereinbarten Höchstbetrag überschreiten (20.000 €), erhält die AOK von der Kraftfahrt-Haftpflichtversicherung bei einer wegen des Mitverschuldens geminderten Haftungsquote von 70 % weitere 14.000 € (70 % von 20.000 €). Insgesamt werden der AOK somit 41.500 € ihrer Aufwendungen von 70.000 € ersetzt.

§ 249 BGB – Art und Umfang des Schadenersatzes

(1) Wer zum Schadensersatz verpflichtet ist, hat den Zustand herzustellen, der bestehen würde, wenn der zum Ersatz verpflichtende Umstand nicht eingetreten wäre.

(2) Ist wegen Verletzung einer Person oder wegen Beschädigung einer Sache Schadenersatz zu leisten, so kann der Gläubiger statt der Herstellung den dazu erforderlichen Geldbetrag verlangen. Bei der Beschädigung einer Sache schließt der nach Satz 1 erforderliche Geldbetrag die Umsatzsteuer nur mit ein, wenn und soweit sie tatsächlich angefallen ist.

Damit ist gemeint, dass der bisherige Zustand – also der Zustand, der vor Eintritt des Schadens bestand – wiederhergestellt werden muss. Dies bezeichnet man als Naturalherstellung. Da die Naturalherstellung jedoch häufig nicht möglich ist, kann der Geschädigte auch den erforderlichen Geldbetrag verlangen.

Der Schädiger kann den Gläubiger auch in Geld entschädigen, wenn eine Naturalherstellung nur mit unverhältnismäßigen Aufwendungen möglich ist.

§ 251 Abs. 2
Satz 1 BGB

In Fällen der Körperverletzung wird eine Entschädigung in Geld erfolgen. Der Schädiger wird kaum in der Lage sein, eine Krankenbehandlung durchzuführen. Selbst wenn er dazu in der Lage ist, wird der Geschädigte eine Entschädigung in Geld verlangen, da er sich sonst der unmittelbaren Einwirkung des Schädigers unterstellen muss.

Beispiel

Horst Kleinmüller hat mit seinem Pkw schuldhaft einen Unfall verursacht. Dem Unfallgeschädigten musste infolge des Unfalls ein Bein amputiert werden.

Folge

Horst Kleinmüller kann den Unfallgeschädigten nicht wieder in den Gesundheitszustand versetzen, den dieser vor dem Schaden hatte. Er hat daher für diesen Schaden eine entsprechende Entschädigung in Geld zu leisten.

8.1 Schadengruppen

Der durch eine Körperverletzung entstandene Schaden umfasst im Wesentlichen die Schadengruppen

- Heilungskosten und vermehrte Bedürfnisse,
- Erwerbsschaden,
- Beerdigungskosten,
- Schmerzensgeldansprüche.

Darüber hinaus gibt es noch den Unterhaltsschaden, den Schaden wegen entgangener Dienste und den Sachschaden. Für den Anspruchsübergang nach § 116 SGB X sind diese jedoch, wenn überhaupt, von untergeordneter Bedeutung. Auch Schmerzensgeldansprüche sind nicht nach § 116 SGB X übergangsfähig, weil die AOK keine sachlich gleichartigen Leistungen erbringt. Wir gehen jedoch kurz auf diese Ansprüche ein, weil die AOK-Kundschaft zumindest über derartige Ansprüche informiert werden sollte.

8.1.1 Heilungskosten und vermehrte Bedürfnisse

Zu den Heilungskosten gehören im Wesentlichen Kosten für ambulante ärztliche und zahnärztliche Behandlungen, Arzneien, Heilmittel und stationäre Krankenhausbehandlung. Der Schädiger hat die Heilungskosten unabhängig von wirtschaftlichen Erwägungen zu ersetzen. Er hat also auch die Kosten einer teuren medizinisch notwendigen Behandlung zu zahlen.

§ 249, § 843 Abs. 1 BGB, § 11 Satz 1 StVG, § 6 Satz 1 HaftPflG, § 36 Satz 1 LuftVG

Vermehrte Bedürfnisse sind alle unfallbedingten ständigen und immer wiederkehrenden Aufwendungen, die den Zweck haben, diejenigen Nachteile auszugleichen, die dem Verletzten infolge dauernder Beeinträchtigung seines körperlichen Wohlbefindens entstehen. Dazu gehören insbesondere

- Hilfsmittel, wie der Rollstuhl nach einer Querschnittlähmung,
- Aufwendungen für ständige besondere Ernährung,
- Kosten für die Beschaffung eines Kraftfahrzeugs,
- Aufwendungen für Pflegekräfte und Haushaltshilfen,
- Aufwendungen für das Anmieten einer den Verletzungsfolgen angepassten Wohnung.

Entscheidend ist, dass es sich um schadenbedingte Mehraufwendungen für die persönliche Lebensführung handelt, die dauernd und regelmäßig erforderlich sind und die nicht wie die Heilungskosten der Wiederherstellung der Gesundheit dienen.

8.1.2 Erwerbsschaden

§ 842 BGB,
§ 11 Satz 1
StVG,
§ 6 Satz 1
HaftPflG,
§ 36 Satz 1
LuftVG

Der durch Körperverletzung entstandene Schaden kann auch in wirtschaftlichen Nachteilen bedingt durch Arbeitsausfall oder in Nachteilen für das berufliche Fortkommen bestehen. Durch Arbeitsunfähigkeit entsteht ein ersatzpflichtiger Schaden aber nur dann, wenn eine Körperverletzung auch Vermögensnachteile zur Folge hat. Bei einem Rentner z.B., der nur von seinem Vermögen oder seiner Rente lebt, entsteht durch den Verlust der Arbeitsfähigkeit kein ersatzpflichtiger Erwerbsschaden.

§ 249 Abs. 1,
§ 842 BGB,
§ 11 Satz 1
StVG,
§ 116 Abs. 1
Satz 1 SGB X

Der Erwerbsschadenanspruch umfasst alle wirtschaftlichen Beeinträchtigungen, die der Geschädigte erleidet, weil und soweit er seine Arbeitskraft verletzungsbedingt nicht verwerten kann. Für die Bemessung des Schadens ist entscheidend, welche Beträge der Verletzte ohne die unfallbedingte Arbeitsunfähigkeit nach dem regelmäßigen Verlauf der Dinge durch seine Erwerbstätigkeit erworben hätte.

Beispiel

Bei einem Verkehrsunfall wird der Arbeiter Martin Starre verletzt. Wegen der Verletzungsfolgen wird er vollstationär im Krankenhaus und anschließend ambulant weiterbehandelt. Er ist mehrere Monate arbeitsunfähig und erhält nach Ablauf der Entgeltfortzahlung Krankengeld von der AOK, bei der Martin Starre krankenversichert ist.

Folge

Der Schädiger hat zunächst die für die Heilung entstehenden Kosten der stationären und ambulanten Behandlung zu ersetzen. Sofern Arznei- und Heilmittel erforderlich werden, besteht auch insoweit Anspruch auf Ersatz. Diese Aufwendungen gehören zur Schadengruppe der Heilungskosten. Abgesehen von den Kosten für die Heilung entsteht Martin Starre aber auch ein Verdienstausschlagsschaden. Für die Dauer der unfallbedingten Arbeitsunfähigkeit ist er nämlich nicht in der Lage, seiner Erwerbstätigkeit nachzugehen. Deshalb hat Martin Starre auch Anspruch auf Ersatz seines Erwerbsschadens. Soweit die AOK Leistungen gewährt, gehen die privatrechtlichen Schadenersatzansprüche des Martin Starre wegen der Heilungskosten und des Erwerbsschadens auf die AOK über.

8.1.3 Beerdigungskosten

Im Falle der Tötung hat derjenige einen Anspruch auf Ersatz für Beerdigungskosten gegen den Schädiger, der die Kosten der Beerdigung zu tragen hat. Nach § 1968 BGB ist dies grundsätzlich der Erbe.

§ 844 Abs. 1,
§ 1968 BGB,
§ 10 StVG,
§ 5 HaftPflG,
§ 35 LuftVG

Zu den Beerdigungskosten gehören alle Aufwendungen, die durch die Beisetzung entstanden oder unmittelbar mit ihr verbunden sind. Sie sind in der Höhe zu ersetzen, in welcher sie als standesgemäß anzusehen sind. Dazu gehören auch Blumen und Kränze im Zusammenhang mit der erstmaligen Bepflanzung des Grabs. Je nach Ortsüblichkeit werden als Beerdigungskosten in begrenztem Umfang auch

die Kosten für die Bewirtung und Unterbringung von Trauergästen und die Aufwendungen für Trauerkleidung angesehen.

8.1.4 Schmerzensgeldansprüche

Der Schmerzensgeldanspruch ist zwar für die AOK rechtsunerheblich, weil sie hierzu keine sachlich kongruenten Leistungen erbringt und es deshalb auch nicht zu einem Übergang von Ansprüchen kommen kann.

Denken Sie aber an das AOK-Behandlungsfehler-Management, über das wir unter Pkt. 6.2.3 dieses Leserbriefs informiert haben. Die Unterstützung durch die AOK bezieht sich im Wesentlichen auf die Ansprüche, die nicht nach § 116 SGB X auf die AOK übergehen. Deshalb sollten Sie auch über einige Grundkenntnisse zum Thema Schmerzensgeldanspruch verfügen.

Kann der Kunde bzw. die Kundin Ersatzansprüche u.a. wegen Verletzung des Körpers und der Gesundheit geltend machen, so besteht auch Anspruch auf eine Entschädigung in Geld wegen des Schadens, der nicht Vermögensschaden ist.

Den Ausgleich eines immateriellen Schadens – damit ist der Schmerzensgeldanspruch gemeint – gibt es nicht nur für Schadensfälle der außervertraglichen Verschuldenshaftung, sondern auch in Fällen der Gefährdungshaftung und der vertraglichen Haftung (vgl. § 253 Abs. 2 BGB und die einschlägigen Sondergesetze).

Der Schmerzensgeldanspruch soll Ausgleich für erlittene körperliche, seelische und geistige Schäden sein. Neben dieser Ausgleichsfunktion soll das Schmerzensgeld dem Geschädigten darüber hinaus aber auch Genugtuung verschaffen und die Möglichkeit geben, sich durch bessere Annehmlichkeiten über die Schmerzen und andere Beeinträchtigungen hinwegzutrusten. Bei der Bemessung des Schmerzensgeldes sind insbesondere die Schwere der Verletzung, die Häufigkeit und Dauer der erlittenen und noch zu erleidenden Schmerzen, die ausgestandenen Ängste und Sorgen sowie möglicherweise psychische Beeinträchtigungen zu berücksichtigen.

Für die Höhe des Schmerzensgeldes ist ferner bedeutsam, ob der Schaden leicht oder grob fahrlässig oder sogar vorsätzlich herbeigeführt wurde. Bei Verletzungen infolge eines Verkehrsunfalls, der nur eine Gefährdungshaftung begründet, ist das Schmerzensgeld nach vorliegender Rechtsprechung nicht geringer zu bewerten als bei Haftung aus (einfach) fahrlässigem Verhalten. Ist dem Schädiger ein grober Verkehrsverstoß vorzuwerfen, wirkt sich dies schmerzensgelderhöhend aus. Der Schmerzensgeldanspruch ist uneingeschränkt übertragbar und vererblich.

Bei der Beratung der AOK-Versicherten wird im Rahmen des Arzthaftungsrechts davon auszugehen sein, dass sowohl die nicht ordnungsgemäß durchgeführte ärztliche Maßnahme als auch der vom Patienten nicht im Wege einer wirksamen Einwilligung genehmigte Heileingriff eine Körperverletzung darstellt. Bei der Haftungsbegründung zulasten des Arztes muss nicht mehr auf die außervertragliche Verschuldenshaftung zurückgegrif-

OLG
Frankfurt/Main
Urteil v.
18. 02. 2025,
AZ: 8 U 8/21

fen werden: Der Schmerzensgeldanspruch ist auch aufgrund positiver Vertragsverletzung gegeben.

8.2 Minderung des Schadenersatzes

Die Verpflichtung zum Schadenersatz kann unter bestimmten Voraussetzungen eingeschränkt oder ausgeschlossen werden. Solche anspruchsmindernde oder auch anspruchvernichtende Umstände sind insbesondere

- der vertragliche Haftungsauschluss,
- die Vorteilsausgleichung,
- das mitwirkende Verschulden des Geschädigten.

8.2.1 Vertraglicher Haftungsausschluss

Beispiel

Jakob Winter und Felix Sandmann sind gute Freunde, beide bereits 29 Jahre alt und unternehmen viel gemeinsam. Am 17. 11. befanden sie sich im Pkw von Jakob Winter auf der Rückfahrt von einer Kinoveranstaltung. In einer Kurve fuhr Jakob Winter mit seinem Fahrzeug infolge überhöhter Geschwindigkeit in einen Straßengraben. Dabei wurden er selbst und sein Freund Felix Sandmann verletzt. Als die AOK wegen der Erbringung von Leistungen an Felix Sandmann ihre Schadenersatzansprüche bei Jakob Winter anmeldete, teilte dieser mit, dass er und sein Freund vor der Fahrt vereinbart hätten, im Falle eines Unfalls auf jegliche gegenseitige Schadenersatzansprüche zu verzichten.

Frage

Konnten Jakob Winter und Felix Sandmann wirksam auf die Haftung verzichten?

Lösung

Die Frage nach den Haftungsvorschriften werden Sie bereits beantwortet haben. Eine Schadenersatzpflicht ist sowohl nach dem BGB als auch nach dem StVG begründet. Allerdings haben Jakob Winter und Felix Sandmann vor dem Unfall vereinbart, im Falle eines Unfalls auf jegliche gegenseitige Schadenersatzansprüche zu verzichten. Beide haben das 18. Lebensjahr vollendet, sind also volljährig und damit geschäftsfähig. Vorsätzlich wurde der Schaden nicht verursacht. Somit gibt es keine Vorschriften, die dem vertraglichen Haftungsauschluss entgegenstehen.

§ 823 Abs. 1
BGB,
§ 7 Abs. 1, 2
StVG

Zunächst einmal sollten Sie überlegen, aufgrund welcher Rechtsvorschriften Jakob Winter seinem Freund zum Schadenersatz verpflichtet ist. Wenn Sie sich mit den Haftungsgrundlagen im Lernabschnitt 6 intensiv beschäftigt haben, sollte Ihnen die Antwort auf diese Frage nicht schwerfallen. Wie aber ist nun der Haftungsauschluss zu bewerten? Können Sie sich vorstellen, dass ein solcher Haftungsverzicht zulässig ist und dass ggf. auch die AOK ihre Schadenersatzansprüche nicht geltend machen kann?

Im BGB finden Sie zunächst zu dieser Frage keine konkrete Aussage. Allerdings gilt hier der Grundsatz der Vertragsfreiheit. Solange nicht ausdrücklich etwas „verboten“ wird, müsste eine solche Vereinbarung zulässig sein. Das BGB enthält jedoch ein solches

§ 276 Abs. 3
BGB

„Verbot“. Geregelt ist nämlich, dass die Haftung wegen Vorsatzes dem Schuldner nicht im Voraus erlassen werden kann. Daraus ist zu schließen, dass eine Haftung durch ausdrückliche Vereinbarung, also durch Vertrag, durchaus im Voraus ausgeschlossen werden kann, und zwar sowohl die Gefährdungshaftung als auch die Haftung für Fahrlässigkeit jeden Grads, nicht aber die Haftung für Vorsatz des Täters.

§ 8a StVG

Auch in anderen Gesetzen gibt es Regelungen bzw. „Verbote“, die einem Haftungsausschluss entgegenstehen, so z.B. im StVG. Die Gefährdungshaftung für Personenschäden im Fall einer entgeltlichen, geschäftsmäßigen Personenbeförderung darf nicht ausgeschlossen oder eingeschränkt werden.

Der Gesetzgeber hat aber ausdrücklich davon abgesehen, außerhalb einer entgeltlichen, geschäftsmäßigen Personenbeförderung in die Privatautonomie der Parteien einzugreifen und einen Haftungsausschluss auch insoweit zu verbieten.

§ 107,
§ 108 Abs. 1
BGB

Der rechtsgeschäftliche Haftungsausschluss muss allerdings vertraglich vereinbart werden. Dies kann durch schriftliche oder mündliche Erklärungen sowie durch sogenannte konkludente Handlungen geschehen. Ein Minderjähriger kann ohne Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters keinen rechtswirksamen Vertrag über eine Haftungsfreistellung abschließen. Der gesetzliche Vertreter muss entweder vorher einwilligen oder den Vertrag nachträglich genehmigen. Verweigert er die Genehmigung, so ist der Vertrag nicht wirksam geworden.

Nun hat natürlich nicht die AOK den Haftungsverzicht vereinbart. Ist sie dennoch an das gebunden, was Jakob Winter und Felix Sandmann vor dem Unfall vertraglich vereinbart haben? Leider ist das so, wie ein Blick in das BGB Ihnen zeigt. Näheres hierzu erfahren Sie in Pkt. 9.2 dieses Lernbriefs.

§§ 404, 412
BGB

Merke

Ein vor dem Schadenereignis vertraglich vereinbarter Haftungsverzicht ist wirksam, sofern der Schaden nicht vorsätzlich verursacht wurde. Auch die AOK muss dies gegen sich gelten lassen.

8.2.2 Vorteilsausgleich

Der vom Schädiger zu ersetzende Schaden wird durch Gegenüberstellung der durch das Schadenereignis eingetretenen Nachteile und – eventueller – Vorteile ermittelt. Der Geschädigte muss sich auf seinen Ersatzanspruch also eventuelle Vorteile anrechnen lassen. Die Ersatzleistung soll dem Geschädigten zwar vollen Schadenausgleich, nicht aber einen Gewinn aus dem Schadenereignis verschaffen. Anzurechnen sind deshalb solche Vorteile, die mit dem Schadenereignis in einem ursächlichen Zusammenhang stehen. Als Schaden gilt dann der Betrag der wirtschaftlichen Nachteile abzüglich des Betrags der wirtschaftlichen Vorteile.

Die aus einem schadenbegründenden Ereignis erwachsenden Vorteile sind bei der jeweils sachlich kongruenten Schadengruppe in Abzug zu bringen. Aufwendungen für den Lebensunterhalt, die während einer stationären Behandlung vom Verletzten erspart werden, mindern den Schaden.

Der Geschädigte muss sich auf seinen Schadenersatzanspruch für Krankenhauskosten die ersparten häuslichen Verpflegungskosten anrechnen lassen.

Aufwendungen, die der Geschädigte einspart, weil er unfallbedingt einer Erwerbstätigkeit nicht mehr nachgehen kann, werden ebenfalls auf den Schadenersatz angerechnet. Das sind z.B. ersparte Aufwendungen für die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte.

§ 39 Abs. 4,
§ 61 Satz 2
SGB V

In der Praxis ergeben sich im Zusammenhang mit den häuslichen Ersparnissen oft Probleme mit den Haftpflichtversicherern. Insbesondere wenn Krankenhauskosten abgerechnet werden und der Versicherte für die Dauer der stationären Behandlung eine Zuzahlung zu leisten hatte.

Lernbeispiel 10

Infolge eines Verkehrsunfalls wird die Rentnerin Nadja Riedling 30 Tage vollstationär behandelt. Die Krankenhauskosten betragen 7.500 € und werden von der AOK übernommen. Nadja Riedling hatte jedoch im laufenden Kalenderjahr (unter Anrechnung einer bereits geleisteten Zuzahlung) noch eine Zuzahlung in Höhe von 140 € (14 Tage x 10 €) an das Krankenhaus zu leisten. Die AOK trägt die Kosten in Höhe von 7.360 €. Häusliche Ersparnisse sind täglich mit 6 € zu berücksichtigen.

In welcher Höhe sind der AOK die Krankenhauskosten vom Schädiger zu ersetzen?

Wie Sie schon erfahren haben, muss auch die AOK als Rechtsnachfolgerin der geschädigten Versicherten die häuslichen Ersparnisse gegen sich gelten lassen.

Für die AOK wäre es aber unbefriedigend, wenn sie sich von ihrer Forderung die gesamten häuslichen Ersparnisse abziehen lassen müsste, weil der Schädiger dem Kunden bzw. der Kundin den vollen Zuzahlungsbetrag ersetzt. In erster Linie hat nämlich die versicherte Person selbst die häuslichen Ersparnisse gegen sich gelten zu lassen. Kann sie deshalb noch einen eigenen Schadenersatzanspruch wegen der Heilungskosten in Höhe des Zuzahlungsbetrags geltend machen, muss sie sich auf diesen Anspruch die häuslichen Ersparnisse als Vorteil anrechnen lassen. Unter Beachtung des Grundsatzes der zeitlichen Kongruenz gilt dies aber nur für den Zeitraum, für den ein eigener Schadenersatzanspruch zusteht.

In der Praxis erfordert es schon einige Überzeugungskraft, den Haftpflichtversicherern deutlich zu machen, dass nur diese Regelung gerecht ist und den Geschädigten keineswegs unbillig belastet.

Zum Lernbeispiel 10

Nadja Riedling hat für die ersten 14 Tage des Krankenhausaufenthalts einen eigenen Schadenersatzanspruch wegen der Heilungskosten in Höhe des Zuzahlungsbetrags von 140 €. Auf diesen Ersatzanspruch muss sie sich die häuslichen Ersparnisse für denselben Zeitraum (14 Tage x 6 € = 84 €) anrechnen lassen. Ihr verbleibt folglich noch ein Schadenersatzanspruch für selbst aufgewandte Heilungskosten in Höhe von 56 € (140 € – 84 €). Die AOK wird nur noch mit den häuslichen Ersparnissen für die restlichen 16 Tage belastet, also mit 96 €, weil Nadja Riedling für diese Zeit keine Zuzahlung zu leisten hat und ihr deshalb auch kein eigener verbleibender Ersatzanspruch für Heilungskosten entsteht. Der AOK sind somit die Krankenhauskosten in Höhe von 7.264 € (7.360 € – 96 €) zu ersetzen.

Merke

Vorteile, die ein Schadenereignis mit sich bringt, muss der Geschädigte bzw. die AOK als Rechtsnachfolgerin gegen sich gelten lassen. Insoweit ist der Schädiger nicht zum Schadenersatz verpflichtet. Er hat nur den nach Abzug etwaiger Vorteile verbleibenden Schaden auszugleichen.

8.2.3 Mitwirkendes Verschulden**Fortsetzung des Lernbeispiels 10**

Gehen Sie davon aus, dass Nadja Riedling verletzt wurde, als sie vorschriftswidrig eine Straße überquerte und dabei von einem mit überhöhter Geschwindigkeit fahrenden Pkw angefahren wurde.

Ist der Schadenersatzanspruch von Nadja Riedling wegen des Mitverschuldens zu kürzen?

§ 254 Abs. 1 BGB – Mitverschulden

Hat bei der Entstehung des Schadens ein Verschulden des Beschädigten mitgewirkt, so hängt die Verpflichtung zum Ersatz sowie der Umfang des zu leistenden Ersatzes von den Umständen, insbesondere davon ab, inwieweit der Schaden vorwiegend von dem einen oder dem anderen Teil verursacht worden ist.

Der Schadenersatzanspruch ist zu kürzen, wenn der Geschädigte den haftungsbegründenden Tatbestand mit herbeigeführt hat oder gegen die allgemeine Schadenabwendungs- oder Schadenverminderungspflicht verstoßen hat. In der Praxis geht es dabei zumeist um ein Mitverschulden bei der Entstehung eines Schadens. Bei einem Verstoß eines Fußgängers, Radfahrers oder Kraftfahrzeugführers gegen die Straßenverkehrsordnung wird ein Mitverschulden angerechnet, wenn die Unfallverletzung oder deren Schwere auf die Nichtbeachtung dieser Vorschriften zurückzuführen sind.

§ 254 Abs. 1
BGB,
§ 9 StVG

OLG Rostock, Urteil v. 11. 06. 2021, AZ: 5 U 55/17
 OLG Köln, Urteil v. 27. 08. 2024, AZ: 3 U 81/23

So haften beispielsweise nicht angeschnallte Beifahrer im Auto bei einem Verkehrsunfall mit. Wie hoch der Anteil des Mitverschuldens ist, ist anhand der einzelnen Unfallumstände festzustellen. Es kommt hierbei nicht allein darauf an, welche Verletzungen „angeschnallt“ nicht eingetreten wären.

Ein Verstoß gegen gesetzliche Vorschriften ist aber nicht Voraussetzung für die Anrechnung eines Mitverschuldens. Ein Mitverschulden liegt bereits dann vor, wenn der Geschädigte diejenige Sorgfalt nicht beachtet hat, die ein anderer und verständiger Mensch zur Vermeidung eines eigenen Schadens anzuwenden pflegt. Wer z.B. bei Schnee- und Eisglätte kein winterfestes Schuhwerk trägt und deshalb vor einem nicht gestreuten Grundstück zu Fall kommt, wird sich ein Mitverschulden anrechnen lassen müssen.

Zum Lernbeispiel 10

Nadja Riedling hat sich beim Überqueren der Straße nicht wie ein verständiger Mensch verhalten; sie hat sogar gegen Vorschriften der Straßenverkehrsordnung verstoßen. Folglich muss sie sich ein Mitverschulden anrechnen lassen. Die Höhe des Mitverschuldens hängt von dem Grad des Verschuldens ab. Im Fall von Nadja Riedling ist zu berücksichtigen, dass auch den Kraftfahrzeugführer Verschulden trifft und er überdies ein Kraftfahrzeug benutzt hat.

Dies führt nach der Rechtsprechung dazu, dass ihm zusätzlich die Betriebsgefahr seines Kraftfahrzeugs zugerechnet und sein Haftungsanteil deshalb höher bewertet wird. Dem Verhalten von Nadja Riedling wird aber mindestens ein Drittel des Schadens zuzurechnen sein. Der Schädiger hat somit von den zu ersetzenden Krankenhauskosten in Höhe von 7.264 € zwei Drittel, also 4.842,67 €, zu ersetzen.

8.3 Umfang der Haftung bei mehreren Schädigern

In der Praxis kommt es häufig vor, dass der Geschädigte – oder die AOK als Rechtsnachfolgerin – gegenüber mehreren Personen Schadenersatzansprüche geltend machen kann. Für diesen Fall sieht das Gesetz eine gesamtschuldnerische Haftung aller zum Schadenersatz Verpflichteten vor. Unbedeutend ist dabei, ob diese Verpflichtung auf der Verschuldenshaftung und/oder der Gefährdungshaftung beruht.

§ 840 Abs. 1
BGB

§ 840 Abs. 1 BGB – Haftung mehrerer

Sind für den aus einer unerlaubten Handlung entstehenden Schaden mehrere nebeneinander verantwortlich, so haften sie als Gesamtschuldner.

Gesamtschuldnerische Haftung bedeutet, dass der Gläubiger (Ersatzberechtigte) von jedem der Schuldner (Schädiger) einen entsprechenden Teil der Forderung verlangen kann. Er ist aber auch berechtigt, von einem der Schädiger die gesamte Leistung zu fordern.

§ 421 BGB

9 Übergang von Schadenersatzansprüchen auf die AOK

In der Praxis wird die AOK jedem der Schädiger die Gesamtrechnung übersenden. Aber selbstverständlich kann sie die Leistung nur einmal erhalten. Sämtliche Schädiger bleiben in Höhe der Restschuld bis zur Zahlung der gesamten Ersatzforderung als Gesamtschuldner verpflichtet.

§ 426 BGB

Hat einer der Schädiger voll gezahlt, dann hat dieser die Möglichkeit, von den anderen Schädigern deren Anteil zu verlangen.

Nimmt die AOK bei mehreren Schädigern die Haftpflichtversicherung in Anspruch, mit der sie ein **Teilungsabkommen** abgeschlossen hat, so kann sie den durch die Quote des Teilungsabkommens nicht gedeckten Teil ihrer Aufwendungen auch den Mitschädigern in Rechnung stellen. Die Inanspruchnahme der Zweitschädiger darf aber nicht dazu führen, dass der Abkommenspartner des Teilungsabkommens aufgrund eines Ausgleichsanspruchs der in Anspruch genommenen Zweitschädiger über die vereinbarte Quote hinaus belastet wird. Die Anwendung der in diesem Zusammenhang von der Rechtsprechung entwickelten Grundsätze zum sogenannten Mehrfachregress setzt allerdings voraus, dass im Teilungsabkommen nichts anderes vereinbart worden ist.

In der Einleitung zu diesem Lernbrief sind wir bereits auf die Wechselbeziehungen zwischen Leistungsanspruch einerseits und Schadenersatzanspruch andererseits eingegangen. Der Gesetzgeber hat für den Bereich der Sozialversicherung im SGB X festgelegt, wem im Falle einer Schädigung die Ansprüche gegen den Schädiger zustehen, wenn ein Sozialversicherungsträger dem Geschädigten Leistungen zu erbringen hat.

Der dort geregelte Forderungsübergang setzt den Eintritt eines Schadens voraus, für den ein Dritter nach gesetzlichen Vorschriften (z.B. BGB, StVG, HPfLG) verantwortlich ist.

§ 116 Abs. 1
SGB X

An dem sich dann ergebenden Forderungsübergang sind diejenigen beteiligt, die dem Geschädigten gegenüber leistungspflichtig sind. Das ist neben dem leistungspflichtigen Sozialversicherungsträger auch der Schadenersatzpflichtige. Der Sozialversicherungsträger ist als Rechtsnachfolger des Versicherten der neue Gläubiger. Schuldner ist der Schadenersatzpflichtige, und zwar zunächst gegenüber dem Geschädigten und aufgrund des Forderungsübergangs gegenüber dem Sozialversicherungsträger.

9.1 Zeitpunkt des Übergangs

Die Schadenersatzansprüche gehen kraft Gesetzes in Höhe der erbrachten Leistungen auf die AOK über. Der Forderungsübergang vollzieht sich bereits in dem Zeitpunkt, in dem die Ersatzpflicht des Schädigers ausgelöst wird. Das ist der Augenblick des schädigenden Ereignisses. Es müssen noch keine Leistungen erbracht worden sein. Ausreichend ist, dass die AOK dem Geschädigten Leistungen zu erbringen haben wird.

§ 116 Abs. 1
SGB X,
BGH-Urteil v.
10. 07. 1967
– AZ: III ZR
78/66

§ 116 Abs. 1 Satz 1 SGB X

Der privatrechtliche Schadenersatzanspruch des Geschädigten geht also im Augenblick des Unfalls der Höhe nach insoweit auf die AOK über, als diese wegen des Schadenereignisses verpflichtet ist, zweckidentische Leistungen zu erbringen. Der Ersatzanspruch der AOK ist dabei begrenzt auf die Höhe des dem Geschädigten zustehenden Anspruchs. Da der Schadenersatzanspruch des Geschädigten z.B. bei den Heilungskosten im Allgemeinen in Höhe der Leistungen der AOK besteht, ist diese grundsätzlich berechtigt, vom Schädiger die tatsächlich angefallenen Kosten zu fordern.

9.2 Rechtswirkungen des Übergangs

Der Übergang von Schadenersatzansprüchen auf die AOK umfasst alle AOK-Leistungen, die im Augenblick des Unfalls irgendwie als möglich in Betracht zu ziehen sind. Im Zeitpunkt des schädigenden Ereignisses verliert der Versicherte in Höhe der Leistungen der AOK seine Gläubigerstellung. Damit wechselt die Person des Gläubigers vom Geschädigten auf die AOK.

§ 412 i.V.m. §§ 399 – 404, 406 – 410 BGB

In Höhe des Forderungsübergangs tritt an die Stelle der verletzten Person ihre AOK. Das bedeutet, dass der Anspruch der AOK auch nach dem Rechtsübergang eine bürgerlich-rechtliche Forderung bleibt. Auf diese Forderung sind die BGB-Vorschriften, die sich mit den Rechtswirkungen einer Abtretung (Vertrag) befassen, entsprechend anzuwenden.

Fortsetzung des Lernbeispiels 10 von Seite 112

Die Rentnerin Nadja Riedling wird wegen der Folgen eines Verkehrsunfalls 30 Tage vollstationär behandelt. Die Krankenhauskosten betragen 7.500 € und werden von der AOK in Höhe von 7.360 € übernommen. Nadja Riedling muss sich jedoch auf ihren Schadenersatzanspruch wegen der Krankenhauskosten (nach Ablauf der Zuzahlungspflicht) 96 € häusliche Ersparnisse anrechnen lassen. Außerdem mindert sich ihr Schadenersatzanspruch durch das Mitverschulden auf $(7.360 \text{ €} - 96 \text{ €} - 2.421,33 \text{ €}) = 4.842,67 \text{ €}$.

Kann der Schädiger auch der AOK gegenüber diese Einwände erheben?

§ 404 BGB – Einwendungen des Schuldners

Der Schuldner kann dem neuen Gläubiger die Einwendungen entgegensetzen, die zur Zeit der Abtretung der Forderung gegen den bisherigen Gläubiger begründet waren.

Diese Vorschrift ist im Rahmen des Forderungsübergangs auf die AOK entsprechend anzuwenden. Die AOK muss als Rechtsnachfolgerin des Geschädigten alle Einwendungen (vgl. Punkt 8.2 dieses Leserbriefs) gegen sich gelten lassen, die zum Unfallzeitpunkt bereits begründet waren.

§ 412 BGB

§ 116 Abs. 3 Satz 1 SGB X – Ansprüche gegen Schadenersatzpflichtige

Ist der Anspruch auf Ersatz eines Schadens durch ein mitwirkendes Verschulden oder eine mitwirkende Verantwortlichkeit des Geschädigten begrenzt, geht auf den Versicherungsträger oder Träger der Sozialhilfe von dem nach Abs. 1 bei unbegrenzter Haftung übergehenden Ersatzanspruch der Anteil über, welcher dem Vmhundertsatz entspricht, für den der Schädiger ersatzpflichtig ist.

Ein Mitverschulden der geschädigten Person verringert anteilmäßig die Höhe des Forderungsübergangs auf die AOK. Die AOK erhält ihre der geschädigten Person erbrachten Leistungen in Höhe der Haftungsquote ersetzt.

Zum Lernbeispiel 10

Zeitpunkt des Forderungsübergangs war hier der Augenblick des Unfalls. In diesem Moment waren die Einwendungen hinsichtlich der Anrechnung von Vorteilen und des Mitverschuldens grundsätzlich bereits begründet. Deshalb muss auch die AOK diesen Einwand akzeptieren. In Höhe der häuslichen Ersparnisse und des Mitverschuldens steht ihr demnach kein Schadenersatzanspruch zu. Die nach Abzug der häuslichen Ersparnisse verbleibenden Krankenhauskosten von (7.360 € – 96 € =) 7.264 € erhält die AOK in Höhe der Haftungsquote ersetzt. Die Forderung beträgt mithin (2/3 von 7.264 € =) 4.842,67 €.

Merke

Die AOK muss als Rechtsnachfolgerin des Geschädigten alle Einwendungen gegen sich gelten lassen, die im Unfallzeitpunkt bereits begründet waren.

9.3 Umfang des Übergangs

Fortsetzung des Lernbeispiels 10 von Seite 112

Nadja Riedling ist bei dem Verkehrsunfall so schwer verletzt worden, dass ihr der Schädiger auch ein angemessenes Schmerzensgeld zahlen muss. Außerdem ist bei dem Unfall ihr Mantel beschädigt worden. Ihr steht also auch Anspruch auf Ersatz des Sachschadens zu.

Welche Ansprüche werden vom Anspruchsübergang nicht erfasst?

In welchem Umfang die privatrechtlichen Schadenersatzansprüche des Geschädigten auf die AOK übergehen, bestimmt das Gesetz durch die folgende Aussage:

§ 116 Abs. 1 Satz 1 SGB X

„... soweit dieser aufgrund des Schadensereignisses Sozialleistungen zu erbringen hat, die der Behebung eines Schadens der gleichen Art dienen und sich auf denselben Zeitraum wie der vom Schädiger zu leistende Schadenersatz beziehen“.

Die Schadenersatzansprüche des Geschädigten wegen

- der Heilungskosten,
- der vermehrten Bedürfnisse und
- des Erwerbsschadens (Verdienstaufschaden)

gehen also nicht in ihrer Gesamtheit auf die AOK über.

Übergangsfähig sind sie nur insoweit, als die AOK wegen desselben Schadenereignisses dem gleichen Zweck entsprechende Sozialleistungen zu erbringen hat. Dies bezeichnet man als Kongruenz (Deckungsgleichheit) der Ansprüche.

Voraussetzung ist somit, dass der Schadenersatzanspruch gegen den Ersatzpflichtigen und der Leistungsanspruch gegen die AOK auf derselben Ursache beruhen. Man spricht dabei von der Identität des Leistungsanlasses. Vom Forderungsübergang werden folglich nur solche Schadenereignisse erfasst, die privatrechtliche Schadenersatzansprüche begründen und zugleich die Leistungspflicht der AOK auslösen.

Beerdigungskosten (vgl. Kapitel 8.1.3) sind vom Anspruchsübergang nicht erfasst, da die kongruente Leistung „Sterbegeld“ nicht mehr zu den Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung gehört.

Kongruenz der Ansprüche

- Identität des Leistungsanlasses
- sachliche Kongruenz (Gleichartigkeit)
- zeitliche Kongruenz (Gleichzeitigkeit)

Zum Lernbeispiel 10 von Seite 117

Die AOK übernimmt zwar die Krankenhauskosten, erbringt aber keine Leistungen, die dem Anspruch auf Ersatz des Sachschadens oder auf Schmerzensgeld sachlich gleichartig sind. Diese Ansprüche werden deshalb vom Anspruchsübergang nicht erfasst.

9.3.1 Sachliche und zeitliche Kongruenz der Ansprüche

Die sachliche Kongruenz (Gleichartigkeit) zwischen den Leistungen der AOK und den Ansprüchen des Geschädigten ist Voraussetzung für den Anspruchsübergang. Deshalb kann die AOK Ersatz der Kosten der Krankenhausbehandlung fordern. Gleiches gilt für die Kosten einer notwendigen Krankenbehandlung. Diese Leistungen entsprechen nämlich dem Anspruch der geschädigten Person auf Ersatz der Heilungskosten.

Zahlt die AOK einer versicherten Person Krankengeld, so ist diese Leistung dem Erwerbsschadenanspruch der versicherten Person sachlich gleichartig. Krankengeld wird maximal in Höhe des Nettoarbeitsentgelts gezahlt. Ist das Krankengeld niedriger als der Verdienstaufschaden, kann der AOK-Kunde bzw. die Kundin den Differenzbetrag vom Schädiger fordern. In Höhe des Verdienstaufschadens (maximal in Höhe des Krankengeldes) gehen die Ansprüche auf die AOK über. In der Regel wird der Schädiger der AOK das volle Krankengeld ersetzen müssen.

Neben der sachlichen Kongruenz ist auch die zeitliche Kongruenz des Schadenersatzanspruchs und der entsprechenden Versicherungsleistung Voraussetzung für den Forderungsübergang. Das ist aber nur bei solchen Leistungen bedeutsam, die für eine bestimmte Dauer erbracht werden. Vereinfacht dargestellt bedeutet die zeitliche Kongruenz, dass der Schädiger z.B. das gezahlte Krankengeld nur für solche Zeiten ersetzen muss, für die dem Geschädigten ein Erwerbschadenanspruch zusteht.

9.3.2 Beschränkungen des Übergangs bei Mitverschulden oder mitwirkender Verantwortlichkeit

Wir haben in Punkt 8.2.3 und Punkt 9.2 dieses Lernbriefs bereits aufgezeigt, dass sich im Fall eines Mitverschuldens des Geschädigten dessen Schadenersatzanspruch entsprechend mindert und sich die Kürzung dieses Schadenersatzanspruchs auch auf den Forderungsübergang auswirkt.

§ 116 Abs. 3 Satz 1 SGB X Wir wollen hierauf nochmal besonders eingehen, da der Gesetzgeber mit der Regelung in § 116 Abs. 3 Satz 1 SGB X vorgeschrieben hat, dass Geschädigter und AOK den Schadenersatzanspruch anteilig und gleichrangig geltend machen können. Der vom Schädiger entsprechend seiner Haftungsquote zu zahlende Schadenbetrag wird also auf die AOK und den Geschädigten aufgeteilt. Die AOK erhält ihre (dem geschädigten Versicherten) erbrachten Leistungen in Höhe der Haftungsquote ersetzt.

Ist der Schaden des Kunden bzw. der Kundin höher als die AOK-Leistung, dann entsteht der verletzten Person in Höhe der Differenz zwischen dem Gesamtschaden und der AOK-Leistung noch ein Restschaden. Diesen Restschaden bekommt der Geschädigte ebenfalls in Höhe der Haftungsquote ersetzt. Im Allgemeinen kann hiernach der Anteil der AOK nach der Faustregel

übergangsfähige Leistung x
Haftungsquote = Anteil der AOK

ermittelt werden.

Beispiel

Bei einem Verkehrsunfall im Juli ist der Versicherte der AOK, Gerhard Feldkamp, verletzt worden. Wegen der Verletzungsfolgen ist er längere Zeit arbeitsunfähig. Sein Erwerbsschadenanspruch (Nettoarbeitsentgelt) beträgt 6.000 €. Dieser wird wegen seines Mitverschuldens von 40 % auf 3.600 € gekürzt. Die AOK hat Gerhard Feldkamp wegen der unfallbedingten Arbeitsunfähigkeit für den gleichen Zeitraum insgesamt 4.800 € Krankengeld gezahlt.

Folge

Die AOK erhält das gezahlte Krankengeld in Höhe von 4.800 € in Höhe der Haftungsquote ersetzt; ihre Forderung beträgt mithin 2.880 € (60 % von 4.800 €). Dem Geschädigten stehen 60 % seines Restschadens in Höhe von 1.200 € zu. Das sind 720 €. Der vom Schädiger zu leistende Ersatz beträgt insgesamt 3.600 €. Das sind 60 % (Haftungsquote) des Gesamtschadens von 6.000 €.

Merke

Ein Mitverschulden der geschädigten AOK-Kundschaft verringert anteilmäßig die Höhe des Forderungsübergangs auf die AOK.

9.4 Höhe des Ersatzanspruchs

§ 116 Abs. 1 Satz 1 SGB X Der Schadenersatzanspruch des Geschädigten geht der Höhe nach nur insoweit auf die AOK über, als diese wegen des Schadens verpflichtet ist, zweckidentische Sozialleistungen zu erbringen. Der Ersatzanspruch der AOK ist also einerseits begrenzt durch die Höhe des dem geschädigten Versicherten zustehenden Leistungsanspruchs; andererseits muss die AOK Minderungen des Ersatzanspruchs hinnehmen, die sich aus einer gesetzlichen Begrenzung des Schadenersatzanspruchs des Versicherten ergeben (vgl. Punkt 9.2 und 9.3 dieses Lernbriefs).

In der Praxis werden Sie zunächst davon ausgehen können, dass der geschädigten Person mindestens in Höhe der erbrachten Leistungen ein Schadenersatzanspruch entstanden ist und der Schädiger deshalb in Höhe dieser Leistungen schadenersatzpflichtig ist. Grundsätzlich hat der Schädiger also alle durch das Schadenereignis verursachten Kosten zu ersetzen.

Der Schädiger ist nicht berechtigt, die Höhe der von der AOK mit den Leistungserbringern ausgehandelten Benutzungsentgelte (z.B. Kosten des Rettungsdienstes) unter dem Gesichtspunkt, das für die Rettungsfahrt gezahlte Benutzungsentgelt entspreche nicht dem Wirtschaftlichkeitsgebot, anzuzweifeln; eine diesbezügliche Überprüfung durch einen im Wege der Schadenersatzpflicht mittelbar hiervon Betroffenen ist grundsätzlich nicht zulässig.

BGH-Urteil v. 29. 06. 2004, VersR 2004 S. 1189

9.4.1 Nichtstationäre ärztliche Behandlung sowie Arznei- und Verbandmittel

Bei der Abrechnung der Kosten für nichtstationäre ärztliche Behandlung und Versorgung mit Arznei- und Verbandmitteln sieht das Gesetz aus Vereinfachungsgründen eine Pauschalierung vor. Für diesen Teil der Krankenbehandlung kann die AOK einen Pauschbetrag in Höhe von 5 % der monatlichen Bezugsgröße für jeden Schadensfall ansetzen. Für Schadensfälle, die im Jahr 2025 eintreten, beträgt somit der Pauschbetrag 187,25 € (5 % von 3.745,00 €) bundesweit. Die AOK kann selbstverständlich auch nachgewiesene höhere Kosten fordern. Verlangt die AOK zunächst den Pauschbetrag unter dem Vorbehalt späterer Nachberechnung, tritt keine Beschränkung auf den Pauschbetrag ein.

§ 116 Abs. 8 SGB X, § 18 SGB IV

Das heißt, wenn später noch höhere Kosten aufgetreten sind, kann sie diese noch nachfordern, obwohl sie bereits die Pauschale erhalten hat.

Merke

Weist die AOK keine höheren Aufwendungen für ambulante ärztliche Behandlung sowie für Arznei- und Verbandmittel nach, dann erhält sie je Schadensfall 5 % der monatlichen Bezugsgröße.

Pauschalierungsfähig sind nur die genannten Aufwendungen. Alle anderen Leistungen sind dagegen in Höhe der tatsächlichen Kosten abzurechnen.

§ 116 Abs. 8, Abs. 3 Satz 1 SGB X

Bei der Berechnung des Pauschbetrags ist selbstverständlich ein Mitverschulden oder eine mitwirkende Verantwortlichkeit des Geschädigten zu berücksichtigen. § 116 Abs. 8 SGB X verweist insoweit auch ausdrücklich auf Abs. 3. Hat also der Geschädigte den Unfall mitverschuldet, dann vermindert sich der pauschale Ersatz um den entsprechenden Anteil.

9.4.2 Abrechnung der Kosten vollstationärer Behandlung

Übernimmt die AOK für einen Kunden bzw. eine Kundin wegen unfallbedingter Schadenfolgen die Kosten der vollstationären Behandlung, sind die Aufwendungen, wie Sie bereits wissen, um die häuslichen Ersparnisse zu vermindern. Zugleich steht der AOK aber in bestimmten Fällen ein entsprechender Ausgleich aus dem Erwerbsschadenanspruch der versicherten Person zu.

Nach ständiger Rechtsprechung dienen nämlich die Aufwendungen der AOK für die Krankenhausbehandlung bis zur Höhe der häuslichen Ersparnisse demselben Zweck, wie der vom Schädiger zu leistende Schadenersatz wegen des Verdienstaufschlags. Deshalb geht insoweit der Anspruch des Geschädigten auf Ersatz des Erwerbsschadens auf die AOK über. Der Anspruch der AOK ist vorrangig vor dem des Arbeitgebers, auf den die Schadenersatzansprüche des geschädigten Arbeitnehmers erst im Zeitpunkt der Entgeltfortzahlung übergehen. Schadenbedingt wird das Arbeitsentgelt in der Regel erst nach dem Unfall weitergezahlt. Am Unfalltag aber sind die Ansprüche bereits auf die AOK übergegangen.

§ 6 Abs. 1 EntgFG

Beispiel

Am Abend des 19. 09. wird Wolfgang Winter bei einem Verkehrsunfall verletzt. Wegen der Unfallfolgen wird er vollstationär behandelt. Die AOK übernimmt die Kosten der Krankenhausbehandlung. Für die Zeit der unfallbedingten Arbeitsunfähigkeit zahlt der Arbeitgeber das Arbeitsentgelt mit der nächsten Gehaltszahlung am 05. 10. weiter.

Folge

Die AOK kann vom Schädiger Ersatz der gesamten Krankenhauskosten fordern. Werden nämlich bei den Krankenhauskosten häusliche Ersparnisse in Abzug gebracht, ist dieser Betrag dem Erwerbsschadenanspruch sachlich kongruent. Dieser aber ist bereits am 19. 09. – zum Unfallzeitpunkt – auf die AOK übergegangen. Auf den Arbeitgeber gehen am 05. 10. somit die Schadenersatzansprüche abzüglich der bevorrechtigten Forderung der AOK über.

Sofern Wolfgang Winter in dem genannten Beispiel eine Zuzahlung an das Krankenhaus entrichten muss, werden die häuslichen Ersparnisse zunächst auf diesen Zuzahlungsbetrag angerechnet. In diesem Fall wird die AOK nur mit den verbleibenden häuslichen Ersparnissen belastet und kann folglich nur diesen Betrag aus dem Erwerbsschadenanspruch geltend machen.

Steht dem Geschädigten (z.B. einem Rentner) ein Erwerbsschadenanspruch nicht zu, muss auch er sich zunächst die häuslichen Ersparnisse auf seinen Ersatzanspruch in Höhe des Zuzahlungsbetrags anrechnen lassen. Die AOK hat auch in diesem Fall nur die verbleibenden häuslichen Ersparnisse gegen sich gelten zu lassen. Ein Rückgriff beim Erwerbsschadenanspruch ist allerdings in diesem Fall nicht möglich. Die AOK bleibt deshalb mit den noch anzurechnenden häuslichen Ersparnissen endgültig belastet.

9.4.3 Abrechnung von Geldleistungen

Voraussetzung für die Abrechnung des Krankengelds ist, dass der geschädigten Person ein Ersatzanspruch für Erwerbsschäden mindestens in dieser Höhe zusteht. Zu ersetzen hat der Schädiger stets das Bruttokrankengeld. Die vom Krankengeld einbehaltenen Anteile an den Beiträgen zur Renten- und Pflegeversicherung sowie zur Arbeitsförderung kann die versicherte Person als adäquat verursachten Folgeschaden selbst beim Schädiger geltend machen.

Übergangsfähig sind nach ausdrücklicher gesetzlicher Vorschrift neben dem Krankengeld auch die Beiträge, die von Sozialleistungen zu zahlen sind. Damit sind die Trägeranteile gemeint, die die AOK als Folge der Beitragspflicht von Sozialleistungen an die zuständigen Träger überweisen muss. Diese Beiträge gehören also zu den Sozialleistungen, die der Versicherungsträger zur Behebung des dem Versicherten entstandenen Schadens zu erbringen hat, und werden deshalb von dem gesetzlichen Forderungsübergang mit erfasst.

§ 116 Abs. 1
Satz 2 Nr. 1
SGB X

9.4.4 Entgangene Krankenversicherungsbeiträge

Wird ein Kunde bzw. eine Kundin wegen eines Schadensfalls arbeitsunfähig, so steht ihm nach Ablauf der Entgeltfortzahlung Krankengeld zu, wenn die dafür geforderten Voraussetzungen vorliegen. Der Schädiger hat den Ausgleich zu leisten: Die AOK erhält das gezahlte Krankengeld ersetzt sowie die darauf entfallenden Beiträge zur Renten- und Pflegeversicherung sowie zur Arbeitsförderung und die versicherte Person einen eventuellen

§ 116 Abs. 1
Satz 2 Nr. 1
SGB X

- § 224 Abs. 1 SGB V Restschaden. Nun sieht das SGB vor, dass für die Dauer des Krankengeldbezugs keine Beiträge zur Krankenversicherung zu entrichten sind. Wäre es richtig, wenn auch dem Schädiger dieser Vorteil der Beitragsfreiheit zugute käme?
- § 224 Abs. 2 SGB V Der Gesetzgeber hat diesen Konflikt im Interesse der Krankenkassen gelöst. Er hat gesetzlich festgelegt, dass durch die Beitragsfreiheit ein Anspruch auf Schadenersatz nicht ausgeschlossen oder gemindert wird. Damit keine Zweifel aufkommen, ist auch die Rechtsgrundlage für den Anspruchsübergang erweitert worden.
- § 116 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB X Zu den auf die AOK übergehenden Schadenersatzansprüchen gehören hiernach auch die Beiträge zur Krankenversicherung, die für die Dauer des Anspruchs auf Krankengeld ohne Rücksicht auf die Beitragsfreiheit zu zahlen wären. Bei diesem Anspruch auf Ersatz entgangener Krankenversicherungsbeiträge kommt es deshalb nicht darauf an, ob und in welcher Höhe der geschädigte Versicherte einen Schaden im Sinne einer finanziellen Einbuße tatsächlich erlitten hat. Es wird vielmehr unterstellt, dass dem Geschädigten fiktive Schadenersatzansprüche in Höhe der an die AOK zu zahlenden Beiträge entstanden sind.

Die Höhe der vom Schädiger zu fordernden Krankenversicherungsbeiträge ist abhängig vom mutmaßlichen Bruttoarbeitsentgelt des Geschädigten, also dem Entgelt, das er ohne das Schadenereignis erzielt hätte. In der Praxis wird dies vereinfacht: Die AOK berechnet die Beiträge auf der Basis des Arbeitsentgelts, das Grundlage für die Berechnung des Krankengeldes war.

Beispiel

Bruttoarbeitsentgelt für die Krankengeldberechnung: 2.600 €

Krankengeld (90 % des Nettoarbeitsentgelts) monatlich: 1.710 €

allgemeiner Beitragssatz: 14,6 %
(zzgl. durchschnittlicher Zusatzbeitragssatz 2,5 %)

Berechnung der Krankenversicherungsbeiträge für einen vollen Kalendermonat:

$$\frac{2.600 \text{ €} \times 17,1 \%}{100} = 444,60 \text{ €}$$

Folge

Der Schädiger hat zunächst das Bruttokrankengeld in Höhe von 1.710 € und die darauf entfallenden Trägeranteile an den Beiträgen zur Renten- und Pflegeversicherung sowie zur Arbeitsförderung zu ersetzen. Darüber hinaus muss er die entgangenen Krankenversicherungsbeiträge in Höhe von 444,60 € an die AOK zahlen.

9.5 Forderungsübergang bei Schädigung zwischen Familienangehörigen (Personen in häuslicher Gemeinschaft)

Auch wenn ein Schädiger einem seiner Familienangehörigen (Ehegatte, Verwandte und Verschwägerter) einen Schaden zugefügt hat, entstehen grundsätzlich privatrechtliche Schadenersatzansprüche. Allerdings ist die Haftung in der Regel eine gemilderte, soweit sie das Verhältnis der Ehegatten untereinander oder das zwischen Eltern und Kindern betrifft.

§§ 1359, 1664 BGB

- BGH-Urteil v. 10. 07. 1974 – AZ: IV ZR 212/72
- Der mildere Haftungsmaßstab gilt nur, wenn der Schadenersatzanspruch gegenüber einem Familienangehörigen auf der Verletzung familiärer Pflichten beruht. Haftungsbeschränkungen aufgrund der ehelichen Lebensgemeinschaft kommen aber dann nicht in Betracht, wenn z.B. ein Ehegatte dem anderen durch Verstoß gegen die Vorschriften des Straßenverkehrs Schaden an seiner Gesundheit zufügt.
- BGH-Urteil v. 24. 03. 2009, VersR 2009 S. 840
- Gründe, die bei Unfällen im Straßenverkehr den milderen Haftungsmaßstab ausschließen, sind auch bei einem Unfall mit einem Motorboot von vergleichbarer Gefährlichkeit zu berücksichtigen. Auch wenn es sich um die gemeinsame Ausübung von Freizeitsport im Rahmen der ehelichen Lebensgemeinschaft handelt, kommt nach Auffassung des BGH eine Haftungsmilderung nach § 1359 BGB in diesen Fällen nicht in Betracht.
- § 116 Abs. 6 Satz 1 SGB X
- Ob wegen dieser Sondervorschriften im BGB eine Schadenersatzpflicht tatsächlich besteht, ist von der AOK normalerweise nicht zu prüfen. Die privatrechtlichen Schadenersatzansprüche gehen immer dann nicht auf die AOK über, wenn der schädigende Familienangehörige
- nicht vorsätzlich gehandelt hat und
 - er mit dem geschädigten Familienangehörigen im Zeitpunkt des Schadenereignisses in häuslicher Gemeinschaft lebte.

Beispiel

Monika Strathoff besucht mit ihrer vierjährigen Tochter Judith einen Supermarkt. Während des Einkaufs läuft Judith unbemerkt nach draußen und spielt dort auf dem Gehweg mit einem Ball. Als dieser auf die Fahrbahn rollt und Judith dem Ball nachläuft, wird sie von einem Radfahrer angefahren und verletzt. Nach dem Unfallhergang trifft den Radfahrer kein Verschulden. Die Mutter von Judith hat durch ihre Nachlässigkeit grob fahrlässig ihre Aufsichtspflicht verletzt. Judith erhält wegen der Verletzungsfolgen Leistungen von der AOK.

Folge

Monika Strathoff ist ihrer Tochter Judith wegen der Aufsichtspflichtverletzung nach § 823 Abs. 1 BGB zum Schadenersatz verpflichtet. Ihre Tochter ist jedoch Familienangehörige und lebt mit ihrer Mutter in einem gemeinsamen Haushalt (häusliche Gemeinschaft). Die Mutter hat den Schaden nicht vorsätzlich verursacht. Die privatrechtlichen Schadenersatzansprüche gehen daher nicht auf die AOK über.

Grundgedanke dieser „Haftungsbegünstigung“ ist die Vermeidung von Störungen des Familienfriedens. Außerdem soll verhindert werden, dass die AOK mit der einen Hand die Leistungen gibt und diese mit der anderen Hand zurückfordert. Mittelbar würde durch ein solches Verhalten auch der geschädigte Leistungsempfänger belastet. Die in häuslicher Gemeinschaft lebenden Familienangehörigen bilden in aller Regel auch vermögensmäßig und wirtschaftlich eine Einheit, die nicht durch Eingriffe der an sich rückforderungsberechtigten AOK gestört werden darf.

§ 11 Abs. 1,
§ 20a LPartG

Das Familienprivileg gilt auch für Paare gleichen Geschlechts, die eine Lebenspartnerschaft nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) begründet haben und keinen Antrag gestellt haben, ihre Lebenspartnerschaft in eine Ehe umzuwandeln.

BGH-Urteil v.
15. 01. 1980,
VersR 1980
S. 644–645

Ist der Forderungsübergang einmal ausgeschlossen, dann bleibt es dabei. Es genügt, dass die Voraussetzungen für den Ausschluss des Forderungsübergangs im Zeitpunkt des Unfalls bestanden haben. Der Ausschluss wirkt also selbst dann fort, wenn die im Zeitpunkt des Schadenereignisses bestehende Angehörigeneigenschaft oder die häusliche Gemeinschaft später entfallen.

Merke

Privatrechtliche Schadenersatzansprüche gehen nicht auf die AOK über, wenn zum Unfallzeitpunkt der Schädiger

- ein mit dem Geschädigten in häuslicher Gemeinschaft lebender Familienangehöriger ist und
- er den Schaden nicht vorsätzlich verursacht hat.

Was aber ist in dem Fall, wenn der Schädiger erst nach dem Eintritt des Schadenereignisses mit dem Geschädigten die Ehe geschlossen oder eine Lebenspartnerschaft begründet hat und die häusliche Gemeinschaft begründet hat? In diesem Fall kann der bereits im Zeitpunkt des Unfalls übergegangene privatrechtliche Schadenersatzanspruch nicht mehr geltend gemacht werden. Diese Regelung verbietet also die Geltendmachung bzw. Verwirklichung des Schadenersatzanspruchs, der bereits im Zeitpunkt des Schadenereignisses übergegangen war.

§ 116 Abs. 6
Satz 2
SGB X

Beispiel

Nicola Ziller und Roland Sänger sind bereits seit längerer Zeit verlobt, leben aber noch jeweils im Haushalt ihrer Eltern. Am 27. 08. verunglücken beide in dem Pkw von Roland Sänger. Nicola Ziller wird dabei verletzt. Die AOK, bei der Nicola Ziller Kundin ist, erbringt ihr die nach dem SGB zustehenden Leistungen. Roland Sänger ist seiner Verlobten nach dem BGB schadenersatzpflichtig. Am 30. 09. heiraten Nicola Ziller und Roland Sänger und begründen eine häusliche Gemeinschaft.

Folge

Am 27. 08., dem Unfalltag, gehen die privatrechtlichen Schadenersatzansprüche von Nicola Ziller gegen ihren Verlobten auf die AOK über. Da beide am 30. 09. die Ehe schließen und eine häusliche Gemeinschaft begründen, kann die AOK die übergegangenen Schadenersatzansprüche nicht mehr geltend machen.

Bei einer vorsätzlichen Schädigung durch einen mit dem geschädigten Familienangehörigen in häuslicher Gemeinschaft lebenden Schädiger gehen allerdings die privatrechtlichen Schadenersatzansprüche auf die AOK über. Bei Vorsatz ist auch eine Geltendmachung des Schadenersatzanspruchs bei nachträglicher Eheschließung oder Verpartnerung nicht ausgeschlossen.

Darüber hinaus gehen seit 01. 01. 2021 auch bei einem KFZ-Unfall die privatrechtlichen Schadenersatzansprüche bis zur Höhe der zur Verfügung stehenden Versicherungssumme

aus der KFZ-Haftpflichtversicherung des Fahrzeughalters auf die AOK über, wenn der Schädiger mit dem Geschädigten in häuslicher Gemeinschaft lebt. Diese Änderung erfolgte durch das 7. SGB IV-Änderungsgesetz und ist für alle KFZ-Unfälle ab 01. 01. 2021 anzuwenden.

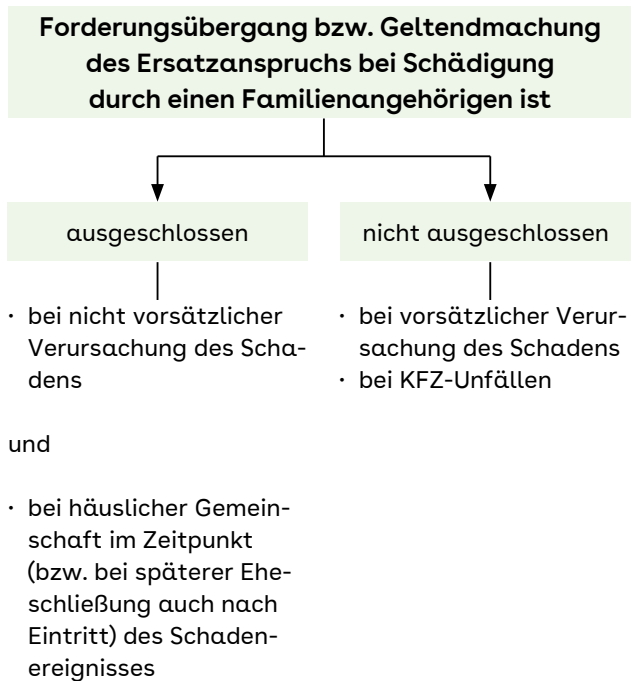
Beispiel

Die zehnjährige Melanie fährt am 10. 04. 2021 ordnungsgemäß angeschnallt als Beifahrerin im Auto ihrer Mutter mit. Aufgrund Unachtsamkeit kommt die Mutter von der Straße ab und fährt gegen einen Baum. Melanie erleidet ein schweres Schleudertrauma und muss stationär behandelt werden. Die Kosten übernimmt die AOK.

Folge

Die Mutter ist ihrer Tochter nach § 7 Abs. 1, § 18 Abs. 1 StVG sowie nach § 823 Abs. 1 BGB zum Schadenersatz verpflichtet. Ihre Tochter ist jedoch Familienangehörige und lebt mit Ihrer Mutter in einem gemeinsamen Haushalt (häusliche Gemeinschaft). Die Mutter hat den Schaden nicht vorsätzlich verursacht. Die privatrechtlichen Schadenersatzansprüche nach § 823 Abs. 1 BVG gehen daher nicht auf die AOK über. Ausnahme: Die Schadenersatzansprüche nach den §§ 7 Abs. 1 und 18 Abs. 1 StVG. Sie gehen auf die AOK über. Diese kann jetzt gegenüber der Kfz-Versicherung der Mutter einen Schadenersatzanspruch bis zur Höhe der dort zur Verfügung stehenden Versicherungssumme geltend machen.

10 Durchsetzung von Ansprüchen nach § 116 SGB X



Nur verhältnismäßig selten besteht von Anfang an Übereinstimmung zwischen der AOK und dem Schädiger bzw. dessen Haftpflichtversicherung über den Grund und die Höhe der Schadenersatzpflicht. Schadenersatzpflichtige Privatpersonen neigen dazu, ihre Verantwortlichkeit zu bestreiten, und auch Haftpflichtversicherer versuchen oft, selbst offensichtlich begründete Ansprüche zunächst einmal abzuwehren. Folglich ist die Haftung in den meisten Schadensfällen zunächst streitig. Hier ist es Aufgabe des Sachbearbeiters bzw. der Sachbearbeiterin, den Schädiger mit sachlich zutreffenden Argumenten von seiner Schadenersatzpflicht zu überzeugen.

10.1 Abwicklung bei unstreitiger Haftung

Wenn hier von der Schadenabwicklung bei unstreitiger Haftung gesprochen wird, dann sind vor allem solche Fälle gemeint, in denen ohne besondere Sachaufklärung von vornherein eine andere Möglichkeit als die volle Schadenersatzpflicht des Schädigers ausscheidet. Gemeint sind aber selbstverständlich auch solche Fälle, in denen Übereinstimmung über den Grund und die Höhe der Schadenersatzpflicht erzielt wird.

Beispiel

Der fünfjährige Toni Rohleder wird beim Spielen von einem Hund gebissen. Es handelt sich nicht um ein Tier, das dem Beruf, der Erwerbstätigkeit oder dem Unterhalt des Tierhalters dient.

§ 833 Satz 1,
§ 828 Abs. 1
BGB

Folge

Die Haftung des Hundehalters ist unzweifelhaft gegeben. Auch ein Verhalten des fünfjährigen Toni Rohleder könnte die Schadenersatzpflicht nicht mindern, da er nicht schulfähig ist. Die Überzeugungskraft der Argumente des AOK-Sachbearbeiters dürfte hier dazu führen, dass über den Grund und auch über die Höhe der Schadenersatzpflicht Übereinstimmung erzielt wird. Hier sind Sie gefordert.

10.1.1 Zahlung oder Schuldanerkenntnis

§ 212 Abs. 1
Nr. 1, § 781,
§ 202 Abs. 2
BGB

Bei unstreitiger Haftung werden die meisten Fälle durch Zahlung erledigt. Die Zahlung stellt zugleich ein Anerkenntnis dar, das zu einem Neubeginn der Verjährung führt. Probleme tauchen allerdings dann auf, wenn der Schädiger z.B. ein Minderjähriger ist, der über keinerlei Einkünfte verfügt. Für diesen Fall sollte ein unwiderrufliches vertragliches Schuldanerkenntnis gefordert und zugleich vereinbart werden, dass auf die Einrede der Verjährung verzichtet wird.

Beispiel

Der 15-jährige Holger Hagenkamp fährt mit seinem Fahrrad auf dem Gehweg. Durch Unachtsamkeit fährt er dabei die Hausfrau Bettina Henning an, die einen Oberschenkelhalsbruch erleidet und stationär behandelt werden muss. Die AOK übernimmt die Kosten des Schadensfalls in Höhe von rund 30.000 €. Holger Hagenkamp ist schadenersatzpflichtig. Seine Eltern haben ihre Aufsichtspflicht nicht verletzt und können deshalb nicht in Anspruch genommen werden. Die Eltern haben für sich und ihre Kinder keine private Haftpflichtversicherung abgeschlossen. Holger Hagenkamp verfügt über keinerlei Einkünfte.

§ 823 BGB

Folge

Holger Hagenkamp hat der AOK ihre Aufwendungen in Höhe von rund 30.000 € zu ersetzen. Dazu ist er wahrscheinlich nicht in der Lage. Die Eltern müssen diese Kosten auch im Rahmen ihrer Unterhaltspflicht nicht übernehmen. Die AOK müsste ihre Forderung zur Vermeidung einer eintretenden Verjährung beim Landgericht einklagen. Hier besteht Anwaltszwang. Holger Hagenkamp müsste sich also anwaltlich vertreten lassen. Diese Kosten und auch die der AOK für die Rechtsverfolgung entstehenden Kosten würde er folglich zusätzlich tragen müssen. Um ihn nicht auch mit diesen zusätzlichen Kosten zu belasten, sollte mit ihm ein unwiderrufliches Schuldanerkenntnis und zugleich vereinbart werden, dass auf die Einrede der Verjährung verzichtet wird.

§ 781 BGB

Ein Schuldanerkenntnis ist ein Vertrag, der der Schriftform bedarf. Da Minderjährige nicht vertragsfähig sind, bedarf ein solcher Vertrag der Einwilligung der gesetzlichen Vertreter. Diese sollten sich entsprechend beraten lassen und den Schuldanerkenntnisvertrag für ihr minderjähriges Kind unterschreiben, um diesem weitere Kosten zu ersparen. Dazu müssten die Eltern zunächst davon überzeugt werden, dass die Haftung dem Grunde und der Höhe nach unstreitig ist. Der Schuldanerkenntnisvertrag ist dann sowohl vom Schuldner (bei Minderjährigen vom gesetzlichen Vertreter) als auch von der AOK als Gläubiger zu unterschreiben.

Als Schuldanerkenntnis in dem vorstehenden Sinne ist nur das so genannte konstitutive (schuld begründende) Schuldanerkenntnis anzusehen. Es zielt darauf ab, eine vom Grundverhältnis der Beteiligten losgelöste selbstständige Verpflichtung zu begründen. Deshalb wird auch nicht auf den konkreten Schadensfall Bezug genommen, weil dann möglicherweise der Vertrag nur als schuldbestätigendes, nicht aber als schuld begründendes Anerkenntnis anzusehen ist.

Weshalb sollte die AOK ein konstitutives Schuldanerkenntnis vereinbaren und weshalb ist dieses einem nur deklaratorischen, also lediglich den Anspruch bestätigenden Schuldanerkenntnis vorzuziehen? Für beide gilt zwar nur die dreijährige Verjährungsfrist (vgl. Punkt 14 dieses Lernbriefs); ein konstitutives Schuldanerkenntnis kann aber später – von Ausnahmen abgesehen – nicht mehr mit Einwendungen tatsächlicher oder rechtlicher Art angefochten werden. Es stellt einen selbstständigen Schuldgrund dar. Hat sich die wirtschaftliche Situation des Schädigers später so gebessert,

dass er die Forderung, wenn auch nur ratenweise, begleichen kann, verweigert er aber dennoch die Zahlung, so kann die AOK aufgrund des ihr vorliegenden Schuldanerkenntnisses eine Leistungsklage einreichen.

Mündliche Schuldanerkenntnisse von Unfallbeteiligten sind, einmal abgesehen von der fehlenden Schriftform, nichtig, weil oftmals der Rechtsbindungswille des Unfallbeteiligten fehlt. Diese Äußerungen zur Verursachung oder zum Verschulden des Unfalls sind meist durch die Aufregung nach dem Unfall veranlasst und nicht Ausdruck des Willens eine rechtsverbindliche Erklärung abzugeben.

Urteil des OLG Hamm v. 02. 02. 2023; AZ: I-7 U 121/22

Beispiel

Robin Helmert ist mit seiner Nachbarin zum Tanzen verabredet. Nachdem er ein Paar Bier getrunken hat, überredet er seine Nachbarin, mit ihm zu tanzen. Bei einem schnellen Disco Fox stürzen beide, wobei Robin Helmert auf die am Boden liegende Nachbarin stürzt und sie dadurch einen Beckenbruch erleidet. Die AOK übernimmt die Kosten des Schadensfalls in Höhe von 15.000 €. Die Nachbarin verlangt von Robin Helmert Schadenersatz und verweist dabei auf die nach dem Sturz von Robin Helmert getroffene Aussage „Ich zeige mich auf jeden Fall an, wenn irgendetwas ist“.

Folge

Robin Helmert hat die Aufwendungen der AOK in Höhe von 15.000 € nicht zu ersetzen. Die Erklärung von Robin Helmert „Ich zeige mich auf jeden Fall an, wenn irgendetwas ist“ stellt mangels erkennbarem Rechtsbindungswillen kein Schuldanerkenntnis dar. Darüber hinaus fehlt es an der Schriftform. Auch hat die Nachbarin keinen Anspruch aus Verschulden nach § 823 Abs. 1 BGB oder § 823 Abs. 2 BGB i.V. mit § 229 StGB. Beide Anspruchsgrundlagen setzen voraus, dass Robin Helmert durch sein schuldhaftes Verhalten die Verletzung seiner Nachbarin herbeigeführt hat. Diesen Beweis kann die Nachbarin nicht erbringen. Auch hat die Nachbarin in das mit dem Tanz eines schnellen Disco Fox einhergehenden Risikos eingewilligt und hat freiwillig über eine längere Zeit mit Robin Helmert getanzt.

§ 202 Abs. 2
BGB

Da auch bei vorliegendem Schuldanerkenntnis die Verjährung zu beachten ist, müsste die AOK spätestens vor Ablauf der Verjährungsfrist Feststellungsklage erheben. Um dies aus Kostengründen im Interesse des Minderjährigen zu vermeiden, müsste in dem Vertrag zugleich auf die Einrede der Verjährung verzichtet werden. Diese Möglichkeit ergibt sich aus § 202 Abs. 2 BGB. Die Vereinbarung über den Verzicht auf die Einrede der Verjährung ist insbesondere deshalb sinnvoll, weil sie es der AOK ermöglicht, bei einem Minderjährigen die weitere Durchsetzung der Ansprüche zurückzustellen, bis dieser in das Berufsleben eintritt und über eigene Einkünfte verfügt.

Zu empfehlen ist das Schuldanerkenntnis auch dann, wenn der Schädiger bei unstreitiger Haftung die Zahlung von Raten anbietet. Dann aber sollte der Schuldanerkenntnisvertrag zugleich eine schriftliche Teilzahlungsvereinbarung und eine sogenannte Verfallsklausel enthalten, nach der die gesamte restliche Schadenssumme in einem Betrag fällig wird, wenn der Schuldner mit zwei aufeinander folgenden Raten länger z.B. als zwei Wochen in Verzug gerät.

Die AOK hat auch die Möglichkeit, ihre Forderung durch eine notarielle Urkunde abzusichern, in der sich der Schuldner der sofortigen Zwangsvollstreckung unterwirft. Der Schuldner erkennt also vor einem Notar seine Leistungsverpflichtung an und erklärt dies zu Protokoll. Gegebenenfalls kann aus dieser Urkunde auch vollstreckt werden. Diese Vorgehensweise ist allerdings mit Kosten verbunden, die aber der Schuldner zu tragen hat.

§ 794 Abs. 1
Nr. 5 ZPO

Merke

Erkennt der Schädiger seine Schadenersatzpflicht an, kann die AOK ihre Forderung aber wegen mangelnder Zahlungsfähigkeit des Schädigers nicht durchsetzen, sollte mit ihm ein Schuldanerkenntnisvertrag und zugleich vereinbart werden, dass auf die Einrede der Verjährung verzichtet wird.

Handelt es sich bei dem Schuldner um einen arbeitnehmende Person, ist es empfehlenswert, die Teilzahlungsvereinbarung durch eine schriftliche Lohn- bzw. Gehaltsabtretung zu sichern.

Die Abtretungserklärung sollte sich auch auf Ansprüche gegen zukünftige Arbeitgeber erstrecken (Vorausabtretung). Umstritten ist, ob eine von der beschäftigten Person vor Beginn des Arbeitsverhältnisses unterschriebene Vorausabtretung im Allgemeinen auch dann wirksam bleibt, wenn durch Tarifvertrag oder Betriebsvereinbarung die Abtretung von Lohn- bzw. Gehaltsansprüchen ausgeschlossen wurde.

10.1.2 Absicherung des Ersatzanspruchs durch rechtswirksame Übertragung/ Abtretung nach dem SGB

Zur Sicherung der Forderung kann die AOK darauf hinwirken, dass der Schuldner seine (künftigen) sozialrechtlichen Geldleistungsansprüche gegenüber Sozialversicherungsträgern an sie überträgt bzw. abtritt.

§ 53 Abs. 2
SGB I, § 1274
BGB

Ansprüche auf Geldleistungen können grundsätzlich übertragen und verpfändet werden.

Hierbei unterscheidet das Gesetz die Übertragbarkeit von „Geldleistungen“ und „laufenden Geldleistungen“ zur Sicherung des Lebensunterhalts (§ 48 Abs. 1 SGB I)

§ 53 Abs. 2
Nr. 1 und 2
SGB I

Geldleistungen können als Gegenleistung für Aufwendungen zur Sicherung einer angemessenen Lebensführung des Berechtigten oder im wohlverstandenen Interesse des Berechtigten übertragen werden.

§ 53 Abs. 3
SGB I

Laufende Geldleistungen sind grds. übertragbar, der Anlass ist hierbei ohne Bedeutung. Übertragen werden kann allerdings nur der nach § 400 BGB analog pfändbare Teil des Geldleistungsanspruchs.

Die Übertragung erfolgt wie bei der Abtretung von Forderungen nach § 398 ff. BGB durch Vertrag zwischen Zedent (Anspruchsberechtigten für die Geldleistung/Schuldner) und Zessionar (Abtretungsempfänger; hier: forderungsberechtigte AOK). Die Aufrechnungs- und Verrechnungserklärung eines Sozialleistungsträgers ist allerdings von § 406 BGB zu unterscheiden. Die Forderung wird nach § 53 Abs. 5 SGB I auch getilgt, wenn der die Aufrechnung oder Verrechnung erklärende Träger bei Anspruchserwerb von der Übertragung Kenntnis hatte. Damit wird sichergestellt, dass der Sozialversicherungsträger, trotz Abtretung, eigene (Rück-) Forderungen gegen seinen Versicherten aufrechnen bzw. verrechnen kann.

Es ist zu beachten, dass Ansprüche auf Dienst- und Sachleistungen wegen ihres höchstpersönlichen Charakters nicht übertragen oder verpfändet werden können.

§ 53 Abs. 1
SGB I

10.1.3 Absicherung des Ersatzanspruchs für Spätschäden

Wenn die AOK vom Eintritt eines Schadens erfährt und den Ersatzpflichtigen kennt, kommt es für den Eintritt der Verjährung nicht auf die volle Übersehbarkeit vom Umfang und von der Höhe des Schadens an. Bei allgemeiner Kenntnis vom Schaden gelten auch solche Schadenfolgen als bekannt, die im Zeitpunkt der Erlangung jener Kenntnis nur als möglich voraussehbar waren. Mit Kenntnis des

BGH-Urteil v.
30. 01. 1973,
VersR 1973
S. 371–372

- eingetretenen Körperschadens und
- Ersatzpflichtigen

beginnt also in der Regel die Verjährungsfrist für alle Schadenfolgen. Deshalb ist jeder Schadensfall daraufhin zu prüfen, ob nach der Art der

§ 202 Abs. 2
BGB

Verletzungen des Geschädigten mit zukünftigen Schadenfolgen gerechnet werden muss. Gegebenenfalls ist es zweckmäßig, wenn sich die AOK vom Schädiger bzw. seinem Haftpflichtversicherer bestätigen lässt, dass hinsichtlich solcher Zukunftsschäden auf die Einrede der Verjährung verzichtet wird.

Kann die AOK den Verzicht auf die Einrede der Verjährung nicht erreichen, muss sie den Anspruch spätestens dann gerichtlich geltend machen, wenn Verjährung droht. Hierzu verweisen wir auf die Ausführungen in Pkt. 14 dieses Lernbriefs.

Nur wenn Schadenfolgen nicht voraussehbar waren, sondern sich erst später nach anscheinend ganz leichten Verletzungen unerwartet einstellen, beginnt für solche Schadenfolgen vom Tage ihrer Kenntnis und der Kenntnis ihres ursächlichen Zusammenhangs mit der unerlaubten Handlung an eine neue Verjährungsfrist.

Ob die AOK in der Lage ist, die Gefahr von Spätfolgen rechtzeitig zu erkennen, und deshalb zur Verhinderung des Eintritts der Verjährung zumindest eine Feststellungsklage erheben sollte, hängt wesentlich von den Aussagen der behandelnden Ärzte oder von vorliegenden ärztlichen Gutachten ab. Entscheidend ist später nicht, ob die AOK tatsächlich die Möglichkeit von Spätschäden erkannt hat, sondern ob sie aufgrund der vorliegenden medizinischen Unterlagen und der Aussagen von Ärzten mit Spätfolgen rechnen und deshalb entsprechend Vorsorge treffen musste.

Die Frage von möglichen Spätschäden hat die AOK rechtzeitig vor Ablauf der Verjährungsfrist zu prüfen. Wird der Schadensfall zunächst abgeschlossen, sollte zuvor dem behandelnden Arzt bzw. der behandelnden Ärztin die Frage vorgelegt werden, ob Spätschäden zu erwarten oder diese völlig ausgeschlossen sind. Schließt der Arzt oder die Ärztin Spätfolgen aus, kann die AOK in der Regel davon ausgehen, dass für sie Spätschäden nicht voraussehbar sind. Äußert der Arzt oder die Ärztin hingegen Zweifel, kann man nicht mehr von einer Unvorhersehbarkeit von Spätschäden ausgehen. Die AOK hat dann alles zu tun, um den Ablauf der Verjährungsfrist zu verhindern. So kann sie z.B. die Verjährungsfrist durch Erhebung einer Feststellungsklage neu beginnen lassen.

Merke

Jeder Schadensfall ist daraufhin zu prüfen, ob mit möglichen Spätschäden gerechnet werden muss. Ggf. müssen Maßnahmen getroffen werden, um eine drohende Verjährung abzuwenden.

10.1.4 Einleitung des gerichtlichen Mahnverfahrens

Nicht immer wird es der AOK gelingen, bei an sich unstreitiger Haftung den Schädiger zur Zahlung oder zur Unterschrift eines Schuldanerkenntnisvertrags zu motivieren. In diesem Fall bietet sich die Einleitung des gerichtlichen Mahnverfahrens an. Das gerichtliche Mahnverfahren hat mit einer Mahnung wenig zu tun. Es handelt sich – vereinfacht dargestellt – um ein Gerichtsverfahren, das dem Gläubiger auf verhältnismäßig einfachem und schnellem Wege entweder zu Geld oder zu einem Vollstreckungstitel verhelfen soll.

§ 688 ff.
ZPO

§§ 688, 689, § 17 Abs. 1 ZPO	Das gerichtliche Mahnverfahren beginnt damit, dass der Gläubiger (AOK) beim Amtsgericht den Erlass eines Mahnbescheids beantragt. Ausschließlich zuständig ist das Amtsgericht, bei dem der Antragsteller seinen allgemeinen Gerichtsstand hat. Bei der AOK ist dies das für ihren Sitz örtlich zuständige Amtsgericht.	Wenn die für das Mahnverfahren notwendigen Voraussetzungen erfüllt sind und das Antragsformular vollständig ausgefüllt und unterschrieben ist, dann erlässt das Gericht den Mahnbescheid, ohne zu prüfen, ob dem Antragsteller der geltend gemachte Anspruch zusteht. Der Mahnbescheid wird dem Antragsgegner von Amts wegen mit einem vorbereiteten Widerspruchsvordruck förmlich zugestellt. Das Gericht erlässt den Mahnbescheid also, ohne den Schuldner vorher über den eingegangenen Antrag zu informieren oder ihm Gelegenheit zur Stellungnahme bzw. zur Verteidigung zu geben. Deshalb enthält der Mahnbescheid lediglich eine Aufforderung, innerhalb von zwei Wochen entweder die Forderung mit Zinsen und Kosten zu begleichen oder sich dagegen zu verteidigen. Zugleich wird der Antragsgegner darauf hingewiesen, dass ein Vollstreckungsbescheid gegen ihn ergehen kann, falls er die geforderten Beträge nicht bezahlt und auch keine Einwendungen erhebt.	§ 692 Abs. 1 ZPO
§ 703c Abs. 3 i.V.m. § 689 Abs. 3 ZPO	Im Rahmen des automatisierten gerichtlichen Mahnverfahrens, das in fast allen Bundesländern eingeführt ist, wurde die maschinelle Bearbeitung der gerichtlichen Mahnverfahren für bestimmte Amtsgerichtsbezirke auf ein bestimmtes Amtsgericht als zentrales Mahngericht übertragen.		
§ 690 Abs. 3 ZPO, § 204 Abs. 1 Nr. 3 BGB	Zur Einleitung des Mahnverfahrens überreicht der Antragsteller dem Gericht einen ausgefüllten und unterschriebenen Antragsvordruck, der zwingend vorgeschrieben und im Handel erhältlich ist. Es ist auch zulässig, den Antrag in einer nur maschinell lesbaren Aufzeichnung einzureichen bzw. zu übermitteln. Der Mahnbescheid muss erkennen lassen, welcher Anspruch verfolgt wird. Damit die Verjährung gehemmt wird, muss der durch Mahnbescheid geltend gemachte Anspruch derart bezeichnet sein, dass er Grundlage eines Vollstreckungstitels sein und der Schuldner erkennen kann, welcher Anspruch geltend gemacht wird. Die Hemmung der Verjährung ist insbesondere wegen der für das Schadenersatzrecht geltenden kurzen Verjährungsfristen von großer Bedeutung.	Über die Zustellung des Mahnbescheids wird die AOK als Antragsteller verständigt. Wurde der Mahnbescheid zugestellt und hat der Antragsgegner keinen Widerspruch gegen den Mahnbescheid erhoben, kann die AOK frühestens nach Ablauf von zwei Wochen nach Zustellung des Mahnbescheids den Erlass eines Vollstreckungstitels beantragen. Dies muss aber spätestens innerhalb von sechs Monaten nach Zustellung des Mahnbescheids geschehen, weil sonst die Wirkung des Mahnbescheids wegfällt, d.h., die Verjährung wird nicht mehr gehemmt.	§§ 693, 701 ZPO

§ 699 Abs. 1,
§ 700 Abs. 1,
§ 339 Abs. 1
ZPO,
§ 197 Abs. 1
Nr. 3 BGB

Ist der Mahnbescheid unanfechtbar geworden, erlässt das Gericht auf Antrag des Gläubigers einen Vollstreckungsbescheid, gegen den der Schuldner innerhalb von zwei Wochen Einspruch erheben kann. Erst wenn der Vollstreckungsbescheid unanfechtbar geworden ist, verfügt die AOK über einen Titel, sodass für die geltend gemachten Ansprüche die 30-jährige Verjährungsfrist gilt.

Merke

Ist die Haftung eindeutig gegeben, reagiert der Schädiger aber nicht oder lehnt er ohne ausreichende Begründung eine Zahlung ab, so empfiehlt sich die Einleitung des gerichtlichen Mahnverfahrens.

10.2 Abwicklung bei streitiger Haftung

Auch bei streitiger Haftung muss es oberstes Ziel der AOK sein, eine Einigung mit dem Gegner herbeizuführen, also eine friedliche Lösung zu suchen. Um beurteilen zu können, über welche Spielräume sie verfügt, muss die AOK die Erfolgsaussichten der weiteren Rechtsverfolgung abwägen, also auch die Erfolgsaussichten eines Rechtsstreits. Dazu ist die AOK aber nur in der Lage, wenn sie möglichst umfangreich über den Sachverhalt informiert ist. Kommt die AOK zum Ergebnis, dass ein Schadenersatzanspruch begründet ist, bleiben aber ihre Versuche zur friedlichen Einigung ergebnislos, dann muss sie entscheiden, ob sie den Anspruch im Wege der Schadenersatzklage geltend macht. Scheiterte eine vergleichsweise Einigung nur deshalb, weil keine Einigung über die Höhe der Haftungsquote erzielt werden konn-

te, dann sollte vor Aufnahme eines Rechtsstreits geprüft werden, ob der Schädiger oder der Haftpflichtversicherer bereit ist, den Betrag zu zahlen, den er für angemessen hält. Eine solche Zahlung, die man Klaglosstellung nennt, vermindert das beiderseitige Prozessrisiko, denn eingeklagt wird dann nur noch die Differenz zwischen dem gezahlten bzw. anerkannten Betrag und dem Betrag, den die AOK für durchsetzbar hält.

Beispiel

In einer Schadenangelegenheit bietet der gegnerische Haftpflichtversicherer der AOK vergleichsweise für den Fall der außergerichtlichen Einigung 15.000 € an. Die AOK verlangt aber mindestens 24.000 €. Da es nicht zu einer Einigung kommt, klagt die AOK 24.000 € ein. Das Gericht spricht der AOK nach einer umfangreichen Beweisaufnahme 18.000 € zu und entscheidet im Übrigen, dass die AOK ein Viertel und der Haftpflichtversicherer drei Viertel der Kosten des Rechtsstreits trägt. Wenn sich die von der AOK zu tragenden Kosten des Rechtsstreits und der Zeugengebühren auf 3.000 € belaufen, dann bleiben der AOK letztlich 15.000 €.

Folge

Die der AOK verbleibende Summe ist identisch mit dem Betrag, den die Versicherung zahlen wollte. Der Haftpflichtversicherer bleibt letztlich mit 27.000 € (einschließlich Kosten des Rechtsstreits) belastet, also 3.000 € mehr, als er außergerichtlich zahlen sollte. Hier zeigt sich also, dass eine friedliche Einigung selbst dann für alle Beteiligten günstiger ist, wenn sie nicht dem entspricht, was beide Seiten vorher erwarteten.

Der Schadenersatzprozess beginnt mit der Klageerhebung. In Betracht kommt eine Leistungs- und/oder Feststellungsklage. Mit der Leistungsklage soll erreicht werden, dass der Beklagte zur Befriedigung des Gläubigers verurteilt wird. Sowohl der Klageantrag als auch das stattgebende Urteil sind bei der Leistungsklage nur auf die Verurteilung des Beklagten zur geschuldeten Leistung gerichtet. Die Klage auf Feststellung der Haftung für weitere (spätere) Unfallschäden ist zulässig, wenn aus der Sicht des Verletzten bzw. der AOK ein Grund besteht, mit Spätfolgen zu rechnen und ihretwegen einer Verjährungseinrede vorzubeugen.

Die Klage ist beim sachlich und örtlich zuständigen Gericht zu erheben. Dabei ist das Amtsgericht zuständig, wenn der eingeklagte Streitwert 5.000 € (§ 23 Nr. 1 Gerichtsverfassungsgesetz) nicht übersteigt. Bei höheren Streitwerten ist das Landgericht zuständig. Da vor den Landgerichten Anwaltszwang besteht, muss sich die AOK durch einen beim zuständigen Landgericht zugelassenen Rechtsanwalt vertreten lassen. Das aufgrund der Klage ergehende Urteil wird rechtskräftig, wenn die gerichtliche Entscheidung nicht mehr anfechtbar ist. Bei der Leistungsklage enthält das Urteil neben der Feststellung des Anspruchs einen Leistungsbefehl an den Beklagten. Deshalb ist das Urteil auch Vollstreckungstitel. Das Gesetz verknüpft den Leistungsbefehl an den Beklagten mit dem Befehl an die Vollstreckungsorgane, die vom Kläger beantragten Vollstreckungsmaßnahmen vorzunehmen.

Die zivilrechtliche Zwangsvollstreckung ist nur aus Endurteilen möglich, die rechtskräftig oder für vorläufig vollstreckbar erklärt worden sind. Bei der Zwangsvollstreckung aus vorläufig vollstreckbaren Urteilen ist Vorsicht geboten. Wird nämlich später ein für vorläufig vollstreckbar erklärtes Urteil aufgehoben oder abgeändert, ist der Kläger zum Ersatz des Schadens verpflichtet, der dem Beklagten durch die Vollstreckung des Urteils oder durch zur Abwendung der Vollstreckung gemachte Leistung entstanden ist.

Die Vollstreckung des Titels richtet sich ausschließlich nach den in der Zivilprozessordnung enthaltenen Vorschriften des Zwangsvollstreckungsrechts; es ist also das Vollstreckungsgericht bzw. der Gerichtsvollzieher in Anspruch zu nehmen.

§ 704,
§ 717 Abs. 2
ZPO

§ 704 ff.
ZPO

11 Abfindungsvergleich und Kapitalisierung

§ 116 Abs. 9 SGB X Die Vereinbarung einer Pauschalierung der Ersatzansprüche ist zulässig. Diese Vorschrift erlaubt der AOK, Pauschalierungen zu vereinbaren, und zwar nicht nur im Rahmen der üblichen Teilungsabkommen, sondern auch im Einzelfall. Mit der Einzelfall-Pauschalierung sind der Abfindungsvergleich und die damit ggf. verbundene Kapitalisierung des Ersatzanspruchs angesprochen. Diese Möglichkeit bietet den Vorteil, dass die laufende Verwaltungsarbeit entfällt, die AOK den Fall also auch hinsichtlich weiterer Inanspruchnahme von Leistungen wegen der Unfallfolgen als erledigt ansehen kann.

§ 779 BGB Ein Vergleich ist ein Vertrag, durch den der Streit oder die Ungewissheit der Parteien über ein Rechtsverhältnis im Wege gegenseitigen Nachgebens beseitigt wird. Bei derartigen Abfindungsvergleichen wird insbesondere die Ungewissheit über die Höhe und vielfach auch über die Entstehung von Zukunftsschäden ausgeräumt. Ein Abfindungsvergleich hat deshalb regelmäßig die Wirkung, dass alle gegenwärtigen und zukünftigen Ansprüche zwischen den Parteien des Vergleichs endgültig als erledigt anzusehen sind. Eine Ausnahme gilt nur für den Fall, dass nach Abschluss des Vergleichs außergewöhnliche und nicht vorhersehbare Spätfolgen auftreten, die außerhalb des beim Vergleichsabschluss vorgestellten Schadenkreises liegen. Sofern sich in diesem Fall zwischen der Vergleichssumme und dem eingetretenen Schaden ein krasses und unzumutbares Missverhältnis ergibt, würde der Schädiger gegen Treu und Glauben verstoßen, wenn er an dem Vergleich festhielte.

Beispiel

Der 18-jährige Moritz Sänger war vor sechs Jahren bei einem Verkehrsunfall verletzt worden. Seinerzeit hatte die AOK einen Abfindungsvergleich in Höhe von 1.500 € vereinbart, in den auch unvorhergesehene Spätfolgen einbezogen worden waren. Sechs Jahre später leidet Moritz Sänger plötzlich an epileptischen Anfällen, die eindeutig auf den damaligen Unfall zurückzuführen sind. Die AOK wird mit weiteren erheblichen Aufwendungen belastet.

Folge

Obwohl der Schadensfall in dem Abfindungsvergleich als erledigt anerkannt worden war und auch unvorhergesehene Spätfolgen einbezogen waren, besteht zwischen der Vergleichssumme und dem nun eingetretenen weiteren Schaden ein so enormes und unzumutbares Missverhältnis, dass der Schädiger an dem damaligen Abfindungsvergleich nicht festhalten kann und die AOK auch die nunmehr entstehenden Aufwendungen erstattet bekommt.

Im Zusammenhang mit einem Abfindungsvergleich stellt sich die Frage, wie der zukünftige Schaden zu ermitteln und ggf. zu kapitalisieren ist. Selbstverständlich wird die AOK dabei von einer für sie günstigen Prognose ausgehen, um eine möglichst hohe Abfindungssumme zu vereinbaren. Wichtig ist, dass sowohl die Schadenentwicklung als auch wirtschaftliche Veränderungen in Bezug auf die zu erwartenden Aufwendungen in die Kapitalabfindung einfließen müssen. Zur Entwicklung des künftigen Schadens wird eine Anfrage bei den behandelnden Ärzten hinsichtlich des zu erwartenden Behandlungsumfangs unerlässlich sein. Dabei müssen auch etwaige stationäre Maßnahmen berücksichtigt werden. Wenn z.B. zu erwarten ist, dass im Abstand von jeweils drei Jahren eine vierwöchige stationäre Behandlung erforderlich wird, müssen die diesbezüglichen Kosten geschätzt und zunächst der Jahresanteil ermittelt werden.

Bei der Schätzung der künftigen Aufwendungen sollte versucht werden, auch die zu erwartenden Kostensteigerungen im Ausgabenbereich in den Kapitalisierungsbetrag einfließen zu lassen. Da auf eine Kapitalabfindung kein Anspruch besteht, die Haftpflichtversicherer aber meist ein großes Interesse an einem entsprechenden Abschluss haben, können die Konditionen frei ausgehandelt werden. Hierbei ist den wirtschaftlichen Interessen beider Seiten gerecht zu werden.

Zu berücksichtigen sind schließlich (zugunsten des Schädigers) Zinserträge aus dem vor Fälligkeit der einzelnen Schadenposten ausgezahlten Kapitalbetrag. Darauf bauen auch die gebräuchlichen Kapitalisierungstabellen auf. Bei unterschiedlichen Zinssätzen wird für unterschiedliche Laufzeiten jeweils ein sogenannter Kapitalisierungsfaktor angegeben. Der auf ein Jahr umgerechnete Betrag der künftig zu erwartenden Aufwendungen wird dann mit diesem Kapitalisierungsfaktor multipliziert. Dies ergibt den Betrag, der erforderlich ist, um die künftigen Aufwendungen abzudecken.

Je länger übrigens ein Schadenereignis zurückliegt, umso schwieriger gestaltet sich der Kausalitätsnachweis. Deshalb sollte mit dem Vergleichsabschluss nicht zu lange gewartet werden, mit den Verhandlungen hierüber aber frühestens erst nach Abschluss der kostenintensiven Behandlungsphase begonnen werden.

Existieren zeitgleich mehrere nach § 116 SGB X als Gesamtgläubiger regresspflichtige Sozialversicherungsträger und schließt einer von ihnen mit dem Schädiger oder dessen Haftpflichtversicherung einen Abfindungsvergleich, so kann dieser Vergleich die anderen Gesamtgläubiger nicht binden.

BGH-Urteil v. 04. 03. 1986, VersR 1986 S. 810

BGH-Urteil v. 05. 05. 2009 – AZ: VI ZR 208/08, VersR 2009 S. 995 – 997

12 Kassenwechsel

Der Wettbewerb unter den Krankenkassen hat dazu geführt, dass Versicherte häufig von ihrem Recht auf Kassenwechsel Gebrauch machen. Dies bleibt auch im Ersatzleistungsbe- reich nicht ohne Auswirkungen.

BGH-Urteile v. 30. 01. 1973 – AZ: VI ZR 4/72, u. v. 20. 04. 1982 – AZ: VI ZR 197/80

Schadenersatzansprüche des Ver- letzten gehen bereits im Zeitpunkt des Unfalls auf die zu dieser Zeit zustän- dige Krankenkasse über. Der Rechts- übergang umfasst auch alle künf- tigen Aufwendungen. Wechselt ein Versicherter nach einem Unfall seine Krankenkasse, ist die neu zuständige Krankenkasse Rechtsnachfolger des ersten Versicherungsträgers. Sie über- nimmt den Rückgriffsanspruch gegen den Schädiger in dem Zustand, in dem er sich im Zeitpunkt des Wechsels der Zuständigkeit befand. Die neu zustän- dige Krankenkasse ist also an das ge- bunden, was die vorhergehende Kran- kenkasse zur Sicherung des Anspruchs getan oder unterlassen hat.

Die Frage, ob auch ein soeben geschil- derter Abfindungsvergleich zwischen der erst zuständigen Krankenkasse und dem Schädiger die neue Kranken- kasse bindet, ist grundsätzlich zu be- jahren.

BGH-Urteile v. 04. 04. 1978, VersR 1978 S. 660–662 u. v. 09. 07. 1985, VersR 1985 S. 1083–1085

Abfindungsvergleiche, die ein Sozial- versicherungsträger mit dem Schädi- ger oder seinem Haftpflichtversicherer schließt und die alle gegenwärtigen und zukünftigen Ansprüche betreffen, wirken auch gegen mögliche Rechts- nachfolger der Krankenkasse. Auch nach einem Wechsel des Geschädig- ten zu einer anderen Krankenkasse ist die erst zuständige Krankenkasse grundsätzlich nicht verpflichtet, diese Krankenkasse an der Abfindungssum- me zu beteiligen.

Die Rechtsprechung ist davon aus- gegangen, dass die bloße Möglichkeit eines späteren Rechtsübergangs auf eine andere Krankenkasse nicht zu einer Beschränkung der Verfügungs- befugnis der zunächst leistungs- pflichtigen Krankenkasse führt. Mit dem Abschluss des Vergleichs und der Zahlung der Vergleichssumme ist die Schadenersatzforderung endgültig er- loschen.

Problematisch wird die Situation aber dann, wenn die Krankenkasse zum Zeitpunkt des Vergleichsabschlusses bereits Kenntnis von einem bevor- stehenden Wechsel der versicherten Person zu einer anderen Krankenkasse hat. In diesem Fall könnte durchaus davon ausgegangen werden – so auch die Meinung des Bundesgerichtshofs –, dass die Krankenkasse zugleich auch ein Geschäft der nachfolgenden Krankenkasse führt. Dies setzt aber voraus, dass die neue Krankenkasse bereits bekannt ist. In dem Fall wäre ein Anspruch der neuen Krankenkasse aus Geschäftsführung ohne Auftrag gegeben.

Merke

Ist der AOK bekannt, dass die versicherte Person zu einer be- stimmten anderen Krankenkas- se wechseln wird, dann ist hin- sichtlich des Abschlusses eines Vergleichs für Zukunftsschäden Vorsicht geboten, weil die nach- folgende Krankenkasse daran zu beteiligen ist.

13 Zusammentreffen eines Schadenersatzanspruchs nach § 116 SGB X mit Erstattungsansprüchen gegen andere Sozialleistungsträger

Es kann vorkommen, dass neben einem Ersatzanspruch nach § 116 SGB X gegenüber dem Schädiger bzw. dessen Haftpflichtversicherung auch noch Erstattungsansprüche gegen andere Sozialleistungsträger (z.B. Unfallversicherungsträgern, Rentenversicherungsträger, Verwaltungsbehörden) bestehen. Hier hat die AOK zu klären, gegenüber wem und in welcher Reihenfolge sie ihre Forderungen geltend zu machen hat.

Beispiel 1

Die AOK versicherte Ute Anselm wird auf dem direkten Weg von der Arbeit nach Hause von Bernd Meyer zusammengeschlagen. Sie erleidet einen Schädelbasisbruch, der stationär behandelt werden muss.

Folge

Die AOK hat im Fall der Ute Anselm gegen folgende Personen/Sozialleistungsträger einen Ersatz- bzw. Erstattungsanspruch:

- a) den Schädiger, Bernd Meyer, bzw. dessen Haftpflichtversicherung.
- b) den zuständigen gesetzlichen Unfallversicherungsträger, da es sich um einen Wegeunfall handelt.
- c) die zuständige Verwaltungsbehörde, da Ute Anselm Opfer einer Gewalttat nach dem Vierzehnten Buch Sozialgesetzbuch (SGB XIV) wurde. Demnach erhält derjenige, der im Geltungsbereich des Gesetzes oder auf einem deutschen Schiff oder Luftfahrzeug infolge eines vorsätzlichen, rechtswidrigen, tätlichen Angriffs gegen seine oder eine andere Person oder durch dessen rechtmäßige Abwehr eine gesundheitliche Schädigung erlitten hat, wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen auf Antrag Versorgung. Für die Leistungsansprüche selbst ist das SGB XIV zuständig. Bei Bestehen gesetzlicher Schadenersatzansprüche erfolgt ein Forderungsübergang.

Bestehen Leistungsansprüche nach dem SGB XIV, so erwirbt die leistende Krankenkasse einen Erstattungsanspruch, der jedoch pauschal abgegolten ist.

Auf die Darstellung, in welcher Reihenfolge die AOK in diesem Beispiel ihre Ersatz-/Erstattungsansprüche geltend zu machen hat, wird an dieser Stelle verzichtet (kein ausbildungsrelevantes Wissen). Die Aussagen des Basisprozesses 4.0 sind zu beachten.

§ 116 GB X
§ 8 Abs. 1 und 2
SGB VII i.V.m.
§ 11 Abs. 5 SGB V

§§ 11, 13
SGB XIV i. V. m.
§ 120 Abs. 1
SGB XIV

§ 60 SGB XIV

Beispiel 2

Ein bei der AOK versichertes Neugeborenes erleidet auf der Intensivstation eines Krankenhauses eine bakterielle Infektion und eine Meningitis. Das Neugeborene wurde in der 30. Schwangerschaftswoche auf dem Weg in die Klinik im Krankenwagen geboren und sodann in der Neonatologie beatmet.

Folge

Die AOK hat im Fall des Neugeborenen zu prüfen, ob hier ein möglicher ärztlicher Behandlungsfehler (vgl. Punkt 6.2.3) oder ein Arbeitsunfall im Sinne der gesetzlichen Unfallversicherung nach § 8 Abs. 1 und 2 SGB VII i. V. m. § 11 Abs. 5 SGB V vorliegt.

Bei einem ärztlichen Behandlungsfehler ist der behandelnde Arzt/das Krankenhaus der AOK gegenüber schadenersatzpflichtig nach § 116 SGB X. Sollte es sich um einen Arbeitsunfall handeln, so hat der zuständige gesetzliche Unfallversicherungsträger der AOK die Behandlungskosten nach § 105 SGB X zu erstatten.

Nach dem BSG-Urteil vom 07. 05. 2019, AZ: B 2 U 34/17 R handelt es sich bei einer Infektion des im Brutkasten liegenden Frühchens im Krankenhaus um einen Arbeitsunfall. Durch den Krankenhausaufenthalt seien die Bakterien in den Körper des Neugeborenen eingedrungen, sodass eine Kausalität zu bejahen sei. Hinsichtlich der (passiven) Entgegennahme der Krankenhausbehandlung bei einem im Brutkasten liegenden Frühchens sei eine nicht unfallversicherte Verrichtung praktisch undenkbar. Der Sachzusammenhang besteht nach Auffassung des BSG auch, wenn ein möglicher ärztlicher Behandlungsfehler im Raum steht. Erst wenn feststeht, dass allein ärztliches Fehlverhalten die Infektion nachweislich verursacht hat, entfällt der Unfallversicherungsschutz nach § 2 Abs. 1 Nr. 15a SGB VII.

14 Verjährung der Ersatzansprüche

§ 194,
§ 214 Abs. 1
BGB

Das Recht, von einem anderen ein Tun oder Unterlassen fordern zu können, wird im BGB als Anspruch definiert. Dieses Recht unterliegt grundsätzlich der Verjährung. Das bedeutet aber nicht, dass der Anspruch des Berechtigten nach gewisser Zeit untergeht. Der verjährte Anspruch besteht weiter. Das Wesen der Verjährung liegt vielmehr darin, dass nach Ablauf einer bestimmten Frist der Verpflichtete berechtigt ist, die Leistung zu verweigern.

Ist der Schadenersatzanspruch auf die AOK übergegangen, richtet sich der Beginn der Verjährungsfrist nicht danach, wann der Geschädigte Kenntnis über den Schaden erhalten hat, sondern danach, wann es die AOK erfährt. Für den Beginn der Verjährungsfrist genügt es, dass die AOK von den wesentlichen Umständen ihrer Regressforderung erfahren hat. Die Ungewissheit über den Umfang und die Höhe des Schadens schließen allerdings den Beginn der Verjährung nicht aus.

BGH-Urteil v.
10. 07. 1967,
VersR 1967
S. 974

BGH-Urteil v.
24. 05. 1977,
VersR 1977
S. 739–740

§ 195,
§ 199 Abs. 1
BGB,
§ 14 StVG,
§ 11 HaftPflG

Für alle Ansprüche auf Schadenersatz – deliktische wie vertragliche – gilt einheitlich die regelmäßige Verjährungsfrist von drei Jahren. Geregelt ist dies im BGB; hinsichtlich der Verjährung von Ansprüchen aus dem StVG und dem HaftPflG wird auf die für unerlaubte Handlungen geltende Verjährungsfrist verwiesen. Der Beginn dieser dreijährigen Regelverjährung setzt voraus, dass

- der Anspruch entstanden ist und
- der Gläubiger, also der Verletzte, von den anspruchsbegründenden Umständen und der Person des Schuldners bzw. Schädigers Kenntnis erlangt hat oder ohne grobe Fahrlässigkeit hätte erlangen müssen.

Wer sich grob fahrlässig nicht um die entsprechende Kenntnis bemüht, der wird also so behandelt, als wenn er die Kenntnis tatsächlich erlangt hätte.

§ 199 Abs. 1
BGB

§ 199 Abs. 1 BGB stellt für den Beginn der Verjährung auf die Kenntnis des Verletzten von den anspruchsbegründenden Umständen und der Person des Ersatzpflichtigen ab.

Bei öffentlich-rechtlichen Leistungsträgern ist immer auf die Kenntnis des Bediensteten abzustellen, der für die Vorbereitung und Verfolgung der Regressansprüche zuständig ist. Es reicht also nicht aus, dass der Kundenbetreuer im Leistungsbereich bereits die notwendige Kenntnis hat.

BGH-Urteil v.
12. 05. 2009,
VersR 2009
S. 989

Wann die für den Verjährungsbeginn erforderliche Kenntnis vorhanden ist, wird weitgehend von den Umständen des Einzelfalls abhängen. In Anlehnung an die Rechtsprechung wird grundsätzlich verlangt, dass der Geschädigte bzw. die AOK aufgrund der bekannten Tatsachen gegen eine Person, deren Name und Anschrift ohne besondere Mühe in Erfahrung gebracht werden kann, eine Schadenersatzklage mit einigermaßen Aussicht auf Erfolg erheben kann. Würde sich die AOK diesen Erkenntnismöglichkeiten verschließen, dann stünde diese grob fahrlässige Unkenntnis der Kenntnis gleich. Mit der Kenntnis des bei einem Unfall eingetretenen Körperschadens und des Ersatzpflichtigen beginnt die Verjährungsfrist für alle Unfallfolgen, mit denen aufgrund der eingetretenen Verletzungen gerechnet werden muss.

BGH-Urteil v.
15. 03. 2011,
VersR 2011
S. 682

Trotz personeller und organisatorischer Verzahnung der Kranken- und Pflegekasse kommt es für den Beginn der Verjährung auf die Kenntnis des zuständigen Sachbearbeiters bzw. der zuständigen Sachbearbeiterin der Pflegekasse an; die Kenntniserlangung durch die Beschäftigten der Krankenkasse ist für die Verjährung der Forderung der Pflegekasse nur relevant, wenn und soweit der Bedienstete bei der Abwicklung des Schadensfalls für diese handelt.

Beispiel

Am 16. 12. 2024 wird der Rentner Siegfried Stricker von einem Kraftfahrzeug angefahren und verletzt. Er wird zur stationären Behandlung in das St.-Marien-Hospital aufgenommen. Der Unfallverursacher hatte ihm noch an der Unfallstelle seine Visitenkarte ausgehändigt, sodass Siegfried Stricker den Namen und die Anschrift des Schädigers kennt.

Der AOK-Mitarbeiter erhält durch die Krankenhausaufnahmeanzeige Kenntnis von dem Schaden. Über einen telefonischen Kontakt mit Siegfried Stricker erfährt er am 13. 01. 2025 die Einzelheiten, den Namen und die Anschrift des Unfallverursachers.

Folge

Für den geschädigten Siegfried Stricker beginnt die dreijährige Verjährungsfrist mit dem Ablauf des Kalenderjahres 2024 zu laufen und endet am 31. 12. 2027. Die AOK erhält dagegen erst im Kalenderjahr 2025 die entsprechende Kenntnis. Für sie endet die Verjährungsfrist somit erst am 31. 12. 2028.

Die Verjährung hängt – wie Sie erfahren haben – davon ab, dass der Geschädigte bzw. die AOK von den anspruchsbegründenden Tatsachen und der Person des Schädigers Kenntnis hat. Bleibt z.B. nach einem Verkehrsunfall der Schädiger wegen Fahrerflucht unbekannt, könnte der begründete Schadenersatzanspruch nie verjähren. Deshalb sieht § 199 Abs. 2 BGB vor, dass Schadenersatzansprüche, die u. a. auf der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit beruhen, spätestens in 30 Jahren von der Begehung der Handlung oder Pflichtverletzung an verjähren.

§ 199 Abs. 2
BGB

Hemmung

Unter bestimmten Voraussetzungen wird die in Lauf gesetzte Verjährung zeitweilig gehemmt, insbesondere, wenn zwischen dem Ersatzpflichtigen und dem Ersatzberechtigten Verhandlungen über den zu leistenden Schadenersatz schweben (§ 203 BGB). Weitere für die Praxis wesentliche Hemmungstatbestände sind nach § 204 BGB, insbesondere

§§ 203 bis
211 BGB

- die Erhebung der Klage auf Leistung oder auf Feststellung des Anspruchs und
- die Zustellung des Mahnbescheids im Mahnverfahren.

Der Zeitraum, währenddessen die Verjährung gehemmt ist, wird in die Verjährungsfrist nicht eingerechnet. Nach Ablauf der Zeit, in der die Verjährung gehemmt war, beginnt also nicht eine neue Verjährungsfrist; vielmehr wird die Verjährungsfrist um den Zeitraum der Hemmung verlängert.

§ 209 BGB

Neubeginn

§ 212 Abs. 1
BGB

Stellt der Schädiger durch eigene Handlungen unmissverständlich klar, dass er den Anspruch als bestehend ansieht, dann bedarf er des Schutzes der Verjährung nicht. Schutzbedürftig ist aber der Geschädigte, der möglicherweise im Vertrauen auf das Verhalten des Schädigers davon absieht, den Anspruch geltend zu machen. Deshalb geht das Gesetz im § 212 BGB von einem Neubeginn der Verjährung aus, wenn der Schädiger dem Verletzten oder der AOK gegenüber den Anspruch z.B. durch Abschlagszahlung oder in anderer Weise anerkennt.

Akzeptiert der Schädiger z.B. schriftlich die Forderung, so beginnt die Verjährungsfrist neu zu laufen. Gleiches gilt, wenn eine gerichtliche oder behördliche Vollstreckungsmaßnahme beantragt oder wenn diese vorgenommen wird. Wenn allerdings die Vollstreckungshandlung auf Antrag des Geschädigten aufgehoben wird, weil die Voraussetzungen hierfür nicht vorliegen, dann gilt der Neubeginn der Verjährung als nicht eingetreten (vgl. § 212 Abs. 2 BGB).

Vereinbarungen über die Verjährung

§ 202 Abs. 1,
§ 276 Abs. 3
BGB

Die Dauer der Verjährungsfrist entspricht nicht immer den Interessen der Parteien. Das Gesetz sieht deshalb die Möglichkeit von Vereinbarungen über die Verjährung vor. Unzulässig ist nach § 202 Abs. 1 BGB nur eine Vereinbarung, durch die die Verjährung bei Haftung wegen Vorsatzes im Voraus erleichtert wird. Diese Regelung korrespondiert mit § 276 Abs. 3 BGB, wonach auch die Haftung wegen Vorsatzes nicht im Voraus erlassen werden kann.

Eine weitere Einschränkung zur Vereinbarung über die Verjährung enthält § 202 Abs. 2 BGB. Danach kann die Verjährung in keinem Fall über eine Verjährungsfrist von 30 Jahren ab gesetzlichem Verjährungsbeginn hinaus erschwert werden.

Abgesehen von den beiden geschilderten Einschränkungen können somit sowohl Erleichterungen als auch Erschwerungen zur Verjährung vereinbart werden. Für die Praxis bedeutsam sind insbesondere Vereinbarungen über den Verzicht auf die Einrede der Verjährung. Dadurch soll eine wegen des sonst drohenden Ablaufs der Verjährungsfrist notwendig werdende Leistungs- oder Feststellungsklage vermieden werden. Ein solcher Verzicht liegt sowohl im Interesse der AOK als auch des Schädigers, insbesondere des Haftpflichtversicherers.

§ 202 Abs. 2
BGB

15 Zusammenfassende Selbstkontrolle

Sachverhalt

Monika Seifert und ihre fünfjährige Tochter Stefanie ließen sich am Nachmittag des 21. 06. mit einem Taxi zu einer Geburtstagsfeier fahren. Unterwegs kam es in einer Kurve zu einem Zusammenstoß mit einem anderen Kraftfahrzeug; dabei wurden Monika Seifert und ihre Tochter verletzt.

Halter und Fahrer des Taxis ist der Taxiunternehmer Manfred Döbbel. Er hatte das Taxi nachweislich mit überhöhter Geschwindigkeit gefahren, sodass er dem entgegenkommenden Fahrzeug nicht mehr rechtzeitig ausweichen konnte.

Das andere am Unfall beteiligte Fahrzeug gehört Fritz Müller; er ist Halter dieses Fahrzeugs. Zum Zeitpunkt des Unfalls lenkte allerdings sein Sohn Wolfgang das Fahrzeug. Der Vater hatte seinem Sohn den Pkw vorübergehend überlassen, damit dieser einen erkrankten Freund besuchen konnte. Wolfgang sollte den Wagen aber nach dem Besuch sofort zu seinem Vater zurückbringen. Dies hatte Wolfgang auch zugesagt. Er hatte das Fahrzeug jedoch entgegen seinem Versprechen und sonst zuverlässigen Verhalten ohne Wissen und Willen des Vaters noch benutzt, um eine Freundin zu besuchen. Auf dieser Fahrt ereignete sich der Unfall.

Für den Unfall ist ursächlich gewesen, dass an dem von Wolfgang Müller gelenkten Pkw plötzlich die Lenkung blockierte, sodass der Pkw in einer Kurve auf die Gegenfahrbahn geriet und Wolfgang Müller den Unfall nicht verhindern konnte. Wie sich später herausstellte, hatte ein Materialfehler das Fahrzeug plötzlich steuerungsunfähig gemacht. Aufgrund widersprüchlicher Zeugenaussagen ließ sich nicht mehr klären, ob Wolfgang Müller zu spät gebremst und den Schaden dadurch mitverschuldet hatte.

Hinweise

Begründen Sie Ihre Lösung nach der Drei-Schritt-Methode. Gehen Sie dabei auf die Voraussetzungen aller in Betracht kommenden Anspruchsgrundlagen und auf etwaige Ausschlussstatbestände ein.

Aufgabe 1

Beurteilen Sie, ob Schadenersatzansprüche von Monika und Stefanie Seifert gegen Manfred Döbbel begründet sind.

Aufgabe 2

Beurteilen Sie, ob Schadenersatzansprüche von Monika und Stefanie Seifert gegen Fritz Müller begründet sind.

Aufgabe 3

Beurteilen Sie, ob Schadenersatzansprüche von Monika und Stefanie Seifert gegen Wolfgang Müller begründet sind.

16 Lösungen zu den Übungen im Text

Lösung zu 1

Die Verschuldenshaftung geht von der Grundvorstellung aus, dass zum Ersatz des Schadens verpflichtet ist, wer diesen schuldhaft verursacht hat. Eine Haftung für Verschulden kann sowohl durch eine Handlung als auch durch ein Unterlassen begründet werden. Verschulden kann in zwei verschiedenen Formen in Erscheinung treten; es umfasst Vorsatz und Fahrlässigkeit.

Bei der Gefährdungshaftung ist der Grund für die eintretende Haftung nicht ein Verschulden, sondern die von einer Sache (z.B. einem Kraftfahrzeug, einer Schienenbahn, einem Tier) ausgehende Gefahr für Leben und Gesundheit anderer. Die Gefährdungshaftung hängt also nicht davon ab, ob sich jemand beispielsweise verkehrswidrig verhalten hat. Ihre innere Rechtfertigung findet die Gefährdungshaftung in der erhöhten Gefahr, die von bestimmten Sachen ausgeht.

Lösung zu 2

Andreas ist seinem Spielkameraden Markus nicht zum Schadenersatz verpflichtet. Er ist erst sechs Jahre alt und deshalb deliktsunfähig (nicht verantwortlich bzw. schuldunfähig). Ob ihn Verschulden (Vorsatz oder Fahrlässigkeit) trifft, muss deshalb gar nicht erst geprüft werden.

Lösung zu 3

Andreas ist seinem Spielkameraden Markus grundsätzlich zum Schadenersatz verpflichtet. Im Alter von elf Jahren sind Kinder bedingt verantwortlich. Die Verantwortlichkeit entfällt nur dann, wenn das schädigende Kind bei der Begehung der schädigenden Handlung nicht die zur Erkenntnis der Verantwortlichkeit erforderliche Einsicht hat.

Andreas wird wissen, dass der Wurf mit einem Stein zu Verletzungen führen kann. Deshalb hat er die erforderliche Sorgfalt nicht beachtet und ohne Rechtfertigungsgrund, also fahrlässig und widerrechtlich, seinen Spielkameraden verletzt.

Für den Tathergang sind der verletzte Markus bzw. seine Eltern beweispflichtig. Sollte sich Andreas auf fehlende Einsichtsfähigkeit berufen, dann träge die Beweislast hierfür Andreas bzw. seine Eltern.

Lösung zu 4

Wer kraft Gesetzes zur Führung der Aufsicht über eine Person verpflichtet ist, die wegen Minderjährigkeit der Beaufsichtigung bedarf, ist zum Ersatz des Schadens verpflichtet, den diese Person einem Dritten widerrechtlich zufügt. Nach dem BGB haben die Eltern das Recht und die Pflicht, für das minderjährige Kind zu sorgen. Diese elterliche Sorge umfasst auch die Personensorge für das Kind und damit die Pflicht, das Kind zu beaufsichtigen. Die Haftung für eine widerrechtliche Schädigung durch minderjährige Kinder trifft deshalb die Eltern, und zwar sowohl den Vater als auch die Mutter des Kindes.

Die Mutter von Dirk Fischer ist nach der Geburt gestorben. Die gesetzliche Aufsichtspflicht trifft deshalb ausschließlich den Vater Thomas Fischer. Dieser hatte aber wegen seiner Berufstätigkeit seiner nicht berufstätigen Ehefrau (der Stiefmutter von Dirk) die Versorgung und Beaufsichtigung seines Sohns überlassen. Diese Aufgabenteilung ist durchaus üblich. Monika Fischer oblag also die Haushaltsführung und die Versorgung von Dirk. Thomas Fischer konnte sich darauf verlassen, dass seine Ehefrau Dirk sorgfältig beaufsichtigt. Er ist deshalb nicht zum Schadenersatz an Elisabeth Scholle verpflichtet.

Monika Fischer ist die Stiefmutter von Dirk Fischer. Sie ist nicht gesetzlich zur Aufsichtsführung verpflichtet, wohl aber aufgrund Vertrags. Dieser ist durch konkludentes (schlüssiges) Handeln der Ehepartner zustande gekommen. Monika Fischer könnte sich von ihrer Schadenersatzpflicht nur entlasten, wenn sie beweisen kann, dass sie ihrer Aufsichtspflicht genügt hat. Dazu wird sie aber nicht in der Lage sein. Sie hat entweder nicht bemerkt, dass Dirk Fischer die Wurstreste auf den Boden geworfen hat oder sie hat nichts dagegen unternommen. Schadenersatzansprüche der Elisabeth Scholle sind deshalb gegenüber Monika Fischer begründet.

Lösung zu 5

Karl Reuter ist dem verletzten Martin Seller aufgrund der Tierhalterhaftung zum Schadenersatz verpflichtet.

Begründung

§ 833 Satz 1 BGB

[hier:]

Die Haftung tritt nach dieser Vorschrift nur ein, wenn die Verletzung in einem ursächlichen Zusammenhang steht mit dem der tierischen Natur entsprechenden selbsttätigen willkürlichen Verhalten des Tieres.

Martin Seller, ein begeisterter Jogger, lief am Morgen des 09.05. durch den Stadtpark, als er plötzlich von einem kleinen Hund in die Wade gebissen wurde. Wegen der Verletzungsfolgen musste Martin Seller ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen. Der Hund gehört dem Rentner Karl Reuter.

[also:]

Martin Seller ist durch das willkürliche Verhalten des Hunds, der Karl Reuter gehört, verletzt worden. Karl Reuter ist deshalb als Tierhalter verpflichtet, den entstandenen Schaden zu ersetzen.

§ 833 Satz 2 BGB

[hier:]

Haustiere sind zahme Tiere, die vom Menschen zu seinem Nutzen gezogen und gehalten werden. Zu Haustieren in diesem Sinne gehört auch ein Hund.

Eine Entlastungsmöglichkeit ist aber nur dann gegeben, wenn dieses Haustier zugleich dem Beruf des Tierhalters dient. Ist das nicht der Fall, haftet der Tierhalter aufgrund der Gefährdungshaftung. Auf ein Verschulden kommt es dann nicht an.

[also:]

Karl Reuter ist Rentner. Bei einem Spaziergang hatte er seinen Hund im Stadtpark laufen lassen.

Der Hund von Karl Reuter ist zweifellos ein Haustier; es dient aber nicht dem Beruf oder Unterhalt des Rentners Karl Reuter. Deshalb kommt es auf die Beachtung etwaiger Sorgfaltpflichten überhaupt nicht an. Karl Reuter ist Martin Seller aufgrund der Tierhalterhaftung zum Schadenersatz verpflichtet; eine Entlastungsmöglichkeit besteht nicht.

Lösung zu 6

Werner Semmel kann Schadenersatzansprüche nach § 7 StVG nur gegenüber Wolfgang Maurer geltend machen.

Begründung

§ 7 Abs. 1 StVG

[hier:]

Werner Semmel wurde von einem Kraftfahrzeug angefahren und verletzt. Halter dieses Kraftfahrzeugs ist Martin Cordes.

[also:]

Der Unfall ereignete sich beim Betrieb des Kraftfahrzeugs. Martin Cordes ist als Halter grundsätzlich zum Schadenersatz verpflichtet.

§ 7 Abs. 3 Satz 1, 1. Halbsatz StVG

[hier:]

Martin Cordes hatte sein Kraftfahrzeug vorschriftsmäßig vor seinem Grundstück abgestellt und es auch ordnungsgemäß gesichert. Wolfgang Maurer war es aber gelungen, das Fahrzeug aufzubrechen, den Motor in Gang zu setzen und mit dem Fahrzeug eine Fahrt in die Nachbarstadt zu unternehmen. Auf dieser Fahrt wurde Werner Semmel von dem Kraftfahrzeug angefahren und verletzt.

[also:]

Wolfgang Maurer benutzte das Fahrzeug ohne Wissen und Willen des Halters. Deshalb haftet nicht der Halter Martin Cordes nach § 7 StVG, sondern an seiner Stelle der Schwarzfahrer Wolfgang Maurer. (Nach den Angaben im Sachverhalt liegt auch keine schuldhaft Ermöglichung der Schwarzfahrt vor, sodass der Halter auch nicht neben dem Schwarzfahrer zu haften hat.)

§ 7 Abs. 2 StVG

[hier:]

Höhere Gewalt liegt u.a. vor, wenn das schädigende Ereignis von außen betriebsfremd auf den Betrieb des Kraftfahrzeugs eingewirkt hat und es so außergewöhnlich war, dass der Halter unter keinen Umständen damit zu rechnen brauchte. Dies ist u.a. bei Naturkatastrophen der Fall oder wenn z.B. Steine von einer Autobahnbrücke auf das Fahrzeug geworfen werden.

Dem Schwarzfahrer Wolfgang Maurer lief plötzlich ein Hund vor das Fahrzeug. Bei dem anschließenden Ausweichmanöver fuhr er den entgegenkommenden Radfahrer Werner Semmel an.

[also:]

Diesem Unfall fehlt bereits das Merkmal des Außergewöhnlichen. Die Voraussetzungen für höhere Gewalt liegen somit nicht vor. Wolfgang Maurer ist deshalb Werner Semmel nach § 7 StVG zum Schadenersatz verpflichtet.

17 Lösungen zur zusammenfassenden Selbstkontrolle

Lösung zu 1

Manfred Döbbel ist nach § 7 Abs. 1, § 18 Abs. 1 StVG, nach § 280 Abs. 1 BGB (positive Vertragsverletzung) sowie nach § 823 Abs. 1 BGB zum Schadenersatz verpflichtet.

Begründung

§ 7 Abs. 1 StVG

[hier:]

Monika Seifert und ihre Tochter Stefanie wurden während einer Fahrt mit dem Taxi des Halters Manfred Döbbel verletzt.

[also:]

Die Verletzungen entstanden beim Betrieb des Kraftfahrzeugs, sodass Manfred Döbbel als Halter zum Schadenersatz verpflichtet ist.

§ 7 Abs. 2 StVG

[hier:]

Höhere Gewalt liegt vor, wenn ein außergewöhnliches und elementares Ereignis von außen und betriebsfremd auf den Betrieb des Kraftfahrzeugs einwirkt und es auch durch die äußerste nach der Sachlage vernünftigerweise zu erwartende Sorgfalt nicht verhindert werden kann.

[also:]

Ursächlich für den Unfall war, dass Wolfgang Müller mit dem von ihm gelenkten Kraftfahrzeug auf die Gegenfahrbahn geraten war. Der Kraftfahrzeugführer Manfred Döbbel war mit überhöhter Geschwindigkeit gefahren, sodass er dem entgegenkommenden Fahrzeug nicht mehr rechtzeitig ausweichen konnte.

Unfallursache war nicht ein außergewöhnliches und elementares Ereignis, sondern der Zusammenstoß mit einem anderen Kraftfahrzeug. Höhere Gewalt liegt somit nicht vor. Manfred Döbbel hat somit Monika Seifert und ihrer Tochter Stefanie Schadenersatz zu leisten.

§ 18 Abs. 1 StVG

[hier:]

Aufgrund der Verweisung auf § 7 Abs. 1 StVG hat der Kraftfahrzeugführer, Manfred Döbbel, somit für Schäden einzustehen, die sich beim Betrieb des Kraftfahrzeugs ereignen.

[also:]

Will er sich von seiner Schadenersatzpflicht entlasten, muss er nachweisen, dass ihn kein Verschulden trifft.

§ 276 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 BGB

[hier:]

Die Verletzungen von Monika Seifert und ihrer Tochter Stefanie waren beim Betrieb des Kraftfahrzeugs entstanden. Führer dieses Fahrzeugs war Manfred Döbbel, der mit überhöhter Geschwindigkeit gefahren war.

[also:]

Manfred Döbbel hat fahrlässig gehandelt und kann somit nicht beweisen, dass ihn kein Verschulden trifft. Er ist deshalb auch nach § 18 Abs. 1 StVG schadenersatzpflichtig.

§ 18 Abs. 2, § 16 StVG, § 280 Abs. 1 BGB

[hier:]

Jeder Vertrag enthält neben den Hauptpflichten auch dahingehend eine Nebenpflicht, die Gesundheit des anderen Vertragspartners nicht zu verletzen. In diesem Rahmen haftet der Vertragspartner aus sogenannter positiver Vertragsverletzung. Dies gilt nur dann nicht, wenn er die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat.

Zwischen Manfred Döbbel und Monika Seifert ist ein Beförderungsvertrag vereinbart worden. Während der Fahrt, also in Ausführung des Vertrags, sind Monika Seifert und ihre Tochter Stefanie verletzt worden.

[also:]

Es bestehen Schadenersatzansprüche auch nach § 280 Abs. 1 BGB (positive Vertragsverletzung), es sei denn, der Schuldner hat die Pflichtverletzung nicht zu vertreten, die Nebenpflicht also nicht schuldhaft verletzt.

Fraglich könnte allerdings sein, ob auch die fünfjährige Tochter Stefanie Schadenersatzansprüche aus der positiven Vertragsverletzung geltend machen kann, weil sie als Minderjährige keine Verträge schließen kann.

§ 328 BGB

[hier:]

Der von der Mutter geschlossene Vertrag gibt auch ihrer minderjährigen Tochter das Recht zur Beförderung.

[also:]

Der Vertragspartner hat die Nebenpflicht auch gegenüber Stefanie Seifert zu beachten. Da die Nebenpflicht verletzt wurde, kann auch Stefanie Seifert bei vorliegendem Verschulden des Vertragspartners aus positiver Vertragsverletzung Schadenersatzansprüche herleiten.

§ 276 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 BGB

[hier:]

Manfred Döbbel war mit überhöhter Geschwindigkeit gefahren, sodass er dem entgegenkommenden Fahrzeug nicht mehr ausweichen konnte. Es kam zu einem Zusammenstoß, bei dem Monika Seifert und ihre Tochter Stefanie verletzt wurden.

[also:]

Manfred Döbbel hat die im Straßenverkehr erforderliche Sorgfalt nicht beachtet und somit fahrlässig, also schuldhaft gehandelt. Dieses Verschulden hat Manfred Döbbel zu vertreten. Er ist folglich Monika Seifert und ihrer Tochter Stefanie auch nach § 280 Abs. 1 BGB (positive Vertragsverletzung) zum Schadenersatz verpflichtet.

§ 823 Abs. 1, § 276 Abs. 2 BGB

[hier:]

Wer unbefugt in den Rechtskreis eines Dritten eingreift, handelt widerrechtlich.

Monika Seifert und ihre Tochter Stefanie wurden bei einem Verkehrsunfall verletzt, als sie in einem Taxi befördert wurden. Der Taxifahrer, Manfred Döbbel, war mit überhöhter Geschwindigkeit gefahren und konnte deshalb einem auf seiner Fahrbahn entgegenkommenden Kraftfahrzeug nicht mehr ausweichen.

[also:]

Manfred Döbbel hat die erforderliche Sorgfalt nicht beachtet und somit fahrlässig und ohne Rechtfertigungsgrund die Körperverletzung von Monika Seifert und ihrer Tochter Stefanie mitverschuldet. Er ist ihnen deshalb nach § 823 Abs. 1 BGB zum Schadenersatz verpflichtet.

Lösung zu 2

Fritz Müller ist nach § 7 Abs. 1 StVG zum Schadenersatz verpflichtet.

Begründung

§ 7 Abs. 1 StVG

[hier:]

Monika und Stefanie Seifert wurden beim Betrieb eines Kraftfahrzeugs verletzt, dessen Halter Fritz Müller ist.

[also:]

Dieser ist ihnen deshalb zum Ersatz des entstandenen Schadens verpflichtet.

§ 7 Abs. 3 Satz 1, 2 StVG

[hier:]

Der Unfall ereignete sich, als Wolfgang Müller den Wagen seines Vaters gegen dessen Willen und Wissen benutzte, also während einer Schwarzfahrt. Das Kraftfahrzeug war dem Sohn Wolfgang aber von seinem Vater, dem Halter Fritz Müller, überlassen worden.

[also:]

Deshalb haftet in diesem Fall nicht der Schwarzfahrer Wolfgang Müller anstelle des Halters. Fritz Müller bleibt vielmehr als Halter schadenersatzpflichtig.

§ 7 Abs. 2 StVG

[hier:]

Höhere Gewalt liegt u.a. vor, wenn das schädigende Ereignis von außen betriebsfremd auf den Betrieb des Kraftfahrzeugs eingewirkt hat und es so außergewöhnlich war, dass der Halter unter keinen Umständen damit zu rechnen brauchte.

Ursache des Unfalls war ein Versagen der Lenkung des Fahrzeugs aufgrund eines Materialfehlers.

[also:]

Es handelt sich nicht um ein betriebsfremdes außergewöhnliches Ereignis. Höhere Gewalt liegt somit nicht vor. Fritz Müller ist deshalb Monika Seifert und ihrer Tochter Stefanie nach § 7 Abs. 1 StVG zum Schadenersatz verpflichtet.

Lösung zu 3

Gegen Wolfgang Müller sind Schadenersatzansprüche nach § 18 Abs. 1 StVG begründet.

Begründung

§ 18 Abs. 1 StVG

[hier:]

Die Haftung des Kraftfahrzeugführers nach § 18 Abs. 1 StVG ist eine Haftung mit gesetzlicher Schuldvermutung und umgekehrter Beweislast. Der Kraftfahrzeugführer hat also zu seiner Entlastung seine Schuldlosigkeit zu beweisen.

Wolfgang Müller war Führer des Kraftfahrzeugs. Aufgrund widersprüchlicher Zeugenaussagen lässt sich nicht mehr klären, ob er zu spät gebremst und den Unfall dadurch mitverschuldet hat.

[also:]

Wolfgang Müller kann den Beweis seiner Schuldlosigkeit nicht erbringen; er ist Monika Seifert und ihrer Tochter Stefanie zum Ersatz des entstandenen Schadens verpflichtet.

§ 18 Abs. 2, § 16 StVG, § 823 Abs. 1 BGB

[hier:]

Nach dem Sachverhalt konnte Wolfgang Müller den Unfall nicht verhindern. Aufgrund widersprüchlicher Zeugenaussagen lässt sich jedoch nicht mehr klären, ob er zu spät gebremst und den Unfall dadurch mitverschuldet hatte.

[also:]

Wolfgang Müller ist auch nach dem BGB zum Schadenersatz verpflichtet, wenn er den Schaden schuldhaft (vorsätzlich oder fahrlässig) herbeigeführt hat (vgl. auch Begründung zu 1). Beweispflichtig für das Verschulden im Sinne des § 823 BGB ist allerdings der Geschädigte.

Verschulden kann Wolfgang Müller nicht nachgewiesen werden. Er haftet folglich Monika Seifert und ihrer Tochter Stefanie gegenüber nicht nach § 823 BGB, sondern ausschließlich nach § 18 Abs. 1 StVG.